

Handwritten note: "Kohl und Genscher"

Wochenspiegel
erglachte
m Sudan

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 33 - 6.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A
Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11

Mittwoch, 9. Februar 1983 - D ***
Nicht an allen deutschen Wertpapierbörsen
1983 36,00 bfr. Dänemark 7,50 bfr. Frankreich 6,00 bfr. Griechenland 80 bfr.
Österreich 55 bfr. Italien 1300 L. Jugoslawien 63,00 bfr. Luxemburg 27,00 bfr.

TAGESZEITUNG

Jaruzelski gab schon 1970 Schießbefehl

ig. Bonn
Der heutige polnische KP-Chef Jaruzelski hat, so ein interner Bericht der Kubiak-Kommission, im Dezember 1970 während der Unruhen an der Ostseeküste auf Arbeiter geschossen. In dem Bericht steht es, der General habe als Befehlshaber der zuständigen Einheiten am 15. Dezember 1970 im Beschluss der polnischen Führung zugestimmt, die Unruhen mit Waffengewalt niederzuwerfen zu lassen. Gomulka-Nachfolger Jaruzelski hatte später bei einem Treffen mit Wertarbeitern erklärt, Jaruzelski habe sich geäußert, auf Arbeiter schießen zu lassen. Ihm sei daher die Befehlsgewalt in dieser Zeit entzogen worden. Jaruzelski wurde damit als „Art positiver Held“ aus der Gomulka-Ära in die Gierke-Mannschaft übernommen. Die Kubiak-Kommission - benannt nach dem polnischen Mitglied Hieronymus Kubiak - hatte den Rechenschaftsbericht über die Ursachen von Unruhen in Polen im Auftrag des ZK der PVP bereits im Juli des vergangenen Jahres ausgearbeitet. Er wurde allerdings vom Militärat begehrt. Kubiak wird dem Rat der Partei zugerechnet.

Emnid: Verluste für SPD bei Arbeitslosen

AP, München
Die SPD scheint nach einer Emnid-Umfrage in der Gunst der Arbeitslosen gesunken zu sein. Der Bayerische Rundfunk veröffentlichte gestern in München das Ergebnis dieser Umfrage unter 555 Arbeitslosen, die im Auftrag des politischen Fernsehmagazins „Report“ durchgeführt wurde. Die Umfrage ergab, daß 49 Prozent der Arbeitslosen ihre Situation zum Wahlkriterium machen wollen. Während die Arbeitslosen im Jahr 1980 zu 50 Prozent ihre Stimme noch den Sozialdemokraten gaben, käme die SPD nach der Umfrage heute nur noch auf 42 Prozent und die FDP könnte lediglich mit drei Prozent rechnen. Die Unionsparteien hingegen könnten einen Zuwachs um sieben auf 32 Prozent heute verzeichnen. Eigentlich Gewinner bei den Arbeitslosen wären die Grünen, die mit acht Prozent erheblich über dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung liegen. Befragt, welche Regierung die zur Zeit bestehenden Probleme am besten lösen könne, sprachen sich 23 Prozent für die CDU/CSU, 20 Prozent für die SPD und zwölf Prozent für die gegenwärtige Koalition aus.

Shamir lobt Beziehungen zur neuen Regierung in Bonn

Genscher will sich bei der EG für Israels Interessen einsetzen

BERNT CONRAD, Bonn
Der israelische Außenminister Yitzhak Shamir hat sich gestern über den Verlauf seines Besuchs in Bonn geäußert. Die Atmosphäre der Beziehungen habe sich unter der Bundesregierung Kohl/Genscher gegenüber der Zeit der alten Regierung verbessert. Nach seinen Angaben will Bundeskanzler Kohl in naher Zukunft Israel besuchen, sagte Shamir vor der Presse.
Shamir beschloß gestern, seine Europa-Reise heute abzubrechen und nach Israel zurückzukehren, um an den Kabinetts-Beratungen über den Untersuchungsbericht im Zusammenhang mit den Massakern in Beirut teilzunehmen.
Die von ihm in Bonn geäußerte Befriedigung bezog sich vor allem auf die Zusage von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, sich als EG-Ratspräsident für die Interessen Israels in der Europäischen Gemeinschaft einzusetzen. Genscher hatte damit auf die Erwartung Shamirs reagiert, daß in der Periode der deutschen Präsidentschaft die Zusammenarbeit zwischen Israel und ganz Europa vorankommen möge.

Auch der Hinweis von Bundeskanzler Helmut Kohl, die Festigung der Sicherheit Israels gehöre zu den wichtigsten Zielen der deutschen Nahost-Politik, trug offensichtlich zur positiven Bilanz bei. Shamir bemerkte dazu in einer Tischrede: „Wenn es auch Meinungsverschiedenheiten gibt, so bestehen doch in Bezug auf grundsätzliche Werte und Ziele Gemeinsamkeit und Verständnis.“
Differenzen waren bei den Gesprächen über die Beurteilung der israelischen Siedlungspolitik und des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser und des Reagan-Planes deutlich geworden. Sowohl Kohl als auch Genscher, mit dem sich Shamir dreimal traf, drängen darauf, daß Israel die Besiedlung des Westjordanlandes einstelle. „Die einseitige Schaffung von Tatsachen, insbesondere die Siedlungstätigkeit Israels in den besetzten Gebieten, erschwert eine friedliche Lösung“, meinte der Kanzler. Demgegenüber bezeichnete der israelische Außenminister die neuen Siedlungen als „eine normale Aktivität, die von jeher und auch jetzt, seitdem wir in unser Land zurückgekehrt sind, ein integraler Teil unseres Lebens im Lande ist. Diese Tätigkeit steht nicht im Widerspruch zu dem Camp-David-Abkommen, stellt kein Hindernis bei der Einführung der Autonomie dar und stört nicht die friedliche Koexistenz zwischen uns und unseren arabischen Nachbarn.“
Ebenso entschieden widersprach Shamir der Ansicht des Kanzlers und des Bundesaußenministers, eine gerechte Friedensordnung in Nahost erfordere nicht nur die Anerkennung des Existenzrechts und der Sicherheit Israels, sondern auch die Gewährleistung des Selbstbestimmungsrechtes des palästinensischen Volkes. Der israelische Außenminister hob hervor, das Thema Selbstbestimmung sei in Bezug auf die Nachbarn des jüdischen Staates nicht anwendbar. Es habe eine zerstörerische Wirkung im Nahen Osten.
Besonders wert legten Kohl und Genscher darauf, Shamir die Chancen vor Augen zu führen, die

im vergangenen Jahr den Sturz mehrerer ausländischer Regierungen geplant und in vielen Teilen der Welt Terroristen Gruppen unterstützt zu haben. Trotz des Rückgangs seiner Öleinnahmen habe Libyen seine Waffenkäufe unvermindert fortgesetzt.
Ähnlich wie Präsident Reagan kritisierte auch die Verfasser des State-Department-Berichts die Politik Israels in den besetzten Gebieten. Erwähnt wird vor allem die „expansive Siedlungspolitik“ der Israelis. Kritisiert werden auch Beschränkungen für Araber im Erziehungs- und Wirtschaftsleben sowie die Beschlagnahme arabischen Bodens.
In Lateinamerika hat sich die Lage der Menschenrechte nach dem Bericht des amerikanischen Außenministeriums in den betroffenen Staaten El Salvador, Haiti, Guatemala, Chile und Uruguay verbessert. Verschlechtert habe sie sich jedoch in den pro-kubischen Ländern und vor allem in Nicaragua.
Der libysche Revolutionsführer Khadaffi wird beschuldigt, auch

DER KOMMENTAR

Menschenrechte

HEINZ BARTH

Eigentlich ist es keine Überraschung, daß Jurij Andropow, der Nachfolger Breschnevs, im neuen Jahresbericht des US-Außenministeriums wesentlich schlechter wegkommt, als manche im Westen es erwartet haben mögen. Wie das State Department feststellt, werden in Rußland unter ihm die Menschenrechte weniger respektiert als je zuvor. Nach dem Material, das Amerikas Diplomaten zusammengetragen haben, sitzen in der Sowjetunion gegenwärtig 10 000 Dissidenten in Gefängnissen und nahezu tausend weitere in psychiatrischer Haft, nicht zu reden von der Masse der Arbeitsknechte, die zur Fron an der sibirischen Gasleitung und anderen Mammut-Projekten der roten Diktatur gepreßt werden.

Bestseller auf seinem Nachtschlaf liegen, wie uns bewundernd berichtet wird, macht die Verfolgung nicht leichter für die Dissidenten, die unter der sowjetischen Knute schmachten, und den Tod nicht leichter für die afghanischen Patrioten, die nun schon im vierten Jahr für ihre Freiheit kämpfen.
Das State Department sieht keine Chance, daß die Sowjets in absehbarer Zeit Afghanistan verlassen. Im Gegenteil - Wirtschaft und Erziehungswesen des Landes werden vom roten Kolonialismus so weitgehend gleichgeschaltet, daß nichts mehr die Defacto-Annektion rückgängig machen kann. Für Jimmy Carter waren die Menschenrechte Dreh- und Angelpunkt seiner Außenpolitik. Sie sind es nicht für Ronald Reagan. Aber sie bleiben ein entscheidender Faktor, wo um das Vertrauen gerungen wird, das die Welt in die Supermächte setzt.

Wie könnte es auch anders sein unter der Herrschaft eines Mannes, der vor nicht langer Zeit das von Solchenitzyn beschriebene Schattenreich des Archipel GULAG dirigiert und heute noch mit seinem Machtapparat in diesem Imperium der Unterwelt wurzelt. Nur diejenigen unter uns, die unbedingt getauscht werden wollen, sind durch die westliche Glasur und das professorale Gebabbe des Genossen Andropow zu überföheln. Daß amerikanische

Wenn die Reagan-Administration es für geboten hält, nachdrücklich an die sowjetische Verletzung der Menschenrechte zu erinnern, um die es vorübergehend stiller geworden war, muß daraus geschlossen werden, daß sich Washington wenig Hoffnung auf Fortschritte bei den Genfer Abrüstungsgesprächen macht.

ZITAT DES TAGES



„Auf eine solche grundsätzliche Umorientierung haben wir lange gewartet.“
Otto von Guericke, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelsverbandes (DIHT), zum Jahresanfang 1983 und den Begleitgesetzen der neuen Bundesregierung.

WIRTSCHAFT

Bund erhöht Renditen

ed. Frankfurt
Bundesobligationen und Finanzierungsanleihe des Bundes bringen von heute an bessere Renditen. Zur Anpassung an das während der letzten drei Wochen gestiegene Zinsniveau am Kapitalmarkt wurde der Ausgabekurs der fünfjährigen 74-Prozent Bundesobligation von 100 auf 98,80 Prozent gesenkt, wodurch sich die Rendite von 7,25 auf 7,55 Prozent erhöht. Bei den Finanzierungsanleihen steigt die Rendite der einjährigen Titel von 5,87 auf 5,90 Prozent und der zweijährigen von 6,12 auf 6,48 Prozent.

Öl gespart

HH, Bonn
Der Einsatz der Kernenergie in der Europäischen Gemeinschaft hat 1982 mehr als 50 Millionen Tonnen Öl erspart. Die Stromerzeugung in der EG ging zwar um 0,3 Prozent auf rund 1204 Milliarden Kilowattstunden (kWh) zurück. Dabei nahm jedoch die Produktion von Kernenergie gegenüber 1981 um zwölf Prozent auf rund 226,5 Milliarden kWh zu. Ihre Erzeugung hätte nach Berechnung der Vereinigten Deutschen Elektrizitätswerke (VDEW) mehr als 50 Millionen Tonnen Öl oder 75 Millionen Tonnen Kohle erfordert.

Lehrstellen besetzen

W. Bonn
„Jede freiwerdende Lehrstelle wird besetzt“ - einen entsprechenden Appell hat jetzt der Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, Paul Schnitker, an die Betriebe seines Bereichs gerichtet. Wenn dieses gelinge, dann steige die Zahl der Ausbildungsplätze im Handwerk allein schon um 10 000 gegenüber dem Vorjahres. Denn 1980 habe mit rund 243 000 Lehrjahren die stärkste Jahrgangsklasse im Handwerk seine Ausbildung begonnen und der größte Teil der Jugendlichen werde sie in diesem Jahr beenden.

Aktien freundlich

DW, Frankfurt
Nach zögerndem Beginn schlossen die Aktienbörsen überwiegend freundlich. Der Rentenmarkt war uneinheitlich. WELT-Aktienindex 1123 (111,6). Dollarmittelkurs 2,4323 (2,4680) Mark. Goldpreis pro Feinunze 497,25 (490,25) Dollar.

WETTER

Nachtfrost

DW, Essen
Im gesamten Bundesgebiet überwiegend bewölkt und zeitweise Schneefall. Tagestemperaturen um den Gefrierpunkt, in der Nacht zwischen minus 2 und minus 6, örtlich bis minus 10 Grad. Allgemein mäßig bis frischer Nordostwind.

Keine Liberalisierung unter Andropow

Jahresbericht des US-State Department stellt Menschenrechte in den Mittelpunkt

AFF/DW, Washington
Die Vereinten Staaten gehen offensichtlich davon aus, daß sich unter dem neuen sowjetischen Parteichef Jurij Andropow keine Liberalisierung im Innern der UdSSR einstellen wird. Das US-Außenministerium kommt sogar zu dem Ergebnis, daß die Menschenrechte im Moskauer Herrschaftsbereich weniger denn je respektiert würden. Die Menschenrechte, versichert jetzt demonstrativ das State Department, stünden im Mittelpunkt der amerikanischen Außenpolitik.
In dem gestern veröffentlichten Jahresbericht wird aufgeführt: Mindestens 10 000 Regimekritiker befinden sich in Gefängnissen der UdSSR und weitere 1000 in psychiatrischen Anstalten. Die Wahl der Menschenrechte sei „die Wahl der internationalen Kriterien entfernt“. Offensichtlich solle durch eine Verschärfung der Verfolgung jeglicher Kontakt zwischen Sowjetbürgern und Dissidenten vermieden werden. In dem Jahresbericht ist ausdrücklich von

„Zwangserbeit“ an der europäischen sibirischen Gasleitung die Rede. Zudem seien vietnamesische Arbeiter in hoher Zahl in die Sowjetunion gebracht worden.
Die Aussetzung des Kriegsrechts in Polen hat nach Einschätzung der amerikanischen Experten die „Repression in ihren Grundzügen“ beibehalten. Der verschärfte innenpolitische Druck in dem Ostblockland habe aber nicht einmal zu politischer und wirtschaftlicher Stabilität geführt.
Zu Afghanistan bemerkt der Jahresbericht des State Department, die Bevölkerung habe wegen der sowjetischen Angriffe 1982 mehr denn je gelitten. Außerdem sei im vergangenen Jahr die Russifizierung der Industrie, der Presse und des Erziehungswesens abgeschlossen worden. Aus dieser Entwicklung ziehen die Autoren des Berichts den Schluß, daß Moskau keinesfalls die Absicht habe, seine Intervention in Afghanistan zu beenden.
Der libysche Revolutionsführer Khadaffi wird beschuldigt, auch

im vergangenen Jahr den Sturz mehrerer ausländischer Regierungen geplant und in vielen Teilen der Welt Terroristen Gruppen unterstützt zu haben. Trotz des Rückgangs seiner Öleinnahmen habe Libyen seine Waffenkäufe unvermindert fortgesetzt.
Ähnlich wie Präsident Reagan kritisierte auch die Verfasser des State-Department-Berichts die Politik Israels in den besetzten Gebieten. Erwähnt wird vor allem die „expansive Siedlungspolitik“ der Israelis. Kritisiert werden auch Beschränkungen für Araber im Erziehungs- und Wirtschaftsleben sowie die Beschlagnahme arabischen Bodens.
In Lateinamerika hat sich die Lage der Menschenrechte nach dem Bericht des amerikanischen Außenministeriums in den betroffenen Staaten El Salvador, Haiti, Guatemala, Chile und Uruguay verbessert. Verschlechtert habe sie sich jedoch in den pro-kubischen Ländern und vor allem in Nicaragua.
Der libysche Revolutionsführer Khadaffi wird beschuldigt, auch

NATO-Papiere bei „konkret“

Ermittlungen wegen des Verdachts der Preisgabe von Staatsgeheimnissen

MANFRED SCHELL, Bonn
Bei der Durchsicht der Bundesanwaltschaft in der Redaktion der Hamburger Zeitschrift „konkret“ wurden NATO-Dokumente der höchsten Geheimhaltungsstufe sichergestellt. Nach Informationen der WELT beschlagnahmte die Bundesanwaltschaft neben anderen Gegenständen elf Dokumente der NATO, die - obwohl ihr Anfertigungsdatum Jahre zurückliegt - zu den streng gehüteten Geheimnissen des Bündnisses gehören und mit dem Geheimhaltungsgrad „Cosmic“ versehen waren.
Es handelt sich dabei um Pläne für den Fall, daß der Westen auf einen atomaren sowjetischen Raketenüberfall reagieren muß. In diesen Unterlagen der NATO ist unter anderem festgelegt, welche Ziele in der Sowjetunion im Falle eines militärischen Erstinsatzes

Moskau im Gegenzug angegriffen werden sollen. Die elf sichergestellten Dokumente gehören zu einer Serie von insgesamt 20 Cosmic-Unterlagen. Es war auch auffällig, welche Dokumente aus dieser Serie im einzelnen noch fehlen. Die NATO-Führung ist über die Funde unterrichtet worden. Unabhängig von diesen Dokumenten der höchsten Geheimhaltungsstufe sind „konkret“-Chefredakteur Manfred Bissinger vier Tonbänder und drei Ordner ausgehändigt. Bei dem „konkret“-Redakteur Jürgen Sauppe wurden mehrere Tonbänderkassetten als Beweismittel sichergestellt. Erst kürzlich hat Generalbundesanwalt Rebmann, als noch keine detaillierte Auswertung der Unterlagen erfolgt ist, die Sicherstellung von der Sicherstellung von Dokumenten gesprochen, die als Verschlusssachen gekennzeichnet gewesen seien.
Gegen Bissinger und Sauppe wird

wegen des Verdachts der Preisgabe von Staatsgeheimnissen ermittelt. Die Durchsicht war am 29. Dezember 1982 auf Beschluß des Ermittlungsrichters beim Bundesgerichtshof angeordnet worden. Bei den zuständigen Sicherheitsbehörden sind Überzeugungen im Gange, woher „konkret“ diese geheimen Dokumente bekommen haben könnte. Bissinger war früher an einflußreicher Stelle beim „stern“ tätig und danach Sprecher des Hamburger Senats unter Bürgermeister Klose (SPD). Unklar ist, ob Bissinger oder der Redakteur Sauppe das Material beschafft hat, der im Zuge der Affäre Langemann ebenfalls in die Ermittlungen einbezogen worden ist. Die Sicherstellungsmaßnahmen sind für denkbar, daß das Material von östlichen Stellen aufbereitet und „konkret“ aus durchsichtigen Motiven zur Verfügung gestellt worden sein könnte.

Sharon lehnt Rücktritt wegen der Beiruter Massaker ab

Spekulationen über Neuwahl in Israel / Kritik an Begin

SAD/rt/AP, Jerusalem
Der israelische Verteidigungsminister Ariel Sharon hat es gestern abgelehnt, der Aufforderung einer Untersuchungskommission Folge zu leisten und wegen der Massaker in zwei Beiruter Flüchtlingslagern zurückzutreten. Das verlaute nach einer Sondersitzung des Kabinetts in Jerusalem.
In Berichten des israelischen Rundfunks hieß es, Ministerpräsident Begin bliebe jetzt drei Möglichkeiten: Entweder entlasse er Sharon und arbeite mit der Regierung weiter, oder er trete selbst zurück und rufe Neuwahlen aus, oder die oppositionelle Arbeiterpartei versuche, eine Regierung zu bilden.
Über Begin sowie Außenminister Shamir und den Leiter des „Mossad“ (Spionageabwehr) befand die Kommission, daß sie in gewissem Maße mitverantwortlich seien, doch kein Anlaß bestünde, Maßnahmen vorzuschlagen, die über diese Feststellung hinausgingen.

droht, wodurch Begin Regierung ihre Parlamentsmehrheit verlieren würde.
Am 16. und 17. September 1982 hatten christliche Milizen nach israelischen Geheimdienstschätzungen in den Lagern Sabra und Shatila 700 bis 800 palästinensische Zivilisten ermordet. Sie waren von den israelischen Invasionstruppen in die Lager eingeschlossen worden, um dort nach palästinensischen Freischärlern zu suchen.
Für diese Entscheidung ist Sharon nach Auffassung der Kommission persönlich verantwortlich. Während der Untersuchung hatte er ausgesagt, er habe die Aktion gebilligt. Sharon, der maßgeblich die israelische Libanon-Invasion geplant hatte, habe die Möglichkeit völlig außer acht gelassen, daß die Milizen Gräueltaten begehen würden, befand die Kommission. Sharon sei seiner humanitären Verpflichtung nicht nachgekommen, einen Amoklauf zu verhindern.
„Vom Verteidigungsminister selbst wissen wir, daß diese Möglichkeit ihn nicht im geringsten berührte“, hieß es in dem Bericht.
Dem Leiter des Geheimdienstes „Mossad“, dessen Name geheimgehalten wird, lastete die Kommission an, er habe dem Kabinetts nicht über die möglichen Gefahren gesagt, die mit dem Einmarsch der Milizen in die Lager verbunden waren. Der Leiter des militärischen Nachrichtendienstes, Generalmajor Saguy, sollte nach Auffassung der Kommission sein Amt nicht mehr ausüben dürfen. Er habe bei den Untersuchungen das Bild eines Mannes vermittelt, der seine „Augen und Ohren verschließt“.

Der nach fast viermonatiger Arbeit veröffentlichte Bericht war von drei der angesehensten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in Israel verfaßt worden: dem Präsidenten des Obersten Gerichtshofes, Kahan, dem Obersten Barak und dem früheren Generalmajor Efrat. Ihre Empfehlungen sind gesetzlich nicht bindend.
Wie der israelische Rundfunk berichtete, war auf der Sondersitzung des Kabinetts der Rücktritt Sharons ultimativ von den Ministern der Nationalreligiösen Partei gefordert, von Sharon und anderen Mitgliedern abgelehnt worden. Die Vertreter der Nationalreligiösen Partei hätten mit ihrem Auszug aus der Regierungskoalition ge-

Seite 2: Prüfung

Moskau baut Jumbo-Jet für Transport von SS-20-Raketen

NATO-Experten rechnen mit Erstflug in diesem Jahr

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel
In der Sowjetunion soll in diesem Jahr der Erstflug des größten Transportflugzeugs der Welt stattfinden.
Nach Darstellung informierter NATO-Kreise wurde es speziell entworfen, um die sowjetische Rakete des Typs SS 20 einschließlich der dazu gehörenden Abschüßrampe und Fahrzeuge transportieren zu können. Dadurch kommt der Flugzeugentwicklung nach Ansicht westlicher militärischer Kreise strategische Bedeutung zu.
Nach diesen Informationen handelt es sich bei der „AN-400“ um eine Entwicklung aus dem Konstruktionsbüro Antonow. Die Maschine sei um fünf Prozent größer als die Lockheed C-5 „Galaxy“, bisher größten Transportflugzeug der Welt. Sie könne eine Nutzlast von 130 Tonnen tragen.
Die neuen Aufklärungsresultate der NATO haben spezielle Bedeutung für die in Genf stattfindenden sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über die Begrenzung von Mittelstreckenraketen. Die Sowjetunion sei mit dieser Maschine, mit deren Indienststellung in drei bis fünf Jahren zu

rechnen sei, in der Lage, hinter den 80. Längengrad in Sibirien verlegte SS-20-Raketen innerhalb von Stunden wieder in Feuerstellungen zu bringen, von denen aus Westeuropa erreicht werden kann.
Wie weiter verlaute, erging der Auftrag für die Entwicklung des Jumbo-Transporters etwa zur gleichen Zeit, als die Sowjetunion die SS-20-Rakete plante. Die Raketenentwicklung sei schneller gegangen, weil sie technisch leichter zu bewerkstelligen gewesen sei.
Mitte der siebziger Jahre hatte sich die Sowjetunion vergeblich in den USA und Großbritannien um den Kauf einiger 20-Tonnen-Triebwerke bemüht, wie sie von Pratt und Whitney, General Electric und Rolls-Royce hergestellt werden. Triebwerke dieser drei Firmen treiben alle modernen westlichen Großraumjets an. Weil schon damals bekannt war, daß die Sowjetunion an einem militärischen Transporter mit den Ausmaßen der „Galaxy“ arbeite, wurde der Verkauf der Triebwerke nicht gestattet. Das sowjetische Konstruktionsbüro Kusnezow wurde so dann mit der eigenen Entwicklung beauftragt. (SAD)

Heute in der WELT

Meinungen: Moskauer Mengelehre von Rüdiger Maack	S. 2	Forum: Personalien und die Meinung von WELT-Lesern	S. 7
Laserstrahlen und Computer für den Klang der Zukunft	S. 3	Sport: Bundestrainer Derwall holt zwei Neulinge	S. 9
Die SED-Führung und die Realität von Barthe	S. 4	Fernsehen: Australiens Medienlandschaft verändert sich	S. 18
Europäische Gemeinschaft: Nachbarkürzen Arbeitslosengeld	S. 5	Kultur: Die Weiblichkeit - und wie man ihr entkommt	S. 19
Este stört Palcos Kreise: Was weißt du über U-Boote der UdSSR?	S. 6	Aus aller Welt: Pol-Wanderer trainierte mit Gefrier-Spinat	S. 20

Schnee und Glätte behindern den Vertrieb der WELT. Wir bitten die Leser um Verständnis bei Verzögerung der Zeitungszustellung.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Rahmendaten

Von Peter Gillies

Geld und Kapital fließen jeweils in die rentabelste Verwendung. So wie Herr Normalverbraucher eine möglichst attraktive (und sichere) Verzinsung seines Sparguthabens zu erhaschen trachtet, so will der Unternehmer – so er denn investiert – es möglichst rentabel tun. Je mehr ihm dies gelingt, desto sicherer und zahlreicher sind die Arbeitsplätze, die er zu bieten vermag.

Ein Bündel von Motiven gibt dafür den Ausschlag. So muß sich eine neue Anlage betriebswirtschaftlich rechnen, sie muß Gewinn verheissen, den Betrieb wettbewerbsfähiger machen, neue Märkte erschließen helfen.

Nicht gering sind jedoch die Rahmendaten zu bewerten, in denen sich ein Unternehmen bewegt. Die künftige Besteuerung, die Belastung mit Abgaben und Bürokratieaufwand, die Entwicklung der öffentlichen Finanzen (Zinsen!), der Kurs der D-Mark, die Energiepolitik und vieles andere spielen mit hinein.

Diese politischen Daten abzuwägen ist für den wagemutigen Unternehmer sogar eine Pflicht. Wenn er seinen Betrieb und die daran hängenden Arbeitsplätze über die Runden bringen will, darf er die Rahmendaten nicht aus dem Auge lassen. Wenn er sie aus parteipolitischen Einseitigkeiten negiert, so wäre er ein schlechter Unternehmer, der auch den sozialen Frieden gefährdet.

Ob es klug war, die Schimäre massenweiser Investitionsvorbehalte (Stichtag 6. März) zu zeichnen, ist offen. Unbestritten aber bleibt, daß eine rot-grüne Bundesregierung die Rahmenbedingungen für Investitionen verschlechtert.

Diesen Zusammenhang darf man offensiv vertreten, braucht ihn nicht schamhaft zu verstecken. Er gehört zur Logik der Wende und hat mit vordergründiger Wahlpropaganda wenig zu tun. Wer die Wahrheit sagt, darf sicher sein, eines Tages dabei erlappt zu werden.

Prüfung

Von Ephraim Lahav

Die Toten von Sabra und Shatila können nicht mehr zum Leben erweckt werden. Sie waren die Opfer einer Verkettung von Fehlurteilen und Nachlässigkeit und der schlichten Unfähigkeit gewöhnlicher Menschen, sich vorzustellen, daß Massenmord als Weg zur Lösung ethnischer Probleme aufgefaßt werden könnte.

Darin liegt der tragische Kern dieses Vorfalles, der sich hinter der trockenen Analyse des Kommissionsberichtes verbirgt. Das ergibt sich sogar aus dem Tadel, den die Kommission gegen Außenminister Shamir ausspricht: Als ihm ein Ministerkollege ein Gerücht über ein Gemetzel in Beirut übermittelte, nahm er es nicht ernst. Er dachte nicht in solchen Kategorien. Aber die sorgfältige Abwägung der Kommission über die Verantwortung für das Eindringen der libanesischen Phalangen in die Flüchtlingslager kann nicht die Tatsache verwischen, daß die Phalangisten es waren, die das Blutbad verübten. Es wird auch oft übersehen, daß die libanesischen Regierung eine halbherzige Untersuchung des Massakers vornahm und keinen einzigen Mörder zur Verantwortung zog.

Premierminister Begin mußte sich vorhalten lassen, er hätte „voraussehen müssen, daß die Gefahr eines Massakers bestand...“ Könnte er das? Mußte er von jener Sinnesverwirrung wissen, die den Tod eines einzigen, sei es auch ein geliebter Führer, mit dem Hinmorden von mehr als tausend Unbeteiligten ahnden will? Wer konnte eine solche Massenvergehung als etwas Voraussehbares einstufen?

Schon der Prophet Jeremias, den auch die Phalangisten anerkennen, warnt: „Denn gleich wie ein Born sein Wasser quillt, also quillt auch ihre Bosheit. Frevel und Gewalt schreit über sie und ihr Morden und Schlagen treiben sie täglich.“ (Kap. 6,7) Ist diese Praxis der Antike noch die Norm im letzten Quartal des 20. Jahrhunderts?

Gegenüber der Trägheit des Herzens zum Martyrium von Mitmenschen steht hier ein Volk, das sich selbst richtet – nicht ohne innere Qual. Noch steht der Ausgang nicht fest. Doch es ist zu hoffen, daß sich die Regierung Begin nach dem Urteil der Justiz auch dem Verdikt ihres Volkes stellt. Sie mag dabei viel verlieren, doch ihre Würde wird sie behalten.

Moskauer Mengenlehre

Von Rüdiger Moniac

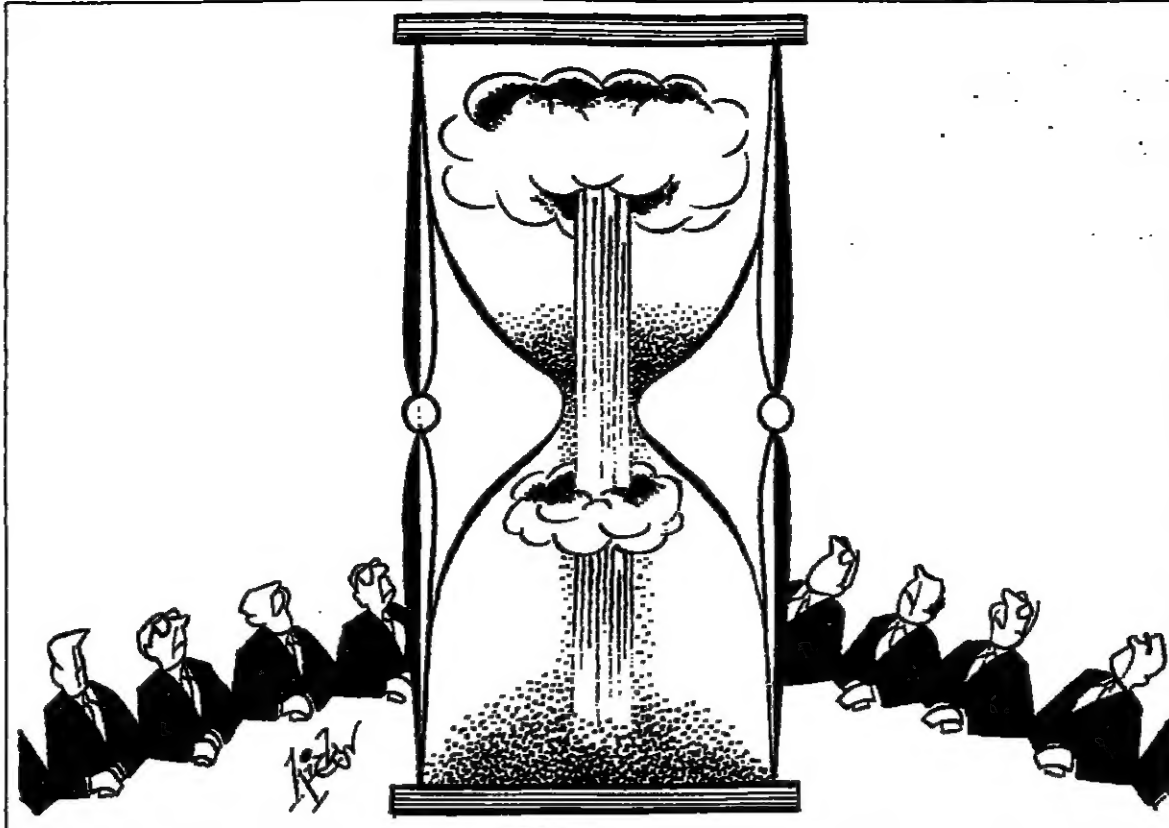
Wenn die Sowjetunion die Forderung erhebt, die französischen und britischen strategischen Atomwaffen müßten bei der Berechnung des nuklearen Kräfteverhältnisses in Europa berücksichtigt werden, dann spekuliert sie zynisch auf die Unwissenheit der weiten Öffentlichkeit im Westen. Moskau will nämlich den Eindruck erwecken, als blieben diese beiden Potentiale außerhalb jeder Anrechnung – daß also die NATO mit einer krummen Tour versuche, sich einseitige Vorteile zu verschaffen.

Dem leistet die SPD auch noch Vorschub, indem sie hartnäckig darauf besteht, das britische und das französische Potential müßten Gegenstand der Genfer Mittelstreckenverhandlungen sein, zumindest in Gestalt einer rechnerischen Berücksichtigung.

Mit der praktischen Handhabung der Rüstungskontrollpolitik durch die USA und die Allianz insgesamt hat dies freilich nichts zu tun. Die Kernwaffen der Franzosen und Briten sind nämlich bereits beim Abschluß von SALT I im Jahr 1972 in die Gleichgewichtsrechnung der beiden Supermächte aufgenommen worden – natürlich zu Lasten des US-Kontingents. Außerdem muß über Franzosen und Briten schon der Systematik nach bei den heutigen Nachfolge-Verhandlungen zu SALT, genannt START, geredet werden.

Denn die Masse der britischen und französischen Raketen ist auf U-Booten montiert und damit weltweit auf den Ozeanen beweglich, sie sind somit strategische Waffen. Die Logik verlangt, sie bei START zu verhandeln. Das geschieht. Es wäre nützlich, wenn die Amerikaner dies der westlichen Öffentlichkeit in geeigneter Weise erläuterten.

Sollte Moskau auf seinem Standpunkt beharren, dann könnte der Westen darauf bestehen, daß die sowjetischen U-Boot-Raketen (400 Sprengköpfe auf SS-N-6) in die Berechnung des nuklearen Kräfteverhältnisses für Europa einbezogen werden müßten. Aber was sollte das schon angesichts der weltweiten Beweglichkeit auch der sowjetischen U-Boote.



KSZE-Konferenz

ZEICHNUNG: HICKS / COPYRIGHT DIE WELT

Israels historischer Imperativ

Von Jürgen Liminski

Zu den Grundkenntnissen der Diplomaten und Politiker, die mit dem Geschehen in Nahost vertraut sind oder es von Amts wegen sein sollten, gehört der Begriff der „Wespentaille“. Damit ist nicht nur die geographische Gestalt Israels gemeint, sondern auch die daraus resultierende Gefahr für seine Sicherheit. Israels Überlebenschance hängt, um mit dem Deutschen Clausewitz zu sprechen, vom politischen Willen des israelischen Volkes ab. Dieser Wille wird von den geographischen Gegebenheiten des Landes und den historischen Erfahrungen der Juden bestimmt und nicht von den Einlassungen wohlmeinender oder auch bisweilen hostile gesinnter Freunde.

Vor diesem Hintergrund trug der israelische Außenminister in Bonn die Erwartung vor, daß „das deutsche Volk Verständnis“ habe für den „historischen Imperativ“ aller Israelis, „Zukunft und Existenz des israelischen Volkes im Lande Israel zu sichern“. Shamir stieß auf Verständnis. Die Atmosphäre seiner Gespräche war, im Vergleich zu seinem Besuch im Mai 1981, ungleich viel spannender. Zwar verwiesen sowohl Kanzler Kohl als auch Außenminister Genscher auf die bekannten Positionen in der EG-Erklärung von Venedig, es gab aber Versicherungen, daß keine neuen Erklärungen folgen werden. Es unterblieben auch die eher komischen Mahnungen, die PLO dürfe nicht in die Arme Moskaus getrieben werden.

Das war ein Schritt in die richtige Richtung, wenn auch noch kein politischer Fortschritt. Denn es wurde nur verlorenes Terrain wieder wettgemacht. In der zentralen Frage der israelischen Siedlungspolitik blieb Bonns Trompete durch das Papier von Venedig verstopt, wohl auch mit Rücksicht auf Washington. Shamirs Haltung zu diesem Punkt konnte nicht deutlicher sein: „Wir werden keine Diskussion über unser Recht auf Leben akzeptieren.“ Die Siedlungsaktivität ist für ihn „ein integraler Teil unseres Lebens im Lande“. Shamir kann sich auf den

amerikanischen Völkerrechtler Eugene Rostow berufen, der als Leiter der US-Abwehrbehörde auch in Deutschland bekannt geworden ist. Rostow schreibt: „Das jüdische Anrecht auf geschlossene Besiedlung der Westbank ist im Mandat begründet... Israels Anspruch auf dieses Gebiet ist zumindest so gut wie der Jordaniens.“

Die Materie ist komplex. Immerhin hätte Bonn aber im Sinn europäischen Wirtschaftsdenkens anerkennen können, daß das Sozialprodukt im Westjordanland und im Gaza-Streifen seit der Besetzung im Verteidigungskrieg von 1967 jährlich um mehr als zehn Prozent gestiegen ist und der Lebensstandard um acht Prozent. Das Pro-Kopf-Einkommen auf dem Westufer beträgt heute sogar fast das Vierfache im Vergleich zu den Verhältnissen unter jordanischer Herrschaft.

Jerusalem will den Bewohnern der biblischen Gebiete Judäa und Samaria Autonomie gewähren, dabei aber seine Sicherheit nicht riskieren. Es sucht einen endgültigen Status für diese Gebiete – und siedelt an. Jordanien, neben Israel der zweite palästinensische Staat des ehemaligen Mandatsgebiets, verweigert sich. König Hussein will (noch) nicht verhandeln. Solange aber am Friedenwillen der Feinde Israels nicht gezweifelt werden kann, so lange muß Israel seine Achillesferse, die Landenge zwischen dem Küstenstreifen



Fond in Bonn Verständnis: Israels Außenminister Shamir FOTO: DPA

Netanya bis Tel Aviv und der Grenze zum Westjordanland, abdecken.

Denn die Siedlungen haben primär eine Sicherheitsfunktion; sie sind keine Annektion mit Schaufel und Hacke. Indem sie eine territoriale Kontinuität zwischen der jordanischen Armee und den arabischen Einwohnern von Judäa und Samaria verhindern, verwurzeln sie Israels Recht auf glaubwürdige sichere Grenzen. Oder, so fragt man in Israel auf die Anwürfe aus Europa und Amerika, können militärische Stellungen, Minenfelder und Stacheldrahtverhaue friedensfördernd sein als Zivilisierungsmaßnahme? Es spricht für die gute Atmosphäre der Begegnungen in Bonn, daß Shamir diese Frage auf deutschem Boden nicht wiederholt hat.

Am Friedenswillen Israels ist kein Zweifel. Die militärische Stärke der Tsahal verleiht diesem Willen nicht nur Glaubwürdigkeit, sondern auch die Funktion einer Ordnungsmacht. Das wird besonders in Libanon deutlich. Dort hat Israel als vermittelnde dritte Partei zwischen der von Moskau aufgestachelten „Nationalen Bewegung“, insbesondere den Drusenmilizen Dschumblat, und den Milizen der „Lebanese Forces“ einen Waffenstillstand ausgehandelt. Im Absatz vier verpflichtet sich Jerusalem sogar, diejenigen, mit geeigneten Mitteln zu bestrafen, die die Waffenruhe brechen.

Israels militärische Stärke gibt dem Abkommen einiges Gewicht. Aber auch angesichts des neu entbrannten Kriegs am Golf, des Zerfalls der PLO und des Kleinkriegs von Arafats Fatah-Guerillas mit Syrien sowie der Streitigkeiten innerhalb der Opec – ganz zu schweigen von der chronischen Instabilität der Länder in diesem Raum – gewinnt die Ordnungsfunktion Israels auch für den Westen insgesamt immer größere Bedeutung.

Israel ist kalkulierbar. Wer seine Sicherheit untergräbt, untergräbt die Verlässlichkeit dieses Kalküls mit allen Folgen für die Sicherheit des Westens. Proskynese vor arabischen Herrschern dient den Interessen des Westens nicht.

Polen und das Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung

Die Ostverträge haben „keine Rechtsgrundlage für die heute bestehenden Grenzen“ geschaffen / Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Polen hat offiziell gegen die Offenhaltung der deutschen Frage protestiert. Als Anlaß nahm das Außenministerium in Warschau Äußerungen, die Bundesminister Zimmermann am 29. Januar auf einer Versammlung des Bundes der Vertriebenen in München gemacht hatte.

Zimmermann hatte folgendes gesagt: 1. Die Bundesregierung handle im Sinne der Verpflichtung, die Einheit und Freiheit Deutschlands in freier Selbstbestimmung zu vollenden. 2. Die Ostverträge und der Grundlagenvertrag mit der „DDR“ nähmen eine Friedensregelung nicht vorweg und ersetzen sie nicht.

So steht es in der am 17. Mai 1972 vom Deutschen Bundestag bei weiten Stimmhaltungen verabschiedeten „Gemeinsamen Erklärung“ zum Moskauer und zum Warschauer Vertrag.

3. Bei der Offenhaltung der deutschen Frage gehe die Bundesregierung von der im Grundgesetz verankerten Existenz Gesamtdeutsch-

lands mit einem (Gesamt-)Staatsvolk aus.

Das ist die klare Aussage des Bundesverfassungsgerichts in seinem Urteil vom 31. Juli 1973 über den Grundlagenvertrag mit der „DDR“.

4. Die Bundesregierung beziehe in die deutsche Frage auch die ostdeutschen Gebiete jenseits von Oder und Neiße ein.

Das ist die unbestreitbare Konsequenz der „Gemeinsamen Erklärung“ des Deutschen Bundestages, in der ausdrücklich festgestellt wird, der Moskauer und der Warschauer Vertrag schaffen keine Rechtsgrundlage für die heute bestehenden Grenzen.

5. Die Vertreibung von Deutschen und ihre entschädigungslose Enteignung sei völkerrechtswidrig.

Diese Feststellung ist im Sinn der Fürsorge geboten, auf die alle Deutschen einen Anspruch haben, die im Zusammenhang mit einer Friedensregelung – über die Leistungen des Lastenausgleichsgesetzes hinaus – Wiedergutmachung erlittener Vertriebungsschäden rechtlich geltend machen können. Soweit Zimmermann, als Verfassungsminister hat er nichts ab-

deres getan, als die geltende Rechtslage korrekt darzulegen, an die alle Verfassungsgesetze der Bundesrepublik Deutschland gebunden sind. Den Ausführungen Zimmermanns ist hinzu zu fügen, daß die „Gemeinsame Erklärung“ des Bundestages die Sachlage wie folgt darstellt:

– Die Verträge von Moskau und Warschau gehen „von den heute tatsächlich bestehenden Grenzen aus, deren einseitige Änderung sie ausschließen“.

– Die Verpflichtungen, welche die Bundesrepublik Deutschland eingegangen ist, „hat sie im eigenen Namen auf sich genommen“.

– „Das unveräußerliche Recht auf Selbstbestimmung wird durch die Verträge nicht berührt. Die Politik der Bundesrepublik Deutschland, die eine friedliche Wiederherstellung der nationalen Einheit im europäischen Rahmen anstrebt, steht nicht im Widerspruch zu den Verträgen“.

Mit anderen Worten: Die Bundesrepublik Deutschland erhebt mit der Forderung nach Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts in eigenem Namen als deutscher Teilstaat keinen Gebiets-

IM GESPRÄCH Erika Emmerich

Tausend hören auf ihr Wort

Von Eberhard Nitschke

Positiv-Punkte hat sie bisher überall gesammelt, wo sie beruflich und außerberuflich hinkam, jetzt wird sie als künftige Präsidentin des Kraftfahr-Bundesamtes in Flensburg Chef einer 1000-Mitarbeiter-Behörde, die durch das Sammeln von Negativ-Punkten berühmt wurde: Erika Emmerich, promovierte Juristin, 48 Jahre alt, Regierungsdirektorin im Bonner Bundes-Verkehrsministerium.

„Engagement“ heißt das Wort, mit dem sie lebt. Das fing damit an, daß sie sich – die Eltern lebten damals noch im heimatischen Magdeburg – ihr Studium in Hamburg, Innsbruck, Freiburg im Breisgau, Köln und Bonn selbst verdiente. 1962 wurde sie Regierungsassessorin in Düsseldorf, zwei Jahre später kam die Doktorarbeit, ein strenges Thema: „Der Durchschnittswert der Bemessungsgrundlage gemeindlicher Benutzungsgebühren“.

Nach Bonn übersiedelt widmete sich Frau Emmerich neben ihrem Fachgebiet im Ministerium, zuletzt der Kombination von Schienen- und Straßenverkehr, der juristischen Verankerung des Rechts der Frau in der Gesellschaft, dem Ehe-, Familien- und Adoptionsrecht. Zur Reform der einschlägigen Paragraphen arbeitete sie, die schon für die Bundeskanzler Adenauer und Erhard Wahlkampf gemacht hatte, in einer Kommission von CDU-Juristen mit. Seit einigen Jahren hat dieser Einsatz auch privaten Hintergrund. Frau Emmerich, die drei Töchter im Alter von 16, 18 und 20 Jahren im Hause hat, ist geschieden. Sie war mit dem bekannten Bonner Rechtsanwalt und Scheidungsexperten Walter Emmerich verheiratet. Er war einst persönlicher Referent des früheren Innenministers von Nordrhein-Westfalen, Hermann Josef Dühmke, während dessen Zeit als Mitglied des CDU-Parlamentarismus in Bonn.

Im Jahre 1974 bekam Frau Emmerich vom Bundes-Verkehrsministerium den Auftrag, die Richtlinien der Berufs-Kraftfahrer-Ausbildung auszuarbeiten. Nach ihrem Ma- „Was du tust, das tue ganz“, so sie sich mit den Kraftfahrern die Schulbank, eigentlich nur herauszubekommen: Was kann ein Mann eigentlich noch bei einer Belastung lernen auf dem Weg? – und machte auf diese Weise den Führerschein für die „Brumms“. Außerdem besitzt eine Lizenz zum Führen von S-Bahnwagen. Ein Produkt der Zeit ist die von ihr bearbeitete „Verordnung über die Besetzung von Frauen auf Fahrzeugen“. Als Mitglied des Rates der S-Bahn in Bonn wird Frau Emmerich noch so lange ihren Wohnsitz hier behalten, bis zweite Tochter aus der Scheidung kommt. Die älteste will jetzt tierärztliches Studium, beginnt (das ganze Haus in Bonn) voll Tiere aller Bewohner, Westfalen, Hermann Josef Dühmke, während dessen Zeit als Mitglied des CDU-Parlamentarismus in Bonn.

Im Jahre 1974 bekam Frau Emmerich vom Bundes-Verkehrs-



Was du tust, das tue ganz: Erika Emmerich FOTO: SCHWAB

nister den Auftrag, die Richtlinien der Berufs-Kraftfahrer-Ausbildung auszuarbeiten. Nach ihrem Ma- „Was du tust, das tue ganz“, so sie sich mit den Kraftfahrern die Schulbank, eigentlich nur herauszubekommen: Was kann ein Mann eigentlich noch bei einer Belastung lernen auf dem Weg? – und machte auf diese Weise den Führerschein für die „Brumms“. Außerdem besitzt eine Lizenz zum Führen von S-Bahnwagen. Ein Produkt der Zeit ist die von ihr bearbeitete „Verordnung über die Besetzung von Frauen auf Fahrzeugen“. Als Mitglied des Rates der S-Bahn in Bonn wird Frau Emmerich noch so lange ihren Wohnsitz hier behalten, bis zweite Tochter aus der Scheidung kommt. Die älteste will jetzt tierärztliches Studium, beginnt (das ganze Haus in Bonn) voll Tiere aller Bewohner, Westfalen, Hermann Josef Dühmke, während dessen Zeit als Mitglied des CDU-Parlamentarismus in Bonn.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Der Fall Barbie beschäftigt noch immer die Kommentatoren:

THE GUARDIAN

Weise Leute auf der anderen Seite des Kanals sind sich bereits darüber im klaren, daß die Gerechtigkeit für diesen besonderen Missetäter Frankreich ebenso wie tun könnte wie ihm selbst (London)

TAGES-ANZEIGER

Daß Barbie der einzige ist, der sagen kann, wenn er will, wer Jean Moulin verriet, dient angesichts der schwerwiegenden Anklagen sicher nicht zu seiner Entlastung. Aber daß seine französischen Helfer – welche Stellungen bekleiden sie inzwischen? – dem Prozeß mit Unruhe entgegensehen, ist klar. Es ist kein Geheimnis, daß sich in den Jahren der deutschen Besetzung die Denunziationen bei den Kommandanturen häuften. Der Krieg hatte demoralisierende Folgen. Sie sind jetzt, nach 40 Jahren, noch fühlbar, und Barbies einstige Mitarbeiter haben einen Grund zum Zittern. Auch daraus wird Barbie bald in ein anderes Gefängnis gebracht werden. In den Hof des Gefängnisses von Montluc kann man nämlich von einem benachbarten Hochhaus aus ... schießen. Es könnten die Gefolterten von damals sein, die das mit Rachegelüsten tun, aber auch Barbies einstige Komplizen, weil ein Toter nicht mehr spricht. (Zürich)

DER BUND

Es ist ja nicht so, daß die Schuld nur bei deutschen Nazi-Verbrechern – und im konkreten Fall bei Barbie allein – liegt. Das Vichy-Regime ... hat viele französische Helfer und Helfershelfer gehabt ... In Frankreich wird angenommen, daß Barbie jetzt seinen letzten „Trumpf“ ausspielt und beim Ermittlungsverfahren oder später im Prozeß Namen französischer Persönlichkeiten bekanntgibt, die in Nazi-Verbrechen in Lyon und an-

derswo in Frankreich verwickelt waren. Von daher stammt auch Angst vor einem möglichen Akt auf Barbie ... Offen ist: Spielt Barbie die Karte des „Moulin“ am 21. Juni 1943 den Lyoner Chef der Resistance, Jean Mou (Max), verriet hat ... Weitere Namen bestehen im Zusammenhang mit Barbies Nazi-Komplexen in Frankreich. (B)

DIE PRESSE

Daß das, was er getan hat, verflucht werden, zeugen die Nationen. Doch es geht bei den Verfahren, das Monate auf wartet lassen wird, auch um anderes: um die Rettung des Gedankens von Jean Moulin, der karnation jener Resistance, Frankreichs innere Einheit in den Jahren der deutschen Besetzung symbolisierte. Doch es so? Gab es nicht auch Verfall, Spaltungen? Ist Barbie der Henk des Idols Moulin, wer hat es dann ihm in die Hände gespielt? (W)

LIBERATION

Das Pariser Blatt beschäftigt sich mit Haltung Frankreichs angesichts der französischen Offensive gegen Irak.

Von diesem vergessenen K hängt viel für unsere Zukunft. Ein iranischer Sieg würde die g z Region, den Ölfopf des Weste destabilisieren, ganz zu schweigen vom Feitschneid, den der muslimanische Integritas in der g zen Welt erhalten würde. Ein irischer Sieg könnte Iran auf Der ins Chaos stürzen oder unter wjetischen Einfluß bringen Frankreich schneit zwischen beiden Übeln zumindest für k Zeit das geringere gewählt zu sein: Es ist der wichtigste Wof liberant iraks geworden und terroristisch am offsten. Di Politik des kleineren Übels, a hohen Risiken zeugt vom Vohurismus der mitterrandistischen plomatie in dieser Region.

Handwritten signature or text at the bottom of the page.

Die Oromos fliehen vor den Verfolgern ins Elend der Lager

Von NORBERT AHRENS

Nach Kurnuk, rund 700 Kilometer südlich der sudanesischen Hauptstadt Khartum, führt nur ein schwer zu befahrender Weg. In der Regenzeit ist er für jedes Fahrzeug gänzlich unpassierbar. Kurnuk hat kein elektrisches Licht, keinen Eisenbahnschluß und auch keinen Flugplatz. Doch mitten durch Kurnuk führt die sudanesisch-äthiopische Grenze, die die kleine Stadt zu einem der denkwürdigsten Grenzorte der Erde gemacht hat.

Seit September 1982 gibt es ein Abkommen zwischen Äthiopien und Khartum, in dem Sudan sich verpflichtet, die über 2000 Kilometer lange gemeinsame Grenze schärfer zu überwachen. Der Grund: Mehr als 500 000 Flüchtlinge sind in den letzten Jahren aus Äthiopien nach Sudan gekommen. Das Abkommen ist jedoch kaum einzuhalten. Sudan, das nur über geringe Polizei- und Militärkräfte verfügt, mußte mindestens zwei zusätzliche Divisionen aufstellen, um die Auflagen des Grenzabkommens zu erfüllen.

Die Kaffeeschmuggler kommen, mit 40-kg-Säcken beladen, in tagelangen Fußmärschen unter sengender Sonne nach Sudan, weil sie hier einen bis zu 300 Prozent höheren Preis erzielen als bei den staatlichen Aufkaufstellen in Äthiopien. „Lieber durch eine Kugel sterben, als untätig abzuwarten, bis wir verhungern“, sagt einer von ihnen lakonisch.

In Kurnuk ist äußerlich von diesen Spannungen nichts zu spüren. Man praktiziert einen „kleinen Grenzverkehr“, der es allen ortsansässigen Bewohnern erlaubt, im jeweils anderen Teil einzukaufen oder Bekannte zu besuchen. Fremde hingegen benötigen ein Visum. Und man kennt sich genau: Die Angehörigen des äthiopischen Zoll-, Grenz- und Geheimdienstes besorgen sich im sudanesischen Teil Batterien für ihre Taschenlampen und Transistorradios oder auch gelegentlich eine Schachtel englischer Zigaretten.

Südlich von Kurnuk, in der Provinz Blauer Nil, befinden sich zahlreiche Flüchtlingslager. Die sudanesischen Behörden ist bemüht, diese möglichst weit von der äthiopischen Grenze entfernt zu errichten, um Zwischenfälle mit dem militärisch ungleich stärkeren Nachbar zu vermeiden. Aber gegen die vielen spontan entstehenden Camps ist sie fast machtlos. Sie versucht, die Flüchtlinge zur frei-

willigen Umsiedlung in grenznähere Gebiete zu überreden.

Die Mehrzahl der Flüchtlinge sind Oromos, Angehörige der größten ethnischen Gruppe im Vielvölkerstaat Äthiopien. Diese Tatsache sagt bereits einiges über ihre Fluchtmotive aus. Ähnlich wie die Tigre, die Afar, die Berta, die Kambatta und einige andere kleinere Völker, hatten die 17 Millionen Oromos gehofft, nach der Revolution von 1974, die das korrupte Feudalsystem Kaiser Haile Selassies hinwegfegte, endlich ihre Gleichberechtigung in politischer, sozialer und kultureller Hinsicht mit den seit den Zeiten Menelik II. (1869-1913) herrschenden Amharas zu erlangen. Doch darin sahen sie sich schon bald bitter enttäuscht.

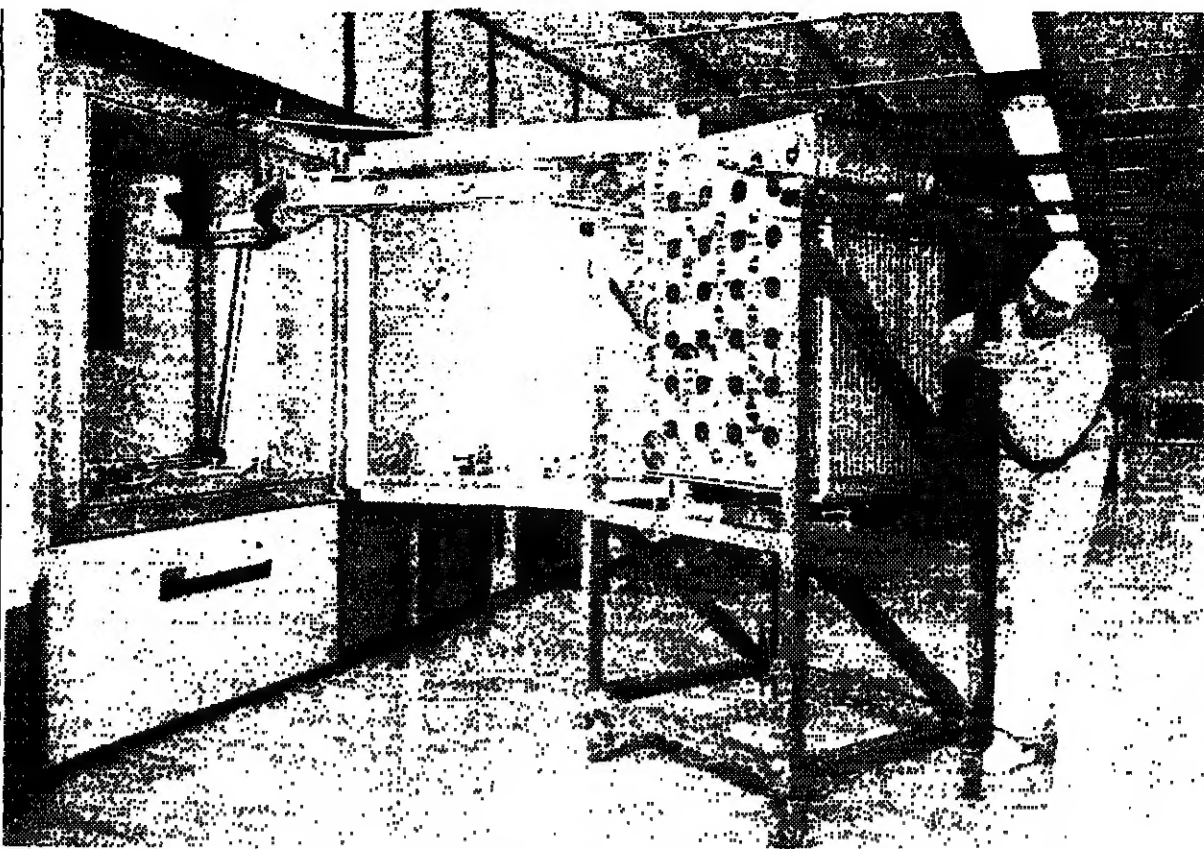
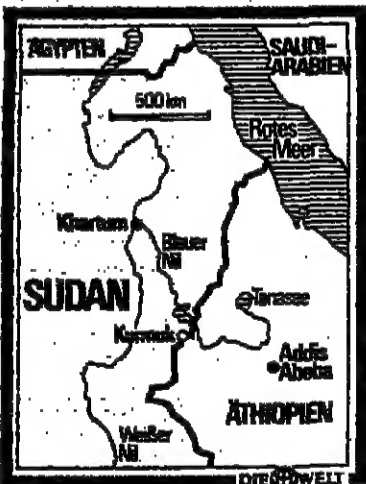
Alle Nicht-Amharas, die es gewagt hatten, von diesen vermeintlichen Rechten Gebrauch zu machen, sahen sich einer brutalen Verfolgung ausgesetzt. Diese ist mittlerweile unter dem Namen „roter Terror“ in den allgemeinen politischen Sprachgebrauch eingegangen. Wenn der Höhepunkt dieses Terrors inzwischen auch überschritten zu sein scheint, so sind Zwangsumsiedlungen, Zwangskollektivierung der Landwirtschaft, Zwangsrekrutierung junger Männer für den Eritrea-Krieg, Alphabetisierung in Amharisch (das von vielen weder gesprochen noch verstanden wird) und die Zahl von mindestens 80 000 aus politischen Gründen Gefangener immer noch eine hinreichende Kette von Gründen, um aus Äthiopien zu fliehen. Das Argument, es handle sich im Grunde um Wirtschaftsfüchtlige, zieht in diesem Falle nicht: Sudan und Somalia, wo sogar mehr als 700 000 Flüchtlinge aus Äthiopien sind, gehören selbst zu den ärmsten Ländern.

Die Lebensbedingungen der Flüchtlinge in den Lagern sind entsprechend hart. Es fehlt an Trinkwasser, das oft über mehrere Kilometer herbeigetragen werden muß. Typhus und Malaria sorgen zusammen mit anderen Krankheiten für eine hohe Sterblichkeitsrate unter den Flüchtlingen. Die meisten müssen im Freien schlafen - ohne ausreichende Unterlage oder Decken.

Es ist kaum verwunderlich, daß die Flüchtlingslager ein Rekrutierungspotential für die Guerillabewegungen darstellen, die seit Jahren gegen die amharische Zentralregierung in Addis Abeba kämpfen. Diese wird jedoch mit Waffen und Material von der UdSSR unterstützt, seit sie sich im Dezember 1974 verbal als „sozialistisch“ erklärt hat.

Die Sowjetunion, die in Äthiopien kein zweites Afghanistan erleben will, hält sich mit ihrer militärischen Präsenz eher zurück. Entscheidend könnten da schon die 24 000 im Land stationierten Kubaner sein, von denen rund die Hälfte gut ausgebildete Elitesoldaten sind, während der Rest in Krankenhäusern, in Schulen und beim Straßenbau arbeitet.

Die „Kubaner“, so Guerilla-Hauptmann Gotta Bobbas von der Oromo-Liberations-Front (OLF), „mühten gefühlsmäßig eigentlich auf unserer Seite stehen. Mir tun die armen Jungs jetzt schon leid. Sie sind so lustig und singen so gern. Aber Kugel ist Kugel. Und wir werden über kurz oder lang siegreich sein.“



Damit sich der Laserstrahl nicht verirrt: Die Compact-Discs werden in Vakuumkammern mit Aluminium beschichtet.

Laserstrahlen und Computer für den Klang der Zukunft

Von REINHARD BEUTH

Deutschlands Cape Canaveral liegt in Langenhagen bei Hannover - denkt man zumindest angesichts der Computer-Arsenale, der herumschwebenden Roboterarme, der Vakuumkammern, vor allem aber der Menschen in ihren himmelblauen Heinkelmannchen-Anzügen aus Plastik. Astronauten der zweiten Generation scheinen am Werk. Weltraum-Look total. Ein SpaceLab auf Erden.

Aber hier gilt es nicht der Erforschung kosmischer Dimensionen, sondern ebenso unvorstellbaren Winzigkeiten. Und aus der Forschung ist schon Massenproduktion geworden. In Langenhagen steht Europas erste Fertigungsanlage für Compact-Discs.

Seit Weihnachten sind sie im Handel, die kleinen Silberscheiben von zwölf Zentimeter Durchmesser. Schallplatten sollen das sein. Man wird es schwerlich glauben, bis im März auch die Abspielgeräte auf den Markt kommen und beweisen, daß die Dinger tatsächlich Musik machen. Nebenbei: Sie machen Musik, und das in einer bisher unvorstellbaren Klangqualität, denn die Plattenspieler-Erben des guten alten Grammophons waren ja schon längst das schwächste Glied in der Stereo-Kette geworden.

Fertigungsleiter Dieter Soine: „Die Fertigung herkömmlicher Langspielplatten hat mit der Compact-Disc-Herstellung so viel gemeinsam wie eine Kunstschmiede mit Augenchirurgie“ - macht die Winzigkeit des neuen Tonträgers anschaulich: „Würde man diese Zwölf-Zentimeter-Scheibe auf die Maße des Kolosseums in Rom vergrößern, dann wären die gespielten Signale so groß wie Streichholzköpfe.“ Während die Tonspur einer traditionellen Langspielplatte immer noch die Breite eines menschlichen Haars hatte, ist man nun in den Mikrometerbereich herabgestiegen. In Labors und bei der Spezialfertigung von

Präzisionswerkzeugen mögen dies ja vertraute Dimensionen sein; aber hier geht es ja um die Massenproduktion eines Konsumartikels.

Die erste Voraussetzung heißt: reine Luft. Die Luftfilter nehmen so viel Platz in Anspruch wie die gesamte Fertigung. Die obere Etage der Halle besteht aus nichts anderem als aus Aggregaten von mechanischen und elektrostatischen Filtern. Sie reinigen 650 000 Kubikmeter Luft pro Stunde. Kein Staubchen kommt da durch. Und wenn doch, dann ist die Platte, auf der es sich irgendwann niederläßt, Ausschuß. Ein Glück, daß die Scheiben nicht auch noch allergisch gegen Krankheitskeime sind, sonst müßten die Menschen auch noch unter Sterilbedingungen arbeiten und fielen jenseits ihrer Luftschleusen dem erstbesten Grippevirus zum Opfer.

Der Mensch ist dabei zum Störfaktor geworden

Der Mensch ist bei solcher Produktion schon zum Störfaktor geworden. Einmal Kopfkratzen setzt 140 000 Schwabestellen frei - eine gelinde Katastrophe. Haare werden also gut unter der Haube verpackt. Mit den Schnurrbärten ist das schon schwieriger. „Eigentlich müßten alle Schnurrbartträger Schnurränder tragen - aber das ist nicht durchzusetzen. Wir drücken mit saurer Miene beide Augen zu.“

Der Störfaktor Mensch muß sich bei solcher Produktion mit den niedrigsten Tätigkeiten begnügen. Er darf die Wagen mit den Magazinen von einem Automaten zum anderen rollen. Und schon bedienen sich die Roboter wieder selbständig. Roboter niesen nicht. Haben keine Haare. Keine Schnäuzer. Können nichts verderben. Verderben kann das Spiel mit der Technik nur der Mensch selbst.

Ausgangspunkt der Fertigung ist der „Master“, das Urmuster der Tonaufnahme, wie schon bei den Langspielplatten der jüngsten Generation in Digitalaufzeichnung statt der früheren Analogaufzeichnung. In diese gläsernen Master mit optisch perfekter Oberfläche und einer Photoresistbeschichtung hat ein Laserstrahl seine Bit-Informationen geschossen, vierzigtausend für jede Sekunde Musik. Nach der Entwicklung wird er mit Silber beschichtet und ist fertig. Diese Master bekommt das Polygram-Werk in Hannover noch aus Holland, von der Konzernmutter Philips, die zusammen mit der japanischen Sony die ganze Technik entwickelt hat. In Hannover wird der Master repliziert, zum ersten Negativ dem „Vater“. Davon lassen sich wiederum diverse Positive, die „Mütter“, herstellen, die dann jene „Söhne“ gebären, die als Präformen dienen.

Von diesen Präformen werden nun in einem kombinierten Spritz- und Präßverfahren die Platten hergestellt, nicht mehr aus PVC wie die schwarzen Scheiben, sondern aus Polycarbonat, denn sie muß völlig frei von Gasblasen und Einschlüssen sein wie optisches Glas und ihre Oberfläche so glatt wie ein Spiegel. Auf einem Quadratmillimeter sind 200 000 Bits gespeichert, jene Zahlenkombinationen aus den Ziffern Null und Eins, die Grundlage jeder Computer-Programmierung sind, denn etwas anderes als Null oder Eins, Ja oder Nein, versteht der Computer ja nicht.

„Schön und gut“, sagt der Laserstrahl im Abspielgerät, „aber wie soll ich euch finden in dem durchsichtigen Zeug? Da leuchte ich doch glatt hindurch.“ Also wird die Seite mit der Bit-Struktur metallisiert, mit einer Aluminiumschicht von einem zehnmillionstel Millimeter Dicke, anschließend das Ganze noch mit einem Schutzlack überzogen. Wenn der Laser nun von unten die Platte ableuchtet,



Oberstes Gebot heißt Staubfreiheit: Zum Abschluß noch eine Schutzlackierung.

trifft er gleich nach den Bits auf Metall und kann nicht mehr weiter. Da weiß auch der Laser, was er zu lesen hat.

Ein Kinderglaube ist hinfällig: daß nämlich die Compact-Disc, fein abgekürzt „CD“, unzerstörbar sei. Richtig ist, daß sie durch den Gebrauch nicht mehr abnutzt. Und daß man Fingerätzten, Soßenspritzer und Zigarettenasche abwischen kann. Aber ein paar kräftige Schrammen im Lack irritieren auch den gutwilligsten Laserstrahl im Abspielgerät.

Die schwarzen Scheiben haben keine Chance mehr

Die Industrie hat lange gezögert, den weit über hundert Millionen Mark Entwicklungskosten nun auch noch diese gut dreißig Millionen für eine Fertigungsstraße hinzuzufügen - im Zeichen rückläufiger Umsätze um Tonträgermarkt nur zu verständlich.

Aber seit im Oktober in Japan die CD auf dem Markt ist, herrscht Hochstimmung in Hannover. Man hatte dort für die ersten drei Monate pessimistisch von einem Absatz von 40 000 CDs gerechnet, und die Optimisten mit 80 000. Doch verkauft wurden 240 000. Bei 33 000 verkauften Geräten macht dies sieben bis acht Platten pro Gerät. Für Europa rechnet man im ersten Jahr mit einem Absatz von 150 000 Geräten. Gegenüber den ursprünglichen Planungen hat man das Produktionsloft in Hannover für 1983 schon verdreifacht. Drei Schichten rund um die Uhr sollen die fünf Millionen CDs bringen, nach denen der Markt dieses Jahr nun wohl schreit.

Ab März gibt es die Geräte in Deutschland, Frankreich, den Niederlanden und Großbritannien. Der Rest des freien Europa folgt im Laufe des Jahres. Aber Amerika muß warten. Dort ist an die Einfüh-

rung der CD einstweilen noch nicht zu denken, ganz einfach, weil der Markt nicht zu versorgen wäre. Denn neben der CBS/Sony-Produktion in Japan ist die Polygram in Hannover mit ihren hauseigenen Labels DGC, Polydor und Philips weltweit der einzige Hersteller. Ein paar ellig aufgestockte Laborwerkstätten mit Jahresstückzahlen von 8000 CDs kann man für den Markt vergessen.

Um die vierzig Mark soll die Klassik-CD kosten. Pop ist zehn Mark billiger zu haben. Die Spieldauer - etwa sechzig Minuten, und das auf nur einer Seite - entspricht der der herkömmlichen LP.

Eins ist noch Zukunftsmusik, aber auch die soll spätestens im nächsten Jahrzehnt klingen: Die zigarenkistengroßen CD-Spieler für Auto, Boot, Zeit und Zuhause. Dann hätte die CD auch alle Vorteile der kleinen Musicassette in der Tasche. Problemfelder bei der Entwicklung sind noch die Erschütterungen beim Autofahren, die den Laser des Abspielgeräts aus dem Konzept bringen, und die Hitzebeständigkeit der CDs, die einstweilen nur bis 55 Grad reicht. Ein in der Sonne geparktes Auto heizt sich höher auf.

Sieben Jahre hat es damals gedauert, die Langspielplatte gegen die 78er Schellackplatte durchzusetzen. Jetzt rechnet man mit etwa der doppelten Zeit. Die Schallgrenze wird durchbrochen, wenn die noch um die 2000 Mark teuren Abspielgeräte auf 999 Mark rutschen. Aber wann wird das sein? Im Jahre 2000 wird es nicht mehr wirtschaftlich für uns sein, schwarze Scheiben zu produzieren“, sagt Dieter Soine, „das ist dann allenfalls noch ein Hobby für Nostalgieker.“ In vier Jahren, 1987, feiern die schwarzen Scheiben ihren 100. Geburtstag. Da wird es wohl auch Zeit, ans Ende zu denken. Gegen die kleinen Hannoveraner Silberscheiben aus dem Labor im Astro-Look haben sie keine Chance mehr.

Herr Berger exportiert Werkzeugmaschinen nach Italien. Warum fällt für ihn die Lira nicht, wenn die Lira fällt?



Um sein Auslandsgeschäft anzukurbeln, mußte Herr Berger nicht weit gehen. Er kam zu uns. Über unseren Partnerservice vermittelten wir ihm eine neue Geschäftsverbindung nach Italien. Sie führte zu guten Abschlüssen, aber auch zu einem Problem:

Herrn Bergers Kunde wollte in Lira bezahlen und das erst nach erfolgter Lieferung in einem Jahr. Konditionen, die durch das Kursrisiko Herrn Bergers Angebotskalkulation über den Haufen geworfen hätten.

Unser Rat in diesem Fall: Ein Devisentermingeschäft mit uns. Das schaltet jedes Kursrisiko für Herrn Berger aus und gibt seiner Kalkulation eine solide Basis.

Export- und Importgeschäfte bringen oft Probleme nicht nur der Kurssicherung, sondern auch der Finanzierung mit sich. Deshalb ist es gut, mit einem kompetenten Partner zu sprechen: Wir, unsere regionalen Zentralbanken und unser Spitzeninstitut, die DG BANK, haben die richtigen Antworten auf alle Fragen im Auslandsgeschäft. Und den umfassenden Finanzservice aus einer Hand: Unser Verbundangebot.

Der Verbund: Alles aus einer Bank.

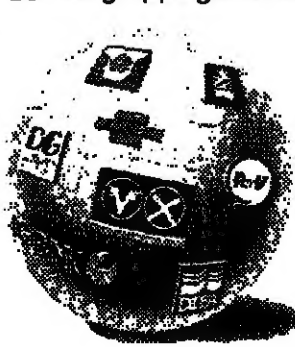
Der Verbund ist der Zusammenschluß der Volksbanken und Raiffeisenbanken, ihrer regionalen Zentralbanken und führender Spezialinstitute der Finanzwirtschaft: der DG BANK und

ihrer Tochterinstitute, der Bausparkasse Schwäbisch Hall, der DG HYP Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank, der Münchener Hypothekenbank eG, der Union-Investment-Gesellschaft, der DIFA Deutsche Immobilienfonds AG und der R+V Versicherung.

Den kompletten Service all dieser Institute bietet jede der 20.000 Bankstellen der Volksbanken und Raiffeisenbanken.

Ihre Sache ist unsere Sache.

Volksbanken und Raiffeisenbanken sind genossenschaftlich organisiert. 9,5 Millionen unserer Kunden sind gleichzeitig Bank-Teilhaber und haben Mitspracherecht. Das macht Partnerschaft zu unserem Prinzip und ist einer der Gründe, warum wir eine so erfolgreiche Bankengruppe geworden sind.



Volksbanken Raiffeisenbanken

Wir bieten mehr als Geld und Zinsen.

Nonne: Pius XII. fürchtete Hitlers Rache

AP/dpa/DW. Rom. Die Haushälterin des verstorbenen Papstes Pius XII., Pasqualina Lehnert, hat erstmals in einem Interview von persönlichen Erfahrungen im Umgang mit dem Papst berichtet, die ein Licht auf dessen Haltung zum Nationalsozialismus werfen. Die aus Bayern stammende Ordensfrau verteidigt Pius XII. insbesondere gegen Angriffe, er habe während der NS-Zeit in Deutschland nicht genug zur Rettung der Juden getan.

Der italienischen katholischen Wochenzeitung „Famiglia Cristiana“ sagte die heute 88-jährige, daß der damalige Papst nach der Veröffentlichung einer sich gegen den Nationalsozialismus aussprechenden Verlautbarung der niederländischen Bischöfe selbst ein vierseitiges Schreiben zur Verurteilung des Nationalsozialismus verfaßt habe. Er habe den Text dann aber verbrannt. Schwester Pasqualina zitiert Pius XII. dazu mit den Worten: „Ich habe diesen Protest geschrieben, um ihn heute nachmittag im „Osservatore Romano“ zu veröffentlichen. Ich habe aber gedacht, wenn durch die Worte der niederländischen Bischöfe 40 000 Unschuldige in Lager gekommen sind, wird Hitler für die Worte des Papstes mindestens 200 000 Menschen internieren. Das kann ich nicht zulassen.“

„DDR“-Offiziere bei der syrischen Armee

DW. Beirut. Etwa 550 Militärberater aus kommunistisch regierten Staaten, unter ihnen Offiziere aus der „DDR“, sind im vergangenen Monat in Syrien eingetroffen. Sie sollen die syrischen Soldaten an der Handhabung der kürzlich gelieferten sowjetischen Waffen unterweisen.

Die Rüstungsgüter aus Moskau sollen helfen, die syrischen Verluste im Libanon-Krieg auszugleichen und die Armee Damaskus zu modernisieren. Unter den gelieferten Waffen befinden sich moderne sowjetische Panzer des Typs T-72 sowie SAM-Flugabwehrraketen mit einer Reichweite von etwa 250 Kilometern.

Die Offiziere aus Kuba und der „DDR“ sollen vor allem bei der Reorganisation der syrischen Armee helfen und neue Trainingsprogramme für die Truppe ausarbeiten. Nach den Erfahrungen des Libanon-Krieges war in Damaskus beschlossen worden, Armeeverbände aus mehreren Divisionen verschiedener Truppenteile zu bilden. Es gilt als sicher, daß die Kubaner bereits mehr als 100 Trainingsschiffe für T-72 Panzer nach Syrien verlegt haben.

Entführte Sowjets von Truppen befreit

AFP, Islamabad. Mehr als einen Monat nach ihrer Verschleppung durch afghanische Widerstandskämpfer sind zwölf sowjetische Techniker in einem Gebirge südlich von Mazar-i-Scharif von sowjetischen Truppen befreit worden.

Wie gestern aus westlichen Diplomatenskreisen in der pakistanischen Hauptstadt Islamabad bekannt wurde, seien vier weitere sowjetische Geiseln vor dem Eintreffen der Soldaten getötet worden. Vor ihrer Erschießung habe man ihnen Nase und Ohren abgeschnitten und die Augen ausgenäht.

Vier der befreiten Techniker seien verletzt worden. Sämtliche Gefangenenträger sollen bei der Befreiungsaktion getötet worden sein.

Rechtshilfevertrag weiter umstritten

hey, Bonn. Die seit Juni letzten Jahres unterbrochenen Verhandlungen über ein Rechtshilfeabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR“ sind gestern wiederaufgenommen worden. Bei der Begegnung zwischen dem Staatssekretär im Bundesjustizministerium Klaus Kinkel und seinem ostberliner Amtskollegen Hans Ranke in Bonn wurde deutlich, daß in Grundfragen die Positionen unverändert sind und die Meinungsunterschiede fortbestehen. Sie beziehen sich vor allem auf die Staatsangehörigkeitsfrage und den Berlin-Status.

Die SPD fordert in Europa eine Zone ohne chemische Waffen

Union und FDP warnen vor einer Schwächung der Verhandlungspositionen des Westens

B. CONRAD/R. MONIAC. Bonn. Die SPD will sich im Fall eines Wahlsieges am 6. März für die Schaffung einer von chemischen Waffen freien Zone in Mitteleuropa einsetzen. Dies teilte der Parteivorsitzende Willy Brandt nach einer Sitzung des SPD-Präsidiums in Ludwigshafen mit.

In dem Beschluß des Präsidiums heißt es, die SPD fordere die weitestgehende Abschaffung von bakteriologischen und chemischen Kampfstoffen. „In Ausformung“ dieses Wunsches trete die Partei dafür ein, „als ersten Schritt in Mitteleuropa eine Zone aller Staaten zu schaffen, die, wie die Bundesrepublik Deutschland, auf Besitz und Verfügen chemischer Waffen verzichtet haben und die unter wirksamer Kontrolle von chemischen Waffen frei ist.“ Eine Bundesregierung unter Führung von Hans-Jochen Vogel wird eine entsprechende Initiative in den ersten hundert Tagen ihrer Amtszeit unternehmen. Zunächst solle darüber zwischen den Ländern verhandelt werden, die an den Wiener Truppenreduzierungsverhandlungen (MBFR) beteiligt seien.

Die Staatsminister im Auswärtigen Amt, Alois Mertes (CDU), erklärte dazu gegenüber der WELT: „Wer wie die Bundesregierung in der völligen Abschaffung aller C-Waffen eine vordringliche Aufgabe sieht, vermag keine Vorteile in dem Vorschlag einer von C-Waffen freien Zone zu sehen, die von Mitteleuropa ausgehen soll.“ Eine dermaßen begrenzte Zone bliebe

sicherheitspolitisch und militärisch von zweifelhaftem Wert, da chemische Waffen im Krisenfall ohne große Schwierigkeiten in diese Zone verbracht werden könnten.

Vor allem aber würden die Bemühungen um eine weitestgehende Null-Lösung verzögert und unterlaufen, sowie die Verhandlungspositionen des Westens geschwächt. Ähnlich äußerte sich auch Bundesaußenminister Genscher dazu.

Die SPD-Forderung lenke auch davon ab, daß - wie die UNO-Mehrheit befürchte - die Sowjets in Afghanistan und die Vietnamesen in Kambodscha und Laos C-Waffen einsetzen, fuhr Mertes fort. Zusätzlich wurde von Fachleuten darauf hingewiesen, daß die SPD-Forderung sich auf die Teilnehmer an den Wiener MBFR-Verhandlungen bezieht und damit die europäische Zone, in der keine C-Waffen lagern dürften, an der Grenze zum europäischen Teil der Sowjetunion enden würde. Konkret wäre die Konsequenz aus der SPD-Forderung, der Sowjetunion zu gestatten, Flugzeuge mit Bomben, gefüllt mit chemischen Kampfstoffen, in Reichweite Mitteleuropas stationiert zu halten, während auf NATO-Seite ein vergleichbares Potential mit Reichweite in die europäische Sowjetunion dann nicht mehr vorhanden wäre.

Unterdessen beantragte die US-Regierung im Rahmen des Verteidigungshaushalts 1984 beim Kongress die Bewilligung von 158 Millionen Dollar zur Herstellung chemischer Munition. Dies meldeten Nachrichtenagenturen unter Berufung auf Beamte des Pentagon. In seinem Bericht an den Kongress vom 1. Februar hat Verteidigungsminister Weinberger die Verbesserung der US-Möglichkeiten zur chemischen Kampfführung als wesentlich dafür bezeichnet, daß die Sowjetunion vom Gebrauch chemischer Munition abgesehen und veranlaßt werde, einem Abkommen zum weltweiten Verbot chemischer Kampfführung zuzustimmen.

Das Pentagon will in den nächsten Jahren die Produktion sogenannter „binärer“ C-Munition finanzieren. Bei ihr werden erst im Einsatzfall zwei Substanzen miteinander vermischt, die dann als Nervengas wirken, aber voneinander getrennt für den menschlichen Organismus unschädlich sind. Die Vorbereitungen für die Produktion der C-Munition sollen 1984 starten. Nach Angaben des Pentagon hat die Sowjetunion „massiv“ in die Fähigkeiten zur chemischen Kampfführung investiert. Weinberger schrieb an den Kongress: „Das gegenwärtige extreme Ungleichgewicht im Vergleich der so-wjetischen zu den amerikanischen Fähigkeiten könnte katastrophale Folgen haben. Die USA müssen nicht den sowjetischen Fähigkeiten ebenbürtig sein... Doch würde die Vernachlässigung der US-Fähigkeit zur Vergeltung mit C-Waffen die riskable Lage noch ernster machen.“

Die erste Sicherheitsklasse wäre Nordamerika; die zweite Sicherheitsklasse wären Frankreich und Großbritannien als europäische Kernwaffenstaaten; zu dritten Klasse würde die Bundesrepublik Deutschland gehören, die von der Sicherheitsgarantie der Vereinten Nationen abgekoppelt würde und sich dem Risiko scheinlicher politischer Abhängigkeit von der Sowjetunion ausgesetzt sähe.

Nach Ansicht der CDU-Politiker würde eine atomwaffenfreie Zone auch die Gefahr eines konventionellen Krieges erhöhen, da die Abschreckung durch die atomare Bedrohung entfielen würde. Die zweite Sicherheitsklasse wäre Frankreich und Großbritannien als europäische Kernwaffenstaaten; zu dritten Klasse würde die Bundesrepublik Deutschland gehören, die von der Sicherheitsgarantie der Vereinten Nationen abgekoppelt würde und sich dem Risiko scheinlicher politischer Abhängigkeit von der Sowjetunion ausgesetzt sähe.

Auch deutsche Polizei zeigt Präsenz

Sicherheitsvorkehrungen in amerikanischen Wohngebieten wurden verbessert

MANFRED SCHELL, Bonn. Nach mühseligen, zunächst hoffnungslos erscheinenden Ermittlungen sieht die Polizei jetzt die Chance, die Sprengstoffanschläge gegen amerikanische Staatsbürger in Frankfurt, Butzbach und Darmstadt von Mitte Dezember letzten Jahres aufzuklären. Im Bundesinnenministerium hieß es gestern, es gebe „erfolgsversprechende Ermittlungsergebnisse“.

Bei den drei Anschlägen waren ein amerikanischer Soldat schwer, ein zweiter leichter verletzt worden. Die amerikanische Botschaft in Bonn und die deutschen Sicherheitsbehörden hatten sich nach diesen Anschlägen besonders alarmiert gezeigt, weil das Vorgehen eine bewußte Gefährdung von Menschenleben signalisierte und die Frage entstand, ob es sich um einen Einzelakt oder eine veränderte Verhaltensweise terroristischer Gruppierungen handelt. Eine schlüssige Antwort darauf ist bisher nicht gefunden.

Inzwischen sind die Sicherheitsvorkehrungen vor allem in amerikanischen Wohngebieten - allein in Hessen gibt es davon 40 mit 70 000 Bewohnern - erheblich verbessert worden. Das Konzept dafür wurde, wie jetzt zu erfahren war, bei einer Begegnung zwischen Staatssekretär Fröhlich vom Bundesinnenministerium, BKA-Präsi-

dent Boge und dem von Experten begleitetem amerikanischen Gesandten Woessner im Bundesinnenministerium entwickelt. Dabei hatten die amerikanischen Gesprächspartner die Sorge geäußert, die deutsche Öffentlichkeit könne sich mit solchen Verbrechen abfinden. Um hier Zweifel zu beseitigen, hatten sich in den Tagen danach Bundeskanzler Kohl und Bundesinnenminister Zimmermann öffentlich erklärt.

Zwischen den deutschen und den amerikanischen Sicherheitsfachleuten wurde vereinbart, daß - neben der Militärpolizei der Amerikaner - auch deutsche Polizei „Präsenz“ in den amerikanischen Wohngebieten zeigt, was ihr normalerweise nach dem Truppenstatut nicht zusteht. Seitdem führt die deutsche Polizei offene und verdeckte Beobachtungen durch. Immerhin sind 1982 allein gegen amerikanische Einrichtungen rund 70 Brand- und Sprengstoffanschläge verurteilt worden. Insgesamt gab es im vergangenen Jahr 400 solcher Anschläge, was die Amerikaner widerlegt. Die Amerikaner sehen Hauptangriffsziel terroristischer Gruppen geworden. Der Gesandte Woessner verwies darauf, die eigenen Behörden hätten die amerikanischen Soldaten und Zivilisten angehalten, sich „sicherheitsbewußter“ zu verhalten. In der Tat

haben die Recherchen der Polizei ergeben, daß - in den in Betracht kommenden Bereichen - damals 50 Prozent der Privatfahrzeuge verschlossen waren. Die Täter hatten somit leichtes Spiel, als es darum ging, die Sprengstoffbehälter unter den Fahrersitzen zu deponieren. Über die englischsprachigen Sender wurden entsprechende Warnungen verbreitet, und das BKA hat Fahndungspakete in englischer Sprache angefertigt.

In dieser Situation gab es, und zwar erstmals, eine Stabsrahmenübung zwischen deutschen und amerikanischen Sicherheitsbehörden, in die auch die amerikanische Botschaft in Bonn und Dienststellen in Washington eingeschaltet worden sind. Sie dauerte 24 Stunden und hatte zum Ziel, wie schwerste Verbrechen gegen amerikanische Staatsbürger abgewendet werden könnten.

Beide Seiten waren mit den Ergebnissen zufrieden. Ein Petition der deutschen Polizei in den zurückliegenden Wochen gegenüber den Amerikanern war, die Angehörigen der Militärpolizei sollten länger als bisher auf ihren Posten beibehalten werden. Die kurzfristige Rotation verhindere, daß sich die Militärpolizisten mit örtlichen Gegebenheiten und speziellen Sicherheitsbedürfnissen vertraut machen könnten.

Genscher: Risiko für die Sicherheit

FDP-Chef kritisiert die außenpolitischen Zielvorstellungen von Vogel und der SPD

STEFAN HEYDECK, Bonn. Die von der SPD und ihrem Spitzenkandidaten Hans-Jochen Vogel verfolgten außen- und sicherheitspolitischen Zielvorstellungen würden nach Auffassung von Außenminister Hans-Dietrich Genscher bei ihrer Umsetzung „ein unübersehbares Risiko für unsere Sicherheit bedeuten“.

Hans-Jochen Vogel würde als Kanzler die Bundesrepublik aus der früher gemeinsam von SPD und FDP getragenen und jetzt mit dem Koalitionspartner CDU/CSU fortgesetzten Sicherheitspolitik lösen, warnte der FDP-Vorsitzende.

Genscher übte in einem Quick-Interview massive Kritik an Vogel. Dessen außenpolitischen Vorstellungen vor allem in den Kernfragen der Abrüstungsverhandlungen seien „sehr unklar“ und „eigentlich schwammig“. Die Art, wie sich der sozialdemokratische Spitzenkandidat zu einem westlichen Nachrüstungsverzicht ohne Verzicht der

Sowjetunion äußere, sei „außerordentlich gefährlich“.

Der FDP-Chef hielt den Sozialdemokraten vor, noch vor gut einem halben Jahr im September 1982 zusammen mit den Liberalen eine völlig andere Sicherheitspolitik vertreten zu haben als die, die sie jetzt im Wahlkampf vorführt. Genscher: „Das ist schon eine sehr wertwende Haltung.“

Dagegen setze die neue Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl die in der sozialliberalen Koalition unter Helmut Schmidt verfolgte Außenpolitik fort. CDU/CSU und FDP stimmten hier „in den fundamentalen Fragen voll überein“. So sei man auch nicht bereit, einer Lösung bei den Mittelbereichsverhandlungen zuzustimmen, die der Sowjetunion ein einseitiges Monopol solcher atomarer Waffen einräumt.

Beim Streit um die Bekanntgabe möglicher Stationierungsorte für

die amerikanischen Pershing-II-Raketen rückte Genscher von der bisherigen klaren Ablehnung vor sich ab. Unter Hinweis auf das immer stärker werdende „Drängen nach Offenlegung“ meinte er, daß wir darüber noch mal sprechen müssen, um unseren Standpunkt zu überprüfen. Auf jeden Fall liege es jetzt „allein in der Hand“ und der Verantwortung Moskaus, wieviel Raketen der Westen den sowjetischen SS 20 entgegensetzen müsse.

Genscher bekräftigte erneut seinen Anspruch, auch nach dem 6. März das Auswärtige Amt zu führen und es nicht CDU-Chef Franz Josef Strauß zu überlassen. Vor dem Hintergrund der nach Umfragen noch kritischen Situation der FDP sieht er „aus der Sicht von heute“ die Grünen über der Fünf-Prozent-Marke. „Die Gefahr eines Einzugs von Grünen und Alternativen in den Bundestag besteht.“

Mertes widerspricht dem Plädoyer von Honecker

Staatsminister: Bedrohung, nicht Lagerung entscheidend

BERNT CONRAD, Bonn

Wir brauchen eine atomwaffenbedrohungsfreie Zone und nicht eine atomwaffenfreie Zone. Es kommt nicht darauf an, wo die Waffen lagern, sondern wen sie bedrohen können.“ Mit dieser Feststellung wies der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Alois Mertes (CDU), gestern den Vorschlag einer atomwaffenfreien Zone in Europa zurück, den der „DDR“-Staatsratsvorsitzende Erich Honecker tags zuvor in einem persönlichen Brief an Bundeskanzler Helmut Kohl unterstützt hatte.

Anknüpfend an eine Anregung der Palme-Kommission hatte die schwedische Regierung allen KSZE-Teilnehmerstaaten die Schaffung einer von atomaren Gefechtsfeldwaffen freien Zone von 300 km Breite vorgeschlagen. Die sowjetische Regierung hatte eine Ausdehnung der atomwaffenfreien Streifen auf 500 bis 600 km empfohlen. Honecker bemühte sich nun in seinem Schreiben an Kohl, die Vorzüge dieses Plans darzulegen.

Demgegenüber betonte Staatsminister Mertes in einem Gespräch mit der WELT: „Eine Annahme des sowjetischen Vorschlages für eine atomwaffenfreie Zone, die beide Staaten in Deutschland umfassen soll, würde im Westen eine Drei-Klassen-Sicherheit schaffen: ● Die erste Sicherheitsklasse wäre Nordamerika;

● die zweite Sicherheitsklasse wären Frankreich und Großbritannien als europäische Kernwaffenstaaten;

● zu dritten Klasse würde die Bundesrepublik Deutschland gehören, die von der Sicherheitsgarantie der Vereinten Nationen abgekoppelt würde und sich dem Risiko scheinlicher politischer Abhängigkeit von der Sowjetunion ausgesetzt sähe.“

Nach Ansicht der CDU-Politiker würde eine atomwaffenfreie Zone auch die Gefahr eines konventionellen Krieges erhöhen, da

die abschreckende Wirkung der anderen Potentiale ausgeschaltet würde. „Das Risiko von Fehl kalkulationen der sowjetischen Führung würde in den achtziger und neunziger Jahren zunehmen und den Frieden in Europa destabilisieren, hingegen einen Frieden der zunehmenden politischen Selbstbestimmung der drittklassigen Sicherheitszone erhöhen. Die Bevölkerung in beiden Teilen Deutschlands würde auch durch moderne konventionelle Waffen verheerend getroffen werden“, bemerkte Mertes.

Unabhängig von der Breite einer atomwaffenfreien Zone, ist eine solche Idee nach den Worten des Staatsministers auch rüstungskontrollpolitisch wenig durchdacht. Denn die Einhaltung der vereinbarten Abzüge und Stationierungsverbote wäre nicht verlässlich überprüfbar. Selbst wenn es gelänge, die mit einem Verifikationssystem verbundenen Probleme technisch und verhandlungsmäßig zu lösen, wäre die Durchführung der Verifikationsmaßnahmen besonders in Krisenzeiten nicht gewährleistet. Nukleare Gefechtsfeldwaffen, vor allem Sprengköpfe, könnten in kürzester Zeit zurückgebracht werden. Deshalb wäre eine solche Zone eher geeignet, ein falsches Gefühl der Sicherheit zu vermitteln.

Ein Europa ohne nukleare Bedrohung, so hob Mertes hervor, würde die Beseitigung der auf Europa gerichteten nuklearen Waffensysteme voraussetzen, wo immer sie stationiert seien. „Das Ziel einer wirksamen Verringerung der nuklearen Bedrohung ist deshalb nur durch eine vereinbarte Verminderung und Begrenzung der Waffensysteme unter Berücksichtigung der strategischen Zusammenhänge mit dem Ziel eines stabilen Gleichgewichts auf möglichst niedrigem Niveau zu erreichen.“ Nur so könne auch eine Erpressungsfähigkeit der Sowjetunion gegenüber Westeuropa verhindert werden, stellte der CDU-Politiker fest.

Die SED-Führung und die Realität von Barbie

Ost-Berlin versucht Bonn in den Blickpunkt zu bringen

WERNER KAHL, Berlin

Die Weisungen der Agit-Prop-Abteilung der SED-Führung an die Genossen Leitartikel fäße die „Wahrheit“ (das Blatt des Westberliner SED-Abteilers der Einheitspartei) gestern in der Schlagzeile zusammen: „Barbie und Bonn“. Unisono mit dem großen Schweisterblatt „Neues Deutschland“ servierte die kommunistisch gesteuerte Presse ihren Lesern die Vergangenheit des ehemaligen Lyoner Chefs der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) als „heutige Realität“ in der Bundesrepublik Deutschland.

Der Propagandawirbel, der in den Ostberliner Medien eingesetzt hat, soll jetzt Bonn den „Schwarzen Peter“ in der Frage zuschieben, wieso der ehemalige SS-Hauptsturmführer Klaus Barbie alias Altman sich über drei Jahrzehnte allen Verfolgungen in Europa und Übersee entziehen konnte.

In Lyon, dem Hauptsitzpunkt der Resistance, hatte sich der alte Bad Godesberg stammende überzeugte Nationalsozialist in der Liquidierung von Angehörigen der Widerstandsbewegung wie von untergetauchten Juden hervorgetan wie kein anderer in Frankreich. In den Wirren der Nachkriegszeit verstand es Barbie zunächst seine Spuren als „Henker von Lyon“ zu verwischen. „Nicht nur Raketenforscher, auch Männer des Sicherheitsdienstes (SD)“, so die Schweizer „Weltwoche“, seien damals für die Siegermächte oft „wertvolle Spezialisten“ gewesen und in mehr als einem Sinn „gesucht“ worden.

Im Fall Barbie waren es „eurofremde Amerikaner“ (Simon Wiesenthal), denen sich der deutsche SD-Mann als Kenner des europäischen Nachkriegsschauplatzes zu empfehlen verstand. Während des letzten Kriegswinters aus Frankreich ins Ruhrgebiet abgesetzt, hatte Barbie die Kapitulation in Dortmund überlebt, wo er bald aus der Gefangenschaft entlassen worden war. Unter diversen Decknamen - Meier, Holzer, Wilms, Martens und

Spöhr - machte er sich beim amerikanischen Geheimdienst in Süd-Deutschland nützlich.

Die französischen Behörden hörten damals Barbie in Augsburg als Zeugen in einem Fall um vermutliche Kollaboration eines französischen Offiziers mit der Gestapo an. Ein französisches Gericht untersuchte den Verdacht, der Résistant René Hardy, Oberst der Widerstandsbewegung, habe Barbie den Organisator der Resistance, Jean Moulin, verraten.

Mit Frau, Tochter und anderen Familienmitgliedern setzte sich Barbie im Jahre 1951 nach Südamerika ab. Französische Gerichte verurteilten ihn 1952 und 1954 in Abwesenheit zum Tode. Auf der Kriegsverbrecherliste trug er nun die Nummer 239. Unter dem Namen Altman ließ er sich nach kurzem Aufenthalt in Argentinien in Bolivien nieder. Es war das linke Regime in Bolivien, das heute dran ist, so Simon Wiesenthal gestern zur WELT, „das Barbie 1957 die bolivianische Staatsbürgerschaft gab.“ In der SED-Presse las sich das gestern so: „Seine blutigen Erfahrungen“ habe der von Bonn nicht verfolgte Barbie „den südamerikanischen Militärdiktaturen zur Unterdrückung der Völker dieser Region zur Verfügung“ gestellt.

Oberstaatsanwalt Alfred Streim, stellvertretender Leiter der Zentralstelle zur Verfolgung von NS-Verbrechen in Ludwigsburg, erläuterte die Situation der deutschen Justiz in den ersten Nachkriegsjahren: „Einer Strafverurteilung stand wegen der Verurteilung durch französische Gerichte der sogenannte Überleitungsvertrag entgegen.“ Das hieß seinerzeit, die Westmächte hatten einen Vertrag mit der Bundesrepublik abgeschlossen, wonach bei rechtskräftigen Verurteilungen im Ausland kein neues Verfahren in Deutschland eröffnet werden konnte. Nach der Änderung des Vertrages sei 1958 sofort Haftbefehl gegen Barbie erlassen worden.

KSZE: Moskau bleibt unnachgiebig

DW. Moskau

Unter wenig optimistischen Zeichen hat die Moskauer Negativkonferenz der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) gestern ihre 8. Sitzung wiederaufgenommen. Legierte der kommunistischen westlichen Staaten bestätigten Journalisten, daß sich die weils unterschiedlichen Positionen nicht verändert hätten.

Darauf hatte bereits der KSZE-Botschafter Jörg Kaslitz im Interview des Deutschen Funkhugewiesens. Der Botschafter warf dem Osten vor, „nicht um einen Millimeter wegz zu haben. Die Sowjetunion müsse endlich ihr Territorium vertrauensbildende Maßnahmen öffnen. Auch Bundesaußenminister Genscher äußerte sich in diesem Sinne. Das Zustandekommen der angestrebten Abrüstungsverhandlungen hänge nur noch von der Haltung Moskaus ab. Die Sowjetunion müsse ihr gesamtes europäisches Territorium für vertrauensbildende Maßnahmen öffnen, wie in Staat in Europa dies tue.“

Der neue Bonner Vorstoß für Einberufung einer europäischen Abrüstungskonferenz wurde der SPD ausdrücklich begrüßt. Der frühere Verteidigungsminister Hans Apel sagte: „Ich bin froh, wenigstens in diesem Bereich unserer Außenpolitik Kontinuität wahr zu sehen.“

Walesa als Zeuge im KOR-Prozess?

dpa, Warschau

Der polnische Arbeiterführer Lech Walesa soll heute bei obersten Militärstaatsanwälten in Warschau als Zeuge im Ermittlungsverfahren gegen die Führer der oppositionellen Gruppe „KOR“ zur gesellschaftlichen Selbstverteidigung - „KOR“ - an. Dies gab der Regierungssprecher Jerzy Urban gestern in Warschau vor der Presse bekannt. Walesa wurde in Danzig zugewiesen, von dem stellvertretenden Staatsanwalt der Kriegsmarine, Kommodor Polojczek, untergebracht worden.

Auf telefonische Anfrage war Montag aus der Wohnung von Walesa mitgeteilt worden, die Vorladung habe formelle Mängel. Dabei wurde Walesa noch nicht, ob er in Warschau sein will, geäußert. Die Altkenszeichen der Angeklagten sind in der Liste der Zeugen in einer „dienstlichen Angelegenheit“ gelistet. Wie Danzig zu hören war, wollte sich vor einer Entscheidung noch juristischen Rat einholen.

Vier führende Mitglieder der KOR - Jacek Kuron, Adam Michnik, Jan Litwinski und Henryk Jablonski - sind seit August 1982 verhaftet worden und wegen Vorbereitung eines gesamtstaatlichen Streiks in Polen vor Gericht gestellt worden. Später ist der ebenfalls beschuldigte schwer herzkrankte Literaturwissenschaftler Jan Jozef Lipski willig aus London zurück. Alle Betroffenen waren Berater der botanischen Gewerkschaft „Solidarność“.

Irak fordert arabische Hilfe

AFP, P

Irak hat die arabischen Länder aufgefordert, angesichts der gegeniranischen Offensive ihre gegenseitigen Verpflichtungen zu erneuern. Die kassische Nachrichtenagentur meldete, daß das Außenministerium die in Bagdad akkreditierten Leiter der arabischen Missionen des Zweck zu einem Treffen einberufen habe. Die Diplomaten wurden Ina zufolge aufgefordert, ihre Regierungen in Einzelheiten über die am Sonntag ausgeführte irranische Aggression zu unterrichten.

DIE WELT (Ausgabe 603-590) is published except Sundays and holidays. The subscription price for the U.S.A. is US-Dollar 36 per annum. Second class postage is paid at New York, N.Y. 07051 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, 150 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, N.J. 07632.

Pioniere
der Energie- und
Regeltechnik

GESTRA:

Spitzenposition auf dem Weltmarkt

GESTRA ist der internationale Partner der Energiewirtschaft. Erfolgreicher Hersteller von Armaturen und Regeltechnik für den wirtschaftlichen Umgang mit Energie. Eigene Tochtergesellschaften in Frankreich, Großbritannien, Italien, Spanien, in den USA und Vertretungen in 40 Ländern.

Jeder Siebte bei GESTRA ist im Ausland tätig. Nicht zuletzt sichert GESTRA als erfolgreicher Lizenzgeber seine starke Position auf den Weltmärkten. Und die Exportquote von 55%.

GESTRA Aktiengesellschaft · Bremen



Wir machen mehr
aus Energie

سكيا من الجبال

Für die SPD ist der Marxismus heute nur noch ein historisches Erbe

GÜNTHER BADING, Bonn
Für die heutigen sozialdemokratischen Parteien und für die sozialdemokratisch orientierten Teile der Arbeiterbewegung ist der Marxismus nur noch ein historisches Erbe, als Teil der eigenen Geschichte von Interesse. Konkreten Einfluß haben die Marxschen Lehren in der Sozialdemokratie nur noch, wenn man Teile daraus - wie etwa Marx' Aussagen zur Ökologie - als noch heute gültige Fragen versteht. Das ist das Fazit aus einem Diskussionsbeitrag des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt bei einem Symposium, das die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung in diesen Tagen zum 100. Todestag von Karl Marx in Bad Godesberg hielt.

Professor Richard Löwenthal, Mitglied der SPD-Grundwertekommission, ging in seiner Darstellung der Wirkung Marxscher Lehren in unserer Zeit noch weiter. Die Geschichte habe Marx, der recht verstanden der Stifter einer "doppelten Religion" gewesen sei, geführt. Zum einen habe Marx die heutige Entwicklung zu einer staatlich gesteuerten Mischform des Wirtschaftens aus dem Kapitalismus seiner Zeit nicht vorausgesehen. Zum anderen habe sich die Arbeiterbewegung nicht als von dem revolutionären Bewußtsein erfüllt gezeigt, das Marx vorausgesetzt habe.

Willy Brandt sagte vor den rund 100 Teilnehmern des Symposiums, die europäischen sozialdemokratischen Parteien orientierten sich heute "nur noch wenig" an dem "Vernachlässigen des großen Mannes aus Triar". Sicher habe Karl Marx weder an 6. März in der Bundesrepublik Deutschland noch auf den Parteitag der deutschen Sozialdemokraten zur Wahl. "Klar ist aber zugleich: Die deutsche Sozialdemokratie wäre schlecht beraten, ließe sie vor ihrer Geschichte weg. Der wissenschaftlich genannte Sozialismus hat nicht die SPD geschaffen, aber er hat sie stark beeinflusst und ihr entscheidende Impulse vermittelt. Dessen brauchen

wir uns nicht zu schämen." Brandt führte diese Entwicklung fort von einer Marx-Orientierung in den sozialdemokratischen Parteien, aber auch bei jenen, die sich um eine "Gegenposition bemühten, auf die jüngste Zeit zurück. Er verwies darauf, daß dies noch in dem "jüngsten Protest" der Schüler und Studenten Ende der 60er Jahre anders gewesen sei.

Auch von den kommunistischen regierten Staaten könne man heute ohne Übertreibung sagen, daß sie sich "auf bereits notorisch gewordene Weise von dem wegentwickelt haben, was Marx als Weg zur Befreiung der menschlichen Persönlichkeit vorgezeichnet hatte". Die verbale Verherrlichung von Marx und Engels vertrage sich schlecht mit der "bürokratischen Verkümmung, die für die freie Entfaltung der Menschen wenig Luft läßt". Allerdings spiele Marx heute auch für jene eine eher untergeordnete Rolle, die in diesen Staaten versuchten, eine Gegenkraft zu formieren. Das sei aus einem Vergleich der Bewegung des Prager Frühlings mit den gewerkschaftlichen Kräften, die sich heute in Polen zur "Solidarität" zusammengefunden hätten, ersichtlich.

Im Prinzip aber sei Marxs Erbe dennoch nicht verlorengegangen, argumentierte der SPD-Vorsitzende. Noch immer haben die Marxsche Vorhersage des Prozesses der Akkumulation und Konzentration des Kapitals und auch die Prophezeiung einer Ablösung des Managements vom Kapitaleigentum nichts von ihrer Gültigkeit verloren. Marx habe aber trotz seiner Bewunderung der ungeheuren Wachstumsdynamik der kapitalistischen Produktionsweise deren "explosive Kraft" noch immer unterschätzt. Offensichtlich unberücksichtigt sei seine Vorhersage gewesen, daß durch den tendenziellen Fall der Profitrate die Unternehmer in absehbarer Zeit damit aufhören würden, die Produktion auszuweiten. Jedenfalls müsse man sagen, daß Marx "tiefe, unverwechselbare Spuren in unserem Denken" hinterlassen habe. Marx habe das Industriezeitalter mit Grundbegriffen versehen, die fortdauer-

ten.

Heute aber spreche "einiges dafür, daß die Industrie- und Arbeitsgesellschaft der letzten 150 Jahre nicht nur in eine Krise, sondern eher in einen Umbruch geraten ist, der auch die Kategorien ihrer Erkenntnis nicht unberührt läßt". Hundert Jahre nach Marx lasse sich formulieren: "Die Analysen des großen Denkers waren vielfach richtig. Teile seines Kategorieninstrumentariums und seiner Methode sind auf faszinierende Weise modern geblieben. Seine Antworten erwiesen sich vielfach als falsch, seine Hoffnungen als trügerisch."

Das Schicksal der Marxschen Lehren heute beschrieb Professor Löwenthal zusammenfassend so: - Im Ostblock sei der Marxismus "tot". Zwar orientierte man sich in den dortigen Parteien noch an einem von ihm beeinflussten Weltbild, man erwarte aber nicht mehr die Verwirklichung der vollkommenen konfliktfreien Gesellschaft, wie sie Marx als Ziel genannt habe. Noch 1981 aber habe Chruschtschow als Termin zur Verwirklichung dieses Ziels das Jahr 1980 genannt.

- In den westlichen Arbeiterbewegungen habe die diesseitige Heilserwartung mit der Durchsetzung voller demokratischer Rechte und der "Entwicklung des Kapitalismus zu einer staatlich gesteuerten Mischform des Wirtschaftens bei einem hohen Grad an sozialer Sicherheit seit langem ihre Virulenz verloren". Die westlichen Arbeiterbewegungen seien nur so lange revolutionär gewesen, als ihnen die vollen demokratischen Rechte vorzuenthalten worden seien. Die heutigen kommunistischen Massenparteien in den lateinischen Ländern, der "Eurokommunismus" also, vollzogen diese sozialdemokratische Entwicklung zu "Reformparteien innerhalb des demokratischen Staates" heute aus denselben Gründen mit einer gewissen historischen Verspätung nach.

EG-Nachbarn kürzen Arbeitslosengeld

Beschäftigungskrise soll mit Steuererhöhungen und Sonderabgaben bekämpft werden

dpa, Hamburg
Angesichts der drastisch steigenden Zahl von Erwerbslosen haben einige Nachbarländer der Bundesrepublik die Leistungen für Arbeitslose zum Teil erheblich eingeschränkt. Daneben versuchen einige Staaten, durch Steuererhöhungen und "Solidaritätsabgaben" von Staatsdienern zusätzliche Mittel zur Finanzierung der Beschäftigungskrise aufzutreiben. Das ergab eine dpa-Umfrage in Frankreich, Belgien und Großbritannien.

In Großbritannien, wo Ende Januar 1983 offiziell 9,2 Millionen Menschen ohne Arbeit waren (13,8 Prozent aller Erwerbsfähigen), wurde das Arbeitslosengeld unter der Regierung Thatcher 1981 erstmals nicht der Inflationsrate angeglichen. Die betroffenen Briten erhalten daher heute rund acht Prozent weniger Unterstützung als vor drei Jahren. Die Franzosen, die seit einer Arbeitslosenquote von 8,4

Prozent (2,13 Millionen) Ende 1982 günstiger abschnitten als die Bundesrepublik im letzten Dezember mit 9,1 Prozent, müssen im ersten Jahr nach der Kündigung mit 80 Prozent ihres letzten Bruttolohnes Vorlieb nehmen. Bis vor drei Monaten waren es noch 90 Prozent.

Belgien hat die bisher großzügig gehandhabte Unterstützungsdauer für die Ende Januar rund 497 000 Arbeitslosen (18,1 Prozent) rigoros eingeschränkt. Außerdem kann eine Familie mit mehreren Verdienern und mehr als 25 000 Mark Jahresinkommen nur noch für den Hauptverdienenden Arbeitslosenunterstützung bekommen. Belgien bittet zur Finanzierung der wachsenden Arbeitslosenzahl auch kinderlose Ehepaare mit einer zeitlich begrenzten Sondersteuer von monatlich 45 Mark zur Kasse.

Alle Nachbarländer bemühen sich besonders um die jugendlichen Arbeitslosen, deren Zahl den

Politikern die größte Sorge bereitet. So zählen die Statistiker in Frankreich am Ende des vergangenen Jahres 960 000 Arbeitslose unter 25 Jahren. Ihre wirkliche Zahl dürfte allerdings noch um rund 50 000 höher liegen, weil Schulabgänger in kommunalen Aufbauprogrammen nicht erfaßt werden. In Belgien zählt die Gruppe der jungen Arbeitslosen 184 000. In Großbritannien sind sogar 1,3 Millionen junge Menschen zwischen 16 und 24 Jahren ohne Job.

Vor diesem Hintergrund hat die Regierung Thatcher, die alle Konjunkturprogramme zur Wirtschaftsbelebung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ablehnt, mehrere hundert Millionen Pfund in Beschäftigungs- und Ausbildungsprogramme für Jugendliche investiert. Belgien verspricht Arbeitgebern, die arbeitslose junge Menschen einstellen, eine Befreiung von den Sozialabgaben.

SPD-Politiker kritisieren Berater Vogels

RÜDIGER MONIAC, Bonn
Der Naturwissenschaftler und Philosoph Carl Friedrich von Weizsäcker ist wegen seiner These, es sei "wirkliche Gefahr" für den Ausbruch eines Atomkrieges zwischen den Weltmächten, von führenden Sozialdemokraten angegriffen worden.

Weizsäcker, der sich als persönlicher Berater des SPD-Kanzlerkandidaten Vogel für Fragen der "Friedenspolitik" versteht, diskutierte gestern mit Hans Apel, Egon Bahr, Horst Ehmke, Erhard Eppler und anderen von ihm vorgelegte Thesen. Wie der Berater Vogels vor Journalisten selbst erläuterte, hielt ihm die Kunde vor, mit der Auffassung, es sei ungewiß, daß zwischen dem Weltkern und dem nuklearen Krieg vermieden werden könne, verbeirte er "Katastrophenstimmung". Trotzdem beharrte Weizsäcker auf seiner Ansicht. Er sagte zur Begründung, auch vor 1914 habe es in Politik und Kunst "Seismographen" gegeben, die den Krieg angekündigt hätten. Im Ersten wie im Zweiten Weltkrieg sei es um den "Ausbruch der Hegemonienkonflikte" gegangen. "Nichts hat sich nach 1945 gelöst", sagte der Wissenschaftler vor Journalisten weiter. Auch heute kündige die Kunst, wenn sie gut ist und dann nicht lügen kann, von Katastrophen. Das habe doch etwas zu bedeuten, rügte Weizsäcker hinzu.

In seinen Thesen vertritt der Berater des Kanzlerkandidaten unter anderem die Auffassung, eine Lebensbedingung für die Bundesrepublik sei die "Gleichzeitigkeit" ihres Festhaltens am NATO-Bündnis, gepaart mit der Bemühung um Entspannung. Ein Scheitern der Verhandlungen zur Rüstungsbeziehung "könnte eine politische Katastrophe bedeuten". Zum Problem der Mittelstreckenwaffen fügte er hinzu, sollte die NATO deren Stationierung "beschließen" (nach dem Doppelbeschluss hat sie es unter Bedingungen bereits getan, die Red.), so gehören sie, wie Weizsäcker sagte, auf See. Ihre Stationierung auf Land hält der Wissenschaftler nicht für wünschenswert, weil sie dann, wie er sagt, einen Präventivschlag anzeigen.

USA testen mit Erfolg neues Raketensystem

Es soll gegen einen sowjetischen Erstschlag schützen

RÜDIGER MONIAC, Bonn
Die USA haben mit einer Reihe von Versuchen begonnen, mit denen sie die technischen Fähigkeiten zur Abwehr von angreifenden strategischen Atomraketen mit Hilfe von Anti-Raketen-Raketen studieren.

Wie das US-Verteidigungsministerium mitteilte, war an dem ersten - erfolgreichen - Test als dargelegter Angreifer eine Interkontinental-Rakete des älteren Typs Minuteman 1 beteiligt. Sie wurde vom Luftwaffenstützpunkt Vandenberg in Kalifornien auf den Pazifik hinaus gestartet. Zum Abfangen dieses "Angreifers" über See wurde ein neuer Raketentyp mit optischen Sensoren und einem eigenen Führungssystem getestet. Die Abwehrakete war vom Stützpunkt Kwajalein im Pazifik abgefeuert worden.

In dem Bericht, den Verteidigungsminister Weinberger am 1. Februar dem US-Kongress übermittelte, wird das Programm zur Verteidigung gegen ballistische Raketen (BMD wie Ballistic Missile Defense) als "extensiv" beschrieben. Es sei bereits bewiesen, daß die USA in der Lage seien, wichtige Teile ihrer nuklearen strategischen Streitkräfte gegen einen Angriff durch ballistische Raketen zu schützen. Das BMD-Programm sei so entworfen, daß die USA die Anti-Raketen-Technologie beherrschen lernen; aufgrund dieser Tatsache versetzen sie sich in die Lage, ein entsprechendes Abwehrsystem schnell zu stationieren.

Im Haushalt des Pentagon sind für diese Zwecke in den nächsten Jahren steigende Ausgaben vorgesehen, für das bereits bewilligte Finanzjahr 1982 462,1 Millionen Dollar, für 1983 weitere 519,0 Millionen sowie für 1984 709,3 und 1985 1564 Millionen Dollar.

Die amerikanischen Bemühungen um ein BMD-Programm haben entscheidende Bedeutung dafür, der Sowjetunion die Fähigkeit zu verweigern, der Begriff Erstschlag, zu unterscheiden vom Wort Ersteintritt, besagt, daß eine der beiden Weltmächte, würde sie über diese

Fähigkeit verfügen, in der Lage wäre, die andere mit einem strategischen Überraschungsangriff gegen das strategische Angriffspotential des Gegners so entscheidend zu entwerfen, daß ein Vergeltungsschlag (Zweitschlag) für sie unmöglich würde.

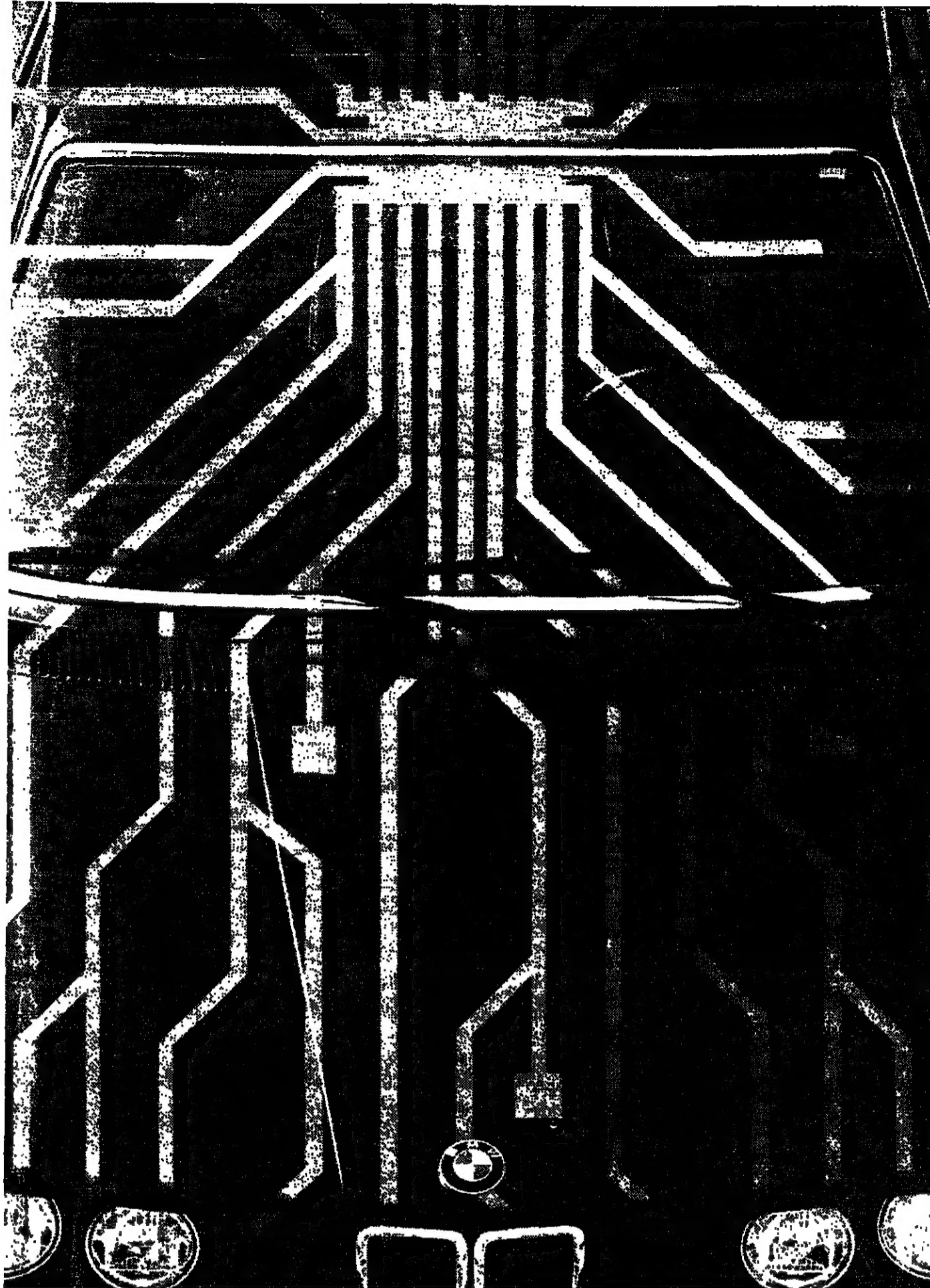
Amerikanische Fachleute sagen, die Sowjetunion sei inzwischen aufgrund der verbesserten Zielgenauigkeit ihrer landgestützten strategischen Raketen in der Lage, die landgestützten US-Raketen derselben Kategorie in einem Überraschungsangriff in deren Silos zu zerstören.

Mit der Entwicklung der strategischen landgestützten Rakete MX wollen die USA diese partielle Erstschlagfähigkeit der Sowjetunion durchbrechen. Das Konzept, das dies ermöglichen soll, die Stationierung von hunderten MX-Raketen in einem "dichten Bündel", wird im Kongress jedoch als nicht zuverlässig und als zu teuer gewertet. Die endgültige Finanzierung der MX steht deshalb aus.

Gegenwärtig untersucht ein Ausschuss unabhängiger Fachleute in Washington andere Möglichkeiten zur Unterbringung der in Entwicklung befindlichen MX-Rakete.

Das Verteidigungsministerium hat bisher nicht beabsichtigt, die Stationierung der MX-Raketen durch die Installation eines Antiraketen-Verteidigungssystems gegen einen partiellen Erstschlag zu sichern. Im Zusammenhang mit dem Konzept des "dichten Bündels" sollte für die Zerstörung von angreifenden sowjetischen Raketen in einem Überraschungsschwarm der "Brudermord" sorgen. Fachleute halten es für gesichert, daß eine Atomexplosion bei den angreifenden Raketen in einer Kettenreaktion die Zerstörung der weiteren anliegenden Atomsprengköpfe auslösen würde, so daß die stark verbunkerten MX-Raketen für den Zweitschlag verfügbar bleiben.

Sollte die Regierung dieses Konzept politisch nicht durchsetzen können, steht zu erwarten, daß ein BMD-System die Verteidigung übernimmt.



Dieser BMW hat erheblich bessere Nerven als übliche Automobile.
Damit Sie Ihre eigenen für Wichtigeres einsetzen können.

Wenn im menschlichen Körper Störungen auftreten, wird dies über Nervenbahnen signalisiert. So können Fehler rechtzeitig festgestellt und weitergehende Folgen meist vermieden werden.

Vergleichbar arbeitet auch das BMW Check-Control-System. Wenn z.B. ein Rücklicht oder ein Bremslicht defekt ist, zeigt die BMW Check-Control das selbsttätig an* und veranlaßt dazu, vorsichtiger zu fahren und den Schaden beheben zu lassen.

Der Fahrer stellt damit nicht mehr - wie häufig ohne dieses Wissen - ein Sicherheitsrisiko für sich und andere dar.

Die BMW Check-Control vermittelt so noch mehr Sicherheit und Souveränität. Und das Bewußtsein, so verantwortungsvoll zu fahren, wie es modernste Technologie möglich macht.

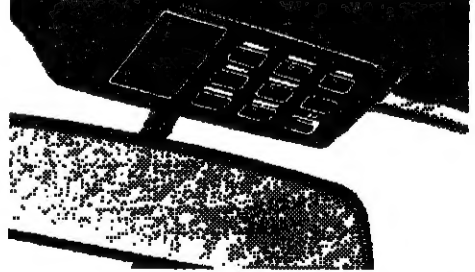
Natürlich beschränkt sich der Einsatz von wirkungsvoller Elektronik bei BMW nicht nur auf die Kontrolle der Fahrersicherheit.

Der BMW Fahrer wird auf diese Weise immer wieder daran erinnert, durch vorausschauende, flüssige Fahrweise und geschickte Schalttechnik in vielen geeigneten Verkehrssituationen die Schubabschaltung zu aktivieren.

So z.B. durch konsequentes Rollenlassen ohne Gas, gezieltes Herunterschalten vor roten Ampeln, bei Stauabfahrten, bei Bergabfahrten. BMW bietet Ihnen eben nicht nur konventionelle Gediegenheit, sondern zukunftsorientierte Technik. Und Sie bekommen in der anspruchsvollen Mittelklasse das, was Sie heute mit Recht erwarten dürfen. Aber nur bei BMW finden.

Und warum sollten Sie sich mit weniger zufriedengeben?

*Die aktive Check-Control (ab 525i) überprüft ständig folgende Fahrzeugfunktionen und Betriebsstoffe: Abblendlicht, Rücklicht, Bremslicht, Kennzeichenlicht, Kühlwasserniveau, Motorölniveau und Waschwasserniveau.



Ihre Vorteile zeigen sich bei der dynamischen Umsetzung von Energie genauso wie beim sorgfältigen Umgang damit.

BMW war z.B. auch einer der ersten, die eine Schubabschaltung beim Automobil realisierten. Diesen technischen Entwicklungsschritt hat der eine oder andere Automobilhersteller inzwischen nachvollzogen. Doch BMW geht einen entscheidenden Schritt weiter:

BMW kombiniert die Schubabschaltung mit der genauen Kraftstoff-Verbrauchsanzeige Energie-Control, die die Schubabschaltung mit Null-Verbrauch sofort anzeigt.

Die BMW der 5er Reihe. Kauf, Finanzierung, Leasing - Ihr BMW Händler ist immer der richtige Partner.



AGYPTEN

WISSENSCHAFTLICHE STUDIENREISEN

16tägige Rundreise durch Ober- und Unter-Ägypten und ins östliche Delta, Flug ab Frankfurt mit Linienmaschine, 10. 3.-25. 3. 83 und 26. 3.-10. 4. 83

DM 3385,-

Biblische Reisen Abt. 09
Silberburgstraße 121, 7000 Stuttgart 1, Tel. (07 11) 62 60 05

AUSLANDS-INTENSIV-SEMINARE

Auslands-Intensivseminare

In Luxushotels auf Gran Canaria, Kenia, Spanien, Fuerteventura. Themen: Manipulation, Motivation, Mitarbeiterführung, freie Rede, Kommunikation, Verkaufstraining.

Unsere 1-2wöchigen Seminare sind besonders geeignet für Selbständige und Führungskräfte aus allen Branchen.

Nutzen Sie die Möglichkeit, Ihre Fortbildungsreise nach § 4 Absatz 4 EStG steuerlich abzusetzen.

Gern überreichen wir Ihnen unverbindlich unsere Prospekte.

G W U GmbH
Nerobergstr. 13, 6200 Wiesbaden, Telefon 0 61 21 / 52 00 34

CHINA

China

Wir sind Chinesen und haben...
Führen Sie bitte unseren...
SUNRISE TRAVEL SERVICE C.-H. CHANG
HENRICH-WON-KLEIST-STR. 10
5300 BONN 1
TEL. 02 28 / 22 20 03

GRIECHENLAND

Wissenschaftliche und biblische Studienreisen

durch Makedonien, zu den Meteora-Klöstern, nach Delphi, Olympia, Mykonos, Korinth und Athen. Reisen von 10, 15 und 16 Tagen Dauer.

26. 3.- 8. 4. 83 DM 2790,-
8. 4.-17. 4. 83 DM 1985,-
16. 4.- 1. 5. 83 DM 2725,-
21. 5.-30. 5. 83 DM 1985,-

Flug mit Linienmaschine ab Frankfurt, Unterkunft in guten Hotels, Halbpension, Reiseleitung, Nebenkosten.

Biblische Reisen Abt. 09
Silberburgstr. 121, 7000 Stuttgart 1, Tel. (07 11) 62 60 05

GRIECHENLAND

Delphi Reisen

Unser Sommer-Katalog ist da!!
-Griechenland à la carte 1983-
★ Flugreisen ★ Schiffsreisen
★ Kreuzfahrten ★ Rundreisen
★ Gruppenreisen ★ Jachttourismus
★ Individuell u. preisgünstig
★ Besondere Reise nach den Wünschen der Kunden.
★ Seit vier Jahren der Geheimtipp für Kenner und Individualisten.
★ Individuelle und unverbindliche Beratung.
★ Nur direkt bei uns zu buchen.

DELPHI-REISEN, 7500 Karlsruhe, Kaiserstr. 118, 3. OG (LH), Tel. (07 21) 2 91 65, 2 09 04
Ihr Griechenland-Spezialist
PROSPEKT ANFORDERN * PROSPEKT ANFORDERN

HOTELS + FERIENWOHNUNGEN

HOTELS + FERIENWOHNUNGEN

Viele ausgewählte Pensionen und Hotels in ITALIEN, OSTERREICH und JUGOSLAVIEN mit Frühstück, Halb- oder Vollpension, so z. B. Hotel TAORMINA, Lido di Jesolo, 80 m vom Strand, Wochenpreis inkl. Vollpension, Liegestühle, Sonnenschirm ab nur DM 198,-
Hotel Palma de Mallorca, 80 m vom Strand, Wochenpreis inkl. Vollpension, Liegestühle, Sonnenschirm ab nur DM 284,-
SO GUTSIEBEN SIE DEN WERTVOLLEN GELD
Ausgewählte Ferienwohnungen/Bungalows, Prospekte für Sie unverbindlich - prüfen und vergleichen Sie bei ZENITH REISEN GMBH, 6200 Wiesbaden, Tel. (06 61) 1 30 91 Serie, (Nach 18 Uhr Anrufbeantworter) Schreiben Sie uns od. telefonieren Sie - es macht sich für Sie bezahlt!

12 Tage Norwegen - Schweden - Dänemark mit Bus und Schiff, 25. 7.-5. 8. 83, Kopenhagen, Göteborg, Oslo, Mjølssæ, Lillehammer, Gudbrandsdalen, Dovre, Tundraberge, Geirangerfjord, Geiranger, Sognefjord, Fahrt im Superbus mit Toilette, Waschraum, Kühlschrank, Schiffsfahrt Trondheim-Gedser, 10 x Abendeessen, Übernachtung mit Frühstück in sehr guten Hotels, teiw. 21 mit Bad o. Du., WC, Schiffsfahrt Oslo-Kiel mit Unterbringung in 2-Bett-Kabinen, innen, Touristenklasse, Reiseleitung, Preis 1680,- DM

Reisebüro **FEYHL**
Marktplatz 13, 7140 Ludwigsburg
Tel. 0 71 41 / 2 42 53
Bitte fragen Sie in Ihrem Reisebüro.

ISCHIA

Flug- oder Busreise nach ISCHIA, der Sonneninsel, mit Linienflügen der Lufthansa oder Alitalia; Reisezeit täglich möglich ab allen deutschen Flughäfen, individueller Transfer Flughafen-Hotel-Flughafen, z. B. Hotel Imperial, VP 1 Woche 1120,- DM, 2 Wochen 1474,- DM, 3 Wochen 1828,- DM, 4 Wochen 2182,- DM, VP 10 Tage 758,- DM, 17 Tage 1190,- DM, 24 Tage 1565,- DM

Reisebüro **FEYHL**
Marktplatz 13, 7140 Ludwigsburg
Tel. 0 71 41 / 2 42 53
Bitte fragen Sie in Ihrem Reisebüro.

KREUZFAHRT

Studien-Kreuzfahrt unter wissenschaftlicher und theologischer Reiseleitung

Länder der Bibel - Ägypten, Israel, Zypern, Griechenland.

25. 9.-9. 10. 83, ab Venedig, Kabinen ab DM 1700,-.

Bitte fordern Sie unseren Sonderprospekt an.

Biblische Reisen Abt. 09
Silberburgstr. 121, 7000 Stuttgart 1, Tel. (07 11) 62 60 05

KULTURELLE ERLEBNISREISEN

Opernfestspiele in der Arena di Verona

Salzburger Festspiele **Festspiele Edinburgh**
Bregenzer Festspiele **Edinburgh Tattoo**

Wir schicken Ihnen gerne das neue Touring-Programm zu.

Information + Beratung:
Deutsche Touring GmbH
Am Römerhof 17, 8000 Frankfurt 30,
Tel. 06 11 / 7 90 32 22, Telex 4 14 594

ORIENT-EXPRESS

POPPE TOURS

100 Jahre Orient-Express

Reisen im Stil der 20er Jahre

Unser ausführliches Jahresprogramm 1983 ist soeben erschienen. Generalvertretung für die Bundesrepublik Deutschland.

POPPE TOURS, Eppichmauergasse 8
6500 Mainz, Telefon 0 61 31 / 10 12 53

PORTUGAL

Ganz Portugal für Sie.

Individuelle Buchungen für: Pousadas Rundfahrten Tagelager Rundreisen

Privathäuser + Ferienwohnungen, Bauernhäuser, Hotels in ganz Portugal, Mietwagen sowie Flüge nach Lissabon, Porto, Faro, Funchal und Azoren.

Wir zeigen Ihnen unser Portugal.

PORTUGIESISCHES REISEBÜRO OPTIMO
Subbelrather Straße 307
5000 Köln 30, Tel. 02 21 / 55 80 66 + 67

RADWANDERREISEN

erleben Sie die Landschaft ungetrübter in kleinen, geführten Gruppen. Kultur, Geschichte und Wirtshaus. Möchten wir den Radler nahe bringen. Das Gepäck wird im Begleitbus transportiert.

Dürfen wir Ihnen unverbindlich unseren Farbprospekt zusenden?

VELOREISEN
Juska Meier
5620 Worms
Postfach 514
Tel. 06 241 / 61 77

STUDIEN-KREUZFAHRTEN

Kreuzfahrten

Studienkreuzfahrten unter wissenschaftlicher Leitung mit MTS Jupiter, 9000 BRT, ein Schiff der Epirotiki-Line - Oettern 26. 3. - 9. 4. 1983. Begegnung von Abendland und Islam - zu den Säulen des Herakles - Spanien: Ibiza, Granada, Sevilla, Valencia, Barcelona - Portugal: Lissabon - Marokko: Rabat, Meknes, Marrakesch, Tanger - Gibraltar - Korrika: Ajaccio - ab DM 2885,- VP inkl. Landausflüge.

Wo die Nacht zum Tag wird - Kreuzfahrt Nordcap-Spitzbergen 30. 7. - 13. 8. 1983

ab und bis Amsterdam, VP inkl. Landausflüge ab DM 3165,-. Fordern Sie bitte unseren kostenlosen hundertseitigen Katalog, Studienreisen und Studienkreuzfahrt 83 an.

Studien-Reisebüro G. Meiners
8857 Oettingen, Lindenweg 8a, Tel. 0 90 82 / 20 91, Telex 51 735

TÜRKI

TÜRKIURLAUB mit sonnenreisen & familienfreundlich und preisgünstig LTU

ISTANBUL Direktflüge ab DÜSSELDORF ab DM 549,-
IZMIR ab DM 569,-
ANTALYA ab DM 599,-
DALAMAN ab DM 579,-

Direktflüge ab FRANKFURT ab DM 699,-
ANTALYA ab DM 699,-

Fordern Sie bitte unseren 56seitigen Türkei-Sommerkatalog 83 an.

GRAF-ADOLF-STR. 20, 4000 DÜSSELDORF 1, TEL. 02 11 / 8 00 34 und 8 00 36

UNGARN

UNGARN - das Reiseziel 1983 mit

IBUSZ Wir haben für alle Ansprüche ein vielseitiges Urlaubsangebot zusammengestellt:

- Urlaub am Plattensee - Erholung in Budapest
- Heilkuren in den berühmten ungarischen Heilbädern
- Reizeprogramme
- Hotelreservierungen im ganzen Land usw.

Fordern Sie unseren Prospekt an!

IBUSZ
Ungarisches Reisebüro & Handelsgesellschaft mbH
5000 Köln 1
Mauritiusstr. 114-116
Telefon (02 21) 21 91 92
Telex 9-382 105 ibus d

USA

New York Spring Music Festival
Opern, Konzerte, Musicals d. Weltspitze

Der Barbier von Sevilla, der Troubadour, die Walküre mit Hildegard Behrens: Metropolitan Opera.
New York Philharmonic mit Kubelick und Metha, Krystian Zimerman, Murray Perahia: Avery Fisher Hall.
Emanuel Ax, Yo-Yo Ma, American Symphony Orchestra mit Moshe Atzmon: Carnegie Hall.
Paul Taylor Dance Company, Musical "Cats", "Dreamgirls".
26. 3. bis 5. 4. / 9. 4. 83 ab München, Frankfurt, Düsseldorf, Hamburg, Berlin. Bitte Prospekt mit genauem Programm anfordern.

ACK TOURS Weinstr. 11, 8 München 2, Tel. (089) 22 95 72

„Die Monarchie ist stabil, solange kein Oberst auf den König schießt“

Planten Offiziere Komplott gegen Hassan? / Gerichte nach dem Tod eines Generals

A. GRAF KAGENECK, Paris
Haben marokkanische Offiziere fast genau zehn Jahre nach dem Attentat auf Hassan II. ein Komplott gegen ihn eruiert? Hand an ihren obersten Befehlshaber und Monarchen Hassan II. zu legen? Seit dem Tod des Generals Achmed Dlimi am Abend des 25. Januar, offiziell durch Zusammenstoß seines Dienstwagens mit einem entgegenkommenden Tanklastwagen verursacht, herrscht offensichtlich Unbehagen im marokkanischen Offiziers-Korps.

Gerüchte jagen sich. Dlimi, Chef des militärischen Beraterstabes des Königs und Oberbefehlshaber der Südfrente im Kampf gegen die Polisario in der West-Sahara, sei nicht in einem Unfall, sondern in einem Attentat umgekommen. Mehrere hohe Offiziere seien kurz vorher vom König abgesetzt worden. Der amerikanische Geheimdienst habe dem Herrscher Informationen zukommen lassen, wonach sich im Offiziers-Korps des Heeres und der Luftwaffe ein Komplott gegen ihn vorbereite. Hassan habe dann kurzentschlossen zugestimmt - einen Tag vor Ankunft des französischen Staatspräsidenten Mitterrand zu einem dreitägigen Staatsbesuch.

Der Korrespondent des Pariser „Monde“, Roland Delcour, hat diese Gerüchte gemeldet. Er wurde vom marokkanischen Sicherheitsdienst verhaftet, fast 48 Stunden lang festgehalten, davon 13 unter scharfem Verhör, und dann ausgewiesen; er hatte sich standhaft geweigert, seine Quellen preiszugeben.

Es bedurfte einer Intervention des Präsidenten, um ihn freizubekommen, und eines „Gnadenerlasses“ des Königs unter der ausdrücklichen Begründung, nicht die

guten Beziehungen gefährden zu wollen, die der Besuch Mitterrands für beide Länder gebracht habe. Roland Delcour riskierte eine hohe Haftstrafe, denn in seinem Verhör war ihm angedeutet worden, er habe „die Sicherheit des cherifischen Königreichs und die Moral der Armee gefährdet“.

Auf alle Fragen nach der Stabilität des marokkanischen Regimes war während des Mitterrand-Besuchs in Rabat stets die gleiche Antwort zu hören: Das Regime ist solide, solange nicht ein Oberst auf den König schießt. Mit anderen Worten: Monarchie und Stabilität stehen und fallen mit der Treue der Armee. Zweimal hat die marokkanische Armee versucht, Hassan II. zu ermorden: Im Juli 1972 stürmten Putschtruppen unter dem Kommando dreier Generale sein Sommerloft in Marrakesch am Atlantik und richteten ein Blutbad unter den Gästen einer Party an. Hassan entkam nur durch ein Wunder.

Dreizehn Monate später wurde das Flugzeug des Königs beim Landeanflug auf den Flughafen Rabat-Sale von einem Flakgeschütz der königlichen Luftstreitkräfte beschossen. Auch hierbei blieb Hassan unverletzt. Zehn Tage später, am 18. August 1972, erfuhr die verblühte Weltöffentlichkeit, daß sich der Innenminister des Königs, General Oufkir, erschossen habe, nachdem ihm vorher vom Monarchen seine Entlassung beauftragt worden war. Bis heute ist nicht sicher, ob Oufkir in das Komplott verwickelt war.

Haugheys überraschender Sieg zwingt Rebellen der Partei in die Knie

Fianna Fail stehen Säuberung und Machtkämpfe bevor / Droht die Spaltung?

FRITZ WIRTH, London
Charles Haughey, Oppositionsführer und Chef der größten irischen Partei, Fianna Fail, überlebte in der letzten Nacht die dritte große Palastrevolution in seiner Partei in knapp zwölf Monaten. Der Versuch, ihn zu stürzen, scheiterte nach einer fast zwölfstündigen Marathondebatte der Parlamentsfraktion der Partei. Sie stimmte am Ende mit 40 zu 33 Stimmen für Haughey.

Der Sieg Haugheys hat in Dublin Stauern und Verblüffung ausgelöst. Nahezu das gesamte politische Establishment der irischen Hauptstadt war sicher, daß Haughey dieses letzte große Gleichgewicht um Amt und Karriere verlieren würde. In den Zeitungsredaktionen waren bereits die Nachrufe auf seine auch für irische Begriffe aussergewöhnliche Laufbahn geschrieben, bei den irischen Buchmachern lagerten hohe Wettensätze, die im Falle eines Sturzes von Haughey auszuzahlen waren. Irland hatte sich bereits darauf eingerichtet, George Colley als den neuen „König“ der Partei Eamon de Valera zu feiern.

Um so sensationeller wirkte die Nachricht vom Überleben Haugheys. Sie ist geeignet, einen neuen Wunderglauben in der irischen Politik zu wecken. Haughey selbst zu einer lebenden Legende zu machen und ihm den Nimbus eines geradezu unzerstörbaren politischen Strategen zu geben.

Tatsächlich erscheint seine Position über Nacht nun stärker als je zuvor in den letzten Krisenjahren seiner Partei. Denn nunmehr stehen die Rebellen, die ihn zu stürzen versuchten, plötzlich selbst im Kreuzfeuer. Kenner der Szene prophezeien eine radikale Säuberungsaktion des wiedererstarkten Haughey in der Partei. Wie inoffiziell zu erfahren ist, soll Haughey bereits den Ausschuß von Martin O'Donoghue, der bei den jüngsten Parteiaustritten gegen Haughey einer der maßgeblichen Regisseure gewesen ist, und seines ehemaligen Justizministers Sean Doherty aus der Fraktion gefordert haben. Damit zeichnet sich immer drohender die Möglichkeit einer Spaltung der Partei ab.

Der parteiinterne Widerstand gegen Haughey begann bereits vor drei Jahren, nachdem es ihm gelungen war, seinen Vorgänger Jack Lynch aus dem Amt zu manövrieren. Diese Opposition wuchs, als sich in den letzten drei Parlamentswahlen herausstellte, daß Haughey bei den irischen Wählern nicht ankam und eher eine Belastung für die Partei war. Deshalb versuchte die immer stärker werdende Anti-Haughey-Fraktion nun unmittelbar vor der letzten Unterhauswahl, Haughey als Parteichef zu Fall zu bringen. Das Unternehmen scheiterte. Haughey verlor anschließend - wie erwartet - die Unterhauswahl und damit das Amt des Premierministers.

Haugheys Karriere schien endgültig am Ende, als vor wenigen Wochen bekannt wurde, daß in seiner Regierungszeit auf Anordnung des Justizministers und mit Hilfe der Polizei Telefone irischer Journalisten abgehört worden waren.

Ein Este stört Palmes Kreise: Was weiß er über sowjetische U-Boote?

Trotz Interesse der Militärs ist die Einreise des geflüchteten Matrosen fraglich

R. GATERMANN, Stockholm
Irgendwo in der spanischen Hauptstadt sitzt der 30jährige Este Andres Prokopovic und wartet auf Bescheid aus dem schwedischen Nordkaping, Sitz der Einwanderungsbehörde. Darf er nach Schweden kommen, oder wird sein Einreiseantrag abgelehnt? Das letztere ist wahrscheinlich, obgleich der Flüchtling glaubt, für die schwedischen Militärs gute Informationen zu haben. Er wisse einiges über die sowjetischen U-Boote in der Ostsee, weil er auf ihnen seinen Militärdienst geleistet habe. Aber das ist jetzt etwa 10 Jahre her.

Selbst wenn der Verteidigungsstab in Stockholm Interesse zeigen sollte, bedeutet dies noch lange nicht, daß die Regierung Prokopovics Einreise zustimmt. Seine Anwesenheit hier könnte nämlich beim Wiederaufbau guter schwedisch-sowjetischer Beziehungen stören. Darauf legt Ministerpräsident Olof Palme großen Wert.

Rein formalistisch hat der Este bereits einige „Fehler“ gemacht: Er hat am 12. Januar nicht in Schweden, sondern im spanischen Las Palmas seinen Arbeitsplatz, ein Fischerboot, verlassen. Also ist laut Genfer Konvention von 1951 Spanien für ihn zuständig und nicht Schweden. In Nordkaping kennt man bei der Einhaltung von Formalitäten kein Pardon.

Falls er wirklich auf den russischen U-Booten in der Ostsee gewesen ist, wäre es für uns schon interessant, mit ihm zu reden“, erklärte Sven Andersson, Vorsitzender der Kommission, die im Regierungsauftrag den letzten U-Boot-Zwischenfall vor der schwedischen Küste im Oktober 1982 untersuchte.

Ich bin bereit, alles zu berichten, was ich weiß, aber nur in Schweden“, sagte Prokopovic, der nur wenig russisch spricht. Er hat seine Frau und seinen dreijährigen Sohn zurückgelassen, wobei nicht ganz klar ist, ob das Paar sich kürzlich hat scheiden lassen.

Prokopovic taucht zu einem Zeitpunkt auf, als in Schweden die Gerüchte über eventuelle Funde im Haarsgärd, in unmittelbarer Nähe des Flottenstützpunktes Muskö, im Zusammenhang mit den unerwünschten U-Boot-Besuchen im vergangenen Oktober wieder hochkonjunktur erleben. Da soll eine kleine Rakete mit Propellerantrieb gefunden worden sein, die die schwedischen Jäger von den richtigen U-Booten abgelenkt und ihnen die Flucht ermöglicht haben soll. Wie sich aber herausstellte, handelte es sich bei diesem Gerät um die eigene Kameraausrüstung der schwedischen Marine. Im übrigen fand man nur etliche alte Übungstorpedos und Minen. Es hieß auch, Video-Kameras hätten Abdrücke von Stahlfüßen und Spuren von Bandfahrzeugen auf dem Meeresboden gefunden. Des weiteren war zu vernehmen, daß schwedische Marine habe ein U-Boot versenkt und das Bergungsschiff Belos in einer Geheimaktion 67 Tote an Bord genommen.

Schon frühzeitig war die Vermutung aufgetaucht, die Regierung habe Order gegeben, die Sperrzone zu heben, um den Eindringlingen die Flucht zu ermöglichen, es soll den wenigstens zwei gewesen sein, die laut „ziemlich sicheren Quellen“ aus der Sowjetunion kamen. Damit ist inzwischen auch in der Frage die Neutralität Schwedens wiederhergestellt worden. Nach einer neuen Version hat es sich um ein bundesdeutsches U-Boot gehandelt, und Stockholm wollte keine Komplikationen mit Bonn oder der NATO.

Eine zuverlässige Erklärung wird es voraussichtlich erst in April geben, wenn die U-Boot-Kommission ihren Bericht vorlegt. Auch wenn ein Großteil mit dem Geheimstempel versehen wird, verspricht Kommissionssekretär Michael Sahlin vom Verteidigungsministerium: „Das allermeiste wird veröffentlicht.“ Unter dem Vorbehalt, die Marine bestrebt, die Überwachung der schwedischen Hoheitsgewässer zu verbessern. Sie sucht derzeit nach kleineren Flugzeugen, die mit hochmodernen elektronischen Mitteln frühzeitig eventuelle unerwünschten Unterwasserbesucher aufspüren sollten.

Handwritten signature: محمد علي

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Einseitigkeit der Medien

Sehr geehrte Damen und Herren, die SPD hat bei der Diskussion über ein Wahlkampfkommissionen den Wunsch geäußert, man möge auf den in dem früheren Abkommen enthaltenen Appell an die Rundfunk- und Fernsehanstalten zu einer ausgewogenen Unterbreitung verzichten.

Der Wunsch ist durchaus verständlich, denn die derzeitige Berichterstattung, speziell in Wahlkampfzeiten, hat eine schwere Schieflage nach links. Das gilt für den Rundfunk noch mehr als für die Fernsehkanäle.

Der mir räumlich leider besonders nahestehende Hessische Rundfunk ist dafür das beste Demonstrationsobjekt. Wie hier der Hörer (und Wähler) immer wieder durch die Art der Zusammenstellung und durch die Formulierung und Nuancierung der Nachrichten in einer bestimmten Richtung beeinflusst wird, ist offenkundig. Warum setzt sich niemand dagegen zur Wehr, auch nicht – jedenfalls mit erkennbarem Engagement – die davon betroffenen „bürgerlichen“ Parteien?

Das Problem hat eine verfassungspolitische, wenn nicht sogar verfassungsrechtliche Dimension, denn die im Grundgesetz verankerte demokratische Willens- und Entscheidungsbildung, die in den Wahlen ihren Ausdruck findet, kann nicht funktionieren, wenn die Informationsvermittlung einseitig erfolgt oder (was noch schwerwiegender ist) die Emotionen des Wählers, die ja eine große Rolle spielen, beeinflusst werden. Warum wird nicht endlich ein unabhängiges Gremium zur Bekämpfung solcher schlimmen Auswüchse geschaffen, zumal das Geklingel der Parteien in den Aufsichtsgremien offensichtlich nicht viel bringt? Auch an eine Verfassungsbeschwerde gegen die eine Art öffentliche Gewalt ausübenden Anstalten könnte gedacht werden.

So wie jetzt kann es jedenfalls nicht mehr weitergehen.

Dr. Neundörfer, Bad Homburg

Berichterstattung in Funk und Fernsehen
Sehr geehrte Damen und Herren, die massive Benachteiligung der CDU in der Berichterstattung von Funk und Fernsehen hat einen neuen Höhepunkt erfahren: das CDU-Jugendfestival vom vergangenen Sonntag mit 12 000 – in Worten: zwölftausend! – jungen Leuten fand in unseren Medien so gut wie

keine Berücksichtigung. Eine Demonstration für Bundeskanzler Helmut Kohl und die Politik der neuen Bundesregierung hat laut „Tagesschau“-Chef Müggenburg keinerlei Nachrichtenwert.

Nachrichtenswert haben offensichtlich nur solche „Demonstrationen“, die von gewalttätigen Auseinandersetzungen und bürgerkriegsähnlichen Tumulten begleitet werden. Das können und wollen die jungen CDU-Anhänger unseren Journalisten natürlich nicht bieten. Hätte man ihnen etwa raten sollen, im Anschluß an die Veranstaltung die Kölner Innenstadt „heimzusuchen“ und einige Schaufensterscheiben zu zertrümmern?

Mit freundlichen Grüßen
Friedrich Mertes, Wuppertal 1

Erneut haben sich die Nachteile der Monopolbildung auf dem Fernseh- und Rundfunk-Sektor in diesem Lande gezeigt.

Will man nicht, oder darf man nicht feststellen, daß große Teile der deutschen Jugend hinter der CDU und ihrem Bundeskanzler Helmut Kohl stehen? Welche politischen Opportunitäten bestehen hier vor dem 6. März?

Wann beginnt endlich eine faire und ausgewogene Berichterstattung in den per Auftrag zur Objektivität verpflichteten öffentlich-rechtlichen Anstalten? Wie lange muß man noch die Dominanz diverser Propagandisten über sich ergehen lassen?

Wie lange will man bei dieser Einseitigkeit noch die Berechtigung privater Fernseh- und Rundfunkanstalten in Frage stellen?

Hochachtungsvoll
Albrecht G. Muth, Bergisch Gladbach 3

Im Glashaus

Sehr geehrte Damen und Herren, in Ihrer Ausgabe Nr. 23 vom 28. Januar wird von Intendanten der Rundfunk- und Fernsehkanäle die Art und Weise, in der mit vertraulichen Rechnungshofberichten Stimmung gegen die öffentlich-rechtlichen Anstalten gemacht werde, als „beschämend“ und „schlechter Stil“ bezeichnet.

Die seit Jahren von diesen Anstalten betriebene Kampagne gegen die Löhne und Gehälter der Bediensteten im öffentlichen Dienst, vor allem gegen die Beamten, hat mich oft zu der Frage ver-

anlaßt, warum nicht einmal die Gehälter der bei diesen Anstalten Beschäftigten offengelegt werden. Nun, nachdem durch die Veröffentlichung gewisser Einkommen ein wenig „Licht in dieses Dunkel“ gebracht wurde, wird die Reaktion hierauf als „beschämend“ und „schlechter Stil“ bezeichnet.

Neben der Frage, womit die hohen Gehälter bei diesen Anstalten überhaupt gerechtfertigt sind, kann ich nur feststellen, daß man nicht mit Steinen nach anderen werfen sollte, wenn man selbst im Glashaus sitzt. Im übrigen hoffe ich, daß aufgrund der Veröffentlichung der vertraulichen Berichte der Rechnungshöfe die beachtliche Erhöhung der Gehälter unterbleibt.

Mit freundlichen Grüßen
K. H. Kohrmeier, St. Augustin 3

Unverfrorenheit

„Die Zielgruppe“, WELT vom 2. Februar.

Sehr geehrter Herr Gillies, es ist schon mehr als eine Unverfrorenheit, wenn die Herren Gieseler, Lambsdorff, Mischnick usw. plötzlich behaupten, die „Garanten“ der Marktwirtschaft zu sein. Das hat schon nichts mehr mit Wahlfieber usw. zu tun. Mit Recht (aber noch zu voreilend) haben Sie darauf hingewiesen, daß die FDP es doch war, die in einer unseligen Regierungskoalition (eingegangen, nachdem sie sämtliche Nationalkonservative über Bord geworfen hatten) das heutige wirtschaftliche Desaster in der Gestalt des auch heute noch agierenden Wirtschaftsministers mit zu verantworten hat. Es gibt leider nur einen maßgebenden Politiker, nämlich F. J. Strauß, der dies in aller Klarheit bescheidend bewußt macht.

Ich bin gespannt, wie lange man noch die von Ihnen genannten Aufsteiger, Mittelständler, Freiberufler und Entscheidungsträger für dumm verkaufen kann.

Begreift aber vor allem die CDU – ja nur die CDU! – nicht, daß jetzt nur ein Verantwortlicher das Steuer herumreißen kann? Daß sie also nur für die Erringung der Mehrheit kämpfen muß? Wird diese ewig zaudernde Partei es jedoch begreifen?

Mit freundlichen Grüßen
Kurt Beckmann, Bochum

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnesprechend zu kürzen. Je kürzer die Zeitschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Reichsbanner, einst und heute

„Wir hatten stillschweigend kapituliert“, WELT vom 27. Januar.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold (RB) wurde 1924 als überparteilicher „Bund Republikanischer Kriegsteilnehmer“ gegründet. Sein Bundesführer war 1933 Karl Höpfermann (SPD), Stellvertreter waren Ernst Lemmer (Deutsche Demokratische Partei) und Dr. Heinrich Krone (Zentrum). Vortrupp (Jugend-)Führer Hubertus Prinz zu Löwenstein (Zentrum). Das RB hatte bis 1933 rund 3,5 Millionen Mitglieder. Die SPD dagegen 0,9 Millionen. Die Mitglieder gehörten außer der SPD dem Zentrum, der Staatspartei oder den Gewerkschaften bzw. keiner anderen politischen Organisation an.

Unter führenden SPD-Politikern gab es sogar ausgesprochene RB-Gegner, z. B. den Chefredakteur des SPD-Organs „Vorwärts“. Im übrigen haben viele führende Politiker der drei verfassungstreuen Parteien dem RB angehört. Verfassers Bahnen hätte sich zumindest die Mühe machen sollen, das Standardwerk von Karl Röhe „Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ (Droste-Verlag, Düsseldorf) wenigstens durchzublättern, dann wäre er von vornherein eines Besseren belehrt worden.

Das RB nach 1945 steht als „Bund aktiver Demokraten“, dem ebenfalls wieder Mitglieder von CDU, FDP und SPD, aber auch viele Parteiloze angehören, unter dem Vorsitz von Hubertus Prinz zu Löwenstein (CDU) und seinen Stellvertretern Fritz König (SPD) und Siegfried Kelling (parteilos). Bundesvorsitzender ist Georg Prinz (SPD), zugleich Vorsitzender der UDWV (Union Deutscher Widerstandskämpfer und Verfolgtenverbände), deren korporatives Mitglied das RB ist. Es bemüht sich um staatspolitische Volksbildung und Völkerverständigung und bekämpft linke wie rechte Extremisten, die unseren freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat – damals wie heute gemeinsam – unterminieren wollen.

Siegfried Kelling, Stellvertreter Bundesvorsitzender, Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Frankfurt am Main

Ich halte das Spiel mit der Zweitstimme für die FDP nicht nur politisch für schwachsinig, sondern auch für gefährlich. Die 1,3 Millionen Stimmen würden der CDU zur absoluten Mehrheit fehlen.

Mit bester Empfehlung
Ihr H.-W. Fhr. v. Bischoffshausen, Wentorf

Eine Ersparnis?

„Mit 1250 Litern Öl 174 km hessen“, WELT vom 22. Januar.

Sehr geehrte Herren, man liest viel Vages und Beschönigendes über Energieparmaßnahmen und neue Energiequellen. Der Bericht über das energiesparende Fertighaus von Streif und RWE enthält wenigstens Zahlen. In diesem Fall sollen statt 3500–4000 nur 1250 Liter Öl im Jahr

verbraucht werden, 2500 Liter weniger. Bei 0,75 DM/l einschließlich MWSt spart man also 1875 DM jährlich. Andererseits werden die zusätzlichen Baukosten einschließlich Kellerausbau mit 100 000 DM angegeben. Für Verzinsung, Wartung, Reparaturen muß man bei einer so komplizierten Anlage gewiß mit etwa 12 Prozent der Investitionsmehrkosten rechnen, also um 12 000 DM im Jahr, und das um 1875 DM zu sparen. Wen soll das reizen?

Mit freundlichen Grüßen
Dipl.-Ing. Herbert Gudehus, Hamburg 55

Am eigenen Puls

„Hand am Puls“, WELT vom 26. Januar.

Sehr geehrter Herr Hertz-Eichenrode,

In Ihrem Kommentar geben Sie auf die Erntid-Umfrage ein, derzufolge sich die FDP wieder an die Fünf-Prozent-Hürde herantastet. Ich teile Ihre Ansicht, daß es sich hierbei um die Zweitstimmen-Taktik der CDU handelt, die überwiegend und im weitesten Sinne aus der Wirtschaft stammen.

Selbstverständlich darf man „die Wirtschaft“ nicht über einen Kamm scheren. Politisch handelt es sich eben nicht um die Denkspiele Erwachsener. Man hat die Hand nur am eigenen Puls, und in Sachen Politik hat der schon immer Rhythmusstörungen gehabt.

Hinter dem Gedanken, die Zweitstimme der FDP zu geben, steckt ja nicht nur der Ärger über die Ergänzungsgabe, sondern auch die Fehleinschätzung, die CDU würde es am 6. März alleine nicht schaffen. Die Tatsache, daß wir den Kladderadatsch, angefangen von der Abschaffung der Rechtschreibregeln bis hin zur Sozialpolitik, Kreditpolitik und der Staatsverschuldung, der FDP genauso zu verdanken haben wie der SPD, scheint verdrängt.

Ich halte das Spiel mit der Zweitstimme für die FDP nicht nur politisch für schwachsinig, sondern auch für gefährlich. Die 1,3 Millionen Stimmen würden der CDU zur absoluten Mehrheit fehlen.

Mit bester Empfehlung
Ihr H.-W. Fhr. v. Bischoffshausen, Wentorf

Wort des Tages

„So ist nun mal die Zeit allhier: Erst trägt sie dich, dann trägt du sie; und wann's vorüber, weißt du nie.“

Wilhelm Busch, dt. Humorist (1832–1908)

Personalien

EHRUNGEN

Ein seit Jahren „auswärtiger Sohn“ der Stadt ist in Wien geehrt worden: Peter R. Hofstätter, emeritierter Professor für Psychologie der Universität Hamburg und seit Jahren WELT-Mitarbeiter. Hofstätter erhielt den „Kardinal-Innitzer-Preis“ für sozialwissenschaftliche Forschungen, den Kardinal Franz König überreichte. Der in Wien am 20. Oktober 1913 Geborene konnte sich während des Krieges nicht habilitieren, da seine Mitwirkung im Bühler-Institut und die von ihm 1936 mit veranstaltete Feier zu Sigmund Freuds 80. Geburtstag, mit Thomas Mann als Festredner, von den seit März 1938 amtierenden Machthabern nicht gebilligt wurde. Nach dem Krieg wurde er Dozent in Graz, wirkte dann mehrere Jahre in den USA (Massachusetts Institute of Technology, Catholic University of America), bis er 1956 einen Ruf nach Wilhelmshaven folgte, von 1959 bis zu seiner Emeritierung 1979 lehrte er an der Universität Hamburg.

Zahlreiche Bundesbürger werden wieder mit Orden und Ehrenzeichen ausgezeichnet. Dr. Wolfgang Vaerst, Erster Präsident und Vorsitzender des Vorstands der Deutschen Bundesbahn a. D., erhält von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird von Österreichs Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München Rolf Siebert, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH, Bayerns Ministerpräsident

STELLENANGEBOTE

Spinnerei / Norddeutschland

Wir sind eine bekannte, mittelständische Spinnerei im norddeutschen Raum. Unser Programm umfaßt Effektgarne, OE-Garne und andere Spezialitäten, teilweise gelten unsere Produkte als marktführend, unser Exportanteil liegt weit über 30 Prozent. Zur Entlastung unseres Vertriebsleiters suchen wir einen jüngeren

Textil-Kaufmann oder Textil-Ingenieur

SIE sollten sich umgehend bewerben, wenn SIE

- im Verkauf Ihre berufliche Erfüllung finden,
- ca. 25 bis 35 Jahre alt sind,
- die englische Sprache beherrschen,
- über Erfahrungen aus der Textilbranche verfügen, wobei uns ein technisch versierter Kaufmann ebenso willkommen ist wie ein kaufmännisch denkender, marktorientierter Techniker,
- dynamisch, zielstrebig, wendig, flexibel und hartnäckig sind,
- Außen- und Innendienst gleichermaßen gerne machen.

Wir beteiligen unsere leitenden Verkäufer direkt am Erfolg und stellen den Dienstwagen auch zur privaten Nutzung zur Verfügung. Wir schätzen entscheidungsfreudige Mitarbeiter und bitten SIE, sich schnellstens bei unserem Berater zu bewerben, der Ihnen absolute Diskretion und die Beachtung Ihrer Sperrvermerke zusichert. Ihre aussagefähigen Unterlagen (mit Handschreiben) erwartet:

Dipl.-Volkswirt Edwin A. Biedermann
Tel. 0 50 41 - 19 27 Götterbastei 17
Telefax 9 24 44 eab 3257 SPRINGE 1



BIEDERMANN
FUHRUNGSBERATUNG

Bei der Handwerkskammer Arnsberg ist die Stelle des

Hauptgeschäftsführers

wegen Ausscheiden des Stelleninhabers zum 1. 1. 1984 neu zu besetzen.

Das Amt ist ausgestattet mit den Besoldungsgruppen B 2/B 3 LBesG NW.

Bewerber mit abgeschlossener juristischer oder wirtschaftswissenschaftlicher Ausbildung und mit entsprechender Berufserfahrung werden gebeten, ihre Bewerbung mit den üblichen Unterlagen bis zum 1. 3. 1983 an die

Handwerkskammer Arnsberg,
Brückenplatz 1, 5760 Arnsberg 2,

zu richten.

Wir planen, bauen und managen Brauereien weltweit.

Für das kaufmännische Management bei unseren Brauereien in Übersee suchen wir zum nächstmöglichen Eintrittstermin einen qualifizierten Handelskaufmann für die Aufgabe eines

Commercial Managers

Der Bewerber sollte geprüfter graduierter Betriebswirt sein und bereits über mehrjährige praktische gleichwertige Erfahrung in Übersee mit Schwerpunkt Marketing und Export verfügen. Englische und wenn möglich auch französische Sprachkenntnisse in Wort und Schrift werden erwartet.

Ihre kompletten Bewerbungsunterlagen mit Foto und Handschriftprobe, die wir selbstverständlich diskret behandeln werden, erbiten wir an

HAASE-BRAUEREI GMBH
Baumwall 7, D-2000 Hamburg 11

Bauingenieur grad.

langjährige Erfahrung im Betoningenieurwesen, kommun. Tiefbau, Wasserversorgung in ungel. Position, sucht Veränderung im Raum Köln Koblenz. Akquisition, Kalkulation, Organisation, Bauleitung.

Angebote erb. u. Y 39 63 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Sekretärin/Sachbearbeiterin, 36 J., unbesch. flexibel, mündig, langjähr. kfm. Erfahrung, sucht nach fast 20-jähriger New-York-Tätigkeit (Medial) ausübend, verantwortungsvollen Wirkungskreis. Bevorzugter Raum Köln-Bonn. Zuschr. unter T 4112 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Industriekaufmann, 39 Jahre, ortungsgebunden, 15-jähr. Erfahrung, Kunststoff- und Metallverarbeitung, sowie Spritz-, Blas- u. Extrusionsverfahren, Innen- und Außendienst, sucht nach 15-jähriger Tätigkeit in der Kunststoff-Industrie, eine verantwortungsvolle Position auf Gebiete der Kunststoff-Industrie. Ang. erb. u. V 3975 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Auslandsvertrieb Ing. (Bachelor of Science in Mechanical Engineering), Deutsch-Amerikaner, 49. verh., mit 30-jähriger Berufserfahrung in vielen Phasen der Öl- und Gas-Industrie, (Houston, Südostasien, Mittel- und Südamerika), sucht verantwortungsvolle Position auf Gebiete der Öl- und Gas-Industrie. Ang. erb. u. K 3973 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Diplom-Kaufmann, 28 Jahre, ledig, Universität Köln, sucht Anfangsstellung in Industrie-Handelsunternehmen. Fundierte Kenntnisse aus Rechnungswesen, Fertigungsorganisation und EDV sind vorhanden. Raum NRW bevorzugt. Zuschr. erb. u. L 3977 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Management-Assistent (EHI), 36 J., geb. Bankkaufmann, Sprachkenntnisse in Englisch, Deutsch, Französisch, Niederländisch, sucht verantwortungsvolle Tätigkeit im Ausland (Südamerika, Neuseeland, Kanada). Ang. erb. u. A 39 65 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

PR-Berater (32), langjährige Agenturerfahrung, sucht neuen Wirkungskreis in PR-Pressestelle oder Agentur, Raum Bonn-Köln. Ang. erb. u. V 3960 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Immobilien-Makler (Betriebswirt), 44 Jahre, sucht Stellung im Rhein-Main-Gebiet. Angebote erbiten unter W 3961 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Chemieingenieur mit guten fachlichen Kenntnissen sucht verantwortungsvolle Tätigkeit im Ausland (Südamerika, Neuseeland, Kanada). Ang. erb. u. A 39 65 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Diplom-Geophysiker, 35 J., Diplom (1983) mit Auszeichnung, breit angelegtes Studium mit Schwerpunkten Physik, angewandte Geophysik, Geologie, sucht langfristige Tätigkeit, evtl. auch in anderer Branche. Angebote unter S 3979 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Einkäufer, Anf. 40, best. vertraut mit den Sortimenten Sport-Freizeit-Spielwaren-Automat-Heimwerker-Fahrräder, möchte sich verändern und sucht langfristige verantwortungsvolle Aufgabe. Ang. erb. u. C 3967 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

USA Die einzige Alternative (trotz Reagan) ist die Interessen wahrnehmen. Dr. (Bwl), 38 J., langjährige Erf. Marketing-Vertrieb, Non Food, Ang. erb. u. Z 3969 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Diplom-Kaufmann, 36 J., langjährige Erfahrung im Personalwesen, sucht neuen Aufgabenbereich in NRW. Zuschriften u. H 3972 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Junger dynamischer Vertriebsleiter sucht zum 1. 4. 83 neuen Wirkungskreis im Großraum NRW. Cosmetic und Markenart. werden bevorzugt. Ang. erb. u. B 39 66 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

OBERPOLIER, 45 Jahre, Hoch-, Tief-, Brückenbau - Aufmaße, Abrechn., Auslandsvertrieb, sucht Änderung im In- od. Ausland weg. Konkurrenz. Ang. erb. u. P 3977 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Hotztechnikler, 27 J., sucht neuen Wirkungskreis vorzugsweise Norddeutschl., Hamburg od. auch Ausland. Ref. A u. B. Sifa A u. B. AdA u. a. Zuschr. erb. u. PG 45 93 an WELT-Verlag, Postfach 2000 Hamburg 36.

Kaufmann der Chemie, 42 J., langj. Berufserf. im In- u. Außendienst sowie im Export bei bedeut. Chemiefabrik, sucht verantwortungsvolle Position im In- u. Außendienst in chem. oder pharmaz. Industrie im Raum Hamburg. Zuschr. erb. u. PK 45 98 an WELT-Verlag, Postfach 2000 Hamburg 36.

1. Offizier (A 6), 35 J., langj. Auslandsvertrieb, USA, Mexiko, verantw. Projektleiter im techn. Schiffsbereich, Erf. in Logistik u. techn. Einkauf, Grundk. Span. vorh., sucht verantwortungsv. Aufgabe. Zuschr. erb. u. PS 45 93 an WELT-Verlag, Postfach 2000 Hamburg 36.

LATEINAMERIKA

Dipl.-Baumg. ETH Zürich, Business Administration IMED, 33 Jahre, CH, Auslandsvertrieb, 43-jährig, mit vielseitiger Erfahrung in führenden Positionen, Sprachkenntnisse, Auslandserfahrung, sucht anspruchsvolle Beschäftigung als Angestellter oder Mitarbeiter, vorzugsweise in Lateinamerika. Zuschriften erbiten unter Z 4118 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Haushaltskaufmann sucht zum 1. 3. 83 neues Aufgabengebiet in privatem Haushalt mit Wohnmöglichkeit. Zuschr. erb. u. A 4119 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Kaufmann, 41 J., verh., langj. Erfahrung in Organisation u. Planung, sucht neuen Wirkungskreis unter PM 45 93 an WELT-Verlag, Postfach 2000 Hamburg 36.

Bausachf. Hochbau, 36 J., verh., möchte sich kurz vor dem Auscheiden aus dem Berufsleben verändern. Vielst. 15-jähr. Auslandserfahrung in Planung, Bau, Ausführung u. Projektmanagement. Englisch- u. Betriebswirtschaftl. Kenntnisse. Tel.: 0 30 / 3 86 00 oder unter D 4122 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Junger Geschäftsführer (35, Dipl.-Kfm.) mit Einsatzfreude

sucht verantwortungsvolle Aufgabe in HH o. ähnlicher Umgebung.

Durch allein. Vertretungsber. in Problembranche (un. Stellung) gewöhnt, streng erfolgsorientiert u. unternehm. handeln; nachweisb. Einsatzfreude, durch Einsatz v. PR Centern u. unkonv. Verkaufsstrategien; mehrjähr. Erfahrung in Management u. Personalfragen aus trad. nordd. Großhandl. nebenb. Tätigkeit in Unternehmensber. Ang. erb. u. K 4127 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Export-Allround-Kaufmann

Hamburger, 48, ungekündigt, seit ca. 25 Jahren nachweislich erfolgreich als Einzelprokurist/Geschäftsführer einer bedeutenden port-Firmengruppe tätig. Englisch/Spanisch, weltweite Verträge einsehlich BGW-Länder, kerngesund, belastbar, stark, möchte sein Können, Arbeitskraft, Erfahrungswissen in Unternehmen (evtl. auch Teilhaberschaft) in leitender Position Verfügung stellen.

Ang. erb. u. H 4126 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Ein bewährter Weg zum beruflichen Aufstieg

Stellengesuche in der WELT

Stellengesuche erscheinen in der WELT als Doppel-Insertion jeweils am Mittwoch und am darauf folgenden Samstag. Stellengesuchanzeigen werden bei der WELT zu Preisen berechnet, die gegenüber den Anzeigengrundpreisen stark ermäßigt sind. 1 Anzeigenmillimeter (das ist eine Fläche von 1 mm Höhe und 1 Spalte = 45 mm Breite) kostet für beide Erscheinungstage DM 5,54.

Preis- und Größenbeispiele

30 mm / 2spaltig
DM 332,40 zuzügl.
DM 10,17 Chiffre-Gebühr

35 mm / 1spaltig
DM 193,90 zuzügl.
DM 10,17 Chiffre-Gebühr

20 mm / 1spaltig
DM 110,80 zuzügl.
DM 10,17 Chiffre-Gebühr

An: DIE WELT, Anzeigenabteilung,
Postfach 1008 64, 4300 Essen 1

Bestellschein

Bitte veröffentlichen Sie in der Rubrik Stellengesuche zum nächst erreichbaren Termin eine Anzeige

mm hoch: spaltig zum Preis von DM zuzüglich DM 10,17 Chiffre-Gebühr.
Alle Preise einschließlich 13% Mehrwertsteuer.

Name: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Vorwahl/Telefon: _____

Unterschrift: _____
Der Anzeigentext: _____

STELLENGESUCHE

Führungsaufgaben im Management

Dipl.-Ing., Produktionstechnik, BEFA-Ing. f. IE, 37 J., v.h., ungeländ., flexibel, unternehm. denkend, ziel- u. kostenorientiert, sucht neue Aufgaben im techn./kaufm. Bereich mit hoher Verantwortung als

Leiter Produktion - Technik

Die Gelegenheit zu unternehmerischer Leistung bieten gute organ. Fähigkeiten, fund. Kiz. u. langjährige viele. Erf. in der mod. Betriebsführung und die notw. Konsequenzen, Mitarbeiter anzuleiten und erfolgreich zu führen. Beherrschung mod. Verfahren zur Optimierung der Fertigungsabläufe, u. prod. Ablaufplanung. Anwend. v. Leistungs- u. ergebnisorient. Management-Kontrollsystemen, praktische EDV und Wertanalyse. Zuschriften erbiten unter G 4125 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Ing. grad., techn. Gebäudeausrüstung

41 Jahre, verh., langjährige Erfahrung in Planung u. Ausführung von Heizungs-, Klima-, Kälte- u. Sanitäranlagen, Spezialkenntnisse im Betrieb, Wartung und Instandhalten von haustechnischen Anlagen. Betriebsführung und die notw. Konsequenzen, Mitarbeiter anzuleiten und erfolgreich zu führen. Beherrschung mod. Verfahren zur Optimierung der Fertigungsabläufe, u. prod. Ablaufplanung. Anwend. v. Leistungs- u. ergebnisorient. Management-Kontrollsystemen, praktische EDV und Wertanalyse. Zuschriften erbiten unter X 3962 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Elektro- und Mechanical-Ing.

sucht Service und representative Stellung im Raum südl. Afrika. Vollkommen vertraut mit lokalen Bedingungen und Gepflogenheiten, da 30 Jahre in Südafrika. Bei Beider Landessprachen mächtig, sucht Angebote in entsprechender Lage. Gute Personalien und Referenzen auf Anfrage. Zuschriften erb. u. C 4121 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kaufmann

staatl. gepr. Betriebswirt, 36 Jahre, tätig als Verkaufs- und Betriebsleiter in einer Gesehensmiede, unternehmerisch denkend, mit Erfahrung im In- und Aus- und Außendienst sowie Einkauf, sucht interessante, neue Aufgabe im Bereich Rohrverbindungsteile aus rostfreien und hochlegierten Stählen. Angebote unter H 3884 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Verkaufsleiter

langjähr. Erfahrung i. Vertrieb v. AL-Halbzeugprodukten für den industriellen Bedarf. Systembezug für die Sparte Bau, Funktionsbereiche aus AL wie Fenster, Türen u. Tore, Kalt- u. Warmfassaden sowie umsetzbare Trennwände für den Innenausbau. Nachweisb. gute Akquisition- u. Verkaufserfolge, sucht neue Position, möglichst NRW. Zuschriften erbiten unter W 4093 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Bewegl., leistungsorientierter Lkw-Verkäufer

im Außendienst, mit Erfahrung im Aufbau- und Finanzierungs- u. Verkaufserfolge, sucht neue Position, möglichst NRW. Zuschriften erbiten unter U 3959 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Sekretärin/Sachbearbeiterin, 32 J., mit allen Sekretariatsarbeiten vertraut, Englischkenntnisse, sucht neuen interessanten Wirkungskreis zum 1. 4. 83. Ang. erb. u. R 3978 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wenn kann ich helfen, den ständig wachsenden Berg von Büroarbeit zu erledigen? 27-jährige

Sekretärin/Sachbearbeiterin sucht interessante Stellung in Köln oder Umgebung. Ang. erb. u. T 3980 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Vertriebsdirektor

Leiter Auslandsbeziehungen, 42 Jahre, Umsatzverantwortung DM 200 Mio. Erfahrung Vertrieb, anspruchsvolle Investitionsgüter. Englisch, ungekündigt, sucht interessante Tätigkeit Norddeutschland. Zuschr. erb. u. PL 46 010 WELT-Verlag, Postfach 2000 Hamburg 36

Dipl.-Oec.

Hochschule St. Gallen, 29 J., 2 J. Berufserfahrung u. a. in der Finanzwirtschaft, sucht Anstellung bei einer Steuerberatungs-/Wirtschaftsprüfungsgesellschaft im Raum Köln oder Dortmund/Frankfurt zwecks Ausbildung zum

Steuerberater

Zuschriften erbiten unter X 3984 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Mehrsprachige Chefsekretärin/Assistentin

fließend Englisch, Französisch, Italienisch, Spanisch, 40 Jahre, fundierte Ausbildung und Praxis im In- und Ausland (Organisation, Personalführung, Rechnungswesen, Textverarbeitung), selbständig, flexibel, einsetzbar, sucht verantwortungsvollen, internationalen Aufgabenbereich, gern auch mit eigenem Sachgebiet, Übersetzer- oder Reisetätigkeit. Zuschriften unter Z 3942 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Immobilienkaufmann

Ende 40, jahrelange Berufserfahrung, Führungsqualitäten und selbständiges Arbeiten können vorausgesetzt werden, sucht neuen Aufgabenbereich. Evtl. finanzielle Beteiligung möglich. Zuschriften unter N 3976 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Controlling/Personal

Dipl.-Volksw. Ende 30, verheiratet, mobil, - langjährige Tätigkeit als Leiter der Bereiche: Controlling, Budgetierung, Finanzen, Rechnungswesen, Personal in mittl. Unternehmen. - Solide betriebswirtschaftliche Ausbildung in bekannt. internat. Unternehmen. - Revisionserfahrung. - gute engl. und franz. Sprachkenntnisse. Suche entspr. Tätigkeit in Unternehmen der Industrie oder des Handels. Angebote erb. u. G 3971 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kauf - Beteiligung - Nachfolge

Dynamischer, kreativer, fleißiger Einzelhandelskaufmann - Betriebswirt, 35 Jahre, voll belastbar, seit Jahren erfolgreicher Betriebsleiter SB-Warenhaus. Suche neuen Wirkungskreis als Geschäftsführer, tätige Beteiligung oder Nachfolge. Branchenunabhängig.

Angebote u. F 3970 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wirtschaftsjurist

Anf. 30, 2. Staatsexamen 1976, an umfassender Banken-Traineeausbildung seit 4 Jahren i. Geschäftsbereichs-Sekretariat eines großen Kreditinstituts (Schwerpunkt: Geschäftspolitische Grundsatzen, Rechts- u. Steuerrechtsprobleme insbes. d. Wohnungsbaukredit, Tätigkeit im Verbandsbereich), sucht Führungsaufgabe i. Kreditinstitut oder Bankenverband. Zuschriften erbiten unter T 4002 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Verkaufsleiter

Wenn Sie nicht unbedingt einen 30-jährigen, sondern auch einen 51-jährigen dynamischen, belastbaren und flexiblen Verkaufs-Profi suchen, bin ich Ihr Mann. Der Verkauf ist mein Hobby! So bringe ich nach 28 Jahren Außendienst und 15 Jahre in der Non-Food-Branche als Verkaufsleiter + Prokurist profunde Erfahrung für verantwortungsvolle Aufgaben mit. Ein verhandlungsgewandter in Gespräch und Korrespondenz und bestens vertraut mit der Führung von Mitarbeitern. Durch Liquidation der Firma ist baldiger Eintritt möglich. Angebote erbiten unter V 3982 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Finanz-Management

Versicherungs-Kaufmann, 34 J., mit umfangreicher Erfahrung, lost die Probleme bei Finanzdisposition, Liquiditätsplanung, Anlagenplanung, EDV-Buchhaltung, Haus-/Miet-Verwaltung, Zahlungsverkehr, Rentabilitätsberechnungen, Verträge für Sie erfolgreich mit Banken und Versicherungen. Mein Beruf ist mein Hobby. Angebote erb. unter W 3983 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Welches Unternehmen sucht einen

Kfm. ltr./o. GF

mit einer Umsatzgröße von 10-30 Mio. Bin 33 Jahre alt und seit 8 Jahren verantwortlich u. erfolgreich tätig im Bereich Finanzen, Personal u. Vertrieb. Auch Assistenzentätigkeit eines umsatzstarken Unternehmens denkbar. Angebote erbiten unter X 4116 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dynamischer Marketing Director

Für einen meiner ehemaligen Mitarbeiter suche ich eine Führungsaufgabe in einem bedeutenden Unternehmen der Markenartikel-Industrie.

Zu seiner Person:

39 Jahre, Studium der Wirtschaftswerbung, Karriere im Marketing.

Laufbahn:

Assistant Product Manager, Product Manager, Marketing Manager, Marketing Manager neue Produkte, stellvertretender Marketing Director, Geschäftsführer Marketing und Vertrieb.

Diese Laufbahn vollzog sich in zwei bedeutenden internationalen Gesellschaften mit einem Umsatz von ca. 500 Mio. DM.

Die erfolgreiche Entwicklung und Durchsetzung bedeutender Markenartikel kennzeichnet das Können dieses Mannes. Der Wunsch der Veränderung entspringt persönlichen Gründen.

Für seine hohen menschlichen und beruflichen Qualitäten kann ich - Leonard Diepenbrock - mich verbürgen.

Zuschriften bzw. Kontaktaufnahme über

Leonard Diepenbrock

Marketing Consultants
Gründungsstraße 20, 2000 Hamburg 60,
Tel.: 0 40 / 6 30 90 81, Telefax: 21-74 557

Handwritten signature: Leonard Diepenbrock

WELT DES SPORTS

Ins Team eingeladen

Berlin (dpa) - Die deutsche Eishockey-Nationalmannschaft wird von der UdSSR voraussichtlich zum zweiten Mal zum Isewstjajurnier im Dezember nach Moskau eingeladen. Auch die Kanadier haben ihre Teilnahme angekündigt.

Teile Pokalspiel

Bonn (DW) - Im ersten Viertelfinale um den Pokal des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) muß heute der FC Schalke 04 beim 1. FC Köln antreten. Das Spiel beginnt um 20.00 Uhr.

Länderspiele gegen UdSSR

Frankfurt (sid) - Die deutsche Fußball-Nationalmannschaft wird in den nächsten beiden Jahren zweimal gegen die UdSSR spielen. Am 28. März 1984 treffen die beiden Teams in Deutschland zum zehnten Mal aufeinander. Das Rückspiel findet am 17. April 1985 in der UdSSR statt.

Beckenbauer: „Bin zu alt“

Rio de Janeiro (dpa) - Franz Beckenbauer führt sich „zu alt“, um noch weiter Fußball zu spielen. Mit diesen Worten lehnte der ehemalige Fußball-Nationalspieler ein Vertragsangebot des brasilianischen Vereins Botafogo ab.

Schuster kommt

Barcelona (dpa) - Bernd Schuster vom FC Barcelona wird am 31. Mai beim Abschiedsspiel des ehemaligen Fußball-Nationalspielers Paul Breitner in München spielen. Schuster, der sich vor zwei Jahren mit Breitner zerstritten hatte, nahm eine Einladung Breitners an.

Strehlau sagte ab

Karlsruhe (sid) - Nach der Absage von Frank Rosten hat es auch der bisherige Assistenz-Trainer Lothar Strehlau abgelehnt, als Nachfolger des entlassenen Horst Franz beim Fußball-Bundesligaklub Karlsruher SC das Training zu übernehmen. Strehlau, der hauptberuflich als Lehrer arbeitet, erhielt keine Freigabe durch die Behörden.

Eigendorf: Blutvergiftung

Braunschweig (sid) - Wegen einer Blutvergiftung muß Lutz Eigendorf vom Fußball-Bundesligaklub Eintracht Braunschweig eine Trainingspause einlegen. Beim Punktspiel gegen den 1. FC Kaiserslautern hatte sich Eigendorf Schürfwunden an beiden Beinen zugezogen. Die Chemikalien, mit denen in Kaiserslautern der Rasen präpariert war, gerieten dadurch in seine Blutbahn.

Weiter Streit um Raducanu

Hannover (dpa) - Ein Sühnetrain zwischen dem Zweitligaklub Hannover 96 und dem Fußball-Profi Marcel Raducanu blieb ergebnislos. Nicht geklärt werden konnte, ob Raducanu seinen neuen Verein Borussia Dortmund beivollmündigt hatte, auf alle Ansprüche gegenüber Hannover 96 zu verzichten. Raducanu beansprucht für sein vorübergehendes Engagement in Hannover noch 48 000 Mark.

ZAHLEN

GEWINNQUOTEN
Lotto: Gewinnklasse 1: 3 000 000 Mark, 2: 237 144, 3: 9538, 10: 4: 138,70, 5: 10,00. Toto: Ergebnisswette, Gewinnklasse 1: 8100,50, 2: 251,00, 3: 22,00. Auswahlwette „6 aus 45“, Gewinnklasse 1: unbekannt, Jackpot: 458 548,00, 2: 38 882,20, 3: 3688,90, 4: 92,80, 5: 8,90. Rennquittett, Pferdetoto, Gewinnklasse 1: 113,40, 2: 21,50, Pferdetoto, Gewinnklasse 1: 339,90, 2: 11,90. (Ohne Gewähr)

SKI ALPIN / Selten war eine Nation überlegener als derzeit die Schweizer - Die WELT sprach mit dem Cheftrainer Rolf Hefti

„Unsere Läufer haben Bretter selbst präpariert“

KLAUS BLUME, Bonn Heute findet in Garmisch-Partenkirchen als 35. Rennen dieser Weltcup-Saison der Giant-Slalom der Herren statt. Einer der Favoriten ist der 19 Jahre alte Schweizer Pirmin Zurbriggen. Das ist üblich, denn die Schweizer siegen in diesem Winter auf beinahe allen Fronten. Über diese Erfolgsserie sprach die WELT mit Rolf Hefti (47), Cheftrainer im Schweizer Ski-Verband (SSV).

WELT: Die Schweiz ist die Nummer eins im internationalen alpinen Ski-Sport. Eine Folge der exakten Planung des vorolympischen Winters?
Hefti: Wäre es so, wäre es die Erfüllung eines Wunsches. Die Ursache ist vielmehr eine langsame, kontinuierliche Arbeit in den letzten fünf Jahren. Als 1978 einige unserer Spitzenkorympen - auch Heinz Hennli und Bernhard Russi - zurücktraten, mußten sich Peter Müller, Jacques Lüthli und Peter Lüscher neu aufstellen. Wir haben uns eine kompakte, leistungsstarke Mannschaft gebildet.

WELT: Imponierend sind die Abfahrtsiege bei den Herren. Ist das Auswahlprinzip denn so brutal wie in Österreich?
Hefti: Im Frühjahr ist es noch härter als in Österreich. Aber es gibt einen wesentlichen Unterschied: Unsere Läufer wissen sich nicht im Winter in Trainingsauscheidungsrennen für die Mannschaft zu qualifizieren. Das haben wir seit vier Jahren abgelehnt. Dieser unvernünftige Druck führt nur zu kurzfristigen Erfolgen.

WELT: Sie haben besseres Material als andere Verbände...
Hefti: Ähnlich wie mit Ferstl und Veith vor Jahren in Deutschland so hatten auch wir im Falle Toni Sailer Schwierigkeiten mit dem österreichischen Ski-Hersteller Fischer. Auch mir hat diese Firma massiv gedroht, ich hätte mich

nicht in die Auswahl und die Präparierung der Bretter einzumischen. Ich habe den Leuten damals gesagt: Ich bin nur der Schweizer Verband verantwortlich und nicht bei Ihnen angestellt.
WELT: Und das hat geholfen?
Hefti: Ja, denn der Verband stand hinter mir. Außerdem: Die Firmen haben bei uns nicht so viel Gewicht und Macht wie in anderen Verbänden. So gibt es ein konstantes Zusammenspiel zwischen Technikern und Trainern, das diesmal bereits im August beim Training in Neuseeland begann. Da haben die Athleten sogar selbst ihre Bretter präpariert.

WELT: Der erst 22 Jahre alte Bruno Kernen gewann völlig überraschend die Hahnenkamm-Abfahrt. Also keine Planung?
Hefti: Im Grunde aber doch. Denn Kernen, der erst seine Kochlehre absolvierte, um sich dann dem Skisport zu widmen, verfolgt damit konsequent unsere Linie: erst Berufsausbildung, dann Sport. Zum Zweiten: Als Rennläufer hat Kernen die technische Ausbildung als Riesentorläufer und Slalomspezialist durchgemacht. Das ist seit Jahren meine Linie, und das ist gut so, denn es ist eine grundsätzliche Ausbildung. Kernen zum Beispiel hat bis Oktober kein Abfahrtstraining absolviert. Aber schon da sahen wir, er ist ein guter Gleiter, deshalb haben wir ihn trotzdem zusätzlich in das Abfahrtskader genommen.

WELT: Peter Lüscher, der wieder den Weltcup gewinnen kann, ist dafür wohl auch ein Beispiel?
Hefti: Lüscher war stets ein Techniker, der auch in der Abfahrt Punkte gewinnen konnte. Als er jahrelang ein Tief hatte, erklärte ich ihm, daß er mit 26 Jahren nicht mehr die Schnelligkeit und Reaktion eines erstklassigen Slalomspezialisten haben kann. So haben wir in diesem Winter mit der Abfahrt versucht. Peter war äußerst skeptisch, doch am Sonntag ge-

wann er dann sogar in St. Anton.

WELT: Welchen Anteil am Comeback Peter Lüschers hat dessen Lebensgefährtin, die französische Ex-Weltmeisterin Senati?
Hefti: Fabienne und Peter - das ist ein sehr gutes Paar, in jeder Hinsicht. Die beiden motivieren sich gegenseitig ganz erstaunlich. Fabienne wollte 9 zum Beispiel in diesem Winter aufhören. Als sie aber sah, daß es bei Peter wieder aufwärts ging, startete sie erneut im Weltcup - mit überaus bemerkenswerten Ergebnissen.

WELT: Es ist möglich, daß Pirmin Zurbriggen Weltcup-Sieger 1982/83 wird.
Hefti: Das wäre mir gar nicht recht. Pirmin ist mit seinen 19 Jahren noch viel zu jung dafür, er ist auch noch längst kein fertiger Skiläufer. Außerdem: Wenn sich erst einmal im Gehirn festsetzt, Weltcup-Sieger werden zu können, dann führt die Sicherheit mit. Das verändert den Stil ungünstig. Pirmin soll in zwei, drei Jahren unser Mann sein - nicht jetzt.

WELT: Und Lüscher?
Hefti: Peter Lüscher hat eine reelle Chance auf eine gute Platzierung, aber nicht auf den Weltcup-Sieg. Ich kann mir aber nicht vorstellen, daß der Amerikaner Phil Mahre schlägt. Denn Mahre ist der bessere Slalomläufer.

WELT: Sie waren früher Cheftrainer der Schweizer Damen. Jetzt arbeiten Sie erfolgreich mit den Herren. Ist die Arbeit sehr unterschiedlich?
Hefti: Es besteht ein großer Unterschied. Die Herren, das sind wirklich Männer, von denen man viel mehr verlangen kann. Die Mädchen, das sind halt Mädchen, die sehr lange nur den Pausen mit den Freundinnen und die Freude am Herumreisen im Kopf haben. Sie nehmen den Rennsport zu wenig ernst, sind nie so professionell wie die Herren. Abgesehen von den ganz großen Spitzenfahrerinnen.



Ein glänzendes Paar - sie spornen sich gegenseitig zu guten Leistungen an: Peter Lüscher und seine französische Freundin Fabienne Senati. FOTO: DPA



Erfolge nach kontinuierlicher Aufbauarbeit: Rolf Hefti. FOTO: KEYSTONE

Erfolgsbilanz

Die Schweiz ist die überragende Ski-Nation der alpinen Weltcup-Saison 1982/83. In der Nationencup-Wertung führt die Schweiz sowohl bei den Damen als auch bei den Herren. Bei den Damen liegen die Schweizerinnen mit 465 Punkten vor Österreich (445) und den USA (412). In der Herrenwertung führen die Schweizer mit 957 Punkten vor Österreich (693) und den USA (254). Insgesamt sieben Weltcup-Siege gab es bisher für das Damenteam, und die Tessinerin Doris Agostini wurde bereits vor Saisonabschluss Weltcup-Gewinnerin der Abfahrt. Bei den Herren brachte es die Mannschaft auf acht Weltcup-Erfolge, wobei die vier Abfahrtsiege von Canthome, Kernen und Lüscher am wertvollsten sind.

NATIONALELF

Derwall holt Otten, Rolff

dpa, Frankfurt Mit den beiden Neulingen Johnny Otten (Werder Bremen) und Wolfgang Rolff (Hamburger SV) benannte Fußball-Bundestrainer Jupp Derwall sein vorläufiges Aufgebot für das Länderspiel gegen Portugal in Lissabon am 23. Februar. Der Kader umfaßt 20 Spieler und soll am Wochenende vor dem Spiel auf 18 reduziert werden. Derwall nominierte auch die beiden in Spanien spielenden Stürker (Real Madrid) und Schuster (FC Barcelona), deren Vereine am Tag des Länderspiels im spanischen Pokal engagiert sind. Dazu Derwall: „Die Antwort der Klubs auf unsere Freigabewünsche steht zwar noch aus, aber man sollte die Hoffnung nicht aufgeben.“

Sollten beide Spieler keine Freigabe erhalten, wäre der Hamburger Holger Hieronymus einziger Kandidat für den Libero posten, da sowohl Hannes (Mönchengladbach) als auch Strack (1. FC Köln) wegen Verletzung ausfallen. Das Aufgebot: Tor: Schumacher, Imme, Abwehr: Briegel, Bernd Förster, Karl-Heinz Förster, Hieronymus, Kaltz, Otten, Mittelfeld: Dremmler, Engels, Matthäus, Rolff, Schuster, Stielke, Angriff: Klaus Allofs, Littbarski, Meier, Milewski, Rummenigge, Voller.

FUSSBALL / „DDR“ nur noch drittklassig - Jetzt wurde die Verbandsspitze neu zusammengesetzt

Hochkarätige Funktionäre sorgen für neuen Schwung

DIETER DOSE, Berlin Genau vor einem Jahr hat Manfred Ewald, Präsident des 3.3 Millionen Mitglieder zählenden Turn- und Sportbundes (DTSB) der „DDR“, die Verbandsführung der ruhm- und erfolglosen Fußballspieler zum Abschied freigegeben. Da erklärte Ewald vor den Mikrofonen von „Radio DDR“: „Durch die Ausweitung des einen oder anderen Trainers kann das Problem nicht gelöst werden, es muß eine konsequentere Leitung geben.“

Die gibt es seit dem vergangenen Wochenende. Zwölf Monate nach Ewalds Ankündigung und 15 Monate nach dem Rausschmiß von Auswahltrainer Georg Buschner rollten die Köpfe in der Spitze des Deutschen Fußball-Verbandes (DFV). Präsident Werner Schneider wurde zum Vize-Präsidenten degradiert, Generalsekretär Werner Lempert, dessen Stellvertreter Konrad Dörner und Cheftrainer Professor Hugo Döbler abgelöst. Schneider bewahrte seine Funktionen im europäischen (UEFA) und internationalen Fußballverband (FIFA) vor der totalen Kastration. Hochkarätige Funktionäre sollen den „DDR“-Fußball wieder auf Trab bringen. Günter Erbach, Staatssekretär für Körperkultur

und Sport in der Honecker-Regierung, als Präsident, Karl Zimmermann, Ewalds Stellvertreter im DTSB, als Vizepräsident.

Zwei Leute der Praxis kamen neu in Führungspositionen. Dieter Fuchs, bisher Cheftrainer des erfolgreichsten „DDR“-Klubs Dynamo Ost-Berlin (seit 1979 viermal hintereinander Meister), wird in Personalunion stellvertretender Generalsekretär und Chefverbandstrainer. Neuer Mann auch für den Nachwuchs und mit Vollmacht eines stellvertretenden Generalsekretärs ausgestattet: Manfred Zapf, Vorsitzender des FC Magdeburg und Vorstopper jener Magdeburger Elf, die 1974 als bisher einzige „DDR“-Mannschaft Europapokalsieger wurde. Zapf ist für ein strenges Regiment bekannt. Er feuerte 1981 mitten in der Saison seinen Trainer und verhängte gegen Stürmer-Star Achim Streich eine verhängnisvolle Sperre, weil er erfolgreichster Torjäger der Oberliga, nach einer abfälligen Handbewegung gegenüber dem Schiedsrichter verwahrt worden war.

Im sportlichen Bereich halten sich die Umbesetzungen - zunächst - in Grenzen. Die aufgeblassene zweite Liga wird von 60 auf 36 Mannschaften reduziert, Nachwuchs- und Jugendliga werden

aufgelöst und die Ausbildungszeit für Jugendliche in den Trainingszentren von vier auf sechs Jahre erhöht. Die „DDR“, in vielen Sportarten die Nummer eins in der Welt, ist im Fußball drittklassig. Noch nie qualifizierte sie sich für eine Europameisterschaftsrendrunde, nur einmal war sie bei einer Weltmeisterschaft dabei - 1974 in Deutschland.

Nach dem Scheitern in der WM-Qualifikation für Spanien - ausgerechnet gegen Polen - bahnte sich der Sturz der Führungsspitze an. Erstes Opfer: Verbandstrainer Buschner. Im Herbst 1982 aber mußte der „DDR“-Fußball einen noch schlimmeren Schlag hinnehmen. Alle fünf Mannschaften schieden in der ersten Runde des Europacups aus. Meister Dynamo Berlin zwar gegen den Hamburger SV, aber Dynamo Dresden zum Beispiel gegen Fram Kopenhagen. Lokomotive Leipzig gegen Viking Stavanger...

Wenn unsere Vereine schon gegen internationale Spitzenklubs antreten müssen, sollte unser Fußballverband darauf bestehen, daß diese ihre Senioren antreten lassen. Vielleicht sehen unsere Mannschaften dann nicht ganz so alt aus“, empfahl kürzlich Leserbrief

Schreiber Paul Jungmann in der satirischen Zeitschrift „Bulenspiegel“. Kübel von Spott und Kritik ergossen sich über die Spieler - die Nationalmannschaft („Rasenmäher der Nation“) wie über Vereinsmannschaften.

Veröffentlichungen der „DDR“-Medien deuteten in den letzten Wochen auf Umwälzungen hin. Am weitesten preschte die FDJ-Zeitung „Junge Welt“ vor: „Eine Sofort-Stärkung, zumindest unserer Spitzenklubs, ließe sich durch die freiwillige Wechselmöglichkeit der Spieler erreichen.“ Doch das Thema Spielerwechsel bleibt noch tabu. „Entscheidungen über Trainer- und Spielerwechsel unterliegen ausschließlich dem DFV-Büro“, heißt es auch noch nach dem Führungswechsel in der Verbandsspitze. Im Klartext: Spieler werden nach wie vor delegiert, können den Verein nicht frei wählen.

Mit schnellen Erfolgen (Neues Deutschland: „Geduld ist erforderlich“) rechnet niemand. Schließlich stehen die „DDR“-Fußballspieler derzeit wieder vor einer fast unlöslichen internationalen Aufgabe: In der Qualifikation für die Europameisterschaft im nächsten Jahr sind die WM-Endrundenteilnehmer Schottland und Belgien sowie die Schweiz ihre Gegner...

STAND PUNKT

Klare Vorstellung

Wenn Hartmut Weber sorgsam die Nickelbrille zurechtrückt, um dann mit leiser Stimme seinen Standpunkt zu vertreten, ducken sich stets die Funktionäre. „Ich starte“, so sagte der Europameister über 400 Meter, „bei den deutschen Hallenmeisterschaften nur, wenn mir der Verband schriftlich gibt, daß ich nicht zu den Europameisterschaften muß“. Nicht etwa, weil er sich ziert oder weil er gar zu faul ist, nein. Weber plant seine Saison anders - der Höhepunkt wird Mitte August, bei den ersten Leichtathletik-Weltmeisterschaften in Helsinki, sein.

Hartmut Weber, einer der zehn deutschen Europameister von Athen, steht damit nicht allein. Der 5000-m-Läufer Thomas Wessinghage lebt bis zum Frühjahr in den USA, 800-m-Europameister Hans-Peter Ferner hat auch anderes im

Anzeige

Abonnieren Sie Engagemint

Die WELT tritt ein für die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit, für die Ausschöpfung zwischen Juden und Deutschen, für die parlamentarische Demokratie, für die freie soziale Marktwirtschaft. Sie ist gegen Totalitarismus und Radikalismus von rechts oder links. Am besten: Sie beziehen die WELT im Abonnement. Dann sind Sie für alle Diskussionen des Tages.

DIE WELT

Hinweise für den neuen Abonnenten: Sie haben das Recht, Ihre Abonnementbestellung innerhalb von 7 Tagen zu widerrufen. Datum gedruckt: 30.05.83, 2000 Hamburg 30. Vertrieb: Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 30.

An: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 30.

Bestellschein

Bitte liefern Sie zum nächstmöglichen Termin bis auf weiteres die WELT (Der monatliche Lesergewinn beträgt DM 2,50 pro Ausgabe) zu folgenden Adressen: (Ausland 31,00) Luftpostversand auf Anfrage, anfertige Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Name: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Beruf: _____
Telefon: _____ Datum: _____
Unterschrift: _____
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen zu widerrufen. Datum gedruckt: 30.05.83, 2000 Hamburg 30.
Unterschrift: _____

Sinn als die unsinnige Unterbrechung des Wintertrainings, Hochspringer Dietmar Mögenburg schweigt sich bereit aus, und Ulrike Meyfarth passen Hallenveranstaltungen gar nicht ins Sommer-Vorbereitungsprogramm.

Die selbstbewußten Sieger von Athen - so auch Hindernisspezialist Patriz Ilg - setzen selbstbewußt auf ihre sportliche Zukunft. Die Erfolge von Griechenland waren ohnedies die Summe höchst individueller Sprossenklatterei - der Eigenbrötlerei Harald Schmid ist dafür das beste Beispiel.

Diese Athletinnen und Athleten haben viele Jahre gebraucht, um ganz oben zu stehen. Sie haben sich mit Krankheiten (Harald Schmid) und Verletzungen (Mögenburg) herumgeplagt. Jetzt wollen sie das Heft nicht aus der Hand geben - erst recht nicht für einen Hallentitel. DANIEL HAUSER

Sind Sie ein Wahlmuffel?

DEUTSCHES ALLGEMEINES SONNTAGS-BLATT

Berichterstattung aus erster Hand, fair und objektiv. Journalismus erster Wahl.

Beteiligen Sie sich grundsätzlich nicht an politischen Wahlen, weil Sie glauben, es sei ohnehin egal, wer regiert? Treten Sie ungern an die Wahlurne, weil Sie sich über die Parteien und Kandidaten, ihre Programme und Ziele, nicht völlig im klaren sind? Wissen Sie am Morgen des Wahltages noch nicht, wem Sie Ihre Stimme geben werden, weil Sie sich trotz (oder wegen) vielfältiger Wahlkampikampagnen zu wenig oder zu einseitig informiert fühlen? Oder fehlt Ihnen einfach die Zeit, sich aus der Berichts- und Nachrichtenflut das herauszusuchen, was für Ihre eigene Meinungsbildung wichtig ist? Wenn dies auf Sie zutrifft, dann sollten Sie zunächst einmal

Sie brauchen eine Wochenzeitung, die Ihnen die Wahl erleichtert, aber nicht abnimmt. Wählen Sie das DEUTSCHE ALLGEMEINE SONNTAGSBLATT. Gerade jetzt.

DEUTSCHES ALLGEMEINES SONNTAGS-BLATT

Die große christliche Wochenzeitung

eine Wochenzeitung wählen, die

- Sie aus objektiver, unabhängiger und überparteilicher Sicht über Gemeinsamkeiten und Unterschiede der zur Wahl stehenden Parteien und Personen unterrichtet,
- Sie möglichst vorurteilsfrei über die wesentlichen Geschehnisse in Politik, Wirtschaft und Kultur informiert,
- Ihnen in klarer Gliederung und zeitsparendem Umfang Daten und Analysen, Berichte und Kommentare präsentiert, die für Ihre Urteilsfindung - nicht nur bei Wahlen - unentbehrlich sind.

Coupon für Probe-Exemplare
Bitte einsenden an: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, Vertrieb
Ich möchte gern Bekanntschaft mit dem DS schließen. Schicken Sie mir
denn mal kostenlos die nächsten beiden Ausgaben.
Name: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____
Datum: _____
Unterschrift: _____

Rheinland-Pfalz: Streit um SPD-Votum

Nea. Mainz Den wiederholten, bewußten Bruch parlamentarischer Regeln wirft die CDU-Fraktion im rheinland-pfälzischen Landtag den Sozialdemokraten vor. Gestern trat deswegen kurzfristig der Ältestenrat des Parlaments zusammen. Hintergrund: Zum zweitenmal innerhalb weniger Monate hatte die SPD-Fraktion direkt nach Abschluß der Beratungen eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses, ohne die Veröffentlichung des offiziellen Ausschlußberichts abzuwarten, ihr eigenes, abweichendes Minderheitsvotum der Öffentlichkeit präsentiert, obwohl im Ausschuß vorher ein abgestimmtes Vorgehen beschlossen worden war.

Nach dem Untersuchungsausschluß Wein handelt es sich diesmal um die Enquete-Kommission Orientierungshilfe, die am Dienstagfrüh in ihrer 16. und letzten Sitzung über den Abschlußbericht abstimmt - die CDU-Mitglieder dafür, die SPD-Mitglieder dagegen. Die FDP enthielt sich der Stimme und behält sich ein eigenes Votum vor.

Schon wenige Minuten nach Schluß der Sitzung jedoch legten die SPD-Mitglieder der Presse einen vorbereiteten eigenen Bericht vor, in dem die Ansicht vertreten wird, nach Auswertung der Sachverständigenaussagen sei die landesweite Einführung einer schulartübergreifenden Orientierungshilfe für das 5. und 6. Schuljahr die einzig mögliche Konsequenz.

Bonn warnt vor Atomsatelliten

dpa, Bonn Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) hält eine internationale Initiative von möglichst vielen Staaten für notwendig, um eine weitere weltweite Gefährdung durch nukleare betriebene Weltraumstationen zu verhindern.

Im Zusammenhang mit dem Abbruch des sowjetischen Spionagesatelliten Kosmos-1402 betonte er gestern in Bonn, es sei an der Zeit, von der Sowjetunion einen Verzicht auf Atomsatelliten zu fordern. Zumindest müßten derartige Flugkörper in eine erdferne Umlaufbahn geschickt werden. Zimmermann nannte es einen reinen Zufall, daß beim Abbruch des Nuklearteils des Satelliten am Montag kein bewohntes Gebiet getroffen worden sei.

Wirtschaft als Richtlinie für neue Kandidatur

Reagan ermutigt durch Rückgang der Arbeitslosigkeit

WOLFGANG WILL, Washington

Erstmals hat Präsident Ronald Reagan nicht ausweichend, vielsagend lächelnd oder auch nur verlegen zur Frage Stellung genommen, ob er sich 1984 der Wiedervahl stellen würde, eventuell unter bestimmten Bedingungen. Jetzt machte der Präsident, sicherlich ermutigt durch den Rückgang der Arbeitslosenzahlen - um rund 600 000 mitten im Winter - seine Kandidatur vom Erfolg seines Wirtschaftsprogrammes abhängig.

Die Wirtschaft, so räumte er am Tage nach seinem 72. Geburtstag während eines Fernseh-Interviews ein, „ist ohne Zweifel die Frage Nummer eins in den Köpfen der meisten Menschen.“ Mit „ja“ antwortete er sodann auf die Frage, ob er die Ökonomie als „Richtlinie“ für eine Wiederkandidatur nehmen würde, und der Präsident erläuterte dazu: „Das wäre wohl der Fall. Gibt es keine wirtschaftliche Erholung, ist das offensichtlich ein Zeichen.“

Reagan verwies in diesem Zusammenhang auf eine Schätzung des Kongreß-Budgetbüros, wonach die amerikanische Wirtschaft zwischen dem vierten Quartal 1982 und dem letzten Quartal dieses

Jahres um vermutlich vier Prozent wachsen werde. Damit ist das Budget-Büro des Kongresses, das gewöhnlich pessimistischer ist als wir selbst, optimistischer als die Regierung.“ Reagan spielte mit dieser Bemerkung auf die Wachstumschätzung seiner Administration an, die nur ein Plus von 3,1 Prozent projiziert.

Auf sein „Mischprogramm“ der Budgetkürzungen und Steuerensenkungen eingehend, meinte der Präsident, er könne immer noch nicht verstehen, weshalb seine Steuerensenkungen als die „Reichen begünstigend“ definiert werde. „Jemand, der 100 Dollar Einkommensteuer zahlt“, meinte der Präsident, „erhält natürlich nicht so viel Dollar-Erleichterung wie einer, der tausend oder 10 000 oder 100 000 Dollar Steuern zahlt - aber proportional sind sie gleichgestellt.“

Der Präsident verwies dann darauf, daß er während seiner Hollywood-Zeit „in der 94-Prozent-Steuerklasse“ war und meinte, das sei für Filmemacher hinderlich.“ Gesetzt: „Denn da kam man im Jahr zu dem Punkt, wo man sagte: ‚nein danke‘, wenn jemand einem ein Drehbuch anbot, ‚nicht ich - ich werde nicht für sechs Cent pro Dollar-Einnahme arbeiten‘.“ (SAD)

Bush lobt Mitterrand

US-Vizepräsident fordert Moskau zu Vorschlag vor

Der amerikanische Vizepräsident George Bush hat gestern die Haltung des französischen Staatspräsidenten François Mitterrand zum Problem der Mittelstreckenraketen gelobt. Mitterrand gilt als einer der energiegelichsten Befürworter des NATO-Beschlusses, 573 atomare Mittelstreckenraketen in Westeuropa aufzustellen, falls die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen in Genf zu keiner Einigung führen.

Paris ist die sechste Station auf Bushs Europareise, auf der er für die Haltung der Vereinigten Staaten für die Genfer Verhandlungen wirbt. Er wiederholte in einer kurzen Erklärung, daß die Forderung von Präsident Ronald Reagan, die Sowjetunion solle auf alle ihre Mittelstreckenraketen verzichten, nicht das letzte Wort sei. Er habe dies auch den sowjetischen Unterhändlern in Genf vorgetragen. Die sowjetische Seite habe sich jedoch

ablehnend verhalten. Der US-Vizepräsident erneuerte deshalb die Aufforderung an die Sowjetunion, neue Vorschläge für den Rüstungsabbau vorzulegen. Präsident Reagan habe sich „völlig dem Prozeß einer Rüstungsverminderung verschrieben“, versicherte Bush.

Der französische Außenminister Claude Cheysson hatte am Montag gesagt, nach Auffassung Frankreichs werde die Sowjetunion einer Lösung zustimmen, wenn sie einsehe, daß ein Scheitern der Genfer Konferenz automatisch zur Stationierung der neuen Waffensysteme führe. Cheysson will am 18. Februar zu Gesprächen mit seinem sowjetischen Amtskollegen Andrej Gromyko nach Moskau reisen.

Der amerikanische Vizepräsident wird in Paris mit Staatspräsident Mitterrand, Premierminister Mauroy und Außenminister Cheysson sprechen. Bush hatte zuvor Bonn, Berlin, Den Haag, Brüssel, Genf und Rom besucht.

Shamir lobt Verhältnis zur Kohl-Regierung

Fortsetzung von Seite 1

sich nach ihrer Auffassung aus der Initiative von US-Präsident Reagan und der Erklärung des Araber-Gipfels von Fes ergeben. „Wir streben mit unseren Partnern in der EG eine enge Abstimmung der auf den Prinzipien von Venedig und den folgenden Erklärungen der EG beruhenden europäischen Position mit den Bemühungen der Vereinigten Staaten an“, sagte der Kanzler.

Der israelische Außenminister hingegen äußerte die Überzeugung, daß das Camp-David-Abkommen den realistischen Rahmen für weiteren Fortschritt auf dem Wege zum Frieden darstelle. „Die Hoffnung für die Zukunft: Israels und seiner Nachbarn liegt in der Erneuerung des politischen Prozesses, wobei der kommende Abschnitt darauf hindeutet, den arabischen Einwohnern von Judäa, Samaria und des Gaza-Streifens Autonomie zu gewährleisten. Die Autonomie für Palästinenser bezweckt, die Koexistenz zwischen Israelis und Arabern in diesen Gegenden zu fördern.“

Shamir fuhr fort: „Auf dieser Basis und unter Gewährleistung gegenseitiger Sicherheit zwischen Israel und seinen Nachbarn wird es möglich sein, zu einer Erörterung über den endgültigen Status dieser Territorien zu gelangen und einen Friedensvertrag mit dem jordanischen Königreich abzuschließen. Es gibt heute keinen anderen praktischen Weg, und die Regierung Israels ist diesem Weg verpflichtet und glaubt an seine Aussicht. In allen Phasen dieses Prozesses schreiten wir gemeinsam mit den Vereinigten Staaten, dem Freunde Israels.“

Der Außenminister appellierte an die Europäer und die Bundesregierung, die Bemühungen seines Landes um dauerhafte Vereinbarungen mit Libanon zu unterstützen. Er betonte: „Jetzt ist der Weg zum Frieden offen und man muß ihn beschreiten, auch gegen den Widerstand der Friedensgegner in unserer Region.“

Gesagt

„Ich habe schon immer jemanden gesucht, bei dem ich nicht rückzahlbare Schulden machen kann.“

Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff zum Koalitionsstreit über die Rückzahlbarkeit der Investitionsanleihe

Präsident Reagan fordert Israel zum Rückzug auf

„In Libanon praktisch in der Position einer Besatzungsmacht“

AP, Washington/Rom In ungewöhnlich hartem Ton hat US-Präsident Reagan Israel beschuldigt, den Abzug seiner Truppen aus Libanon unnötig zu verzögern und in dem Nachbarland praktisch die Rolle einer Besatzungsmacht zu spielen.

In einem Fernseh-Interview sagte Reagan, die arabischen Staaten zögerten, sich ohne eine israelische Geste guten Willens - durch den Truppenabzug - in den Nahost-Friedensprozeß einzuschalten. „Israel zögert dies unnötigerweise hinaus.“

Reagan fuhr fort, es gebe „einen gewissen moralischen Gesichtspunkt“, den die Israelis vernachlässigten oder gar nicht beachteten. Er besteuhe darin, daß es in Libanon nach all den Jahren der Wirren eine neue Regierung gebe, die alle ausländischen Streitkräfte zum Abzug aus dem Land aufgefordert habe. Daß die Israelis dieser Aufforderung nicht folgten, versetze sie „praktisch in die Position einer Besatzungsmacht“.

Reagan teilte mit, daß sein Nahost-Sonderbotschafter, Philip Habib, der zu einer weiteren Mission in den Nahen Osten aufgebrochen ist, einen neuen Vorschlag mit sich führe. Er glaube jedoch nicht, daß man zu einschlägigen Verhandlungen

gen übergehen könne, ehe die Lage in Libanon klarer sei.

Ähnlich kritisch wie Reagan äußerte sich auch der österreichische Bundeskanzler Bruno Kreisky, der sich nach Gesprächen mit dem Präsidenten zu einem privaten Besuch in New York aufhielt. Kreisky sagte in einem Fernseh-Interview, die israelische Regierung habe eine Haltung eingenommen, die erfolgreiche Friedensverhandlungen mit den Arabern außerordentlich schwierig mache. Er betonte, er unterstütze nicht unbedingt die Forderung nach einem palästinensischen Staat; ihm gehe es vor allem darum, Nahost-Gespräche in Gang zu bringen.

Auf seiner Reise in den Nahen Osten hatte US-Sonderbotschafter Habib Zwischenstation in Rom gemacht, um mit dem italienischen Außenminister Colombo die Lage in Libanon zu erörtern. Italien stellt ebenso wie die USA und Frankreich Kontingente der multinationalen Friedenstruppe. Bei der Aussprache mit Habib erklärte Colombo nach Mitteilung des Außenministeriums, die jüngsten Ereignisse in Libanon schienen „angesichts der inneren Lage des Landes keinen übertriebenen Optimismus zu rechtfertigen“. Habib habe dieses Urteil im wesentlichen geteilt.

Moskauer Attacke

„USA versuchen, Ermittlungen in Rom zu dirigieren“

AP, Moskau Moskau hat die USA bezichtigt, sie versuchten, die Ermittlungen der Hintergründe des Papst-Attentats vom Mai 1981 in eine bestimmte Richtung zu lenken und damit die Genfer Verhandlungen mit der Sowjetunion über Mittelstreckenraketen zu torpedieren.

Anlaß für die Vorwürfe der amtlichen sowjetischen Nachrichtenagentur Tass war ein Bericht der amerikanischen Fernsehgesellschaft NBC, wonach Reagan in einer von Vizepräsident Bush überbrachten Botschaft die italienische Regierung aufgefordert habe, ihre Ermittlungen über das Attentat auf Papst Johannes Paul II. fortzusetzen, selbst wenn „eine Spur zu Sowjetführer Andropow führt“.

Reagan, so NBC, habe dies getan, weil in Artikeln der amerikanischen Presse der Eindruck geweckt worden sei, Washington nehme die Hypothese von der bulgarischen Beteiligung nicht besonders ernst. Der heutige sowjetische Parteivorsitzende Andropow war zur Zeit des Papst-Attentats Chef des sowjetischen Geheimdienstes KGB.

Zu diesem Bericht schrieb der Tass-Kommentator Leonid Ponomarew: „Eine solche eindeutige Erklärung des Präsidenten der Vereinigten Staaten beweist klar, wer am Schüren des im Westen aufkommenden provokatorischen Propaganda-Rummels interessiert ist und ihn dirigiert. Das Weiße Haus deutet zudem noch an, in welche Richtung die sogenannte Untersuchung geführt werden sollte.“

Es werde nun klar, so der Tass-Kommentator, daß diese von Washington aus dirigierte Ermittlung außer allen anderen Zielsetzungen „auch den Zweck verfolgt, die Genfer Gespräche zu torpedieren“.

DAG fordert Änderung des Steuertarifs

HEINZ BECK, Bonn

Die Belastung der jährlichen Sozialabgaben ist gestiegen. Wirtschaftswissenschaftler der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG), Gerd Hesse, hat in Hamburg erklärt, nahm Grenzbelastung von rund 20 Prozent Anfang der sechziger Jahre auf inzwischen 80 Prozent zu. „heimeichen Steuererhöhungen seien die Hauptursache. Die Arbeitnehmererwerbsteuern seien in den vergangenen Jahren real um mehr gestiegen, die prozentuale Steuerbelastung habe jedoch Folge der höheren Bruttoeinkünfte zugenommen.“

Die DAG fordert eine Reform Einkommensteuertarifs, des Progressionskurve bei den kleinsten und mittleren Einkommen um niedriger als bisher verlaufen müßte. Demgegenüber sollte Spitzensteuersatz, der jetzt bei 50 Prozent bei Jahreseinkommen von 130 000/260 000 Mark (Unverheiratete/Verheiratete) an erreicht, auf 60 Prozent bei 175 000/350 000 angehoben werden.

Engelhard: Anderm im Strafvollzug

Immer mehr lediglich zu Gefängnisstrafen verurteilt werden. Sie verbüßen statt dessen 1 Strafen in einer Haftanstalt. Anteil erhöhte sich allein 1981. Vergleich zum Vorjahr bei 4 mit 496 793 annähernd gleich bliebenen Zahl von Verurteilten bundesweit um 11,7 Prozent.

Unter den Ländern hatte 1980 auf 1981 Hessen mit 37,4 Prozent die höchste Steigerung. Es folgten Bayern mit 24,2 und Saarland mit 22,7 Prozent. Lediglich in Berlin wurde ein Rückgang um 10,2 Prozent verzeichnet.

Bundesjustizminister Hans-Joachim Lauth bezeichnete die Entwicklung gestern als „bedauerlich“. Offensichtlich: In den immer mehr Menschen? wirtschaftlicher Not gezwungen ihre „Geldstrafen in den Haftstrafen abzusitzen“. Engelhard: Jetzt erreichen, daß - wie schon einigen Ländern möglich - Täter ihre Geldstrafen vermehrt durch Arbeit in gemeinnützigen Einrichtungen ableisten können. Es gehe nicht an, sie mit solchen Kriminellen gleichzustellen, von vornherein wegen der Schwere ihrer Taten zu Freiheitsstrafen verurteilt worden sind.



Die „Mobil Search“: Das größte und modernste geophysikalische Forschungsschiff der Welt.

Vor den Küsten der Kontinente liegen die Öl- und Gasreserven für morgen - wir finden sie.

Mit modernsten Technologien suchen Mobil-Forschungsschiffe nach Lagerstätten unter dem Meer.

Suchbohrungen vor den Küsten müssen immer größere Wassertiefen überwinden. Je tiefer und riskanter aber das Bohren wird, um so genauer müssen mögliche Lagerstätten vorher geortet werden.

Mobil ist die einzige Ölgesellschaft, die

hierfür eigene, selbst entwickelte Forschungsschiffe betreibt. Bisheriger technologischer Höhepunkt: Die „T.W. Nelson“. Sie wurde auch im deutschen Teil der Nordsee eingesetzt. Dieses bislang modernste Forschungsschiff der Welt wird jetzt noch übertrifft durch die

„Mobil Search“. Ihre Computer bestimmen mit Hilfe von Satelliten den exakten Standort und werten die geophysikalischen Meßdaten aus.

Weitere Informationen erhalten Sie unter dem Stichwort „Mobil Search“ von der Mobil Oil A.G., Steinstr. 5, 2000 Hamburg 1.

Mobil
macht Energie mobil

Handwritten signature or mark.

Politische Börse

ed. - Der Wechselkurs der D-Mark und die Zinsen am deutschen Kapitalmarkt sind politisch und wirtschaftlich ausgesetzt wie nie zuvor. Denn für die Experten ist es ganz klar: Am 6. März fällt auch die Entscheidung über die Richtung, in die der Zins und der Wechselkurs der Mark marschieren.

Daher ist es auch kein Wunder, daß die Wahlumfragen der Demoskopie bei den Spekulantengrößen Aufmerksamkeit finden, bei ausländischen allerdings noch mehr als bei hiesigen.

So hat die jüngste Umfrage, die einer Regierung Koll die größten Wahrscheinlichkeiten, erst geendet, als sie vorgestern abend bei den „porkbellyboys“, den spekulierenden Profis der Chicagoer Terminbörse, bekannt wurde. Die D-Mark war plötzlich wieder „in“, der Dollar verbilligte sich um fünf Pfennig, und auch gegenüber anderen Währungen gewann die Mark Terrain zurück, das sie wegen Wahlängsten verloren hatte. Gleichzeitig bahnte sich nach dreiwöchigem Zinsanstieg am Rentenmarkt, wie es schien, eine Zinsumkehr an.

Niemand weiß, wie nachhaltig diese „Tendenzwende“ ist. Zu viele, die nicht wissen, ob rein in die Mark oder raus, stehen noch Gewehr bei Fuß. Das macht die Märkte labil bis zum 6. März, dem Datum, das endgültig Klarheit und Sicherheit schafft.

Denn: In einer Zeit, in der Wahlkämpfer die Gemüter der Stimmbürger mit Begriffen wie Investitionsstrecke aufputschen, ist das Umschwenken des Stimmungsspendels zugunsten der D-Mark ein hoffnungsvolles Signal.

Mietenlüge

HR - „Mieten stiegen stärker als Lebenshaltungskosten“, meldet der Deutsche Mieterbund. Dessen Präsident Gerhard Jahn (SPD), der die Plattform des Mieterbundes trefflich für SPD-Propaganda zu nutzen weiß, läßt uns wissen: „Der Hammer kommt erst nach der Wahl.“ Und er rechnet nach Wahlkämpfer-Art: In Nordrhein-Westfalen seien die Mieten von Dezember 1982 auf Januar 1983 mit 1,1 Prozent „deutlich stärker“ als die Lebenshaltungskosten (plus 0,3 Prozent) gestiegen. Flugs ermittelt er (1,1 mal 12) eine jährliche Mieteigerung von 13,2 Prozent. Jahn weiß natürlich, wie dubios solche Rechnungen sind, denn erstens sollte ein Zufallsergebnis nicht auf Jahr hochgerechnet werden; zweitens ziehen die Mieten traditionell zum Jahresbeginn an, weil auch die Mißabfuhr etc. ihre Preise erhöhen; drittens schließlich verschweigt Jahn, daß Mieterhöhungen auf das entsprechende Gesetz der alten SPD-geführten Bundesregierung zurückzuführen sind. Ferner unterschlägt er, daß die Mieten stets langsamer als die Lebenshaltungskosten kletterten. Hier sah die alte (wie die neue) Regierung Anlaß zu Änderungen. Mißlich für den Mieterbund, einen SPD-Wahlkämpfer an seiner Spitze zu haben.

Zweiter Sanierungsplan?

Von JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Wird die französische Regierung nach den Kommunalwahlen vom 6. und 13. März ihre Mitte letzten Jahres eingeleitete „Politik der Strenge“ verschärfen? Diese Frage stellt man sich seit einiger Zeit nicht nur in Pariser Wirtschaftskreisen. Sie wurde kürzlich von Staatspräsident Mitterrand in einem längeren Gespräch mit dem Generalsekretär der linkssozialistischen CFDT-Gewerkschaft, Edmond Maire, aufgeworfen.

Die Hypothese eines zweiten Austeritätsplans würde jetzt ernsthaft ins Auge gefaßt, behauptete der Gewerkschaftsführer, womit er bei den sozialistischen wie kommunistischen Regierungsparteien heftige Proteste auslöste. Die Regierung selbst hält sich allerdings in Schweigen. So kurz vor den Wahlen ist das verständlich.

Immerhin aber hatte Wirtschafts- und Finanzminister Delors schon im Dezember angedeutet, daß zusätzliche Restriktionen erforderlich wären, falls man auf dem Wege zu den für 1983 gesetzten Zielen nicht die nötigen Fortschritte machen sollte. Dazu gehört die Verminderung der Inflationsrate von knapp zehn Prozent 1982 auf acht Prozent, die Stabilisierung des Budgetdefizits auf drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts und nicht zuletzt die Halbierung des Handelsbilanzdefizits.

Tatsächlich ist die rapide Verschlechterung der Handelsbilanz der am meisten beunruhigende Faktor der französischen Wirtschaftslage. Hatte sich doch der Passivsaldo im Warenverkehr auf fob-Basis von 59 Milliarden Franc 1981 auf 93 Milliarden Franc 1982 erhöht. Unter Ausschluss des Warenhandels und bei c.i.f.-Werten für die Einfuhr erreichte das Defizit sogar 131 Milliarden Franc. Noch stärker verschlechtert hat sich die französische Leistungsbilanz, deren Defizit sich von 26 auf 82 Milliarden Franc mehr als verdreifachte. Das lag auch daran, daß Frankreich für seine während des letzten Jahres auf rund 50 Milliarden Dollar verdoppelte Auslandsschuld mehr Zinsen in Devisen bezahlen mußte. Gleichzeitig beanspruchte die Banque de France zur Franc-Verteidigung innerhalb des Europäischen Währungsmechanismus fast ihre gesamten Devisenreserven ohne den Goldhort. Alles in allem hat damit der Verfall der französischen Währungsposition ein sehr kritisches Ausmaß erreicht.

Um diesen höchst bedenklichen Zustand zu überwinden, müßte

vor allem das devisenverschlingende Leistungsbilanzdefizit abgebaut werden. Dies ließe sich am sichersten durch nachfragebeschränkende Maßnahmen erreichen. Denn dadurch würden die Importe ebenso stark gedrosselt werden wie sie durch die starke Konsumbelebungen während der ersten Phase der sozialistischen Wirtschaftspolitik angeregt worden waren. Der daraufhin von der Regierung Mitte 1982 eingeleitete erste Austeritätsplan mit seiner rigorosen Begrenzung des Lohnanstiegs auf die künstlich gedrückte Inflationsrate hatte die Einfuhren allerdings kaum zu dämpfen vermocht. Die Importe aus der Bundesrepublik nahmen sogar weiter zu, was sich auch daraus erklärt, daß die Änderung der Franco-D-Mark-Parität für die Wiederherstellung der französischen Wettbewerbsfähigkeit gegenüber der deutschen Konkurrenz nicht ausreichte.

Eine neue Austeritäts-Kur müßte deshalb wohl mit einer weiteren Franc-Abwertung verbunden werden und außerdem zusätzliche einkommenspolitische wie andere nachfragebeschränkende Maßnahmen vorsehen. Was die Regierung in der Schlußphase bereitwillig, ist noch ein Staatsgeheimnis. Erwartet werden jedenfalls verschärfte Sparmaßnahmen. Wie weit Paris seine Austeritäts-Politik verschärfen müßte, um die französische Wirtschaft dem Gleichgewicht auszuführen, hängt nicht zuletzt von der weiteren Entwicklung der Weltkonjunktur ab. Sollte insbesondere in der Bundesrepublik, dem größten französischen Auslandskunden, die Nachfrage anziehen, dann könnte Frankreich hoffen, seinen Export zu steigern und das Handels- wie Leistungsbilanzdefizit abzubauen. Deshalb drängt Delors auf eine „konzertierte“ Konjunktur-Belebungspolitik der westlichen Industriestaaten. Bei uns hat man dafür bisher kein größeres Interesse gezeigt. Trotz zunehmender Arbeitslosigkeit wollen wir - mit Recht - die Geldwertstabilität nicht auf Spiel setzen, obwohl auch zu bedenken ist, daß Frankreich in den Protektionismus stüchelt und vielleicht sogar aus der EG ausschließen könnte, falls es mit seinem Leistungsproblem nicht fertig werden sollte. In jedem Fall aber würde eine konzertierte Aktion für Frankreich zu spät kommen. Deshalb muß es sich zunächst einmal selbst helfen und den Gürtel enger schnallen. Dies auch deshalb, um die kostspieligen sozialistischen Experimente zu bezahlen.

DIHT / Jahresversammlung in Bonn - Otto Wolff von Amerongen wiedergewählt

Ein konjunktureller Frühling schon im kommenden Herbst möglich

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Der wiedergewählte Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), Otto Wolff von Amerongen, hofft, daß im nächsten Herbst endlich „konjunktureller Frühling“ werde. Erst dann dürften die weltwirtschaftlichen Impulse, die von einem schon bald erwarteten Anspringen der US-Konjunktur ausgehen, in Westeuropa wirksam werden, erklärte Wolff auf der internen Vollversammlung des DIHT. Er warnte auch vor einer Insolvenzpanik aufgrund der hohen Verschuldung einiger Länder der Dritten Welt.

Nach Ansicht des DIHT-Präsidenten, der aufgrund zahlreicher Kontakte als intimer Kenner der Vereinigten Staaten gilt, verdichtet sich die Eindrücke in den USA auf eine konjunkturelle Wende. Dazu hätten vor allem die verbesserten Konditionen im Innern beigetragen, so die gesunkene Inflationsrate, die niedrigeren Realzinsen und die Steuererleichterungen. Bemerkenswert sei auch die seit Jahresende eingetretene deutliche Stabilisierung im Wohnungsbau.

Risikofaktor Nummer eins bleibe aber das enorm gestiegene Haushaltsdefizit, das sich im vergangenen Jahr gegenüber der Vorperiode auf 110 Milliarden Dollar verdoppelt hat und in diesem Jahr bis auf 200 Milliarden Dollar ansteigen werde, wenn nicht größere Haushaltskürzungen vorgenommen werden. Die Beurteilung des Haushaltsdefizits zeigt sich nach Ansicht Otto Wolffs daran, daß der amerikanische Industriellenverband sich für eine Absenkung des Verteidigungshaushalts eingesetzt hat. „Bekanntlich ist deren Präsident einer der engsten Unterstüt-

Exporte verdienen können, sollte die Situation nicht dramatisiert werden. Und das, obwohl die Verpflichtungen der Dritten Welt und des Ostblocks zusammen bis Ende 1982 auf rund 650 Milliarden Dollar geklettert seien. „Das bedeutet für die Zeit von 1971 bis 1982 eine siebenfache Steigerung“, rechnete Otto Wolff vor.

Die Gesamtschuldenlast entfalle zu 68 Prozent auf 20 und zu 40 Prozent auf nur vier Debitorenländer - Brasilien, Mexiko, Südkorea und Argentinien. Daher dürfe nicht von einer Überscheidung der Dritten Welt schlechthin gesprochen werden.

Um „viel Dramatik aus der Sache“ herauszunehmen, machte Wolff folgende Gegenrechnung auf: 1982 hätten die Bruttoausleihungen der westlichen Privatbanken an Entwicklungsländer 370 Milliarden Dollar erreicht, wovon über 50 Prozent auf die Hauptdebtoren entfielen.

Unter Hinzurechnung von Guthaben und staatlich garantierten Exportkrediten sei den Banken allerdings nur ein nicht garantiertes Kreditvolumen von rund 160 Milliarden Dollar geblieben. Daran seien zwar die Hauptschuldner mit 90 Prozent beteiligt. Aber dies sei nur ein Drittel der internationalen Ausleihungen der privaten Banken und nur sechs Prozent ihrer gesamten Ausleihungen. Wolffs Fazit: „Vor diesem Hintergrund ist das Bankensystem für das Weltwährungssystem relativ tragbar.“

PRIVATE BAUSPARKASSEN

Hohe Beschäftigungseffekte durch Bau von Eigenheimen

GISELA REINERS, Bonn

Der Bau von Eigenheimen bringt nach Angaben des Verbands der Privaten Bausparkassen in Bonn größere Produktions- und Beschäftigungseffekte als der Bau von Mehrfamilienhäusern. Mehr als 300 000 Arbeitsplätze seien seit 1980 durch Rückgang des Eigenheimbaus verlorengegangen; etwa ebenso viele könnten neu geschaffen oder gesichert werden durch seine Förderung, wobei Geschäftsführer Joachim Degner den Anteil neuer Arbeitsplätze auf 70 bis 80 Prozent schätzte.

Der Verband rechnet mit der Erstellung von rund 130 000 Eigenheimen in diesem Jahr; rund 15 bis 20 Milliarden Mark würden dadurch bewegt. Die Zinsverbilligung durch die vom Bund in einem 500 Millionen Sonderprogramm geförderte Bausparzwischenfinanzierung habe diesmal eine andere Wirkung als ein ähnliches Programm Mitte der siebziger Jahre. Damals sollten potentielle Investoren ihre Vorhaben vorziehen. Diesmal habe sich zuvor ein großer Investitionsstau gebildet. Die vom Bund zur Verfügung gestellten Fördermittel reichen nach Degners Ansicht jedoch nicht aus, um den Stau ganz abzubauen. Er empfahl, noch einmal 250 Mill. DM nachzuschließen.

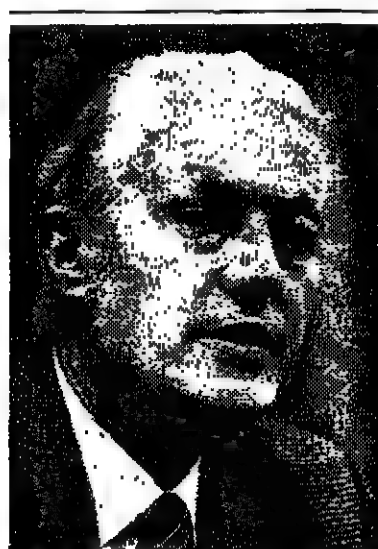
Bundesweit sind bereits 73 Prozent der Fördermittel vergeben, in manchen Flächenstaaten schon 100 Prozent. Doch auch in den Stadtstaaten Hamburg und Bremen seien rund 15 Prozent in Anspruch genommen, was angesichts der hohen Verdichtung in diesen Räumen als „interessantes Ergebnis“ bewertet wurde. Da man auf eine Übertragung der am Ende frei bleibenden Mittel auf die Länder mit hoher Nachfrage hoffe, führe man Reservelisten bei den Anträgen.

„Der Bau von Eigenheimen bringt nach Angaben des Verbands der Privaten Bausparkassen in Bonn größere Produktions- und Beschäftigungseffekte als der Bau von Mehrfamilienhäusern. Mehr als 300 000 Arbeitsplätze seien seit 1980 durch Rückgang des Eigenheimbaus verlorengegangen; etwa ebenso viele könnten neu geschaffen oder gesichert werden durch seine Förderung, wobei Geschäftsführer Joachim Degner den Anteil neuer Arbeitsplätze auf 70 bis 80 Prozent schätzte.“

Die Behauptung, der Eigenheimbau wirke sich stärker auf Produktion und Beschäftigung aus als der Geschosbau, belegte der Verband mit einer Untersuchung des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung in Essen. Im Auftrag des Verbandes wurde dort ermittelt, daß der Faktor Arbeit in diesem Bereich wesentlich stärker zu Buche schlage als in allen anderen des Wohnungsbau. Die Beschäftigung von zehn Arbeitskräften beim Ein- und Zweifamilienhausbaueinzelstück erfordere etwa die Hälfte der Beschäftigung in anderen Wirtschaftsbereichen.

Modellrechnungen hätten ergeben, daß eine Steigerung der Fertigstellung um 10 000 Wohnungen im Eigenheimbau rund 70 000 zusätzliche Arbeitsplätze brächte, bei Mehrfamilienhäusern nur knapp 37 000. Eine Erhöhung des Bauvolumens um eine Milliarde belaste den Staat nur mit 190 Millionen an Fördermitteln, entlaste aber die öffentlichen Haushalte um rund 530 Millionen. Beim Mehrfamilienhausbaueinzelstück müßten jedoch 1,02 Milliarden aufgewendet werden, um eine ähnliche Wirkung zu erzielen.

AUF EIN WORT



„Die bitteren Erfahrungen der letzten Jahre haben manche nachdenklich werden lassen, in den Zeiten des Wohlstands und der Vollbeschäftigung gedanklos die Berechtigung der verantwortungsvollen Nutzung des technischen Fortschritts und jedes Wirtschaftswachstums grundsätzlich bekämpfen.“

Dr. Gerhard Stoltenberg, Bundesminister der Finanzen. FOTO: POLY PRESS

„Schlüsselrolle“ der Industrie

Einzigartigen Weiterentwicklung der Informations- und Kommunikationstechnik kommt nach Ansicht des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) eine „Schlüsselrolle“ bei der Überwindung der wirtschaftlichen Probleme und der Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie zu. Der BDI setzte sich am Dienstag in Köln für einen „chancen- und wettbewerbsgleichen Zugang aller gesellschaftlich relevanten Gruppen“ zu den neuen Kommunikationssystemen ein. Die derzeitige Stellung der Bundespost als Netzträger und Anbieter „von Diensten und Endgeräten“ müsse „ordnungspolitisch überprüft werden“.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Ministerrat stockt Anleihen zur Investitionsförderung auf

WILHELM HADLER, Brüssel
Anleihen zur Investitionsförderung im Umfang von drei Milliarden Ecu (6,9 Milliarden Mark) nach bislang zwei Milliarden Ecu kann die Europäische Kommission in den nächsten Jahren auf den Kapitalmärkten aufnehmen, nachdem sich die Finanzminister der EG auf eine Verstärkung des sogenannten „neuen Gemeinschaftsinstrumentes“ (NIC) geeinigt haben.

Die Kredit-Fazilität soll dazu dienen, die Finanzierung von Investitionen in den Mitgliedstaaten mit schwacher Wirtschaftsstruktur zu erleichtern. Dabei steht die Erzielung im Vordergrund, daß die Gemeinschaft durchweg bessere Anleihenkonditionen aushandeln kann, als die einzelnen EG-Partner. Schon in den Jahren 1978-1982 hat die EG eine derartige Darlehensvermittlung vorgenommen. Inzwischen haben die Staats- und Regierungschefs ihre Bemerkungen über die schwache Entwicklung

der produktiven Investitionen zum Ausdruck gebracht und eine Neuaufgabe des „NIC“ empfohlen.

Der Bundesregierung, die den Nutzen der Aktion ebenfalls begrüßt, gelang eine Reihe von Änderungen am Kommissionsentwurf. So hatte die EG-Behörde ein unbegrenztes Anleiheinstrument mit jeweils vom Ministerrat zu genehmigenden Einzeltranchen vorgeschlagen. Statt dessen legten die Finanzminister fest, daß bei Erschöpfung des Platfonds neue Mittel nur durch einen einstimmigen Ratbeschluss beschafft werden können. Innerhalb des gegenwärtigen Anleiherahmens dürfen die einzelnen Tranchen dagegen mit qualifizierter Mehrheit vergeben werden. Die EG-Kredite sollen mit Schwerpunkt für Projekte im Bereich der Infrastruktur und der Energie verwandt werden, in der Industrie „im wesentlichen für kleinere und mittlere Unternehmen“.

UMWELTSCHUTZ

Stromwirtschaft wehrt sich gegen Bonner Auflagen

HEINZ HECK, Bonn
Massive Kritik an der von der Bundesregierung geplanten Großfeuerungsanlagen-Verordnung hat die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) geäußert. Die deutsche Elektrizitätswirtschaft werde bei neuen Kraftwerken die scharfen Grenzwerte der Rauchgasentschwebung zwar einhalten.

Bei der jetzt geforderten Nachrüstung alter Anlagen jedoch stehen Kosten und Erfolg in keinem vertretbaren Verhältnis: Mit einem Aufwand von fünf bis sechs Milliarden Mark, die von den Verbrauchern zu tragen seien, werde „eine Umrüstung lediglich um einige Jahre vorverlegt, deren Wirkung ohnehin durch den natürlichen Ersatz alter Anlagen eintritt“.

Die VDEW bezweifelt jede auch nur annähernd verhältnismäßige Wirkung beim Schutz des deutschen Waldes. Die Schwefeldioxidniederschläge auf den Wald können

ten dadurch „nur um wenige Prozentpunkte vermindert werden“. Dabei habe die wissenschaftliche Diskussion deutlich gemacht, daß die Ursachenzusammenhänge unsicherer denn je seien.

Sicher dagegen sind die beträchtlichen Strompreiserhöhungen. Als Folge sieht die VDEW weitere Belastungen der exportorientierten deutschen Industrie und eine konjunkturnehmende Kaufkraftminderung der Haushalte. Diese Strompreiserhöhungen würden noch dazu (je nach Anteil der Kohle an der Stromerzeugung) verschieden hoch ausfallen und damit die regionalen Strompreiserhöhungen verstärken.

Die Energiepolitik der Bundesregierung werde entscheidend geschwächt. Denn der Jahrhundertvertrag zwischen Kohle und Elektrizitätswirtschaft werde „gefährdet“ und der Ausbau der Kernenergie „massiv behindert“.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Toyota und General Motors einig

Tokio (dpa/VWD) - Der japanische Autokonzern Toyota und der US-Konzern General Motors haben sich japanischen Berichten zufolge auf eine gemeinsame Auto-Produktion in den USA geeinigt. Wie die Nachrichtenagentur Kyodo am Dienstag unter Berufung auf den größten japanischen Autohersteller meldet, sollen Ende 1984 an in der stillgelegten GM-Fabrik in Fremont (US-Bundesstaat Kalifornien) jährlich rund 200 000 Fahrzeuge einer neuen Version des „Corolla“ (1,6 Liter mit Frontantrieb) produziert werden. Mit der Unterzeichnung des Abkommens durch die Firmenchefs Eiji Toyoda und Roger Smith werde noch in diesem Monat gerechnet.

Vorstand gewählt

Bonn (Mk.) - Otto Wolff von Amerongen ist gestern für ein weiteres Jahr zum Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) gewählt worden. Er hat dieses Amt seit 1980 inne. Die DIHT-Vollversammlung bestätigte auch Roland Klett von der Industrie- und Handelskammer Mittlerer Neckar, Stuttgart, als Vizepräsidenten. Carl-Heinz Illies, der Präsident der Handelskammer Hamburg, wurde erstmals zum DIHT-Vizepräsidenten gewählt. Er folgt in dieser Funktion Rudolf Schlenker, Vizepräsident der Handelskammer Hamburg.

Glashütte wird geschlossen

Oldenburg (dca) - Die Oldenburgische Glashütte „Einzelwerk der Gerresheimer Glas AG, Düsseldorf, wird Ende Mai dieses Jahres geschlossen. Nach Angaben des Unternehmens machen die Überkapazitäten für Behälterglas diesen Schritt unumgänglich. Von der Stilllegung, die in Oldenburg heftige Proteste ausgelöst hatte, sind 424 Mitarbeiter betroffen.

Kosten übernommen

Bonn (Rel.) - Das Bundesverkehrsministerium hat sich bereit erklärt, die 80 Millionen Mark Ausbildungskosten für 115 Lehrlinge bei der Bundesbahn zu übernehmen. Eine Einstellungsgarantie ist nicht damit verbunden. Es handelt sich um Ausbildungsberufe nach dem Berufsbildungsgesetz, also keine bahnspezifischen Lehrgänge. Über die Finanzierung der Kostenüberstattung durch den Bund soll bei

der Haushaltsaufstellung 1984 entschieden werden.

Frau Breuel in Moskau

Moskau (fun) - Auf eine gedämpfte Bereitschaft der Sowjetunion, ihren Handel mit der Bundesrepublik auszuweiten, ist die niedersächsische Wirtschaftsministerin Birgit Breuel in Moskau gestoßen. Die Embargo-Erklärungen der letzten Zeit sowie die Unsicherheiten mit der Cocom-Liste leiteten sie in der Sowjetunion nahe, ein höheres Maß wirtschaftlicher Autonomie zu erreichen, erklärten ihr Gesprächspartner bei der Industrie- und Handelskammer sowie beim Institut für Weltwirtschaft, Frau Breuel, die als Vertreterin der Hannover-Messe für die Intensivierung des beiderseitigen Handels eintrat, verwies ihrerseits darauf, daß bestimmte sowjetische Interessen nur befriedigt werden könnten, wenn das seit Jahren ausstehende wissenschaftlich-technische Rahmenabkommen endlich abgeschlossen werde.

Firmengründer-Kongreß

Düsseldorf (Py.) - Unter dem Motto „Mut zur Selbstständigkeit“ findet am 20./21. Mai dieses Jahres in Düsseldorf der erste „Deutsche Existenzgründungs-Kongreß“ statt. Ideeller Träger ist der Regionalkreis Niederrhein des Bundesverbandes Junger Unternehmer (BJU), Düsseldorf, Veranstalter die interessensnahe IC Investment Congress AG, München. Mit Fachkongress und Fachseminaren sollen Existenzgründungswilligen „Chancen in der Krise“ aufgezeigt und das notwendige Rüstzeug mit auf den Weg gegeben werden.

Staatsbetrieb pleite

Warschau (AFP) - Zum ersten Mal in der Wirtschaftsgeschichte Nachkriegspolen mußte ein staatliches Unternehmen im Dezember Konkurs anmelden. Wie die Wochenzeitung der polnischen Vereinigten Arbeiterpartei „Polityka“ berichtet, hat das Bauunternehmen „Budopol“ in Katowitz Bankschulden in Höhe von 400 Millionen Zloty (rund 11 Millionen Mark) und Aktiva von 200 Millionen Zloty (5,5 Millionen Mark). „Budopol“ war 1978 im Rahmen der Vergrößerung der Stahlwerke „Huta Katowice“ gegründet worden. Neben seinen Bankschulden hat es Verbindlichkeiten gegenüber 231 Unternehmen.

Forschung und Technologie

Erster Innovationsmarkt für die Wirtschaft Europas

Zukunftsweisendes „Know-how“ für die Produkt-Entwicklung und Fertigungs-Technik. 300 Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Universitäten präsentieren Ihnen ihr Leistungs-Spektrum:

Naturwissenschaftliche Grundlagenforschung - Anwendungsorientierte Forschung und Technologien - Dienstleistungen für Forschung und Technologietransfer - Lizenzen, Patente, Know-how-Vermittlung

Weitere Informationen:
Deutsche Messe- und Ausstellungs-AG
Messegeplände, D-3000 Hannover 82
Telefon: (0511) 891-Telex: 922 728

Willkommen auf der Messe der Messen

Mittwoch, 13. - Mittwoch, 20. April



Neue Einblicke in den menschlichen Körper ohne Nebenwirkungen

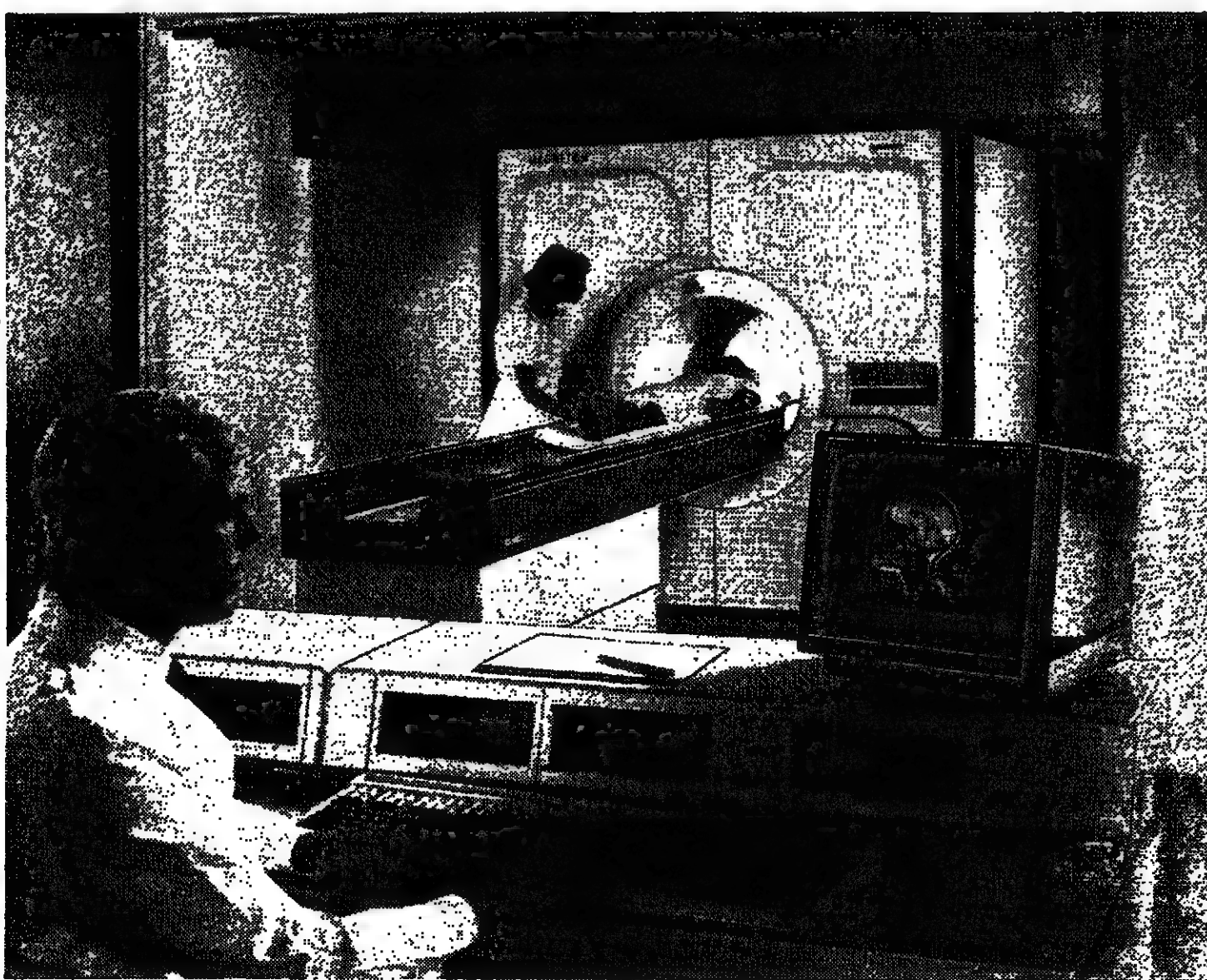
Hannover, Februar '83. Der Kernspin-Tomograph von Siemens, im Rahmen eines Forschungsprogramms erstmals in einer deutschen Klinik installiert, eröffnet der ärztlichen Diagnostik völlig neue Perspektiven.

Schädel- und Gehirnuntersuchungen mit dem Kernspin-Tomographen ergeben bildliche Darstellungen aus dem Körperinneren, wie sie bisher nicht zu erreichen waren. So konnten krankhafte Veränderungen im Schädelbereich erkannt werden, die bisher mit keinem anderen bildgebenden Verfahren nachgewiesen werden konnten.

Der menschliche Körper besteht chemisch zum größten Teil aus Wasserstoff. Da sich Wasserstoffkerne wie winzige Magneten verhalten, reagieren sie in einem konstanten Magnetfeld auf elektromagnetische Impulse durch Aussenden von Radiosignalen. Diese Signale aus dem Körper geben Auskunft über die Einbindung des Wasserstoffs in seine Umgebung und damit über den Zustand des Gewebes und der Organe.

Die Signale werden ausgewertet wie beim Computer-Tomographen und sofort in ein Bild umgesetzt, das dem Arzt noch während der Untersuchung Aufschluß über den Zustand des untersuchten Gewebes gibt. Das Verfahren ermöglicht die beliebige Wahl der Schnittebenen und die unbegrenzte Wiederholung der Untersuchungen ohne Unterbrechung.

Der Kernspin-Tomograph ist eines der Ergebnisse der umfassenden Forschungs- und Entwicklungsarbeit bei Siemens. Über 3 Mrd. DM jährlich wendet das Unternehmen für die Verbesserung vorhandener und die Entwicklung neuer Produkte und Systeme auf. So macht Siemens rund 50% seines Umsatzes mit Produkten, die erst in den letzten 5 Jahren entwickelt wurden.



Neue Technik bringt uns voran.
Siemens.

ITALIEN · Kampf um Parteiprüfung schädigte das Image des ENI-Konzerns

Sozialistischen Einfluß zementiert

GÜNTHER DEPAS, Mailand
Mit der Ernennung von Franco Reviglio zum neuen Präsidenten des staatlichen Energiekonzerns ENI ist das wochenlange Tauziehen um die Nachbesetzung des Spitzenpostens dieses größten italienischen Industrieunternehmens (50 000 Milliarden Lire Umsatz - 87 Milliarden Mark - 120 000 Beschäftigte) zur Zufriedenheit aller Beteiligten zu Ende gegangen. Das Gerangel um den Parteiproporz war diesmal so heftig, daß darüber fast ein Minister gestolpert wäre und mit ihm die Koalition, die ohnehin nur mühsam zusammengehalten wurde.

Der Kampf um die Parteiprüfung verschärfte im Falle des Energiekonzerns vor 1979 bis heute insgesamt vier Präsidenten und einen interimsweise bestellten Regierungskommissar. Hart angeschlagen wurde dabei das Image des Staatskonzerns. International angekratzt wurde dieses zum ersten Mal vor vier Jahren, als ENI in den Verdacht geriet, den Saudis für Lieferungen der saudi-arabischen Petromin Bestechungsgelder gezahlt zu haben. Die Entrüstung über die Affäre war am Königshof von Riad so groß, daß ENI jahrelang von der Kundenliste verschwand. Vollends zum Gespött wurde der Konzern in internationalen Branchenkreisen, als er auf Regierungsgeheiß den Schrottkaufen der italienischen Petrochemie auf seine Schultern

laden mußte und zuletzt auch noch die Ehe mit Occidental Petroleum in die Brüche ging, von der sich ENI eine Linderung seiner finanziellen Lasten erhofft hatte.

Noch schwerer in Mitleidenenschaft gezogen wurde bei diesem Spiel das Ansehen der Verantwortlichen des sozialistischen Staatsbeteiligungsministers Gianni De Michelis und seiner sozialistischen Parteikollegen. Die bündnisrechtliche Art, mit der sie das Spitzenmanagement von ENI wie Schachfiguren hin und her schoben, und die Unverfrorenheit, mit der sie dabei ihre Parteinteressen vor die des Staates stellten, war zuletzt selbst jenen zuviel, die den Parteiproporz in der Wirtschaft als notwendiges Übel jeder Koalitionsdemokratie betrachten. In dem jetzt ernannten Konzernpräsidenten Franco Reviglio, Professor der Finanzen an der Universität Turin und Finanzminister in zwei Kabinetten der letzten Jahre, mußten die Sozialisten deshalb schließlich einen Mann hinnehmen, der zwar zur sozialistischen Einflussphäre zählt, durch seine Persönlichkeit aber auch den christlichen Demokraten so weit als „unabhängig“ gilt, daß sie ihn selbst für den Posten des Spitzenmanagers vorschlugen.

Die Bestellung des neuen Konzernpräsidenten zementiert gleichwohl die Zuordnung des Energiekonzerns ENI zur sozialistischen

Parteiprüfung. Die Durchdringung der Staatsunternehmen und der öffentlich-rechtlichen Anstalten, Personen, die das „richtige“ Buch besitzen, beherrschen in ihnen nicht nur die Sozialisten, sondern auch die christlichen Demokraten. Wie die Mailänder Wirtschaftswochenzeitung „Mondo“ festgestellt hat, sind es bei gerade die letzteren, die wie vor trotz nunmehr über 13 zehnjähriger Regierungspraxis Sozialisten die Mehrheit der Ministerposten bei den Staatsbetrieben halten. Bei den 27 größten Gesellschaften, die von der Staatskraft IRI kontrolliert werden (der Präsident seinerseits ein Christdemokrat ist), gehören 50 Präsidenten, Vizepräsidenten und Vorstände zur Democrazia cristiana, nur fünf dagegen zur Sozialistischen Partei und gar nur zwei einer zu den Republikanern und den Sozialdemokraten. Auch bei den drei IRI-Banken, Ica, Commerciale Italiana, Cred Italiano und Banco di Roma, den öffentlich-rechtlichen Anstalten. In diesem Fall sind vier Präsidenten und acht Vizepräsidenten zur christdemokratischen Einflussphäre, während sich Sozialisten mit einem Präsidentenposten (allerdings gleich dem größten Bankinstitut, IRI Banca Nazionale del Lavoro) einem Vizepräsidenten begnügen müssen.

Weg auf US-Markt ist frei für Wella

INGE ADHAM, Frankfurt
Nach langem vergeblichen Bemühen haben die amerikanischen Mitaktionäre zugestimmt: Über die Wella Holding Inc. hält die Darmstädter Wella AG jetzt 99,8 Prozent an der amerikanischen Wella Corporation in Englewood, New Jersey. Damit ist ein, dem Vernehmen nach recht teuer, Schlusspunkt gesetzt hinter die Bemühungen der Darmstädter Haarkosmetik-Produzenten, den amerikanischen Markt so zu „besichern“, wie das schon seit langem mit anderen Auslandsmärkten geschieht: Etwa zwei Drittel des anderthalb Milliarden DM-Umsatzes macht die Familien-AG mit 10 000 Beschäftigten in der Gruppe im Ausland.
Da nehmen sich die rund 100 Mill. DM US-Umsatz, der aufgrund der dort bestehenden Wella Corp. dem Export von anderen Plätzen versperren war, mehr als beschleunigen. Seit 1958 ist Wella praktisch ohne Einfluß auf die Markengestaltung an der Wella Corp. beteiligt, die vor mehr als 50 Jahren von einem Sprößling der Gründerfamilie in den USA gegründet wurde.

AUTOMOBILE / Druck auf Konzerne

Kampagne gegen Importe

WILHELM FURLER, London
Die britische Gewerkschaftsbewegung will den Druck auf die multinationalen Automobilkonzerne erheblich verschärfen. Die Einführung von in europäischen Schwesterwerken produzierten Fahrzeugen deutlich zu reduzieren. Der Ärger der Gewerkschaften richtet sich gegen die amerikanischen Konzerne General Motors (Vauxhall-Opel) und Ford sowie gegen den französischen Konzern Peugeot-Citroën mit der Tochtermarke Talbot, aus deren kontinentaleuropäischer Produktion inzwischen 45 bis 55 Prozent der in Großbritannien neu verkauften Fiestas, Cortinas, Cavaliers (Ascona) Astras und sogar 71 Prozent der Talbot Horizons stammen.

Im englischen Coventry ist jetzt ein Komitee aus einflussreichen Gewerkschaftsfunktionären und Vertrauensleuten der betroffenen britischen Autowerke Vauxhall, Ford und Talbot sowie der Zulieferfirmen gegründet worden, das eine „Kampagne für Importkontrollen“ organisieren wird. Dieses

Komitee hat die volle und offene Rückendeckung der mächtigen Transportarbeiter-Gewerkschaft (TGWU).

Schon im Herbst hatte TGWU angekündigt, daß es Einfuhr von Fernverkehrs- und Großbritanniern unter dem Kennzeichen Vauxhall auf den Markt kommen sollen, aber in nicht produziert werden, mit Mitteln verhindern wird.

Diese Drohung richtete sich gegen die Einfuhr des jüngsten Fiat-Motors-Modells, des Kijangs „S“. Dieser Wagen, der in Spanien produziert wird und der Marke Corsas in direktem Wettbewerb zu den Kleinwagen Fiestas und British Leyland 1 treten soll, dürfte mit einer kleinen Stückzahl von 150 000 Großbritanniern geliefert werden.

Seither haben die Gewerkschaften in Verhandlung mit Vauxhall vorgebracht, die für den deutschen Markt bestimmte Stück des S-Modells im britischen produzieren zu lassen.

Kongreß fordert Revision des Etats

FRANKFURT
Nur wenige Tage, nachdem US-Präsident Ronald Reagan dem Kongreß seinen Entwurf für den Haushalt des am 1. Oktober beginnenden Fiskaljahres 1984 vorgelegt hat, weht den Beratern des Präsidenten der Wind voll ins Gesicht. Der Kongreß fordert eine drastische Revision des Haushalts. Insbesondere gehen den Abgeordneten die Kürzungen im Verteidigungsbereich nicht weit genug. Sofern das Präsidentenamt selbst keine akzeptablen Vorschläge für eine vernünftige Begrenzung der Rüstungsausgaben, neue Steuerinitiativen und umfassende Arbeitsbeschaffungsprogramme vorlegt, will der Kongreß einen eigenen Entwurf für das kommende Haushaltsjahr vorlegen.
Am Montag vor einer Woche hatte der Präsident seine Budgetvorlage mit einem Volumen von 848,5 Milliarden Dollar und einem voraussichtlichen Defizit von knapp 189 Milliarden Dollar dem Kongreß vorgelegt. Seitdem haben Regierungsmitglieder und führende Berater Reagans Stunden vor verschiedenen Ausschüssen des Kongreß verbracht, um einen Haushaltsentwurf des Präsidenten zu verteidigen. Vor allem die Steigerung der Verteidigungsausgaben zu Lasten der Sozialhaushalte findet nicht die Zustimmung der Abgeordneten. Sowohl den Vertretern aus Reagans republikanischer Partei, als auch den oppositionellen Demokraten ist dieses Ungleichgewicht ein Dorn im Auge.

DOMOTECHNICA / Rückgang bei Haushaltsgeräten

Italien größter Exporteur?

WILM HERLYN, Köln
Die deutschen Hersteller von Elektro-Haushaltsgeräten werden in diesem Jahr voraussichtlich ihre führende Stellung als größter Exporteur der Welt in dieser Branche an Italien abgeben müssen. Diese Befürchtung äußerte jetzt Kurt Sallack (Siemens), der Vorsitzende des Fachbeirates der „domotechnica“ - Internationale Messe für energiebetriebene Haushalts- und Kleingeräte, die heute in Köln eröffnet wird. Dabei nannte er die Vergleichszahlen für das Exportgeschäft von 3,9 Mrd. DM für die deutschen und 3,8 Mrd. DM für die italienischen Hersteller.
Die inzwischen niedrigen Lager im Handel und Kaufmotivation von der Zinssseite her ließen aber nach Ansicht Sallacks auf eine Absatzbelebungen und 1984 gar auf „ein echtes Wachstum“ hoffen. Ersatzbedarf soll die solide Basis des Geschäfts bilden.

Bei Preiserhöhungen für 1983 von durchschnittlich 3 Prozent geht die Industrie von einem realen Minus des Inlandsabsatzes von 2 Prozent aus. 1982 war der Einbruch von nominal 3 Prozent und real um 6 Prozent im Inlandsabsatz wesentlich tiefergefallen. Da der Export real um 1 bis 2 Prozent abnahm (nominal um 1 Prozent auf 3,9 Mrd. DM), verminderte sich die Produktion real um 5 Prozent auf

9,74 Mrd. DM. Mit einem Abwärtstrend von real 7 Prozent ist die Größenzahl dabei bescheiden, während Klein- und Mittel- ein Minus von 3 Prozent verzeichnen.

Als bedauerlich wertete er den Verlust von 3000 Beschäftigten in 1982; die Haushaltsgeräteindustrie habe damit in einem Jahr so viele Arbeitsplätze wie in den vergangenen zehn Jahren insgesamt verloren. Dabei - ungeachtet der AEG-Krise - weder in der Bundesrepublik noch in Europa nennenswerte Überkapazitäten - am drückendsten den Kühlgeräten - abgebaut.

Traditionell gab Philips Deutschland, Hamburg, als erstes Unternehmen seine Zahlen an. Ende der Eröffnung bekannt. Entgegen dem Branchentrend erreichte die deutsche Tochter von Philips, ein realer Umsatzrückgang von 6 Prozent gegenüber dem Vorjahr und verbesserte sich den vergangenen Jahren befriedigenden Ertrag. Wachstumsträger waren unter anderem Philips vor allem die im Februar 1982 vorgestellten Messenheiten.

Die „domotechnica“ ist mit Ausstellern aus 28 Ländern weltweit größte Veranstaltung der Branche. Sie läuft bis zum Februar.

ERDÖL / Venezuela fürchtet um den Fortbestand der Opec-Organisation

Experten erwarten Preissenkung

RIYADH, Bahrain
Die Krise der Organisation erdöl-exportierender Länder (Opec) verschärft sich offenbar vor der immer weiter schrumpfenden Ölförderung. Das Fachblatt „Middle East Economic Survey“ (MEES) geht in einer jetzt veröffentlichten Schätzung davon aus, daß die 13 in der Organisation zusammengefaßten Staaten 1983 pro Tag mit rund 15 Millionen Barrel (ein Barrel = 159 Liter) Öl nur noch weniger als die Hälfte des bisherigen Spitzenjahres 1979 (rund 31 Millionen Barrel) produzieren werden. Als Folge davon gingen Experten in der Ölbranche davon aus, daß Saudi-Arabien und die anderen Produzentenländer am Golf in Kürze gemeinsam die Preise senken würden, um so die Nachfrage wieder anzukurbeln.
Unterdessen sieht der venezolanische Minister für Bergbau und Energie, Humberto Calderon Berti, Gefahren für den Fortbestand der Opec. Bei seiner Ankunft in Quito, wo er an einem Treffen der latein-

amerikanischen Energie-Organisation teilnimmt, erklärte der Minister, die Opec werde es sehr schwer haben, als Organisation weiter zu bestehen, wenn die Ölförderung für längere Zeit unter einem Niveau von 18 Millionen Barrel pro Tag verharren sollte. Im laufenden Jahr werde die Produktion durchschnittlich 18,5 Millionen Barrel am Tag, möglicherweise sogar weniger betragen. „Entweder wir werden zu unbedeutenden Produzenten, oder wir entschließen uns, die Förderung je nach Gegebenheiten nach oben oder unten anpassen und damit weiterhin angemessen am internationalen Ölmarkt teilzuhaben“, sagte der Minister.

Die jüngste Opec-Konferenz in Genf habe beinahe eine Einigung auf eine Förderobergrenze von 17,5 Millionen Barrel pro Tag gebracht. Trotz des Scheiterns in letzter Minute und trotz des daraus resultierenden anhaltenden Drucks habe bislang kein Opec-Mitglied die festgesetzten Preise gesenkt. Die Zeit sei zwar noch nicht reif für ein neues Treffen, doch sollten Vorbe-

reitungen dafür getroffen werden ein Versäumnis vor der letzten Konferenz. Im Interesse aller Produzenten, sollte bald eine Einigung erzielt werden, um die Balance zwischen Angebot und Nachfrage wiederherzustellen, erklärte Calderon Berti.

Ein Scheitern der Bemühungen um eine Einigung in der Opec fürchtet auch die britische Ölfirma John Ralsman, Chef der Shell UK Ltd, schließt nicht aus, daß zu einem Zusammenbruch des gesamten Ölpreissystems kommen werde, wenn sich die Opec-Mitglieder nicht verbindlich auf neue Förderquoten einigen sollten. „Es te dabei die Frage, was in diesem Fall mit der Ölproduktion in Nordsee geschehen solle, auf die nächste Generation von Ölfeldern kleiner sein werde als die, die heute ausgebeutet werden. Das Öl werde wesentlich mehr kosten, was der Opec. Unter diesen Umständen könne es geschehen, daß die Ölförderung in der Nordsee nicht mehr weiter investiert.

KÜPPERSBUSCH / Vergleichsverfahren aufgehoben Die Zukunft kann beginnen

ARALD POSNY, Gelsenkirchen. Für den traditionsreichen Haus- und Großküchenhersteller Küppersbusch kann eine neue Zukunft beginnen. Das Unternehmen, das im August letzten Jahres in Zusammenhang mit der Zahlungsunfähigkeit der Muttergesellschaft AEG selbst in ernste Schwierigkeiten geraten war und den Weg zum Vergleichsverfahren angetreten mußte, wird mit einem Sanierungskonzept, das sowohl Produktrestrukturierung und Beschäftigungsabbau, aber auch die Suche nach einem geeigneten Beteiligungspartner einschließt, weiterarbeiten.

Grundlage dafür war der am späten Montag nachmittag mit klarer Mehrheit angenommene Vergleichsentscheid. Von dem Ordnungsvolumen von 80,3 Mill. DM stimmten 99,21 (notwendig 75) Prozent zu, so daß das Vergleichsverfahren aufgehoben.

Der Vergleich sieht bei einer auf 0,12 Prozent erhöhten Gläubigerquote vor, daß mindestens 40 Prozent der Schulden innerhalb von 18 Monaten, die restlichen 10 Prozent in maximal 3 Jahren bezahlt werden. Forderungen bis 1000 DM werden voll innerhalb der nächsten drei Monate beglichen. Das Verfahren soll nach dem Werten von Vergleichsverwalter Dieter Jirpinski bis Ende 1984 abgewickelt sein.

Die Quotenhöhung war durch den AEG-Forderungenbericht von 30 Mill. DM an Forderungen

und Stundung ihrer Restforderung von 40 Mill. DM, zahlbar in 3 gleichen Jahresraten bis Mitte 1985, ermöglicht worden. Mit Wirkung vom 1. Januar 1983 hat sich die AEG von 52 ihrer 96,84 Prozent-Beteiligung am 15 Mill.-DM-Küppersbusch-Grundkapital getrennt. Die neue Mehrheit wird bis zum Kauf durch einen noch zu findenden Dritten, von einem Privatmann gehalten. Für die restlichen 45 Prozent der AEG besteht seitens Küppersbusch Vorkaufrecht.

Nach den Worten von Jirpinski betragen die offenen Forderungen 82 Mill. DM, davon 40 Mill. DM AEG, 30 Mill. DM Pension-Sicherungs-Verein und 12 Mill. DM von rund 1000 Gläubigern.

Küppersbusch-Vorstandsvorsitzender Albert Specht stellte gestern das Zukunfts-Konzept vor: sortimentsbereinigte Produktstruktur im Großküchen-, Wärme-, Wärmepumpen- und Industrie-brennereich, Elektro-, Kohle- und Gas-Standardgeräte werden auf drei bis fünf Produktlinien reduziert. Die Produktion wird auf 1983 auf 300 Mill. DM und 1984 auf 200 Mill. DM gesenkt. Die Produktion wird auf 1983 auf 300 Mill. DM und 1984 auf 200 Mill. DM gesenkt. Die Produktion wird auf 1983 auf 300 Mill. DM und 1984 auf 200 Mill. DM gesenkt.

ABCOCK / Lüneburger Zweigwerk wird geschlossen Durststrecke ist zu lang

D. SCHMIDT, Lüneburg. Die Babcock Textilmaschinen GmbH (BTM) in Seewald, ein Unternehmen der Deutsche Babcock AG, wird ihr Zweigwerk in Lüneburg spätestens Ende dieses Jahres schließen. Ein Konzernsprecher in Oberhausen bestätigte, daß entsprechende Verhandlungen mit der Lüneburger Betriebsleitung geführt werden. In dem Betrieb sind noch 78 Mitarbeiter beschäftigt. Rund 25 davon sollen Arbeitsplätze im Werk Maschinen bei Hamburg angeboten werden.

Begründet wird dieser Schritt mit der mangelhaften Auftragslage. Das Lüneburger Werk befand sich in der Herstellung von Maschinen für die Textilveredlung, die zu 90 Prozent in den Export gingen. Der stark geschrumpfte Auftragseingang habe bereits vor geraumer Zeit die Einführung von Kurzarbeit erforderlich gemacht. Davon

seien auch die anderen Werke der BTM in Maaßen, Kornwestheim und Seewald betroffen. Insgesamt beschäftigt BTM noch gut 900 Mitarbeiter. Mit der Schließung findet seit Mitte der 70er Jahre andauernde Niedergang des Lüneburger Betriebs seinen Abschluß. Die damalige Textilmaschinenfabrik Artos Dr.-Ing. Meier-Windhorst GmbH & Co KG wurde 1974/75 von Babcock übernommen. Damals lag die Beschäftigtenzahl noch bei knapp 300 Mitarbeitern. Trotz der Schließung des Lüneburger Werks ist das Problem der Überkapazitäten bei BTM nicht beseitigt. Wie verlautet, wird in den nächsten Monaten der Abbau weitergehen. Der gegenüber dem ohnehin schwachen Vorjahr um 30 Prozent verringerte Auftragseingang mache eine Reduzierung der Beschäftigtenzahl um 20 bis 25 Prozent erforderlich.

TEXTILINDUSTRIE / Der Verband fordert zur „Flucht nach vorn“ auf Vertrauen in die Kraft des Marktes

INGE ADHAM, Frankfurt. Zur „Flucht nach vorn“ drängt der Spitzenverband Gesamttextil in Frankfurt die Unternehmer der Textilindustrie. In einem jetzt unter dem Titel „Der unternehmerischen Initiative Raum geben“ fortgeschriebenen Forderungskatalog präzisiert die größte deutsche Konsumgüterbranche ihre Anliegen. Kernpunkt: „Mehr Zutrauen zum Markt als zum Staat“. Aufgabe des Staates müsse es bleiben, die Rahmenbedingungen für selbstverantwortliche unternehmerische Anstrengungen zu verbessern, aber nicht, sich überall „einzumischen“.

Der Verband, getragen von fast ausschließlich mittelständischen Unternehmen, erinnert daran, daß es der gewerbliche Mittelstand ist, der die weitaus meisten der Arbeitsplätze in der Bundesrepublik stellt. Es müsse daher die „zerstörte Entfallungsmöglichkeit für die mittelständischen Unternehmen“ wieder hergestellt werden. Die Unternehmen hält der Verband vor, daß die gerade in Krisenzeiten vom Staat erwartete Überwindung von Schwierigkeiten von einer „gefährlichen Überschätzung administrativer Voraussicht und Leistungsfähigkeit“ zeuge.

Die deutsche Textilindustrie, die sich seit 15 Jahren in einem permanenten Strukturwandel befindet, kann sich auch in diesem Jahr keine Hoffnung auf eine rasche Um-

kehr des nun im dritten Jahr anhaltenden schwachen Geschäftsmachens. Trotz eines ermutigenden Exporterfolgs, der im vergangenen Jahr zu rund 19 Mrd. DM exportierten Textilgütern geführt hat – das ist weit mehr als die Hälfte des gesamten deutschen Textilsatzes – bleibt es schwierig, angesichts der in Europa und in der Bundesrepublik nur noch schwach oder gar nicht mehr wachsenden Textilmärkte einen Ausgleich zu finden.

Diese anhaltende Grundtendenz führte im vergangenen Jahr, noch gefördert von der allgemein schwachen Konjunktur, zu einem weiteren Rückgang der Beschäftigtenzahl in der Branche um rund 8 Prozent auf etwa 260 000. In das neue Jahr ist die Textil- und Bekleidungsindustrie mit fast 50 000 Kurzarbeitern gegangen und einem weiteren Rückgang gegenüber dem Vorjahr niedrigeren Auftragspolster. In den ersten elf Monaten des vergangenen Jahres (neue Zahlen liegen noch nicht vor) hat sich das Auftragsvolumen gegenüber dem Vorjahr nochmals um real 7 Prozent vermindert.

Dabei haben sich die Aufträge aus dem Ausland auf dem bisherigen Niveau behauptet, während die inländischen Aufträge, die gegen die unverändert harte Importkonkurrenz (Importe rund 26 Mrd. DM) herangeholt werden müssen,

weiter zurückfielen. Insgesamt dürfte dies zu einem Produktionsrückgang von nochmals 1 bis 2 Prozent geführt haben; den Umsatzrückgang schätzt die Branche, deren Erzeuger-Preise im vergangenen Jahr um gut 4 Prozent stiegen, auf real 4 Prozent. 1981 hatte die deutsche Textilindustrie einen Umsatz von 32,8 Mrd. DM ausgewiesen und damit den Vorjahresumsatz leicht unterschritten.

Daß die schrumpfende Branche dies nicht als Grund zu Aufgabe, sondern als Ansporn zur „Überwindung der Krise durch Wiederbelebung der wirtschaftlichen Kräfte“ versteht, zeigt ein Blick auf die Investitionen, die auch 1982 um 10 Prozent auf 1,1 Mrd. DM gestiegen sind und mit der gleichen Rate laut Ifo-Investitionstest in diesem Jahr weiter wachsen sollen.

Ganz vorn im Wunschkatalog der Textilier steht auch 1983 die Öffnung der Märkte für Textilgüter in Industrielländern, Schwellenländern und Staatshandelsländern. Daß die deutschen Textilhersteller das Geschäft mit Staatshandelsländern nicht zur Einbahnstraße werden lassen wollen, beweist das Engagement von 25 deutschen Unternehmen auf der Metwarenmesse in Moskau am 9. und 10. Februar: Im vergangenen Jahr verkauften die Deutschen für rund 100 Mill. DM Gewebe und Gewirke in die UdSSR.

Kanada-Projekt wird realisiert

Für die Kali und Salz AG (K+S), Kassel, haben sich die an das Kali-Projekt in der ostkanadischen Provinz New Brunswick geknüpften Erwartungen erfüllt. Die jetzt abgeschlossenen Explorationsarbeiten hätten „sehr günstige Ergebnisse“ gebracht, wird mitgeteilt. Deshalb soll mit dem Ausbau des Bergwerks und der Errichtung der Fabrikanlagen begonnen werden. Voraussichtlich in der zweiten Jahreshälfte 1985 soll die Produktion aufgenommen werden. Die jährliche Kapazität wird bei 1,3 Mill. t liegen. Die Mitarbeiterzahl bei 400. Die Investitionen, die K+S-Vorstandschef Otto Walterspiel ursprünglich auf 300 Mill. kan. Dollar bezifferte, dürften höher liegen.

An dem Projekt sind die Denison Mines Ltd., Toronto, mit 60 Prozent und die Potash Company of Canada Ltd. (Potacan) mit 40 Prozent beteiligt. Potacan gehört jeweils zur Hälfte K+S und der französischen Entrepreneurs Minière et Chimique. Das Werk wird in der Nähe des eistreichen Atlantikhafens St. John errichtet. Die Produktion soll vorwiegend in den östlichen Provinzen Kanadas, an der amerikanischen Ostküste sowie in Mittel- und Südamerika abgesetzt werden. Während Denison für die Betriebsführung des Kaliwerkes verantwortlich ist, übernimmt Potacan den gesamten Vertrieb.

GRUNDIG / Neues Beteiligungsmodell vorgestellt

Philips dementiert Ausstieg

dpa/VWD, Berlin. Das Gerangel um ein großes Unternehmenseingangsmodell für die Grundig AG, Fulda, wird immer undurchsichtiger. Beim Bundeskartellamt in Berlin liegt zwar noch immer die Anmeldung des Zusammenschlusses von Grundig, Philips und Thomson-Brandt vor, wonach der französische Konzern 75,5 Prozent am Grundig-Grundkapital erwerben will, in der vergangenen Woche waren aber Vertreter beider Firmen in Berlin, um im Kartellamt neue „Denkmuster“ zu erörtern.

Wie aus dem Amt zu erfahren ist, wurde den Unternehmen signalisiert, daß eine Übernahme von Grundig allein – also ohne den geplanten Zusammenschluß mit Philips und Thomson-Brandt – wettbewerbsrechtlich anders beurteilt werden könnte als die bisher an-

gebotene Fusion. Zudem soll sich Thomson-Brandt mit 75 Prozent an Grundig beteiligen, was Grundig bisher ablehnte, weil es die Grundig-Stiftung noch eine Schachtelbeteiligung (25 Prozent plus eine Aktie) halten würde.

Inzwischen hat der Philips-Konzern in Eindhoven Berichte dementiert, wonach er bereit sei, seine 24,5prozentige Beteiligung an der Grundig AG zurückzugeben. Ein Sprecher erklärte, Philips sei bei allen Gesprächen über dieses Thema niemals gefragt worden, ob es sein Paket abgeben wolle. Die Frage stelle sich deshalb nicht und man habe keine entsprechenden Pläne. Grundig erklärte dagegen, es sei doch bereits seit längerer Zeit bekannt, daß das Kartellamt habe durchblicken lassen, wie leicht die Zustimmung zu einer Fusion Thomson-Brandt/Grundig zu erwägen.

BMW / Neue Modelle übertreffen Erwartungen

Rekordtempo trotz Flaute

DANKWARD SEITZ, München. Es ist schon ein großes Unterstatement, wenn Eberhard von Kuenheim, Vorstandsvorsitzender der BMW AG, München, das Jahr 1982 für sein Unternehmen nur als „insgesamt gut“ charakterisiert. Denn trotz weltweit ungünstiger Automobilkonjunktur und rückläufigen Zulassungszahlen im Inland (Branche: minus 8 Prozent, BMW: minus 5 Prozent) wurde 1982 für BMW sowohl beim Umsatz als auch im Ertrag eines der besten Jahre der Firmengeschichte.

Mit welcher Dividende die Aktionäre daran teilhaben werden, ließ von Kuenheim allerdings noch offen. „Der Vorstand hat schon konkrete Vorstellungen und hofft sich damit beim Aufsichtsrat durchsetzen zu können.“ Da BMW ein erhöhtes Kapital (600 Mill. nach 500 Mill. DM) zu bedienen habe, werde jedenfalls „die Dividendensumme eine der höchsten sein“. Für 1981 waren aus 145,0 (160,0) Mill. DM Jahresüberschuß 90,0 (100,0) Mill. DM (9 DM nach 10 DM je Aktie) ausgeschüttet worden.

Beim Umsatz erzielte BMW 1982 im Konzern mit 11,62 (9,55) Mrd. DM die bisher höchste absolute Steigerung; in der AG waren es 9,37 (7,82) Mrd. DM. Der Zuwachs wurde wieder vom Ausland getragen, wozu mit rund 247 000 Autos 17,3 Prozent mehr gingen als 1981. Die Exportquote erreichte rund 65 Prozent. Den Rückgang im Inland von 5,5 Prozent auf knapp 131 000 Einheiten bewertete von Kuenheim angesichts der Branchenentwicklung und des Modellwechsels in der 3er Reihe als „gut behauptet“, zumal noch Marktanteile gewonnen werden konnten.

Alle Erwartungen übertroffen hat der Auftragsingang für die Ende 1982 vorgestellte neue 3er Reihe. „Wir stellen fest“, so von Kuenheim, „daß BMW einen ganz spezifischen Markt hat und daher nicht wesentlich von Konkurrenzmodellen betroffen wird.“ Rund 240 000 Fahrzeuge dieser Reihe sol-

len 1983 hergestellt werden. Gut gelaufen sei auch die 5er Serie, die mit 145 000 Stück den Produktionshöchststand bei den alten Modellen um ein Drittel übertroffen habe. Bei den übrigen Wagenklassen habe man eine Belebung der Nachfrage verzeichnen können. Insgesamt seien die Produktionskapazitäten auf längere Zeit ausgelastet.

Weniger erfreulich habe sich das Motorradgeschäft 1982 entwickelt. Die Absatzinbuße von 6,3 Prozent führte von Kuenheim auf den „teilweise ruhmreichen Wettbewerb“ der marktbeherrschenden Japaner zurück. Große Hoffnung setzt BMW hier auf eine neue Maschine, die mit einer völlig neuen Motorengeneration voraussichtlich im Mai auf den Markt kommen und das bisherige Programm ergänzen soll. Für diese Technik gebe es „gegenwärtig keine Konkurrenz auf der ganzen Welt“.

In das Jahr 1983 ist BMW mit der Zuversicht gegangen, Umsatz, Produktion und Absatz noch einmal „spürbar“ verbessern zu können, obwohl nicht mit einer deutlichen Belebung der Inlandsnachfrage zu rechnen sei. Investiert werden sollen in der AG rund 800 (750) Mill. DM und im Konzern rund 1 Mrd. DM. Die Beschäftigtenzahl dürfte dabei weiter steigen.

BMW	1982	±%
Umsatz (Mill. DM)		
Konzern	11 620,4	+ 21,7
AG	9 371,6	+ 19,8
davon Ausland	5 722,5	+ 31,8
Produktion (Stück)		
Automobile	378 769	+ 7,7
Motorräder	30 554	- 7,7
Produktion (Stück)		
Automobilabsatz	377 684	+ 8,2
davon Ausland	245 886	+ 17,3
Motorradabsatz	30 398	- 6,3
davon Ausland	20 084	- 6,5
Mitarbeiter am 31. Dezember		
Konzern	47 466	+ 6,3
AG	40 738	+ 2,4

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Brühl: Berge Fleisch GmbH; Rülch-Kalchauer; Bielefeld: Fleischhandel Scheider GmbH; Düsseldorf: Nachl. d. Rechtsanw. Klaus Fülle, Inh. e. Rechtsanwaltspraxis und eines Reinigungsunternehmens; center-grüwald Werbeagentur GmbH & Co. KG, Angermünde; center-grüwald Werbeagentur GmbH, Angermünde; Atlantis-Video-Vertriebsges. mbH; Quintessence Innen- und Außenputz GmbH & Co. KG, Hilden; Fähr: Wilhelm Schmitt, Gorchimetal/Unter-Flockenbach; Klein Nachl. d. Her-

bert Stöcken; Ludwigshafen/Rhein: Böschung & Müller, Inh. Margarete Müller, Mundenheim; Wäcker: Walke Fock und Tiefbau GmbH; Saarbrücken: Nachl. d. Hartwin Walter Portz; Weiden: Selectron GmbH Elektronische Bauteile u. Geräte i. L.; Berg i. Wollratshausen: Nachl. d. Alois Michael Verthold, Weiden; Wuppertal: Bernhard Richter, Velbert i. L.

Konkurs beantragt: Neuwied: Paul Frit KG, Glas-Instrumentenfabrik, Breitscheid.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Goodyear ertragsstabil

Köln (VWD) – „Wir sind eine Insel der Stabilität im unruhigen deutschen Reifenmarkt. Noch nie hatten wir eine so gute Ausgangslage wie zu Beginn des Jahres 1983“, so beschreibt der Chef der Deutsche Goodyear GmbH, Köln, Giesemann, die Lage seines Unternehmens. Bei der Tochter des US-Konzerns The Goodyear Tire and Rubber Co., Akron/Ohio, stieg der Umsatz um 8,7 Prozent auf 493,2 Mill. DM, der Gewinn nach Steuern um 37 Prozent auf 13,8 Mill. DM. Die Marktanteile konnten bei rückläufigem Reifenmarkt gehalten, zum Teil erhöht werden. Die Mutter erhalt wieder eine Dividende von voraussichtlich 11,5 (11,0) Mill. DM.

Asta-Werke mit Gewinn

Bielefeld (dos) – Die mehrheitlich zur Degussa AG gehörende Asta Werke AG Chemische Fabrik, Bielefeld, weist für das Geschäftsjahr 1981/82 (30. 9.) einen Bilanzgewinn von 1,18 Mill. DM aus. Der Hauptversammlung am 10. März wird vorgeschlagen, daraus wieder 0,4 Mill. DM der freien Rücklage zuzuweisen und 0,41 Mill. DM auf neue Rechnung vorzutragen. Die restlichen 0,37 Mill. DM entfallen auf den zusätzlichen steuerlichen Aufwand.

Factoring Bank im Aufwind

Frankfurt (ed.) – Die Deutsche Factoring Bank, Bremen, Tochter von acht Landesbanken, berichtet über einen Umsatzzuwachs um 31 Prozent im Inlandsgeschäft und um 7 Prozent im Exportfactoring. Mo-

tor der inländischen Geschäftsexpansion war nach Aussage des Instituts die Sorge vieler Firmen vor Forderungsverlust und die starke Mittelbindung in den Außenständen als Folge längerer Zahlungsziele. Im Auslandsgeschäft ist die Bank in 22 Industrieländern mit mehr als 50 Korrespondenten vertreten. Erwartet wird auch in diesem Jahr ein gutes Geschäft, besonders im Export.

Ringfonds gewachsen

Frankfurt (ed.) – Der vom Außenministerium der Versicherungsunternehmen Deutscher Ring vertriebene „Ring-Rentenfonds DWS“ erzielte im letzten Jahr einschließlich wiederangelegter Vorjahresausstattung einen Wertzuwachs von 15 Prozent, der „Ring-Aktienfonds DWS“ ein Plus von 9,2 Prozent. Das Vermögen der beiden Fonds stieg um knapp 31 auf 305 Mill. DM; dazu steuerte das Mittelaufkommen gut 16 Mill. DM bei, von dem entgegen dem Allgemeintrend in der Branche 2,2 Mill. DM in die Aktienfonds floß.

Neuer Firmenname

Barsinghausen (dos) – Die Teves-Thompson GmbH, Barsinghausen, firmiert jetzt unter TRW Thompson GmbH. Damit, so heißt es in einer Mitteilung, soll die Zusammengehörigkeit mit der Muttergesellschaft, der TRW Inc. in Cleveland/USA, auch äußerlich sichtbar werden. Das Unternehmen gehört zu den führenden europäischen Herstellern von Ventilen, Kolbenringen und Zylinderlaufbuchsen.

SPIELWARENMESSA / Umsatzrückgang zweistellig – Vorsichtiger Optimismus

Der Fachhandel ordert verhalten

WERNER NETZEL, Nürnberg

Mit vorsichtigem Optimismus, der sich auf ein rückläufiges Zinsniveau und auf die sinkende Inflationsrate gründet, beurteilt der Spielwaren-Fachhandel seine Aussichten für 1983. Dabei wird allerdings kein Rehl daraus gemacht, daß sich die um die Jahresmitte anstehenden Mehrwertsteuer-Erhöhung sowie die Kürzung von Sozialleistungen negativ auf den Spielwarenabsatz auswirken können.

Im vergangenen Jahr haben die Spielwaren-Fachgeschäfte einen Umsatzrückgang von 5 bis 6 Prozent auf rund 1,3 Mrd. DM hinnehmen müssen, real dürfte dieser zweistellig ausgefallen sein. Auf den Nachfragerückgang reagierte der Fachhandel mit einer verhaltenen Einkaufspolitik. Auf der Nürnberger Spielwarenmesse (3. bis 9. Februar) war freilich bisher noch keine wesentlich größere Orderneude erkennbar.

Steff-Tiere erfolgreich

Die Plüschtiere der Margarete Steiff GmbH, Giengen, und insbesondere der Teddybär, errangen auf den Auslandsmärkten ansehnliche Umsatzerfolge. Insgesamt erhöhte sich der Umsatz dieses traditionsreichen Unternehmens in 1982 um 3,9 Prozent auf 42,4 Mill. DM. Dabei nahm der Exportanteil auf 28 (21) Prozent zu. Während im Inlandsgeschäft, das etwas unter dem Vorjahresniveau lag, der Umsatz über den Fachhandel um 4,8 Prozent anstieg, verringerten sich die Sondergeschäfte im Zusammenhang mit dem Einsatz von Steiff-Tieren zu Werbezwecken.

Faller baut ab

Absatzprobleme im Bereich der Autorennbahnen waren ausschlaggebend dafür, daß bei der Gebr. Faller GmbH, Gütenbach, in 1982 der Umsatz, der bei 30 Mill. DM liegen dürfte, um 4 bis 5 Prozent zurückging. Stabilität bei der Entwicklung bei der Spielerei-

bahn verlaufen, die zusammen mit der Autorennbahn etwa 40 Prozent des Umsatzes ausmachte. Der Umsatzschwundpunkt (50 bis 60 Prozent) liegt nach wie vor im Zubehörsektor für Modelleisenbahnen. Die Exportquote wird mit 20 Prozent angegeben. Derzeit werde kurzgearbeitet. Die Beschäftigtenzahl wurde von 400 auf 320 abgebaut.

Fleischmann schrumpft

Beim Modellbahnenbauer Gebr. Fleischmann, Nürnberg, verlief das Geschäft in 1982 ein wenig im Rückwärtsgang. Der Umsatz verringerte sich um 5 Prozent auf 43,2 (45,5) Mill. DM. Stärker als das Inlandsgeschäft, das nur ein kleines Minus brachte, litt dabei der Export, dessen Anteil am Umsatz nunmehr 26 Prozent beträgt. Hauptabnehmerland im europäischen Ausland ist Holland. Nach Angaben der Firmeneleitung habe sich das neue Jahr gut angelassen. Das Unternehmen sei voll beschäftigt. Im vergangenen Jahr war verschiedentlich Kurzarbeit eingeschaltet worden.



Sibirskaya. Der Wodka für uns Wenige.

Simez D-5170 Jülich
Alle echt russischen Weine, Kränse und Spirituosen.

Inlandszertifikate

Düsseldorf	Frankfurt	Hamburg	München	Aktien-Ums.
------------	-----------	---------	---------	-------------

belebten sich Optimismus und Geschäft, so daß vor allem die Notierungen der international gehandelten deutschen Spitzenwerte herausgesetzt wurden. Dazu mag auch beigetragen haben, daß die Börsianer unter sich jetzt den voraussichtlichen Stimmenanteil der FDP bei der Bundestagswahl mit 7 Prozent und steigender Tendenz (Geld) bewerten.

erhöhen auf 150 DM. DAT aus 328 DM und verbesserten sich auf 100 DM. Stineson und Kossowitsch stiegen mit einem auf 1805 DM auf 1805 DM auf.

Dienstag blieb veränderungslos bis 3,50 DM. Die St. Steigenberger (M), Dyerchhoff (minus 6 DM) und (minus 7 DM) so. Die St. Steigenberger gaben 180 DM auf 181 DM.

St. wurden zu 6 DM notiert, NYK zu 5,50 DM. Die St. Steigenberger Hamburg gingen zu 406 DM minus 2 DM. Vereins- und Westbank mit 285 DM aus dem Markt. Conti Gummi konnten sich bei 73,90 DM und Phoenix Gummi bei 77,90 DM auf 77,90 DM und 75,90 DM auf 75,90 DM und 75,90 DM bezahlt.

München: Agrob St. veränderten sich um 5 DM auf 340 DM. Audi NSU stiegen um 3 DM auf 146 DM. Grünzweig zogen um 2,50 DM auf 172,50 DM an. Leonische Draht veränderten sich um 20 DM auf 20 DM und Regulus St. erhöhten sich um 6,50 DM auf 182,50 DM.

Berlin: Di. Hypobank Berlin erhöhten sich um 3,50 DM. Berliner Kindi und Orestein um je 1 DM. Herlitz Vorzüge erhöhten sich um 1 DM. DeWet um 1 DM. DeWet um 1 DM. Bekula um 1,30 DM und DeWet um 1 DM.

Nachbörse: abwartend

[illegible]

842	158	158	5621	153 5.5	73	2170
843	158	158	5621	153 5.5	73	2170
844	158	158	5621	153 5.5	73	2170
845	158	158	5621	153 5.5	73	2170
846	158	158	5621	153 5.5	73	2170
847	158	158	5621	153 5.5	73	2170
848	158	158	5621	153 5.5	73	2170
849	158	158	5621	153 5.5	73	2170
850	158	158	5621	153 5.5	73	2170
851	158	158	5621	153 5.5	73	2170
852	158	158	5621	153 5.5	73	2170
853	158	158	5621	153 5.5	73	2170
854	158	158	5621	153 5.5	73	2170
855	158	158	5621	153 5.5	73	2170
856	158	158	5621	153 5.5	73	2170
857	158	158	5621	153 5.5	73	2170
858	158	158	5621	153 5.5	73	2170
859	158	158	5621	153 5.5	73	2170
860	158	158	5621	153 5.5	73	2170
861	158	158	5621	153 5.5	73	2170
862	158	158	5621	153 5.5	73	2170
863	158	158	5621	153 5.5	73	2170
864	158	158	5621	153 5.5	73	2170
865	158	158	5621	153 5.5	73	2170
866	158	158	5621	153 5.5	73	2170
867	158	158	5621	153 5.5	73	2170
868	158	158	5621	153 5.5	73	2170
869	158	158	5621	153 5.5	73	2170
870	158	158	5621	153 5.5	73	2170
871	158	158	5621	153 5.5	73	2170
872	158	158	5621	153 5.5	73	2170
873	158	158	5621	153 5.5	73	2170
874	158	158	5621	153 5.5	73	2170
875	158	158	5621	153 5.5	73	2170
876	158	158	5621	153 5.5	73	2170
877	158	158	5621	153 5.5	73	2170
878	158	158	5621	153 5.5	73	2170
879	158	158	5621	153 5.5	73	2170
880	158	158	5621	153 5.5	73	2170
881	158	158	5621	153 5.5	73	2170
882	158	158	5621	153 5.5	73	2170
883	158	158	5621	153 5.5	73	2170
884	158	158	5621	153 5.5	73	2170
885	158	158	5621	153 5.5	73	2170
886	158	158	5621	153 5.5	73	2170
887	158	158	5621	153 5.5	73	2170
888	158	158	5621	153 5.5	73	2170
889	158	158	5621	153 5.5	73	2170
890	158	158	5621	153 5.5	73	2170
891	158	158	5621	153 5.5	73	2170
892	158	158	5621	153 5.5	73	2170
893	158	158	5621	153 5.5	73	2170
894	158	158	5621	153 5.5	73	2170
895	158	158	5621	153 5.5	73	2170
896	158	158	5621	153 5.5	73	2170
897	158	158	5621	153 5.5	73	2170
898	158	158	5621	153 5.5	73	2170
899	158	158	5621	153 5.5	73	2170
900	158	158	5621	153 5.5	73	2170

[illegible][illegible]

Paris

[illegible]

هكذا عن الرسل

Genußmittel

New Yorker Press	7. 2.	4. 2.
Gold W & H Anker	490. 20.	498. 50.
Silber & H Anker	1402.00.	1421.00.
Platin H. Handp.	475.00-131.00.	475.00-140.00.
Produkt. - Press	175.00.	
Paladium		
H. Handp.	129.00-131.00.	129.50-141.00.
Produkt. - Press	142.00.	143.00.
Silber & Feinmetz		
Fein	1343.00.	1395. 20.
Aluz	1402. 20.	
Mu	2411. 30.	1423. 00.
Jul	1423. 50.	1425. 00.
Sept	1423. 30.	1453. 00.
Jan	1428. 43.	1477. 00.
Jan	1502. 00.	1509. 60.
Umsatz:	21.00.	23.00.
New Yorker Metallbörsen		
Rupfer (u. b.)	7. 2.	
Febr.	7. 2.	73.55.
März	7. 2.	74.00.
Apr.	7. 2.	74.85.
Jul.	7. 2.	77.00.
Sept.	7. 2.	79.70.
Jan.	7. 2.	80.50.
Jan.	7. 2.	80.60.
Umsatz:	11.00.	14.00.
London Metallbörsen		
Aluminium (L.)	2. 2.	
3 Monate:	789.00-793.50.	799.00-799.50.
3 Monate:	799.00-795.50.	795.00-798.00.
Rütl (L.) Kasse:	299.00-300.00.	299.00-300.00.
3 Monate:	304.00-305.00.	305.00-306.00.
Rupfer		
Hochgradig (L.)		
3 Monate:	1068.5-1087.8.	1066.5-1086.8.
3 Monate:	1083.0-1087.8.	1072.8-1086.8.
abwärts Kasse:	1045.0-1020.0.	1069.0-1020.0.
3 Monate:	1081.0-1087.8.	1087.8-1087.8.
(Ruoter-Standard)		
Kasse:	1025.0-1026.8.	1036.0-1036.8.
3 Monate:	1052.0-1053.8.	1060.0-1065.5.
Zink (L.) Kasse:	443.00-444.00.	447.00-448.00.
3 Monate:	456.38-459.50.	456.38-456.80.
3 Monate:	460.00-461.00.	462.00-463.00.
3 Monate:	94.25-94.38.	94.25-94.38.
Quecksilber		
3 Monate:	324-329.	326-340.
Wolfram		
(50 Gramm):	77-78.	77-83.

Pan Am. Erleben, was Erfahrung heißt.

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Generalvertreter - Energiesektor

Die Firma SPAROL sucht in der Bundesrepublik Deutschland Einfuhrhändler oder Händler für Energieprodukte, die überall auf der Welt verkauft werden. Der SPAROL-Wärmeverbreiter zum Einbau in Heizungsanlagen. Einsparung ca. 10-15%, Verbrauchspreis ca. DM 150,-. Öld additive: Verbrauch 1/1 für 1000 l Öl. Verbrauchspreis für 1/1 ca. DM 6,-. SPAROL-ENERGIEPULVER (Fuelsädditive) - die reine Energie - für größere Kessel und größere Heizungsanlagen, Verbrauchspreis DM 6,-.



SPAROL DANMARK APS
Vesterbrogade 187
1800 København V
Dänemark
Rufnummer: 00 45-1-21 26 00

LANVIN
Man kennt uns weltweit! Wir sind einer der führenden anerkannten internationalen Modemacher und -hersteller. Zur Vervollständigung unseres weltweiten, exklusiven Boutique-Netztes suchen wir Interessenten mit mindestens 200.000 DM Eigenkapital denen wir die Möglichkeit bieten, im Franchise-System mit uns eine neue Boutique zu eröffnen und zu leiten. Der Standort sollte in bester City-Lage einer deutschen Großstadt sein. Natürlich sichern wir Ihnen bei Kontaktaufnahme die Diskretion eines seriösen Weltunternehmens zu. Bitte richten Sie Ihre Anfrage an: Werbeagentur Münz GmbH, Buchheimer Str. 64-66, 5000 Köln 80.

Kooperation in den USA
Nordamerika ist zwar ein großer, aber auch ein schwieriger Markt. Erfolgsgarantie in den USA bedingt klare Voraussetzungen: das richtige Konzept, Durchführbarkeit und Verbindungen. Deutsch-amerikanische Beratungsgesellschaft in den USA, insbes. im Absatz und Marketing erfolgreich tätig, bietet Marktanalyse - Konzept - Kontrolle - Verbindungen - fort. Beratung und - wenn erforderlich - auch verantwortliche Teilnahme an der Durchführung der Organisation von Vertrieb und Kooperation. Ernsthafte Zuschriften von Unternehmern, insbes. aus dem mittelständischen Bereich, mit Interesse an Zusammenarbeit bei der Durchsetzung von Exportzielen und der Suche nach Kooperationspartnern unter 2.3964 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen. Umgehende Antwort bei Selbstverständnis. Diskretion zugesichert.

Flachdächer
Industrie- u. Lagerhallen, auch mit extrem hohen Spannungen, die immer wieder zu Rißbildungen und zu Wassereintrüben führen, sind für uns kein Problem mehr. Mit der Flexothan-Folienfolie, die dauerhaft, selbsttätig die Dachbeschichtung aus Kunststoff und mit unseren Natur-Asphalt-Produkten lösen wir alle Probleme. Auch Ihre Wir geben langjährige Garantie und arbeiten zu Festpreisen. Fordern Sie bitte Information an.
Heinrich Schütte Kunststoff + Naturasphaltbeschichtungen
Rostschutz und Industriebödenversiegelung
Vorstadt 11, 645 Hanaa, Tel. 0 61 81 / 2 65 71

Schweizer AG
bietet: konkurrenzlose Kredit-Leasing- u. Factoringfinanzierungen. Konditionen auf DM-Basis, 3-9% zins - 5 Jahre fest. für die BDD Franchisepartner m. Gebietschutz, minimale Verdienstmöglichkeiten DM 200.000,- bis 300.000,- p. a., erforderlich Kapital DM 50.000,-
sucht: Zuschr. erbeten unter D 4100 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Service Ihrer Verkaufsstrategie 1983
Medien-Exp. ehem. Chefred. Wirtsch. u. Wissensch.-Journalist, bietet Unternehmern seine praxisreichen Spezial-Dienste an. Oben: gesamt. Presse- u. Öffentlichkeitsarbeit, Presse-Konferenzen weltweit, Förderung Bekanntheitsgrad u. Marktanteil, Aufbau v. Presse-Diensten. Erstlig. kompl. Zeitschrift, Zeitungen u. Bücher. Wirtschaftsdokumente 1. in- u. Ausland f. Konsulate, Bewält. v. Krisensituation. Hobe Kostensenk.
Erb. Kontakt unter U 3981 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kapazitätsprobleme? IBM-System 34
Unser leistungsfähiges System mit eingetragtem Mitarbeiter-Team, Standort: Innenstadt, Konstanz, verfügt z. Zt. über freie Kapazitäten auch in der Programmierung. Wir können Ihre EDV-Abteilung tatkräftig unterstützen und entlasten. Bitte nehmen Sie Kontakt auf unter Tel. 06 11 2 03 45, oder unter T 39 55 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Auslieferungslager Hamburg
(auch OZL) in unmittelbarer City-Autobahn u. Freiluftanliege, eigener Fuhrpark und tägl. Vertriebsverkehr nach Westdeutschland, Niedersachsen und Schlesw.-Holst.

trans ocean
INTERNATIONALE EXPEDITION
Wendenstr. 151, 2 Hamburg 26
Tel. 25 74 15, Telex 2 161 897

Wer verkauft?
Altenwohnungen
Norddeutscher Raum. Wunder-schönes Haus mit 46 Alten-wohnungen, jeweils mit Dusche od. Bad/WC, 11. Etage, 11. Balkon. Komfortable Aufenthaltsräume, Schwimmbad, Doppelschnecken-gelbahn, Restaurant, überdurchschnittlich gut ausgestattet. Fremdfinanzierung bis 80% möglich. Anfragen bitte unter Y 3534 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Investieren Sie US-\$50.000, verdienen Sie 1.000.000
Unser Anlageplan bietet Ihnen die Möglichkeit, beträchtliches Einkommen mit jährlicher Rendite von 12% zu erzielen. Die ideale Kapitalanlage für Sie und Ihre Familie, die Ihnen hohen Einkommen auf unbestimmte Zeit garantiert. Mindestanlage US-\$20.000. Anfragen von Maklern sind willkommen. Wenden Sie sich für weitere Ausk. an: GLOBE FL SA 24, AV, Max Espe, CH-1065 Lausanne/Schweiz. Tel.: (0 31) 23 35 12, Telex: 35 185

Flachdächer und Schrägdächer jetzt endgültig wasserdicht.

Für Industrie- und Werkhallen, Verwaltungsgebäude, öffentliche Gebäude, Krankenhäuser, Schulen und Wohnhäuser gibt es jetzt ein ideales Produkt, um alle Flach- und Schrägdächer absolut wasserdicht zu machen.

Thermoklin

(70% Wärmereflexion - Emissionsfaktor 0,3 - erhebliche K-Wert-Verbesserung)

ein aus Naturasphalt-Basis hergestelltes Beschichtungsmaterial, beseitigt jetzt alle Probleme im Flach- und Schrägdachbereich. Garantiert dauerhaft. Die Beschichtung bleibt elastisch, ist total UV-beständig, wird nicht spröde oder rissig.

Kein Bitumen - kein Kunststoff

THERMOSKIN konserviert und schützt jegliches Untermaterial. Auch hervorragend geeignet für Außentanks, Leitungssysteme etc., da erstklassiger Korrosionsschutz und Dauerhaftigkeit gegen Nässe, Wärme oder Kälte.

Alleinvertreiber und Verarbeitung:
Verwaltungs- und Vertriebs-GmbH
V + V Kammer Straße 4 - D-4712 Werne
Telefon: 0 23 89 / 80 12 Sa.-Nr. - Telex 5 20 929
Vertretungen zu vergeben für alle PLZ-Gebiete in der Bundesrepublik sowie für Dänemark, Finnland, Frankreich, Norwegen, Portugal, Saudi-Arabien, Schweden, Schweiz, Spanien.

IHR HAUPTBERUFLICHER EINSTIEG!

Suchen Sie einen Geschäftszweig, der krisenunabhängig ist und Ihnen jährlich 80.000,- DM Reingewinn ausspricht?

Informationen erteilt Ihnen: Firma Ewald Grieshaber, Freiburger Str. 32, 7115 Dögglingen, Tel. 0 77 07 / 13 66.

BUSINESS OPPORTUNITIES PROTECT YOUR FUTURE

Invest in Horizons 2000 and provide permanent security for your entire family for generations to come. International-ly-known accounting firm projected dividends of 100% by the 7th year and over 100% per year by the 9th year. An annual yearly return of 18% for the first 20 years.
Minimum investment US \$ 20.000.
For prospectus and complete details in English, French, German, or Arabic, contact:
Globe Film SA, Mon Repos 34, 1005 Lausanne, Switzerland. Tel. 25 185

Deutschlands bekannteste Video-Partner-Vermittlung
vermittelt Lizenz und Gebiets-schutz im gesamten Bundesgebiet. Hohe Rendite. Erforderliches Eigenkapital DM 20.000. Interessentenzuschriften mit Kapitalnachweis an:
Klaus-Dieter Beermann
Niederdehn 3
4970 Bad Oeynhausen 6

KAUFMANN
vertritt in Hamburg nebenberuflich die Produkt-/Dienstl.-Interess. Zuschr. erb. u. PH 45 985 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Wir suchen einen spritzfähigen Kontaktkleber
mit kurzer Reaktionszeit.
Gebr. Tilwitz
Hamburg 70
Postfach 70 11 61

Raum Bremen, 2848 Syke
Gewerbegebiet.
Kleinstenloppenturm, mit Lager bis 400 m² übermietet Auslieferung u. Lagerung.
Tel. 0 42 45 / 6 02 04

MARKENARTIKEL-UNTERNEHMEN

sucht

zur Auslastung der Vertriebs-Kapazität und zur Abrundung des Angebots in Drogerien, Drogeriemärkten, Lebensmittelhandel, Warenhäusern, C + C- und Verbrauchermärkten

EINGEFÜHRTE PRODUKTE/SORTIMENTE

aus den Bereichen Kosmetik/Körperpflege, Diätetik oder OTC

FÜR DEN VERTRIEB

Das Unternehmen betreibt ein konsequentes Marketing und ist mit einer Anzahl überwiegend marktführender Markenartikel seit Jahren eingeführt. Die Vertriebsorganisation des Unternehmens (über 100 Mitarbeiter im Außendienst) entspricht allen Anforderungen an eine Markenartikel-Organisation nach heutigem Stand. Auslieferung und Abwicklung erfolgen nach modernsten organisatorischen und logistischen Gesichtspunkten.

Die Übernahme des Vertriebes kann nach gegenseitiger Abstimmung kurzfristig erfolgen.

Zur Wahrung gegenseitiger Vertraulichkeit haben wir Herrn Willy L. Schmidt, WLS-Marketingberatung, mit der ersten Kontaktaufnahme beauftragt.

Herr Schmidt wird jeden Wunsch nach Vertraulichkeit und entsprechende Vermerke genauestens beachten.

Wir bitten ausschließlich um schriftliche Anfragen an

WLS MARKETINGBERATUNG

Herrn Willy L. Schmidt - persönlich -
Irlenfelder Weg 38 A
5060 Bergisch Gladbach 2

Büro f. Kommunalplanung
m. umfangreichen Dossiers über Städte u. Gemeinden d. Deutschland, übernimmt kostenl. Vertretung f. Unternehmen b. Standortwechsel u. Neugründung.
Tel. 0 24 04 / 2 51 51

Moderne, seriöse Ehe-/Bekanntschaftsanbahnung vergibt Gebietsvertretungen
Nähere Informationen gegen Schutzgebühr von DM 20,- im Brief oder Scheck (wird bei Beginn angerechnet).
Grossmann - Werbung - Unternehmensberatung
Am Sackbacher 4, 5501 Heidesheim

Der Tägliche Submissions-Compaß aus Köln
bringt täglich die neuesten Ausschreibungen der Baubehörden des Bundes, der Länder und der Kommunen. Probenummern kostenlos vom Verlag Ewald Schawe. Beobachter vom Bau seit 1918. Postf. 800 166, 5000 Köln 80. Tel. 02 21/61 31 81

Wir erfüllen Spezialaufgaben
im In- und Ausland. Ermittlungen, Beschaffungen, Übersetzungen, Geheimkonkurrenz, Flugzeuglebens. AVB Treuhand, Frauenbergstr. 8, 7667 Bad Wilden, Tel. 0 75 24 / 50 49 / 49 40, Telex 7 32 74 avb d.

IMMOBILIEN / KAPITALIEN

SCHWEIZ

Verschaffen Sie sich optimale Sicherheit und Unabhängigkeit bei höchster Kontinuität für Ihre

Vermögens- + Kapitalanlage
in der Schweiz und weltweit.

Viele wirtschaftliche, steuerliche und persönliche Möglichkeiten bieten sich Ihnen an!

Wir helfen Ihnen:



Postadresse Postfach 16
CH-1820 MONTREUX 1
Tel.: 433 251 scos ch
Tel.: (021) 62 63 71
Ab 13 83: (021) 64 12 71

INTERNATIONAL

Avocado-Plantage
Feriensitz mit Rendite
Costa del Sol

Ländliche Ferien-/Dauerwohnsitz am Mittelmeer mit stetigem Geldrückfluß aus sub-trop. Indus. Aktivitäten und zudem wertvoll. Immobilie in gesunder Klimazone. Fläche ca. 10.000 qm, mit Baugenehmigung für ein großzügiges Haus, Infrastruktur komplett und Baubestand vorhanden, mit 3-jähriger kostenloser Bewirtschaftung, Verwaltung und Vermarktung Ihrer Ernte. KP: 250 TDM.

Angebote erbeten an Dr. W. Bonenkamp
Ruhrtorstraße 122, 4330 Mülheim/Ruhr 14

ARENA ALVA
LASS-Fliese (Schweiz, Graubünden). Vom Ersteller die letzten

Eigentumswohnungen (1½-, 2½- und 3½-Z.-Wohn.)
in der Überbauplanung ARENA ALVA zu verkaufen. Optimale Ausstattung. Angrenzende an Naturerlebnisgebiet. Auf Wunsch Hotelkategorie: Tennis - Squash - Whirlpool - Sauna - Fitness - Restaurants. Günstiger Preis. 700. Bankfinanzierung, Hypothekendarlehen während 2 Jahre 3% fest. Auf Wunsch Weitervermittlung.

1. Mehrkottentwohnung und 3 Tage Ferienaufenthalt mit Teilbepan in ihrer zukünftigen Ferienresidenz zum Spätsommer von 12.000,- für 2 Personen. Bei Wohnungskauf volle Abrechnung.

Auskunft erteilt:
Büro Dr. Jörg Kroll, Hartharstraße 11, CH-7000 Chur, Tel. 00 41 / 81 22 85 78

Baugrundstück
ca. 750 m² mit Seeblick, Ortsnähe, in Zell am See zu verkaufen.
Zuschriften unter L 4082 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Bad Mergentheim
1. ETW, 59 m² Wfl., 2 OG, in kl. Wohnanlage, 7,5 ar. Bld., Einbaubld., Halbdach, kl. Keller, unverbauter Südaussichtslage YHE DM 220.000,-
Immobilien Welt
0 71 31 / 5 45 39

Linz / Rhein

80 Eigentumswohnungen, auf 5 Objekte verteilt, im Bauherrenmodell oder Ersterwerbmodell zu verkaufen. Herrliche, unverbaute Aussichtsfläche auf Rhein, Ahrtal und Eifelpanorama, verkehrsgünstig gelegen, nur 10 Minuten zur BAB Köln-Frankfurt, angenehmes Wohnen durch moderne Architektur in erholungsreicher grüner Landschaft des rheinischen Westerwaldes, tolle Bauqualität, nur einige Preisbeispiele!:

Eigentumswohnung, 45,96 m², Wohnfläche, DM 126 475 inkl. Grundstücksanteil, 72,31 m² Wohnfläche, DM 198 440,80 und 82,12 m² Wohnfläche DM 217 777,05. Günstige Finanzierung.

Fordern Sie kostenloses Informationsmaterial an oder Sie vereinbaren Sie einfach einen Geschäftsgangstermin.

HOLL, KLEIN & Co., Immobilien
Betriebsorganisation GmbH
5460 Linz / Rhein
Tel. 0 26 44 / 47 28

Taverne

(Tassin - Schweiz)
Nur 7 km nördlich von Lugano verkaufen wir die idealen Eigentumswohnungen für das Westend und die Ferien. 1½ Zimmer (49 m²) ab 80.000,- 3½ Zimmer (87 m²) ab 137.000,-
Auskünfte und Verkauf:
Fidimar
Treuhandgesellschaft A. G.
Tel. 00 41 / 81 / 21 42 24, Tel. 254 / 255

Tausche Haus

In Deutschland im Raum Stuttgart gegen Paris in Kanada, Südamerika, Australien, Neuseeland oder Südafrika. Zuschr. unter F 4056 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Hessen bei Linz / Rhein

Wir verkaufen für die Gemeinde Leubsdorf noch 8 Wochenendhausgrundstücke in herrl. waldreicher Südlage, verkehrsgünstig gelegen, nur 10 Minuten zur BAB Köln-Frankfurt. Kaufpreis vollerschlossen DM 80.000,-/m². Grundstücksgrößen ab 360 m². Beispiel: 360 x 80 - DM = 28.800,- DM. Bebauungsmöglichkeit bis 70 m² Grundriss und ausgebauter Dachgeschoß. Als Dauerwohnsitz zugelassen.
Anfragen an:
J. KLEIN GmbH
Assecker Str. 116
5460 Linz / Rhein
Tel. 0 26 44 / 47 28

Privatverkauf

Waldberg/Schwarzwald.
1-Fam.-Haus, Hanglage. Vollschl., 7,5 ar. Bld., DM 300.000,-. Angebote unter K 4061 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

CLUB

Exkl. Hostessenclub, Raum Mannheim, konkurrenzlos, sehr guter Verdienst, 50% Anteil, 1 Haus m. ca. 80 Parkplätzen, sehr gute Lage.
Zuschriften erbeten unter E 4013 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

AMSTERDAM
Erstklassige Häuser im Zentrum der Stadt vermietet. Ausweisung vertrieht. Gesetzliche Mieterhöhung jährlich 7%
PREIS - 0-JAHRESMIETE
1,5 Z. Wohnhaus; renoviert
Mietsumme: 10.300,- DM
Preis: 82.000,- DM Bar 50,-
Bildprospekt anfordern!
05251/64100

Schweiz/Grubünden

Zu verkaufen ein einmaliger Aussichtspunkt in Teufelstein (Raum Chur - Arosa - Lenzerheide)
2½-Zimmer-Wohnung ab 129.000,-
1½-Zimmer-Dachwohnung sFr. 135.000,-
2½-Zimmer-Dachwohnung sFr. 135.000,-
3½-Zimmer-Dachwohnung sFr. 318.000,-
Rustikaler Ausbau, Elektro-Heizung, Mit. Ausbilder-Bewilligung, Finanzierungsübernahme durch Bank.
J. Walli, Architekt-Büro
Kohlplatzweg, CH-7203 Trimmis
Tel.: 00 41 / 81 27 27 48

Jetzt in Holland investieren

Einfamilienhäuser

in mittelgroßer holl. Stadt (50 km von deut. Grenze) schon ab 125.000,- DM. Verwaltung am Ort möglich.
Tel. 00 31 / 41 20 / 3 57 62 / 3 40 11
Adelaar 47, NL - 5348 EG OSS.

Bauplatz

11 Ar, in Schwelm, Kr. Hellbrunn
1. Reihenhausgrundstück, gute Lage, VVB DM 220.000,-
Immobilien Welt 0 71 31 / 5 45 39

Linz / Rhein

In herrlicher Südhanglage verkaufen wir als Erschließungsträger für die Stadt Linz noch 24 wunderschön gelegene Bauplätze für freistehende Einfamilienhäuser. Herrliche Aussichtsfläche auf Eifelpanorama und Ahrtal. Grundstücksgrößen ab 350 m². Kaufpreis vollerschlossen DM 125.000,- m². Beispiel: 550 x 125 - DM = 68.750 DM. Nutzen Sie die neuesten Finanzierungshilfen des Staates! Wir beraten Sie gerne.
Anfragen an die Stadtverwaltung Linz oder an die Bauunternehmung J. KLEIN GmbH, Assecker Straße 116, 5460 Linz/Rhein. Tel. 0 26 44 / 47 28

SAILLON/WALLIS/SCHWEIZ

Sein neuen Thermalbad verkaufen wir in der Schweiz. 1- bis 4-Zimmer-Eigentumswohnungen mit Preisen ab DM 135.000,-. Verlangen Sie unsere Dokumentation oder kommen Sie zu uns in die Halle 3, Stand 323 der Immobilienmesse vom 18.-21. 2. 1983, Essen. Weitere Angebote in Kandersteg, Davos, Portofino, Spanien/Costa Blanca.
STIFAG Bau-Planungs AG, Kirchenfeldstr. 14, Bern, Tel. 00 41 31 43 00 43
CH-3005, Telex 00 45 33875 stifag ch

Kostenlos
100%iger Kapital-Vers.-Schutz in Ihrer normalen Hypotheken-Tilgung, konkurrenzloses Angebot f. privaten u. geschäftl. Bereich.
Ihr Tilgungsspezialist:
A. Sicking
Postf. 33 42, 2000 Hamburg 80

TAUSCH

Italien: idyllischen Landschaft, Seeanblick (Alleinlage) zwischen San Remo/Monaco, 10.000 m² Grund, Rustiko, 120 m² gegen Immobilie in BRD. Wert ca. 200.000,- DM. KP VB (Wertausgleich).
Tel. 0 29 21 / 33 65

Erstrangige Hypothek

über 350.000,- DM 1. Wohn-u. Geschäftshaus im Raum Krefeld, Wert 1,2 Mio zur Zwischenfinanzierung f. 1 Jahr gesucht.
Zuschriften erbeten unter B 4098 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Bad Dreieck, Einfam.-Haus, auch als Zweifam.-Haus nutzbar, neu renoviert und sofort bewohnbar, 800 m vom Zentrum und Rhein, Doppelgarage, schöner Baubestand. Zuschriften unter M 4088 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Ostparaguay

2800 ha. in deutscher Kolonie, 22 km v. Asphal., auch teilbar, DM 550,-/ha, 1-Fam.-Haus ab DM 66.500,-
Anfragen erb. untl. H 4038 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

GEWERBLICHE IMMOBILIEN

Die DEUTSCHE BUNDESBahn verkauft (Ganz- oder Teilflächen)
Werkgelände des ehem. Ausbesserungswerkes Göttingen mit Aufbauten
Fläche insgesamt ca. 70.000 qm.
Nähere Auskünfte erteilt das Bundesbahnbetriebsamt Göttingen, Tel. (05 51) 49 23 37.
Schriftliche Angebote binnen 4 Wochen an Bundesbahndirektion Hannover - 13 R 6
Postfach 180, 3000 Hannover 1

Wohn- u. Geschäftshaus

in Boxberg (b. Bad Mergentheim)
EG 5 Zimm., u. Lebensmittel 1. OG 5 Z., Kfz., Bad, WC, VHB
DM 182.000,-
Immobilien Welt 0 71 31 / 5 45 39

30% staatl. Zuschuss/40% So.-Ahn. Tilgungsschutz/staatliche Hst.-App. EK 7500,-/KP 45.000,-/Wk. 35%, Prospekt: BAF 45 DO 1, Postf. 1125, Tel. 02 31 / 57 10 39/Tel.-Info: 57 90 85

Eigentumswohnung
sofort bewohnb. im Norden Berlins, ca. 90 m² Wfl. VB DM 385.000,-, dir. u. Eigent. Besichtig. nach tel. Vereinb. samstags, sonntags oder werktags ab 18 Uhr.
Tel. 0 30 34 / 33 92 19

Repräsentativ Penthouse

Berlin/Kurfürstendamm 980 m² 2000,- DM warm, mit Einliegerapp., 36 m², 500,- DM warm. Beding. Kauf d. Einbaubau VB.
Renate Riebe, Immobilien
Telefon 0 30 / 3 25 35 83

Kapitalanlage

mit garantiert 10 Prozent Rendite dinglich abgesichert
bietet modernste Tennisanlage mit Freiplätzen und Restaurant. Nähe Schweizer Grenze.
Eilangebote erb. unter Chiffre-Nr. 41 878 an Zetwede Ann.-Exp. GmbH, 7650 Lörchen, Postf. 2508.

Unglaublich

Tilgungsversicherung, billiger als Banktilgung, damit Lebensversicherung, ganz gleich, bei wem die Hyp. läuft.
Ihr Tilgungsspezialist:
A. Sicking
Postfach 2342, 2000 Hamburg 80

Liebschaftsobjekt

Waldnähe - Grundstück 3000 m² und Haus (Wohnfläche 900 m²)
Direkt an der Bundesstraße 51, großer Parkplatz, 2 Geschosse (Restaurant und Amkudinen), Privatwohnung, Krankenhaus von Privat zu verkaufen. VB DM 980.000,-
Dieter Reuterbach, 5358 Bad Münster-Wal, Tel. 0 22 53 / 79 79 (nach 17 Uhr)

Neue Büro- und Lagerhalle in Groß-Gerau, Breslauer Straße, zu vermieten. Gesamtnutzfläche ca. 6.500 qm.

Ein Miet-Angebot, das auf dem sitzt:

● Was Gewerbepark, bestehend aus einem Gebäude, das in zwei Lagerhallen mit je zwei Hallenschiffen unterteilt ist. Jeweils eines der Hallenschiffe verfügt über einen integrierten zweigeschossigen Büroleil. Gesamtnutzfläche 8.560 qm; kleinste Büroeinheit unterteilbar ab ca. 1.000 qm.
● Wo Mittelpunkt im Rhein-Main-Gebiet: in der aufstrebenden Kreisstadt Groß-Gerau. Kurze Autobahn- und Bundesstraßen-Entfernung vom Objekt zu Frankfurt-Innenstadt: 31 km, Flughafen: 17 km, Darmstadt: 15 km, Wiesbaden: 25 km, Mainz: 20 km. In Groß Gerau: direkt an der A67, 500 m von Ortsausfahrt entfernt, günstig zur Innenstadt und zum Bahnhof gelegen.
● Von wem: Von Jones Lang Wootton, einem sowohl international als auch regional erfahrenen Anbieter gewerblicher Immobilien. Nutzen Sie das umfassende professionelle Know-how.

Jones Lang Wootton
Mainzer Landstr. 46, 6000 Frankfurt am Main, Tel. (06 11) 72 04 71

Versandgeschäft

seit über 30 Jahren gut eingeführt, ausbaufähig, altershalber abzugeben, erforderliches Kapital ca. 800.000,- DM. Eigenkapital-Rendite ca. 20 %, Angebote nur mit Kapitalnachweis unter E 4057 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Wenn Sie es eilig haben,

können Sie Ihre Anzeige über Fernschreiber 08 579 104 aufgeben

BAB Abf. Volkspark

HN 54, optimale Verle., ganze Etage 550 m² bzw. 3 Bürolaufbahnen: 240 / 155 / 85 m² mod. u. zweckmäßig, indiv. Raumausst. mögl., 2 OG im Fahrst., Tepp. bod., Teeliche, zusätzl. Nutzung v. Schulungs- und Ausstellungsräumen, ausr. Parkplätz vorhanden, zu vermieten.
BAKO HANSA, 0 40 / 5 60 60 11

Büro-Räume

in Stuhlbau b. Bremen
ab sofort zu vermieten!
Tel. 04 21 / 5 67 05, Tx. 2 45 849

Kunstgewerbe-Einzelhandelsgeschäft

seit über 30 Jahren bestehend im westf. Mittelstadt, wird wegen Erweiterung der Altersgrenze des Inhabers zur Übernahme angeboten. Eigenkapital erforderlich. Jahresumsatz ca. 450.000,-. Alleinverkauf namhafter Firmen. Angebote unter D 4056 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

HOLLAND: prachtv. Bauernhof

in 1a Zustand mit gr. Beriebräumen und Kuchenzellen, mit od. ohne Grund. Außerdem Obstbäume mit 13 ha Obstanlage
J. Flach, Ellwylstr. 1, Dordrecht

Jeden Samstag
DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
Jeden Sonntag
WELT am SONNTAG

Australiens Medienlandschaft verändert sich Verkabelter Kontinent

Für Australien soll in zwei Jahren das Satelliten-Fernsehen beginnen. Nur so können in diesem Lande von kontinentalen Ausmaßen die weißen Flecken auf der Sendekarte beseitigt werden. Deshalb fördert die Regierung nach ihrem Fortschritt der liberalen Premierminister Malcolm Fraser geht daran, das Monopol der staatlichen Gesellschaft Telecom im Bereich der Kommunikation abzubauen. In diese Richtung zielen Vorschläge, die kürzlich von einer Kommission unter Vorsitz des unabhängigen Geschäftsmannes Jim Davidson unterbreitet wurden.



Fördert die Einführung des Satelliten-Fernsehens in Australien: Premier Malcolm Fraser
FOTO: JUPP DARCHINGER

Die Kommission war von der Regierung beauftragt worden. Aufgrund ihrer Empfehlung sollen die australischen Nachrichten-Satelliten nicht von Telecom, sondern von einer neuen Gesellschaft - Aussat - betrieben werden, an der privatrechtliche Interessenten zu nächst bis zu 49 Prozent am Kapital beteiligt werden.

Hughes Aerospace in den USA erhält den Zuschlag für die Herstellung von drei Nachrichten-Satelliten zum Gesamtpreis von 168 Millionen Dollar. Zwei von ihnen sollen in den Jahren 1984 und 1985 von der amerikanischen Weltraumbehörde Nasa mit Shuttle-Starts in die Umlaufbahn befördert werden.

Diese beiden Nachrichten-Satelliten sind ausgelegt für jeweils elf Umsetzer mit einer Leistung von zwölf Watt, die für normale Kommunikationssysteme benutzt werden, sowie mit jeweils vier Umsetzern mit 30 Watt, über die Funk- und Fernseh-Programme ausgestrahlt werden sollen. Um diese Kanäle hat schon ein Wettbewerb kommerzieller Anbieter eingesetzt.

Allerdings sollen die Umsetzer des ersten australischen Nachrichten-Satelliten der staatlichen Fernseh-Anstalt ABC (Australian Broadcasting Commission) vorbehalten bleiben. Sie will damit ein Publikum in entlegenen Landesteilen bedienen, die vom konventionellen Sendernetz nicht erreicht werden. Voraussetzung ist die Anschaffung von Parabol-Antennen.

„So schnell wie technisch möglich“ soll nach einer Empfehlung des Australian Broadcasting Tribunal das Kabelfernsehen auf dem Fünftelkontinent eingeführt werden. Die Verkabelung der wichtigsten Städte wird nach einer ersten Schätzung zwei Milliarden Dollar kosten und Jahre dauern. Der Geschäftsführer des Unternehmens RSTV, das auf kommerzieller Basis Kabel- und Pay-TV betreibt, sieht im Kabelfernsehen „einen Bereich der modernen In-

dustriegesellschaft, in dem für die Zukunft ein anhaltendes Wachstum und somit die Schaffung von Arbeitsplätzen möglich ist.“

Häufiger Widerspruch kommt vom Sprecher der Labor-Opposition, Dick Rowe: „Wir lehnen das Kabelfernsehen als einen unnötigen Luxus während einer schweren wirtschaftlichen Rezession ab. Dadurch werden keine neuen Jobs geschaffen, nur soll den wohlhabenden Kreisen eine größere Programm-Auswahl geboten werden.“

Die Regierung hat noch keine definitive Stellungnahme zu dem Vorschlag des Australian Broadcasting Tribunal abgegeben. Als ersten Schritt zum Kabelfernsehen will sie jedoch die Einführung von Subskription-TV genehmigen, das aus herkömmlicher Art gesendet, aber nur mit einem Zusatzgerät empfangen werden kann.

Mit zwei Einrichtungen steht das Fernsehen in Australien in der Welt einmalig da: der Stiftung australisches Kinderfernsehen und dem „Channel O“ für Einwanderer. Sonst beherrscht das Mittelmaß der drei kommerziellen TV-Gesellschaften in England, die das staatliche ABC - deutlich wie das britische Vorbild BBC - auch mit übermäßig langen Sport-Übertragungen in der Einschaltquote nicht ankommen kann.

Das von Bundes- und Landesregierungen finanzierte Kinderfernsehen soll die Vielfalt des kulturellen Erbes eines Einwandererlandes widerspiegeln und das australische Nationalbewusstsein fördern. „Channel O“ bietet die breite Palette internationaler Produktionen im Originalton und so das kosmopolitische TV-Programm, das in irgendeinem Lande der Erde empfangen werden kann. MANFRED NEUBER

KRITIK

Den Zündkopf nicht getroffen

Da ist es dem Besetzungsbüro gelungen, ein Ensemble von Spitzendarstellern zu einem gemeinsamen Stück zu terminieren, da ist es der Fernsehredaktion gelungen, einen hochsensiblen Roman zu einem psychologisch abgelesenen Kriminalroman umzuwandeln zu lassen und das Ganze in gehöriger Mischung der Bilder auf den Bildschirm zu zaubern - doch, und da kann man nichts machen, vom Stuhl riss einen das Produkt nicht: Nachruf auf Othello (ZDF).

Ich betone: Selten hat es auf unserem Bildschirm eine so kompakte Könnerei gegeben. Es war Werner Hinz als gütiger alter Jude zu erleben, es wuselte die große Barbara Rütting einprägsam durch die Seelenlandschaft, es löste sich die porzellanene Dietlinde Turban

endlich zu einer Trägerin differenzierter Gefühle auf, und Jörg Pleva führte vor: „was Sache ist“, wenn Sie wissen, welche Sache gemeint ist. Da waren auch der staubtrockene Inspektor des Herbert Fleischmann und nicht zuletzt Rudi Falkenhagen in großen Szenen.

Gut also, könnte man sagen. Aber es war nicht gut. Es waren nur gute Schauspieler in einer mühselig zusammengehaltener Aktion, sie taten, was sie konnten, und sie können viel, aber sie trafen den Zündkopf nicht. So verbißt dem Betrachter und Beschreiber des Spiels nur ein Nachruf auf den Nachruf auf Othello. Ich war hingerissen von dem Spiel der Könnerei, aber Nino Rini, der Romanautor, sei mir gnädig, ich kann nicht anders. VALENTIN POLCUC

Gendardarstellung

In der Ausgabe der WELT vom 31. Januar 1983 werden unter der Überschrift „Bühne frei für Barbara“ mehrere falsche Behauptungen über den NDR aufgestellt.

1. Es heißt dort, Barbara Dickmann habe für die Unterstützung des Wahlkampfes der Aktion für mehr Demokratie am 5. Februar in Essen eigens zum Bundeswahlkampf-Auftritt so etwas wie einen Persilschein „de luxe“ von der Intendanz des NDR erhalten. Das trifft nicht zu. Die Intendanz des NDR hat Frau Dickmann zu deren Mitwirkung bei der „Aktion für mehr Demokratie“ keine Mitteilung zukommen lassen.

2. Die WELT schreibt, NDR-Justiziar Berg habe mit ausdrücklicher Duldung des Intendanten Räder und dessen Vertreterin Frau Dickmann ein „Unbedenklichkeits-Attest“ für Essen ausgestellt. Mit NDR-Lizenz werde Frau Dickmann in Essen ihre ganze Fernseh-Popularität nutzen. Das trifft nicht zu. NDR-Justiziar Dr. Berg hat Frau Dickmann kein „Unbedenklichkeits-Attest“ erteilt. Sie kann demzufolge auch nicht mit „NDR-Lizenz“ für Essen ausgestattet sein.

3. Die WELT schreibt: „Justiziar Berg hüllte sich auf die Anfrage, warum Lady Dick erlaubt sei, was Dieter Thomas Heck untersagt wurde, in jenes beredete, öffentlich-rechtliche Schweigen.“ Das ist falsch. Justiziar Berg erhielt die Anfrage des Autors Reginald Rudolf erst nach Abdruck des oben erwähnten Artikels. Er hat sie inzwischen dahin beantwortet, daß Frau Dickmann - freie Mitarbeiterin

des Hessischen Rundfunks - laut Dienstantrag als Moderatorin der Tagesthemen erst nach der Bundestagswahl eingeladen sei und daß ihr geplanter Auftritt am 5. Februar nicht im Widerspruch zu einschlägigen NDR-Regelungen stehe.

Hamburg, den 1. Februar 1983
NDR/STRECK RUNDfunk
(F. W. Räder) (Dr. K. Berg)

Anmerkung der Redaktion: Barbara Dickmann trat am 5. 2. 1983 in Essen als Moderatorin der Großveranstaltung der Aktion für mehr Demokratie, dem Wahlkampf der Linken, auf. Dazu der Justiziar des NDR, Dr. Klaus Berg: „Der geplante Auftritt von Frau Dickmann am 5. Februar in Essen steht nicht im Widerspruch zu den geltenden einschlägigen Regelungen des NDR. Sie lassen Einschränkungen des Grundrechts auf politische Betätigung... nur zu, wenn durch einen Auftritt der NDR in unzulässiger Weise mit der Wahlwerbung oder Wahlinitiativen verknüpft wird.“ Der Justiziar weiter: „Frau Barbara Dickmann ist freie Mitarbeiterin des Hessischen Rundfunks.“

Der Verfasser der Kolumne in der WELT vom 31. Januar fragte am Freitag, dem 28. 1., telefonisch beim NDR - eingegangen um 16.51 Uhr - bei Justiziar Berg an, mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß eine Veröffentlichung in der Ausgabe der WELT vom Montag, 31. 1. 1983, geplant sei, - was es mit dem Auftritt von Frau Barbara Dickmann am 5. 2. bei einer Wahlveranstaltung der Linken auf sich hat. Der Justiziar reagierte auf dieses Fernschreiben erst am Montag, 31. 1. 1983, um 15.30 Uhr!



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

09.25 Sesamstraße
10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.25 Vater der Braut
11.30 Unschick

14.10 Tagesschau
14.15 Wunderland '83
17.00 Wir Kinder der Musikschule Bocholt
Film von Christa Auch-Schweik
Diese Schule, eine von etwa 500 Musikschulen in der Bundesrepublik, hat ein reichhaltiges musikalisches Freizeitangebot, das sich an Kinder und Jugendliche im Alter von vier bis 20 Jahren richtet. Die vier- bis sechsjährigen erhalten eine musikalische Früherziehung mit sechs Jahren können die Kinder ein Instrument lernen, ab zehn in der Gruppe spielen.

17.50 Tagesschau
dann Regionalprogramme

20.00 Tagesschau
Anschließend:
Parteien zur Wahl
20.15 Angst vor dem Leben
Film von Hagen Mueller-Stahl und Peter Scheibler
Der Film erzählt die Geschichte der letzten Monate im Leben des langjährigen Norbert Fehke, einem Mann, dem es nach langen Jahren endlich gelingt, den entscheidenden beruflichen Aufstieg zum Abteilungsleiter zu schaffen. Seine Frau Gudrun und seine beiden Töchter Anne und Christine erleben den Vater im Erholungsurlaub auf Kreta voller Energie und Lebenslust. Um so erschütternder für seine Familie und ihn ist seine plötzliche Entlassung in ein Klinikum, die Notoperateur, die Unschickheit und die Unklarheit über die Zukunft.

22.00 Titel, Themen, Temperamente
Streit um Wladimir Danton-Film / Polen: Theater als Widerstand / Der unbekannte Max Beckmann - seine frühen Bilder.

22.30 Tagesschau
23.00 Klaus Barbie alias Klaus Altmann
zurück
23.45 Tagesschau

Noch ahmt Norbert Fehke (Hilmar Thiele) hier zusammen mit seiner Frau (Hannelore Hoger) nichts von seiner Krankheit - Angst vor dem Leben - ARD, 20.15 Uhr
FOTO: URSULA ROHRETT



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

12.10 Report
12.25 Presseschau
13.00 Tagesschau
13.15 Videotext für alle

14.10 Tagesschau
14.15 Wunderland '83
17.00 Wir Kinder der Musikschule Bocholt
Film von Christa Auch-Schweik
Diese Schule, eine von etwa 500 Musikschulen in der Bundesrepublik, hat ein reichhaltiges musikalisches Freizeitangebot, das sich an Kinder und Jugendliche im Alter von vier bis 20 Jahren richtet. Die vier- bis sechsjährigen erhalten eine musikalische Früherziehung mit sechs Jahren können die Kinder ein Instrument lernen, ab zehn in der Gruppe spielen.

17.50 Tagesschau
dann Regionalprogramme

20.00 Tagesschau
Anschließend:
Parteien zur Wahl
20.15 Angst vor dem Leben
Film von Hagen Mueller-Stahl und Peter Scheibler
Der Film erzählt die Geschichte der letzten Monate im Leben des langjährigen Norbert Fehke, einem Mann, dem es nach langen Jahren endlich gelingt, den entscheidenden beruflichen Aufstieg zum Abteilungsleiter zu schaffen. Seine Frau Gudrun und seine beiden Töchter Anne und Christine erleben den Vater im Erholungsurlaub auf Kreta voller Energie und Lebenslust. Um so erschütternder für seine Familie und ihn ist seine plötzliche Entlassung in ein Klinikum, die Notoperateur, die Unschickheit und die Unklarheit über die Zukunft.

22.00 Titel, Themen, Temperamente
Streit um Wladimir Danton-Film / Polen: Theater als Widerstand / Der unbekannte Max Beckmann - seine frühen Bilder.

22.30 Tagesschau
23.00 Klaus Barbie alias Klaus Altmann
zurück
23.45 Tagesschau

Noch ahmt Norbert Fehke (Hilmar Thiele) hier zusammen mit seiner Frau (Hannelore Hoger) nichts von seiner Krankheit - Angst vor dem Leben - ARD, 20.15 Uhr
FOTO: URSULA ROHRETT



III.

18.00 Telehit
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Videotext für alle

21.45 Auslandskorrespondenz
Gerd H. Pelletier
Neu in Tokio
22.15 Telehit
23.40 Letzte Nachrichten

20.00 Tagesschau
20.15 Videotext für alle
21.45 Auslandskorrespondenz
Gerd H. Pelletier
Neu in Tokio
22.15 Telehit
23.40 Letzte Nachrichten

20.00 Tagesschau
20.15 Videotext für alle
21.45 Auslandskorrespondenz
Gerd H. Pelletier
Neu in Tokio
22.15 Telehit
23.40 Letzte Nachrichten

20.00 Tagesschau
20.15 Videotext für alle
21.45 Auslandskorrespondenz
Gerd H. Pelletier
Neu in Tokio
22.15 Telehit
23.40 Letzte Nachrichten

20.00 Tagesschau
20.15 Videotext für alle
21.45 Auslandskorrespondenz
Gerd H. Pelletier
Neu in Tokio
22.15 Telehit
23.40 Letzte Nachrichten

20.00 Tagesschau
20.15 Videotext für alle
21.45 Auslandskorrespondenz
Gerd H. Pelletier
Neu in Tokio
22.15 Telehit
23.40 Letzte Nachrichten

20.00 Tagesschau
20.15 Videotext für alle
21.45 Auslandskorrespondenz
Gerd H. Pelletier
Neu in Tokio
22.15 Telehit
23.40 Letzte Nachrichten

20.00 Tagesschau
20.15 Videotext für alle
21.45 Auslandskorrespondenz
Gerd H. Pelletier
Neu in Tokio
22.15 Telehit
23.40 Letzte Nachrichten

20.00 Tagesschau
20.15 Videotext für alle
21.45 Auslandskorrespondenz
Gerd H. Pelletier
Neu in Tokio
22.15 Telehit
23.40 Letzte Nachrichten

20.00 Tagesschau
20.15 Videotext für alle
21.45 Auslandskorrespondenz
Gerd H. Pelletier
Neu in Tokio
22.15 Telehit
23.40 Letzte Nachrichten

20.00 Tagesschau
20.15 Videotext für alle
21.45 Auslandskorrespondenz
Gerd H. Pelletier
Neu in Tokio
22.15 Telehit
23.40 Letzte Nachrichten

20.00 Tagesschau
20.15 Videotext für alle
21.45 Auslandskorrespondenz
Gerd H. Pelletier
Neu in Tokio
22.15 Telehit
23.40 Letzte Nachrichten

20.00 Tagesschau
20.15 Videotext für alle
21.45 Auslandskorrespondenz
Gerd H. Pelletier
Neu in Tokio
22.15 Telehit
23.40 Letzte Nachrichten

20.00 Tagesschau
20.15 Videotext für alle
21.45 Auslandskorrespondenz
Gerd H. Pelletier
Neu in Tokio
22.15 Telehit
23.40 Letzte Nachrichten

Für die Anteilnahme am Ableben von

Max Egon Becker

meinem lieben Ehemann und unserem guten Vater,
danken wir aufrichtig.

Maria Becker geb. Rußner
Roland Becker
Marie-Luise Boll geb. Becker
sowie alle Angehörigen

Karlsruhe-Ruppurr, Moosalbstraße 29
4. Februar 1983

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden
Chefredakteur: Wilfried Hertz-Neubauer
Stellv. Chefredakteur: Peter Göttsche, Bruno Walther, Dr. Günter Zehm
Beirat der Chefredaktion: Heini Barth, Hans-Joachim Lauth, Dietrich Goss
Cheft von Dienst: Klaus Jürgen Pritzsche, Heinz Kluge-Labbe, Jörg-Martin Lohndorf (WELT-Sport), Rüdiger W. Hoyernd, Essen: Horst Hillebrand, Hamburg
Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Fahren, Peter Philipp (WELT), Deutschland-Nachrichten, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Internationale Politik: Manfred Neuber, Ausland: Jürgen Lindner, Maria Weidner (WELT), Seite 2: Burkhard Müller, Dr. Manfred Hoyernd (WELT), Meinungen: Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 3: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 4: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 5: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 6: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 7: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 8: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 9: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 10: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 11: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 12: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 13: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 14: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 15: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 16: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 17: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 18: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 19: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 20: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 21: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 22: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 23: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 24: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 25: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 26: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 27: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 28: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 29: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 30: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 31: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 32: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 33: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 34: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 35: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 36: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 37: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 38: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 39: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 40: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 41: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 42: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 43: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 44: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 45: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 46: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 47: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 48: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 49: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 50: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 51: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 52: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 53: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 54: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 55: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 56: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 57: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 58: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 59: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 60: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 61: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 62: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 63: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 64: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 65: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 66: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 67: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 68: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 69: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 70: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 71: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 72: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 73: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 74: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 75: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 76: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 77: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 78: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 79: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 80: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 81: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 82: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 83: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 84: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 85: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 86: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 87: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 88: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 89: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 90: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 91: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 92: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 93: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 94: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 95: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 96: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 97: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 98: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 99: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 100: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 101: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 102: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 103: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 104: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 105: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 106: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 107: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 108: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 109: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 110: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 111: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 112: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 113: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 114: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 115: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 116: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 117: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 118: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 119: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 120: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 121: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 122: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 123: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 124: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 125: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 126: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 127: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 128: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 129: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 130: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 131: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 132: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 133: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 134: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 135: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 136: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 137: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 138: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 139: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 140: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 141: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 142: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 143: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 144: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 145: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 146: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 147: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 148: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 149: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 150: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 151: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 152: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 153: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 154: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 155: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 156: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 157: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 158: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 159: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 160: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 161: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 162: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 163: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 164: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 165: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 166: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 167: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 168: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 169: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 170: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 171: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 172: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 173: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 174: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 175: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 176: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 177: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 178: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 179: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 180: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 181: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 182: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 183: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 184: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 185: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 186: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 187: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 188: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 189: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 190: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 191: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 192: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 193: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 194: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 195: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 196: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 197: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 198: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 199: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 200: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 201: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 202: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 203: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 204: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 205: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 206: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 207: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 208: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 209: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 210: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 211: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 212: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 213: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 214: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 215: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 216: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 217: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 218: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 219: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 220: Horst Hillebrand, Rüdiger v. Wolkow (WELT), Seite 22

Döntjes über ein Datum

Min. - Die Idee ist hübsch. Der Rowohlt Verlag will in diesem Jahr mit einer Reihe von Veranstaltungen sein 75jähriges Jubiläum feiern. Da man sich aber nicht mehr genau an das Gründungsdatum erinnern kann, feiert man um so fröhlicher den 75. Geburtstag von Heinrich Maria Ledig-Rowohlt. Und der ist am 12. März.

Die Feststellung von den „fünfundsechzig Jahren Rowohlt Verlag“, freudestrahlend bis stolz auf einem Rundschreiben herumgereicht, wird ihre Wirkung bei den verehrten Lesern und lieben Freunden des Verlages nicht verfehlen. Nur - sie ist falsch.

Es existieren mindestens vier verschiedene Gründungsdaten: 1907, 1908, 1910 und 1919. Welches stimmt nun? Sollte etwa Ernst Rowohlt, der Verlagsgründer selbst, recht haben? Für Albert Schramms Nachschlagewerk „Deutschlands Verlagsbuchhandlungen“ gab er als Gründungsjahr 1919 an. Das war aber das Datum der Wiedereröffnung seines Verlages. Oder sollten wir vielleicht Ernst Rowohlt glauben? Der schrieb 1930 im „Berliner Tageblatt“, daß er sein „erstes Buch im Jahre 1907 verlegte“. Oder hatte vielleicht Ernst Rowohlt recht? Der feierte nämlich 1933 das 25jährige Jubiläum seiner Firma, wobei er sich auf den von ihm veranstalteten Privatdruck des „Lychnis“-Festschriftens aus dem Jahr 1908 bezog.

Die Rowohlt-Leute von heute haben da keinen Argwohn. Sie entschieden sich für 1908. Aber da gab es noch gar keinen Verlag. Der existierte zu diesem Zeitpunkt „zumindest nur in Rowohlt's Phantasie“. Schrieb Kurt Pinthus, erster Lektor des Verlages. Und mit Phantasiegebilden gibt sich ein Handelsregister nicht ab. Dasjenige von Leipzig jedenfalls hat den Ernst Rowohlt Verlag erst am 30. Juli 1910 eingetragen. Und das ist amtlich. Was freilich der Fabrikantenstand des „hochbegabten und schöpferischen Döntjes-Erzählers“ Rowohlt (so Theodor Eschenburg über den Verleger) keinen Abbruch tut.

Salzburgs Rupertinum

Happy-End unter dem Arkadendach

Von Kunst war am Eröffnungstag noch nicht viel zu sehen. Da drängten sich viele Leute mit allerhand Prominenz unter dem Arkadendach, um dabei gewesen zu sein, wenn die neue „Moderne Galerie und Graphische Sammlung“ eingeweiht würde. Für das der Festlichkeiten nicht ungehörte Salzburg war es das Ereignis in der Festspielstadt. Und zugleich war es das Happy-End einer recht komplizierten Affäre.

Das Haus mitten in der Stadt umweht der Festspielplatz. Es ist alt und hat Tradition. Mehr als drei Jahrhunderte lang war es ein Internatsgebäude für die erzbischöfliche Universität. Dann bedurfte es allerdings einer gründlichen Erneuerung - und dazu fehlte das Geld. Damals schlug der Kunsthändler Wolf, der einen Teil des Hauses für seine Galerie nutzte, dem Land vor, ein Museum für Gegenwartskunst einzurichten. Und es am Anfangsstock stiftete er u. a. einen fast vollständigen Satz der Druckgraphiken Kokoschkas. 1978 war das natürlich alles unter Dach und Fach, doch es dauerte nun etliche Jahre, bis der Plan in die Wirklichkeit umgesetzt war.

Der Architekt Gerhard Garstner hatte zuvor eine schwierige Aufgabe zu bewältigen, denn die Salzburger reagieren allergisch auf alles, was nach einer zu resoluten Modernisierung aussieht. So wurde die äußere Form des Hauses erhalten, auch die Geschosshöhe blieb wie sie war. Nur der Innenhof mit seinen Arkaden wurde überdacht, um neben der Skulpturenhalle im Erdgeschoß zusätzlich Raum für Plastikausstellungen zu gewinnen. Dort sind derzeit Werke von Franz Xaver Olsant zu sehen. In der ersten und zweiten Etage der nicht sehr großen, aber wohlproportionierten und gut beleuchteten Räume hängen Werke aus der Stiftung Wolf - die Kokoschka, aber auch Werke von Klint bis Wotruba, de Chirico bis Kubin.

Otto Breicha, der jetzt dem Haus vorsteht, richtet sein Augenmerk allerdings besonders auf die gegenwärtige Kunst. Das diktiert ihm nicht zuletzt ein Ankaufset von zwei Millionen Schilling, der kaum erlaubt, „große Werke der Vergangenheit zu kaufen. Er will sich vor allem Österreich, aber auch der internationalen Moderne zuwenden. Eine Besonderheit ist die „Österreichische Fotogalerie“, die bereits über einen Bestand von etwa 4000 Aufnahmen verfügt. Auch das geht es - anders als in anderen österreichischen Fotomuseen - nur um die Gegenwart.

Wenn die Fülle zur Eröffnung ein gutes Zeichen war - und die Breicha-Innenräume in Graz und anderswo hatten gleichfalls nicht über mangelnden Zulauf zu klagen - so kann Salzburg sein jüngstes Museum mit Wohlgefallen betrachten.

ERIKA KIFFE

Die Wehleidigkeit - und wie man ihr entkommt

Vom Ich zum Selbst sich durchdringen

Die Deutschen seien Weltmeister in der Wehleidigkeit geworden, schrieb kürzlich eine englische Zeitung - und sie hatte recht damit. Des Wehklagens und Sich-Selbst-Bemitleidens, des Klagens und Nöhlens ist kein Ende mehr. Tag für Tag wird der Korb des Leids von den Medien erneut über uns ausgeleert. Und die Wehleidigkeit erweist sich als in hohem Maße anfällig für die Misse der Epoche. Sie reagiert wie ein Maßgerät, dessen Anzeiger ständig ins Extrem ausschlägt, auch bei den geringfügigsten Anlässen.

Der wehleidige Mensch scheint außerstande, Widerstand zu leisten. Er verzagt, wie man zu sagen pflegt, nichts mehr zu verkraften. Die „feindliche Welt“ dringt wie mit Messern auf ihn ein - und er hat diesem konzentrischen Überfall nichts entgegenzusetzen, ja, er genießt seine Hilflosigkeit und sein Versagen auch noch - und bringt seine eilige Kapitulation wortreich zum Ausdruck.

Die Aufgabe der neuen Literatur scheint nur noch darin zu bestehen, daß Defizit des Daseins unermüdlich und raffiniert vor dem Leser ausbreitet. Sie entdeckt ständig neue Höhen der Verzweiflung, der Not und des Lasters. Sie bestärkt den Leser, was er ohnehin schon geglaubt hat und vom Fernsehen tagtäglich auch bestätigt bekommt, daß es keine Möglichkeit der Hilfe gibt, daß Freiheit und Erlösung Illusion sind und bleiben.

Ein Musterbeispiel dieser Literatur gibt Bobo Strauß in seiner Erzählung „Die Widmung“. Er berichtet, wie ein Mann, der von seiner Geliebten verlassen wurde, seinen verzweifelt Zustand analysiert. Er berauscht sich an den Schilderungen eines Elends, das geradezu apokalyptische Züge gewinnt. Er führt penibel Tagebuch über die furchtbare Trennung, er objektiviert das Entsetzen. Es gibt für ihn keinen Ausweg mehr, keine Hoffnung; der Weg mündet ins Nichts.

Eben das ist der Fall, wenn die Wehleidigkeit alle Poren des Daseins verstopft. Der betroffene Mensch wird dann an die Klippe des Nichts geschleudert und zerschmettert - mit einer letzten Genußnahme, daß alles vorüber ist. Der Wehleidige inszeniert seinen privaten Weltuntergang, und es kann ihn nur vorübergehend trösten, daß dieser eine so ausgezeichnete literarische Darstellung findet.

Verzicht auf Empfindsamkeit ist unumgänglich - aber Preisgabe der Person an ihren unwiderstehlichen Sorgen ist es desgleichen. Die Sensibilität der Wehleidigkeit hat zerstörerische Neigungen, sie flüchtet sich häufig in den Terror, um sich zu tarnen. Der Mensch darf den Kern seines Selbst nicht der Empfindsamkeit ausliefern. Das ist die Aufgabe der Selbstbehauptung - eine der ältesten Forderungen, die an uns ergeht. An solchen Forderungen scheitern die Wehleidigen, so weit sie damit beschäftigt sind, ihr Leben lang das Buch der Klagen und Anklagen zu füllen, bis es ihnen der Tod aus der Hand nimmt.

Wie nun verwickelt man die Selbstbehauptung, welche davor bewahrt, zwischen Stumpfheit und Sensibilität wie zwischen Mühlsteinen zerrieben zu werden? Sie ist keine Aufgabe des Willens oder der Vernunft allein, obwohl beide eine erhebliche Rolle dabei spielen.

Der Mensch birgt in sich einen Kern, den wir als sein Selbst be-

zeichnen. Dieses Selbst ist die Mitte der Existenz. Es darf nicht mit dem Ich verwechselt werden, das über die Maßen sensibel und anfällig ist und zur Wehleidigkeit neigt. Doch der Mensch besitzt zwei Stockwerke: unterhalb des Ich ruht das Selbst. Das Ich an der Oberfläche bleibt allen Versuchungen, Stürmen, Katastrophen ausgeliefert, die Basis des Ich aber ist das Selbst, das in der Tiefe ruht und den eigentlichen Halt schenkt.

Bei diesem „ruhenden Pol“ handelt es sich keineswegs um eine Redensart. Hier liegt eine innere Erfahrung vor, welche das gesamte Dasein trägt. Der Mensch weiß sich verankert, er kann durch keinen Sturm abgetrieben werden. So oft er bei sich einkehrt, sich auf sich selbst besinnt, gewinnt sein Dasein die Mitte zurück.

Solange man sich auf das Ich beschränkt und im Stockwerk des Ego haust, bleibt man der Wehleidigkeit wehrlos preisgegeben. Das Ich befindet sich in ständiger Bewegung, um die eigene Achse rotierend. Nur wer sich dem Wirbel dieser Eindrücke entzieht und auf den Boden seines Selbst gelangt, kommt zur Ruhe. Er findet in sich, das Wort ist nicht zu hoch gegriffen, das göttliche Zentrum - und darin zugleich sich selbst.

Das Kennzeichen der Wehleidigkeit ist eine Nervosität, welche die ganze Existenz erfaßt. Bei jeder Berührung spüren die Fäden. Der nervöse Mensch erschöpft sich in Aufregungen, die kein Ende nehmen. Das Ich benötigt dergleichen, es kokettiert geradezu mit seiner Sensibilität, aber es leidet zugleich mehr darunter, als es eingestehen mag.

Bekannt ist das Bild des Aussteigers, also des Menschen, der sich den Regeln der Gesellschaft und der Konvention radikal entzieht. Meist wird es im negativen Sinne verstanden. Man könnte es aber auch ins Positive wenden, es auf den Menschen beziehen, der das windige Stockwerk des Ich verläßt und heimfindet zu seinem Grund. Sobald er den Boden des Selbst betritt, fühlt er Kräfte in sich einströmen, die ihn stabilisieren. Das Selbst verleiht ihm ein neues Gewicht, indem sich der Mensch dieser Schwerkraft anheimgibt, verankert er sich im genauen Sinne des Wortes.

Der Kampf gegen die Nervosität wird nicht auf dem Schlachtfeld des Ich entschieden. Im Gegenteil: Das Ego ist der Motor einer unablässigen Spannung und Verletzlichkeit. Erst wenn wir die Arena des Ich verlassen, gelangen wir zu jener inneren Ruhe, welche durch die Ansprüche der Nerven nicht mehr in Frage gestellt werden kann.

Es gibt diese Heimkehr zum Selbst zu üben. Das ist kein Programm, das lediglich dem Versuch folgt, das Ego zu überwinden. Der Mensch muß von der ganzen Existenz vollzogen werden. Wer bis zum Selbst vorstößt, vertauscht gleichsam die Kleider. Er legt jenes Alltagsgewand ab, das seine Zerrissenheit bekundet. Er bleibt in einem tieferen Sinne unbeteiligt an dem Jahrmarkt, der ihn umgibt und eben noch seine Sinne in Aufruhr versetzte. Er trägt jetzt den Rock der Gelassenheit, in den sich die Formen aller Zeiten hüllen, sobald sie göttlichen Boden betreten. Dieser „Aussteiger“ ist kein Phantasmagor, er ist einer Wirklichkeit gewahr geworden, welche allein diesen Namen verdient.

HANS JÜRGEN BADEN

Fo, Molière und Mrozek: Mailänder Theaterbrief

Messer an der Rampe

Mailands Zentrum für Theaterforschung stellte nach Grotowski, Kantor und Waclawski den polnischen Filmregisseur Krzysztof Zanussi mit seiner ersten Bühneninszenierung in Italien vor. Er gab den „Schlachthof“, das sein sein zehn Jahren im westlichen Exil lebender Landsmann Slawomir Mrozek 1974 als Hörspiel verfaßt hat.

Das makabre Stück absurden Theaters läßt Zanussi wie einen Film in so raschen Sequenzen ablaufen, daß das Grauen zwischen den Zeilen kaum aufsteigen kann. Laut Programmentext ist die Geschichte vom unbegabten jungen Geiger, der zum Metzger wird und sich am Schluß umbringt, eine Satire auf die Slogans der westlichen Massenmedien. Uns kam es eher wie eine politische Satire vor, die an östliche Adressen gerichtet ist. Zumal, als der nur mit einem Hut an peinigender Stelle bekleidete Schlachthofbesitzer das Publikum freundlich aufforderte, auch frei und nackt, wie er, die Nachbarn zu überfallen, damit auch sie frei würden. Und am Ende konnte man den Schlachthofbesitzer, der am Bühnenrand angeboten wurden, sich selbst oder doch wenigstens den Nebenmann umbringen.

Weit weniger blutrünstig, ja geradezu hausbacken wirkte Franco Parenti, Gründer und Hausherr des Mailänder Teatro Pierombardo, der zum zehnjährigen Jubiläum seiner Bühne in die Titelfolle des „Tartuff“ schlüpfte. Als Regisseur zeichnete der Baseler Peter

Lotschak. Von Molières unsterblichen Tartuff, dem frommen Heuchler und zynischen Erbschleicher, bleibt hier kaum etwas übrig. Parentis Tartuff vielmehr ist ein Guru, der mit der Familie des ihm verfallenen Orgon Psychoanalyse treibt. Alle tragen sie moderne Kleider, sprechen in holprigen Versen (Übersetzung: Parenti) und wirken wie Verwandte von „Dallas“. Den Eindringling Tartuff reißen sie mit Verschwörungen, bis er ihnen auf allerhöchste Entschuldigungen. Seine Entlarvung, sein Abmarsch ins Gefängnis, sind hier nicht das wohlverdiente Ende für einen schleimigen Bösewicht. Man hat fast schon eher Mitleid mit dem Armen.

Ein Ereignis dagegen wurde - wie immer - Dario Fo, der den Erlös für die Premiere seines „Fabelazzo Osceno“ für mißgebildete Kinder bestimmt hatte. Dabei ist auch für Italiener sein „Gramelet“, eine selbsterfundene archaisierende Mischung aus norditalienischen Dialekten und verballhorntem Provinzialisch, kaum verständlich. Man versteht dennoch alles.

Diesmal nahm Fo die deftigen, altfranzösischen „Fabelaux“ zum Vorbild, um mündend und tanzend eine Porno-Groteske im Geiste Rabelais' vorzuführen. Sein Berieseln sind nun einmal die Alltagsgebe, bei denen er sich auf leerer Bühne im Rollkragenpulli in vielerlei, manchmal poetische, meist aber groteske Gestalten verwandelt und sein Publikum zwei Stunden lang mit Lachkrämpfen schüttelt.

MONIKA VON ZITZERTZ



Ein echtes Weizenfeld als Symbol des Lebens: Szene aus der Münchner Uraufführung von Theodor Antonious' Oper „Periander“ mit Eberhard Storz in der Titelfolle

Aus dem Leben eines Tyrannen - Antonious Oper „Periander“ in München

Und der Himmel hängt voller Leichen

Sie kennen Periander nicht? Ein bösser Bube. Das jedenfalls muß annehmen, wer sich zwei Stunden lang im Münchner Gärtnerplatztheater von der Uraufführung einer Oper mit dem Titel „Periander“ verwirren ließ. Komponiert hat sie der in den USA lebende Grieche Theodor Antoniou auf ein Libretto seines Landsmannes George Christodoulakis. Den Auftrag dazu vergaben vor zehn Jahren die „Freunde des Münchner Nationaltheaters“.

Antoniou nennt sein Werk eine „Mixed-Media-Oper“ für Sänger, Sprecher, Schauspieler, Tänzer, gemischten Chor und Orchester mit Tonband. Viel Aufwand, der auf die relativ kleine, aber tiefe Bühne des Münchner Gärtnerplatzes eine Menge Unordnung brachte. Was vorne passiert, wird hinten tanzend nachvollzogen. Der Chor drängt sich an den Seiten, weil die Bühnenmitte für symbolisches Beiwerk herhalten muß.

Doch nun zu Periander. Er war, wie wissen es natürlich, Zeitgenosse des griechischen Gesetzgebers Solon (ca. 640-560 v. Chr.). Zunächst ein guter, dann ein schlim-

mer Herrscher über Korinth, verstrickt er sich in Machtkämpfe und wird schließlich umgebracht. Nicht ohne vorher noch seiner Frau Melissa nebst Sohn und einem weiteren Dutzend mißliebiger Gestalten den Garaus gemacht zu haben. Am Schluß hängt der Himmel voller Leichen - denn jedesmal, wenn einer stirbt, wird von der Bühnendecke der Torso eines menschlichen Körpers an einer Leine heruntergelassen.

Antoniou hat sich diesen Stoff nach eigenem Bekunden etwa 1968 ausgedacht. Zu einer Zeit also, da in seinem Heimatland eine Militärdiktatur herrschte. Was Komponist und Librettist aber letztlich bezweckten, bleibt im Nebel. Denn Periander macht während seiner zwei Bühnenstunden keine Entwicklung durch. Er ist immer Tyrann. Die Lebensphase der Güte wird ausgespart.

Also ein Schauerstück, die Antoniou mit schick arrangierten Klangflächen untermalt. Bisweilen durchaus empfindsam, überwiegend aber zu harmlos, als daß sich im Zuhörer eine innere Beteiligung einstellt. Geradezu rührend der

Aufwand, mit dem man am Gärtnerplatz den Schwächen des Stücks zu trotzen suchte. Zumal als immense Belastung dazukam, daß sieben Tage vor der Premiere der vorgesehene Sänger der Hauptpartie, Heinz Friedrich, unerwartet starb. Eberhard Storz brachte das Kunststück fertig, sich innerhalb von einer Woche die knifflige Partie anzueignen.

Er, June Card (Melissa) und der souverän waltende Dirigent Peter Falk waren sicherlich unschuldig an der ungnädigen Publikumsreaktion. Auch Regisseur Robert Hoyem, der jeden Winkel der Bühne belichtete, konnte sie nicht verhindern. Die surrealistischen Elemente der Ausstattung von Andreas Reinhardt hatten trotz ihrer bleiernen Grautöne sogar Pfiff. Und auch das von der Bayerischen Filmstudios besorgte Weizenfeld, im ersten Akt als Symbol des Lebens benötigt, überzeugte.

Was nicht überzeugte, war die Oper „Periander“. Vergiß, was ihr gesehen hast“, meint zum Schluß des ersten Aktes der Erzähler. Man muß es wohl.

VOLKER BOSER

Neuer Streit über das Aussterben der Dinosaurier: War es eine Supernova?

Als es den Echsen ungemütlich wurde

Die Dinosaurier starben nicht durch eine kosmische Katastrophe aus. Ich persönlich meine, daß die Ursache für ihr Verschwinden eine ganze Reihe von direkten und auch indirekten (Kettenreaktion) Folgen der Klimaänderung war, die von amerikanischen und deutschen Wissenschaftlern an der Grenze zwischen Kreide und Tertiär festgestellt worden ist. Mit diesen Worten reagierte der Direktor des Paläontologischen Instituts der Universität Bonn, Prof. Heinrich Karl Erben, auf einen vielbeachteten Beitrag in der Zeitschrift „Nature“, der den Massentod der letzten Saurier sowie mehrerer anderer charakteristischer Tiergruppen der Kreidezeit vor etwa 65 Millionen Jahren durch eine aus dem All kommende Katastrophe erklärte.

Für ein Aussterben der auf dem Festland und im Meer lebenden großen Echsen durch eine ernsthafte Supernova (Explosion eines Sterns) oder einen Zusammenstoß eines großen Planetoiden mit der Erde oder eines Kometeneinschlag im Mittelmeer könnte laut Erben allerdings die durch den amerikanischen Physiker und Nobelpreisträger Alvarez festgestellte Häufigkeit

der Iridium- und Osmium-Anreicherungen in Ablagerungen zwischen Kreide und Tertiär sprechen, vor allem die Tatsache, daß diese Häufung nicht nur in marinen Schichtfolgen, sondern auch in einer kontinentalen angetroffen wurde. Iridium und Osmium sind Elemente, die faktisch nur in gewissen Meteoriten vorkommen. Auf der Erde gelten sie als ganz seltene Stoffe; eben daher wird ihre Anreicherung als Nachweis für einen Asteroiden-Einschlag gedeutet.

Aber selbst wenn hoher Iridium-Gehalt in mindestens sechs Regionen der Meere der Kreidezeit festgestellt wurde, so wäre dies nach Auffassung des renommierten Bonner Urzeitforschers noch lange kein Beweis für eine erdumfassende Super-Nova-Katastrophe, da das Iridium auch aus mehreren dichten Schwärmen von sehr zahlreichen, aber kleinen und harmlosen Meteoriten stammen kann, wie sie selbst noch aus jüngster Zeit bekannt sind.

Eine andere Erklärung für den hohen Iridium-Anteil in marinen Ablagerungen könnte die von Geologen als „Kondensation“ bezeich-

nete Erscheinung liefern. Dieser Theorie zufolge wäre es über längere Zeiten hinweg zu einer „unterermehrten“ Sedimentablagerung gekommen, währenddessen der Iridium-Anteil, der aus kosmischen Staubpartikeln stammt, unverändert im üblichen Umfang anwuchs. Der relative geringere Anteil der übrigen Sedimentpartikel täuscht dann den Eindruck einer Anreicherung von Iridium lediglich vor.

Gegen die „brandneuen“ Katastrophentheorien spricht laut Erben jedoch vor allem, daß ein solches dramatisches Naturereignis einen ausgeprägten Wechsel in der Vegetation bewirkt haben müßte. Es sei überdies nicht einzusehen, wieso trotz des angenommenen Desasters einzelne wichtige Wirbeltiergruppen des Festlandes, wie die Schildkröten, Krokodile, Frösche und nicht bezahnten Vögel, überlebten, während andere Wirbeltiere (etwa die Ceratopsia und die dem Brachiosaurus ähnlichen Sauropoden), große Meeresechsen (Ichthyosaurier, Mosasaurier), Flugsaurier und die Zahntragenden Vögel spurlos verschwanden.

DORIS BAUMBAUER

Dürers Zauber: Sammlung Maltzan im Düsseldorfer Antiquariat Boerner

Nach 350 Jahren ans Licht gebracht

Zeichnungen alter Meister zählen zu den Raritäten des Kunstmarktes. Gelegentliche „Trove“ von Einzelblättern werden als Glücksfälle gefeiert, das unverhoffte Auftauchen ganzer Sammlungen gilt nicht nur in Sammler- und Händlerkreisen als Sensation, es sorgt auch für Aufregung in den Museen und Kupferstichkabinetten. Erst vor Jahresfrist war von einer solchen Sensation zu berichten (s. WELT v. 5. 1. 82), als eine bis dahin unbekannte Privatsammlung von Barockzeichnungen in Westfalen ans Licht kam. Ein ähnliches Schicksal hatte auch die Sammlung Maltzan, die in diesen Tagen in dem Düsseldorfer Kunst-antiquariat Boerner zum ersten und zum letzten Mal zu sehen ist.

Der Sachverhalt im einzelnen ist nur bedingt vergleichbar, denn hier handelt es sich um seltene, kostbare Kupferstiche aus der Frühzeit dieser Technik, und die Sammlung war Kennern auch keineswegs unbekannt, sondern gehörte in der Fachwelt seit ihrer Entdeckung durch Max Lehns einem nahezu legendären Ruhm. Schon

in den zwanziger Jahren hatte Hans Boerner sich vergeblich darum bemüht, sie zu erwerben. Nach mehr als einem halben Jahrhundert ging sein Wunsch nun doch noch in Erfüllung, weil aus dem totalen Kriegsverlust des Maltzan'schen Besitzes in Schlesien immerhin diese Sammlung gerettet wurde, darunter Blätter von unschätzbarem Wert, die seit über dreihundert Jahren nur wenige zu Gesicht bekommen.

In der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts hat ein Joachim von Maltzan (der erst jetzt identifiziert werden konnte) diese frühen deutschen Kupferstiche gesammelt, und danach scheint sich niemand mehr darum gekümmert zu haben; doch seine Sammlung blieb unteilbar Bestand des gebundenen Besitzes (Fideikommiß) und wurde mit diesem vererbt. So vermittelt diese Ausstellung jetzt einen interessanten Einblick in die Mappen eines Sammlers vor rund 350 Jahren, an denen niemand seitdem etwas verändert oder restauriert versucht hat bis auf den heutigen Tag.

JOURNAL

VW-Stiftung fördert „Antike in der Moderne“

dl. Hannover Den Schwerpunkt „Antike in der Moderne - Wirkungs- und Rezeptionsgeschichte des klassischen Altertums“ hat die in Hannover ansässige Stiftung Volkswagenwerk neu in ihr Förderungsprogramm aufgenommen. Ziel ist die Förderung von Vorhaben, die den weitreichenden und tiefgreifenden Einfluß der griechisch-römischen Antike und die vielfältigen Formen der Auseinandersetzung mit ihren Traditionen untersuchen.

Elsaß: Deutschkurse vom Goethe-Institut

DW. Colmar Das Münchener Goethe-Institut hat auf Wunsch der Colmarer Industrie- und Handelskammer eine Nebenstelle in Colmar eingerichtet, die eng mit der bereits bestehenden Zweigstelle in Nancy, einem von insgesamt sieben Goethe-Instituten in Frankreich, zusammenarbeitet. In Colmar werden fortan rund 400 Schülern Deutschkurse angeboten.

Brüsseler Oper mit „Louise“ nach Frankfurt

DW. Frankfurt Im Rahmen eines Austauschspiels zwischen der Oper Frankfurt und der Nationaloper Brüssel finden heute sowie am 11. und 13. Februar drei Vorstellungen von Gustave Charpentiers selten gespielter Oper „Louise“ statt (vergl. WELT v. 28. 1.). Ferner findet am 12. Februar eine Vorstellung von Haydn's Oratorium „Die Schöpfung“ statt. Während der Zeit des Brüsseler Gastspiels in Frankfurt gastiert die Oper Frankfurt mit Bernd Allos Zimmermanns „Die Soldaten“ in Brüssel.

Rekordjahr für amerikanische Kinos

AFP. Hollywood Mit 3,4 Milliarden Dollar brachte das Jahr 1982 einen neuen Einnahmerekord für amerikanische Kinos. An der Spitze der Erfolgsreihen stehen Steven Spielberg's „E.T.“, der mit 190 Millionen Dollar alle Einnahmerekorde schlug. Es folgten „Rocky III“ von Sylvester Stallone, „On Golden Pond“ (Am goldenen See) mit Katharine Hepburn sowie Henry und Jane Fonda und das Melodrama „An Officer and a Gentleman“.

Drei Galerien zeigen Werke von Jiri Kolar

DW. Bremen Dem tschechischen Künstler Jiri Kolar, der jetzt in Abwesenheit in Prag zu einem Jahr Gefängnis verurteilt wurde, weil er nicht rechtzeitig aus dem Ausland zurückkehrte, haben drei Bremer Galerien gemeinsam eine Ausstellung eingerichtet. Sie ist in der Galerie Slavia, der Galerie Roche und im Institut Français zu sehen und dauert bis zum 15. März. Kolar, der 1980 als Gast des Centre Pompidou nach Frankreich kam, lebt jetzt in Paris.

Berlin im Spiegel der Filmgeschichte

AFP. Paris Berlin ist das Thema des neunten Treffens in Valencia, das bis 13. Februar dauert. Der Bogen wird von den zwanziger Jahren über das Dritte Reich und die Nachkriegszeit bis zu den neuen Entwürfen des Films gespannt, die sich in den 70er und zu Beginn der 80er Jahre abzeichneten. Auf dem Programm stehen Werke von Gerhard Lamprecht, Slatan Dudow, Billy Wilder, Alfred Hitchcock, Bob Fosse, Robert Siodmak und zeitgenössische Arbeiten aus beiden Teilen Berlins.

Jerusalem erbt Rubinstein's Vermögen

AFP. Jerusalem Der vor wenigen Wochen verstorbene Pianist Arthur Rubinstein hat der Stadt Jerusalem 500 000 Dollar (rund 1,25 Millionen Mark) vermacht. Das Legat geht an die „Jerusalem-Stiftung“. Die Stiftung finanziert Sanierungs- und Stadtverschönerungsprogramme.



Vorläufer Dürers: „Die Heilige Katharina“ von Israel von Mecklenburg (um 1475), aus der Düsseldorfer Ausstellung

FOTO: KATALOG

EO PLUNIER

Die Sonderkommission von Würzburg jagt jetzt einen Gift-Mörder

Ärzte fürchten nach drittem Anschlag auch um das Leben eines zweiten Studenten

PETER SCHMALZ, Würzburg. Seit Montag ermittelt die Sonderkommission der Würzburger Polizei gegen den unbekannten Giftattentäter wegen Mordes: Um 17.00 Uhr war der 24-jährige Medizinstudent Robert Albert an den Folgen der Thallium-Vergiftung gestorben. Während seines sechs Tage dauernden Todeskampfes war er aus seiner tiefen Bewusstlosigkeit nicht mehr aufgewacht, vergebens hatten die Ärzte versucht, ihn mit künstlicher Niere und Beatmungsgerät am Leben zu halten. Der junge Mann hinterläßt eine 19-jährige Frau und ein vier Monate altes Mädchen.

Die Mediziner befürchten, daß der tödliche Giftanschlag auf Würzburgs Studenten (WELT vom 8.2.) weitere Menschenleben fordern könnte. Gefährdet ist besonders der 22-jährige Jurastudent Franz Peter S., der am Sonntag bei einem befreundeten Kommilitonen ein Bier getrunken hatte und danach mit Magenkrämpfen und Durchfall in die Universitätsklinik eingeliefert wurde. Bei den sofort eingeleiteten Untersuchungen wurden bei ihm im Urin die bisher größten Thalliummengen aller zwölf Würzburger Vergiftungsfälle gemessen. Polizeihauptkommissar Fritz Börner: „Er ist von allen am schlimmsten dran.“

Schon ein Gramm tödlich

Thallium ist ein dem Blei ähnliches sehr weiches Metall, das in kristalliner Form für medizinische Forschungszwecke und für Ratten- und Mäusegifte verwendet wird. Es gilt als äußerst giftig, schon weniger als ein Gramm ist für den Menschen tödlich. Die ersten Vergiftungs-

scheinungen deuten auf eine Massenvergiftung hin, in schweren Fällen verliert das Opfer das Bewußtsein. Die stärkste Wirkung tritt aber erst nach zehn bis vierzehn Tagen auf, weshalb die Würzburger Ärzte noch immer nicht sicher sind, ob sie alle bisherigen Giftopfer retten können.

Wie berichtet, hatten Medizinstudenten des ersten Semesters nach einer Abendvorlesung am Montag vergangener Woche mehrere Flaschen mit Orangensaft und Bier, sowie einen Zettel gefunden, dies seien Reste einer Faschingsparty, die „großherzig“ den Erstsemestern zur Verfügung gestellt würden. Der Zettel wurde von einem Studenten achtlos weggeworfen, wodurch der Polizei ein wichtiger Indiz verloren ging. Tags darauf wurde Robert Albert ins Krankenhaus eingeliefert, wo er knapp eine Woche später starb. Weitere neun Opfer mußten zwei Tage später in die Uni-Klinik. Durch Aufrufe der Polizei und durch Warnungen, die allen Studenten in den Vorlesungen gegeben wurden, tauchten zwei weitere vergiftete Flaschen in einem Studentenheim auf. Der letzte Vergiftungsfall vom Sonntag war eine Kette unglücklicher Umstände: Ein Medizinstudent hatte in seinem Wohnheim zwei Bierflaschen auf dem Fußboden, und sie als Geschenk einer Kommilitadin angesehen, der er kurz zuvor einen Fernseher aus dem Zimmer getragen hatte. Tage später bot er das Bier dem Jurastudenten Franz Peter S. an, der ihn mit seiner 19-jährigen Freundin besuchte hatte.

Die Polizei konnte bisher zehn Flaschen sicherstellen, bei fünf von ihnen wurde Thallium in einer

tödlichen Konzentration gefunden. Beim Trinken konnten die ahnungslosen Studenten nichts bemerken, das für den Anschlag verwendete Gift ist geruchlos, geschmacklos und farblos. Die Polizei hat mehrere Hinweise, aber noch keine heiße Spur. Der oder die Täter werden aber in Kreisen der Universität oder zumindest im Umfeld vermutet. Ein Polizeisprecher: „Der Täter muß sich in der Universität gut auskennen.“ Über das mögliche Motiv gibt es bisher nur Spekulationen. War es der Racheakt eines Bewerbers um einen Studienplatz im Fachbereich Medizin? Dafür würde sprechen, daß der Täter gezielt Erstsemester als Opfer auswählte. Oder handelt es sich um einen Kommilitonen, der bei einer Examensarbeit versagte und sich auf diese Art abregieren wollte?

Anschlußtäter befürchtet

Inzwischen befürchtet die Polizei sogenannte Anschlußtäter, die sich durch die große Publizität des Falles animiert fühlen für ähnliche Verbrechen. In der Würzburger Mensa werden Getränke die bisher auf Tablettenservice standen, nur noch auf Anforderung und unter Kontrolle ausgeteilt. Gestern wurden sämtliche Getränke- und Kaffeemaschinen geschlossen. Aufgegriffen wurde gestern der Selbstmordversuch eines 21-jährigen Studenten, der sich aus einem Fenster des Wohnheimes stürzte, in dem die beiden vergifteten Bierflaschen gefunden wurden. In ihrem Abschiedsbrief hatte sie jedoch erklärt, ihre Verzweiflungstat habe nichts mit dem Thallium-Anschlag zu tun.

Brite trainierte mit tiefgekühltem Spinat

Englischer Polwanderer vor gefährlichem Abenteuer

CLAUS GEISSMAR, London. Vor 14 Tagen saß er noch auf tiefgefrorenem Spinat. Die Tiefkühlkammer im „Bejam“-Kühlhaus von Farmborough war für den 28-jährigen englischen Studenten David Hempleman-Adams die einzige Trainingsmöglichkeit. Bei minus 40 Grad richtete sich der Student in einem Zeit zwischen Spinat und kaltem Wasser ein. So bereitete er sich auf eine Ski-Wanderung vor, die noch niemals ein Mensch ganz allein gemacht hat: Der Engländer will als erster ohne Schlittenhunde und ohne andere Begleiter zum Nordpol wandern.

Erst das Raumfahrtzeitalter macht dieses Abenteuer möglich. Auf dem Weg durch die Eiswüste wird der Student in einem Aluminium-Isolierungssack stecken, den schon Nasa-Raumfahrer getragen haben. Mit auf die Wanderung nimmt er einen Schlitten. Aber die ganze Ausrüstung, Nahrungsmittel, Kurzwellensender und Sektanten eingeschlossen, wird nur 44 Kilo wiegen.

Bevor David Hempleman-Adams in dieser Woche London



Vor seiner Abreise aus London zeigte sich Hempleman mit einem berühmten Vorgänger: Robert F. Scott.

verließ, um nach Ward Hunt Island in Nordkanada - seinem Ausgangslager - aufzubrechen, stellte er sich vor dem Londoner Scott-Denkmal noch den Fotografen zu einem denkwürdigen Foto. Scott nämlich ist Englands berühmtester Polarforscher. Er erreichte 1912 vier Wochen nach Amundsen den Südpol und kam mit vier Begleitern auf dem Rückweg um. Ein Instrument der Raumfahrttechnik soll David Hempleman-Adams dieses Schicksal ersparen. Auf seinem Rücken trägt der Polwanderer ein Funkgerät, dessen Signale von einem Satelliten registriert werden. Sobald der Student die letzte Station der Zivilisation verlassen hat, kann die Nasa daher ständig auf ihren Geräten ablesen, auf welchem Punkt des Koordinatenkreuzes (Längengrad/Breitengrad) sich der Polwanderer befindet.

Vier Jahre lang hat der Student sein Abenteuer vorbereitet. Er ist ein erfahrener Alpinist und hat beim Klettern entdeckt: „Auf dem Gipfel des Everest waren schon mehr Menschen als am Nordpol.“ 600 000 Mark kostet die Ein-Mann-Expedition, für die die schottische Firma Stevens-Lefield vakuumverpackte Raumfahrerkost spendiert hat. Am 21. März ist am Nordpol die wintertliche Polarnacht zu Ende. Deshalb bricht der Engländer erst am 1. März von seinem nordkanadischen Lager auf. Alle sechs Tage soll ein Flugzeug neue Nahrungsmittel und frische Batterien abwerfen.

Somit aber ist David Hempleman-Adams allein. Die Strecke bis zum Pol ist 786 km lang. Da die ersten 300 Kilometer über Pack- und Druckschnee führen, könnten jedoch Umwege notwendig werden, die die Strecke um 20 Prozent verlängern würden. Der Brite hofft, nach 55 Tagen am Pol zu sein.

Englands Königliche Geographische Gesellschaft hält die Polwanderung für so gefährlich, daß sie das Abenteuer nicht öffentlich unterstützt hat. Und Claire Brooks, die 20-jährige Freundin des Studenten, meint sogar: „Ich liebe ihn zwar. Aber er ist verrückt.“

Schweigen brachte „Dr. Herzogs“ Geliebte in die Beugehaft

In seiner Revisionsverhandlung macht Elmar Schärmer nur den sexbesessenen Clown

PETER SCHMALZ, München. Sex-Prozess Elmar Schärmer, der als mordender „Dr. Herzog“ ein besonders grausiges Stück deutscher Kriminalgeschichte geschrieben hat, sah in seiner letzten Revisionsverhandlung die „ideale Partnerin“, die in dem für ihn so überaus wichtigen sexuellen Bereich schrankenlos seinen immer ausgefalleneren Wünschen willig nachkam. Die geplante Heirat wurde nur durch den Haftbefehl verhindert. Gestern sollte die freizügige Geliebte vor dem Münchener Schwurgericht über Schärmers perverse Praktiken aussagen.

Doch die Zeugin zierte sich: Nach Paragraph 15 der Strafprozeßordnung müsse sie nicht aussagen, wenn sie sich durch selbst belasten würde. Das Gericht aber bestand auf einer Aussage zumindest für die Zeit des Kennenlernens und des beginnenden intimen Verhältnisses. Als sich die heute 42-jährige Sekretärin weigerte, wurde sie in Beugehaft genommen und mit einem Ordnungsgeld von 800 Mark belegt.

Der gestrige Auftritt der schlanken, schwarzhaarigen Frau war mit Spannung erwartet worden, hatte sie doch vor zwei Jahren im ersten Prozeß als Mitangeklagte neben

dem Mann gesessen, der das Lustmordes an zwei Münchner Frauen überführt und zu zweimal lebenslänglich verurteilt wurde. Helmut D. wurde damals wegen Betrugs, Urkundenfälschung und Hehlerei zu einem Jahr mit Bewährung verurteilt; das Verfahren wegen Beihilfe zum Mord wurde eingestellt.

In der Revisionsverhandlung ist ihre Aussage nunmehr von großem Gewicht: Obwohl Schärmer weiterhin die Mordtat leugnet, hält ihn der Bundesgerichtshof für zweifelsfrei überführt. Neu verhandelt werden muß nur über die Frage, ob bei ihm eine so gravierende sexuelle Abartigkeit vorliegt, daß die lebenslängliche in eine zeitlich begrenzte Freiheitsstrafe mit anschließender Einweisung in eine Heilanstalt geändert werden muß. Niemand anders aber könnte das Persönlichkeitsbild Schärmers in den Tagen vor den Münchener Morden so genau beschreiben wie Helmut D.

Diese Schweigt und gibt den Spekulationen neue Nahrung, ob sie mit den Morden an der Sekretärin Sonnhild Wienhold, 35, und der Unternehmerin Karin Schubert-König, 41, nicht mehr zu tun hatte als bisher in den Gerichtsakten zu lesen ist. Immerhin hatte auch das

erste Gericht in seinem Urteil von einer „denkbaren Verstrickung in die Taten“ gesprochen.

War es es doch, die für Schärmer jene „Dr. Herzog“-Anzeige aufgab, über die mindestens zwei Frauen ihren späteren Mörder kennenlernten. Sie löste die Schecks der gestohlenen Sekretärin mit deren gefälschter Unterschrift ein. Bei ihr wurde eine Krokodilbörse der ermordeten Unternehmerin gefunden.

Eine Frau, die gegenüber dem vermeintlichen „Dr. Herzog“ am Telefon von einem Millionenbesitz gesprochen hatte, bekam von diesem Mann eines Abends einen Anruf. Er sei mit einer Krankenschwester unterwegs in ihrer Nähe und wolle gern mit ihr eine Flasche Champagner trinken. Die Frau lehnte ab und rettete dadurch möglicherweise ihr Leben, denn Schärmer letzter Mord lag bei diesem Telefonat nur knapp 48 Stunden zurück. Wer aber war die Krankenschwester? Gab es sie auch bei den beiden Morden? Die Opfer können nicht mehr sprechen. Schärmer macht derweil den Clown. Er zeigt den Zuschauern nackte Mädchen aus dem „Playboy“, zieht Schuhe und Socken aus, nennt den Richter einen „Pfeifendeckel“ und ruft ihm zu: „Steig mir den Hut auf!“

Stimme im Staatsdienst

Um das „Joch seiner Ausbeuter abzuwerfen“, will Stelios Kasantisidis, beliebter griechischer Schlagersänger, seine Stimme „sozialisieren“ lassen und beantragt ihre Übernahme in den Staatsdienst. Der Gewinn aus seinen Liedern soll für humanitäre Zwecke verwendet werden. Kasantisidis schuldet seiner Schallplattenfirma nach Verabtrag noch 120 Schlager, weigert sich aber seit Jahren, vor dem Mikrofon den Mund aufzumachen.

Di will die Armut sehen

Die Prinzessin von Wales, bei Ho-

LEUTE HEUTE

te nur von Glanz und Gloria umgeben, will mit eigenen Augen sehen.



wie arme Menschen leben müssen. Prinzessin Di hat durchgesehen, daß

sie in der nächsten Woche bei einem Besuch der schottischen Stadt Glasgow auch die Elendsviertel der Stadt zu sehen bekommt.

Herz für 21 Kinder

Der New Yorker Junggeselle Kojo Odo (42) hat in den vergangenen zehn Jahren 21 Waisenkinder adoptiert, mit denen er jetzt im Farbig-Viertel Harlem wohnt. Der frühere Lehrer nimmt sich besonders der „Problemkinder“ an: Unter seinen Schützlingen befinden sich ein blindes, drei geistig zurückgebliebenes und ein schizophrenes Kind; ein weiteres Kind leidet an einem lebensgefährlichen Nierenleiden.

Parlament nimmt Feinschmeckern die Gewissensbisse

Gourmets dürfen sich der weltberühmten Straßburger Gänseleberwurst weiterhin erfreuen, ohne ihr Gewissen zu belasten. Gestern hat das Europäische Parlament in Straßburg allzu skrupellosen Feinschmeckern, die den Mästethoden für die Gänse zweifeln, die Absolution erteilt. Eine Mehrheit des Hauses verwarf die Bedenken vor allem britischer Konservativer, die hier „eine unmenschliche und unverzeihbare Art von Tierzucht“ gewittert hatten.

Die Parlamentarier sahen in ihrer Entscheidung keinen Grund, das Mästen von Gänsen zur Herstellung von Gänseleberpastete einzuschränken oder gar zu verbieten. Großzügig gestand die Mehrheit den Briten jedoch „Gedankenfreiheit“ zu: Das Parlament, so steht in der Verlautbarung zu lesen, erkenne selbstverständlich an, daß unterschiedliche Traditionen und Kulturen der Mitgliedsländer zu unterschiedlichen Beurteilungen von Verhaltensweisen führen könnten.

Mit seinem Pro-Gänseleber-Beschluß entlastete das Europäische Parlament das neuerdings zweifelhafte Image zahlloser Kulturen der Vergangenheit: Hatten doch schon die alten Chinesen, Inder und Perser, die Assyrer und alle anderen Völker des klassischen Altertums Gänsefleisch betrieben, wie die Ermittlungen des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherschutz, obendrein festgelegt im Bericht zur Entscheidung ergaben.

Um ganz sicher zu gehen, hatte der Ausschuss dem Stopfvorgang beigegeben und Zufriedenheit bei den bemitleideten Tieren festgestellt: „Die Gänse gehen dem Mäster nahrungsfördernd entgegen.“ Im Grunde werde für die Mästung nur die natürliche Freiluft der Tiere genutzt. So weit, die Mast auch für andere leckere Vögel, zum Beispiel Enten, zu gestatten, gingen die Parlamentarier jedoch nicht: sie soll ausschließlich Privileg der Gänse bleiben. Umgehend kommentierte ein Parlamentsbeamter: „Die Enten gucken weiterhin nur in die Backenröhre!“

Mildred Scheel startet Kampagne gegen Rauchen

Eine groß angelegte Kampagne gegen das Rauchen bei Jugendlichen hat die Präsidentin der Deutschen Krebshilfe, Mildred Scheel, gestartet. In Schreiben an die Haupt- und Realschulen und Gymnasien rief Frau Scheel das auf, sich an einem weltweiten Wettbewerb „Rauchen und sein Folgen“ zu beteiligen.

Wie Mildred Scheel gestern in Bonn erklärte, belegen die deutschen und amerikanischen Untersuchungen in erschreckender Weise, daß immer mehr Jugendliche im Alter zwischen zwölf und 16 Jahren mit dem Rauchen beginnen. „Gedde in dieser Altersstufe jedoch ist das noch nicht ausgebreitete Lungengewebe besonders anfällig, um kann daher durch Rauchen nachhaltig geschädigt werden“, warnt Mildred Scheel. „Die Schädigungen können so gravierend sein, daß die jugendlichen Raucher später Lungenkrebs erkranken.“

Sie bat die Lehrer an den Schulen bei der Aufklärung über die Gefahren des Rauchens mitzuhelfen. In für den internationalen Wettbewerb bestimmten Zeichnungen, die Schülerinnen und Schüler bis zum 31. März einreichen, sollen die Gefahren des Rauchs in der deutschen Krebshilfe in Bonn eingegangen sein.

Deutsche Autos vorn

Deutsche und japanische Autos gingen aus einer Untersuchung d. französischen Verbraucherverbundes „Union Federale des Consommateurs“ und der belgischen Vereinigung „Tests Achats“ über Autopanzen als die zuverlässigsten hervor. Beteiligt waren 120 Autos deller.

Winter-Chaos

Heftige Schneefälle haben in Nord- und Westdeutschland zu einem Chaos im Berufsverkehr geführt. Tausende von Pendlerinnen und in den Großstädten verpasst zur Arbeit. Für die Ostseeküste haben die Behörden eine Sturmflutwarnung heraus, nachdem Uferbiete in Lübeck, Schleswig, Ki und Flensburg überflutet waren.

Image-Pflege

Die japanischen Banken werden von August an jeden zweiten Sonntag eines Monats geschlossen bleiben. Der Banken-Verband erklärt dies solle zeigen, daß die Japan nicht mehr die „im Kaninchenhaas haushalten Arbeitswütigen“ seien, als die sie ein hoher beider Europäischer Gemeinschaft Jahren bezeichnet hatte.

Spar-Autos

Den ersten Versuch mit dem gemeinsamen Besitz von Personwagen in Schweden wollen 60 Familien in der Stadt Örebro westlich von Stockholm starten. Die 15 Wagen werden in einer Garage im Ortszentrum geparkt, ein Tankstelle übernimmt die Pflege und Wartung. Jede Familie muß 100 Kilometer Fahrstrecke 140 Kilen (44,80 Mark) aufwenden.

„Kinderklänge“

Verständnis für die Nöte d. Steppkinder, die zu hoch angelegten Klängen an Mietshäusern mit ihren kurzen Armen nicht erreichen zeigt ein Richter in Münster. „verordnete“ eine Vermieterin zu, das Anbringen einer „Kinderklänge“ in geringer Höhe an der Haustür zu dulden.

Shampoo in Bierflaschen

Das Bundesgesundheitsministerium hat gestern in Bonn wegen der Verwechslungsgefahr vor Shampoo gewarnt, das in Bierflaschen abgefüllt und unter der Bezeichnung „Bier-Shampoo“ in den Handel gebracht worden ist. Die stark schäumende Produkt könne in die Atemwege gelangen und Ersticken führen.

Erpresser gestand

Ein 34-jähriger arbeitsloser Drucker aus Lahr hat einen Erpresser gestanden, mit dem er Deutsche Bundesbahn zur Zahlung von 1,8 Millionen Mark zwingen wollte. Der Mann hatte gedroht, Personenzüge zum Entgleisen bringen.

Anzeige

Das beste ist eine gute Versicherung

Jederzeit Sicherheit

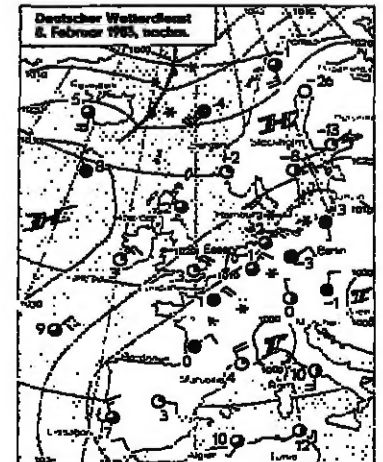
SIGNAL VERSICHERUNGEN

ZU GUTER LETZT

„Aberst mies gestaltet sich d. Wettervorhersage: Morgens bedeckt und regnerisch, nachmittags endlich dunkel!“ Aus „O. freisen-Zeitung“

WETTER: Weitere Schneefälle

Wetterlage: An der Nordseite einer sich abschwächenden Zone tiefen Druckes über dem südlichen und östlichen Europa dauert der Zustrom von Kaltluft aus Nordosten nach Deutschland an.



Deutscher Wetterdienst 9. Februar 1982, nachts.

Stärken: 12 bis 24 Stunden: 1 bis 2 mm, 2 bis 4 mm, 4 bis 8 mm, 8 bis 12 mm, 12 bis 16 mm, 16 bis 20 mm, 20 bis 24 mm, 24 bis 28 mm, 28 bis 32 mm, 32 bis 36 mm, 36 bis 40 mm, 40 bis 44 mm, 44 bis 48 mm, 48 bis 52 mm, 52 bis 56 mm, 56 bis 60 mm, 60 bis 64 mm, 64 bis 68 mm, 68 bis 72 mm, 72 bis 76 mm, 76 bis 80 mm, 80 bis 84 mm, 84 bis 88 mm, 88 bis 92 mm, 92 bis 96 mm, 96 bis 100 mm.

Vorhersage für Mittwoch:

Bundesgebiet und Berlin: Wechselnd, überwiegend stark bewölkt und zeitweise Schneefall. Höchste Temperaturen um den Gefrierpunkt, nachts Frost zwischen minus 2 und minus 6, bei örtlichem Aufklaren bis minus 10 Grad. In höheren Lagen auch tagsüber leichter Frost. Im Norden und Westen mäßiger bis frischer Nordostwind, sonst schwachwindig.

Weitere Aussichten: Im Süden andauernder Schneefall, sonst kaum Niederschlag.

Temperaturen am Dienstag, 13. Uhr:			
Berlin	-3°	Kairo	18°
Bonn	0°	Köpenh.	-5°
Dresden	0°	Las Palmas	18°
Essen	-1°	London	3°
Frankfurt	0°	Madrid	3°
Hamburg	-2°	Mallorca	11°
List/Sylt	-1°	Moskau	10°
München	0°	Nizza	10°
Stuttgart	1°	Oslø	10°
Alger	1°	Paris	1°
Amsterdam	0°	Prag	1°
Atenas	8°	Rom	10°
Barcelona	0°	Stockholm	1°
Brüssel	0°	Tel Aviv	19°
Budapest	0°	Tunis	12°
Bukarest	10°	Wien	12°
Helsinki	-12°	Zürich	-1°
Istanbul	13°		

Sonnenaufgang* am Donnerstag: 7.46 Uhr. Untergang: 17.27 Uhr. Mondanfang: 6.45 Uhr, Untergang 14.40 Uhr. * in MEZ, zentraler Ort Kassel

Mit den neuen Gelenken schwinden die Schmerzen

Nach 100 Operationen läuft ein Feldversuch aus

An der Universität Göttingen läuft jetzt ein medizinischer Feldversuch mit einer neuen Prothese aus, die durch die Kombination von drei verschiedenen Werkstoffen - Titan, Keramik und Kunststoff - funktionsfähig wie ein Knochengelenk sein soll. Die neuartige Prothese erfüllt die Anforderungen an Schmerzfreiheit, Belastbarkeit, Beweglichkeit und Dauerhaftigkeit, wie die bisher in Deutschland vorgenommenen 100 Operationen ergaben. Der Vorsitzende des Arbeitskreises Biomedizin der Deutschen Gesellschaft für Orthopädie, Professor Hans Georg Willert (Universität Göttingen), berichtet jetzt über diese Arbeiten.

Bisher, so Willert, wurden die Implantate mit einem Werkstoff aus der Zahnmedizin, dem „Knochenzement“, fest in den abgesetzten Oberschenkelhals und in die Hüftgelenkpfanne eingearbeitet. Der Zement hatte jedoch den Nachteil, daß giftige Kunststoffteile in die Umgebung abgegeben wurden; der Knochenzement zerbrach. Die Prothese lockerte sich, was starke Schmerzen verursachte.

Bei der seit einem Jahr in Göttingen und an zehn anderen Orthopädischen Zentren im deutschsprachigen Raum angewendeten neuen Technik wird der Knochen zementfrei mit der Prothese verbunden. Dazu wird in die Hüftgelenkpfanne mit einem Spezialwerkzeug ein Gewinde eingeschnitten und eine Kunststoffpfanne aus Polyäthylen eingeschraubt. Die Kugel des Oberschenkelhalses wird abgesetzt und zur Aufnahme eines zwölf bis 17 Zentimeter langen Titan-Schaftes mit einem Spezialwerkzeug passend eingekerbt. Danach wird der Schaft mit dem Gewerbe verwachsene Metallschicht eingeschlagen und an seinem oberen Ende mit einer genau in die Kunststoffpfanne passenden Keramikpfanne versehen. Nach dem Zusammensetzen des Kunstgelenks wird die Wunde vernäht. Schon am nächsten Tag können die Patienten aufstehen.

Entwickelt wurde die Methode schon vor vier Jahren an der Orthopädischen Universitätsklinik in Wien. Dort wurden inzwischen 300 Patienten erfolgreich mit neuen Hüftgelenken ausgestattet.

Des Töpfers Traum endete in der zweiten Klasse

Private Vermietung von Zug-Abteilen wurde zum Reinfall

PETER ZERBE, Hamburg. Der Moringe Töpfer Ulrich Lampe muß auch weiterhin in seinem klappigen Schieferkarren neben der Kirchenruine seines Wohnortes leben: Der Versuch des 31-jährigen Niederachsen, das bundesdeutsche Schienennetz zu „privatisieren“, ist gescheitert. Statt des erhofften Gewinns von fast 20 000 Mark machte Lampe ein Defizit von fast 10 000 Mark.

Lampe hatte das Sonderangebot der Bahn „Abteil des Jahres“ für sich nutzen wollen, indem er sich Abteile mietete und die Plätze einzeln an überwiegend Jugendliche verkaufte. Er zahlte je Abteil der 2. Klasse 220 Mark und verkaufte den Platz auf der Strecke Hamburg-München und zurück für 100,20 Mark. So hätte er je Abteil mehr als 600 Mark eingenommen.

Am vergangenen Wochenende hatte er wieder zwölf Abteile gemietet. Schon zwölf Minuten nach Abfahrt des Zuges vom Hamburger Hauptbahnhof mußte der Töpfer einsehen, daß auch seine zweite Fahrt ein Mißerfolg wird. Daraufhin gab er umgehend neun der zwölf gemieteten Abteile vor sur-

renden Fernsehkameras an den Zugschaffner zurück und bat ihn um Erstattung des Fahrpreises.

Fraglich ist, ob die Bahn ihm die Fahrkarten für die nicht genutzten Abteile erstatten wird. Ein Versuch nach der ersten Fahrt am letzten Januarwochenende scheiterte in Norheim. Als Lampe dort 27 Fahrkarten zur Erstattung einreichte, lehnte die Bahn dies ab, obwohl in den Geschäftsbedingungen des Sonderangebots eine Erstattung ausdrücklich vorgesehen ist, wenn die Abteile nicht in Anspruch genommen werden. Direkt vom Fahrkartenschalter eilte der 31-jährige dann zu seinem Rechtsanwalt, um die Erstattung jetzt juristisch durchzukämpfen.

Auch die Fahrt am vergangenen Wochenende stand von Anfang an unter einem unglücklichen Stern. Zunächst wollte ihm die Bahn die Abteile nicht vermieten. Erst als ein Rundfunkreporter sich als Lehrer ausgab und Abteile für eine Klassenfahrt mieten wollte, mußte die Bahn klein beigeben und ihr Argument, der Zug sei „ausgebucht“, zurückziehen.

Handwritten signature or note at the bottom of the page.